

# Verkaufsprospekt

## nordIX European Consumer Credit Fonds

Verkaufsprospekt und Anlagebedingungen  
für das Sonstige Sondervermögen mit Anteilklassen  
Ausgabe April 2025

---

## ■ Firmenspiegel

### Kapitalverwaltungsgesellschaft

Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH  
 Stolkasse 25-45, 50667 Köln,  
 Telefon (02 21) 390 95-0  
 Telefax (02 21) 390 95-400  
 E-Mail: info@monega.de  
 Internet: www.monega.de  
 gezeichnetes und eingezahltes Kapital: 5.200 TSD Euro  
 haftendes Eigenkapital: 5.665 TSD Euro  
 (Stand 31.12.2023)  
 gegründet: 11.12.1999



### Aufsichtsrat

Bernd Zens, Vorsitzender  
 Mitglied des Vorstandes der DEVK Versicherungen  
 Prof. Dr. Jochen Axer  
 Wirtschaftsprüfer, Steuerberater  
 Detlef Bierbaum  
 Bankier i.R.  
 Carola Gräfin von Schmettow  
 ehemalige Vorstandssprecherin HSBC  
 Joachim Gallus  
 Hauptabteilungsleiter Kapitalanlagen der DEVK  
 Versicherungen  
 Dietmar Scheel  
 Mitglied des Vorstandes der DEVK  
 Versicherungen  
 Christian Ritz (unabhängiges Aufsichtsratsmitglied)  
 Mitglied des Vorstandes der Barmenia Versicherungen  
 Dyrk Vieten  
 Geschäftsführer / CEO der Amauris Invest GmbH  
 Annette Hetzenegger  
 Mitglied des Vorstandes der DEVK Versicherungen

### Geschäftsführung

Bernhard Fänger  
 Christian Finke

### Gesellschafter

DEVK Rückversicherungs- und  
 Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Köln  
 MoBet Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln  
 Sparda-Bank West e.G., Düsseldorf

### Verwahrstelle

DZ BANK AG  
 Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank  
 Platz der Republik, 60265 Frankfurt am Main  
 Gezeichnetes und eingezahltes Kapital: 4.926 Mio. Euro  
 Eigenmittel nach CRR: 21.751 Mio. Euro  
 (Stand 31.12.2023)

### Fondsmanager

nordIX AG, An der Alster 1, 20099 Hamburg

### Wirtschaftsprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
 Tersteegenstr. 19-23, 40474 Düsseldorf

### Sonstige Angaben

**nordIX European Consumer Credit Fonds C**  
 Wertpapierkennnummer: A2P37M  
 ISIN: DE000A2P37M1

**nordIX European Consumer Credit Fonds V**  
 Wertpapierkennnummer: A3CQVV  
 ISIN: DE000A3CQVV6

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
 Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt am Main

### Veröffentlichungen

Neben den gesetzlichen Veröffentlichungen sind die Fondspreise, aktuelle Verkaufsprospekte, Jahresberichte und Halbjahresberichte sowie das Basisinformationsblatt im Internet unter [www.monega.de](http://www.monega.de) einsehbar.

## **Inhaltsverzeichnis**

Verkaufsprospekt .....	1
I. Hinweis zum Verkaufsprospekt .....	9
II. Verkaufsbeschränkung .....	9
III. Anlagebeschränkungen für US-Personen.....	9
IV. Wichtigste rechtliche Auswirkungen der Vertragsbeziehung.....	10
Durchsetzung von Rechten .....	10
V. Grundlagen .....	11
1. Das Sondervermögen (der Fonds).....	11
2. Verkaufsunterlagen und Offenlegung von Informationen .....	11
3. Anlagebedingungen und deren Änderungen .....	11
VI. Verwaltungsgesellschaft .....	11
1. Firma, Rechtsform und Sitz .....	11
2. Geschäftsführung und Aufsichtsrat .....	12
3. Eigenkapital und zusätzliche Eigenmittel.....	12
VII. Verwahrstelle.....	12
1. Identität der Verwahrstelle .....	12
2. Aufgaben der Verwahrstelle .....	12
3. Interessenkonflikte .....	12
4. Unterverwahrung .....	12
5. Haftung der Verwahrstelle .....	13
6. Zusätzliche Informationen.....	13
VIII. Primebroker.....	13
IX. Fondsmanager.....	13
X. Risikohinweise .....	14
1. Risiken einer Fondsanlage .....	14
a. Schwankung des Fondsanteilwerts.....	14
b. Beeinflussung des individuellen Ergebnisses durch steuerliche Aspekte.....	14
c. Änderung der Anlagepolitik oder der Anlagebedingungen .....	14
d. Beschränkung der Anteilrücknahme .....	14
e. Aussetzung der Anteilrücknahme.....	14
f. Auflösung des Fonds .....	14
g. Übertragung aller Vermögensgegenstände des Fonds auf ein anderes offenes Publikums- Investmentvermögen (Verschmelzung) .....	15
h. Übertragung des Fonds auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft.....	15
i. Rentabilität und Erfüllung der Anlageziele des Anlegers.....	15
j. Nachhaltigkeitsrisiken.....	15
2. Risiken der negativen Wertentwicklung des Fonds (Marktrisiko).....	16
a. Wertveränderungsrisiken.....	16
b. Kapitalmarktrisiko .....	16
c. Kursänderungsrisiko von Aktien.....	16
d. Zinsänderungsrisiko.....	16
e. Risiko von negativen Habenzinsen .....	16
f. Kursänderungsrisiko von Wandel- und Optionsanleihen.....	16
g. Risiken im Zusammenhang mit Derivatgeschäften.....	16
h. Risiken im Zusammenhang mit dem Erhalt von Sicherheiten .....	17
i. Risiko bei Verbriefungspositionen ohne Selbstbehalt gemäß Verordnung (EU) 2017/2402 .....	17

j. Inflationsrisiko .....	17
k. Währungsrisiko .....	17
l. Konzentrationsrisiko .....	17
m. Risiken im Zusammenhang mit der Investition in Investmentanteile .....	17
n. Mit der Anlage in unverbriefte Darlehensforderungen verbundene Risiken .....	18
o. Risiken aus dem Anlagespektrum .....	18
3. Risiken der eingeschränkten oder erhöhten Liquidität des Fonds und Risiken im Zusammenhang mit vermehrten Zeichnungen oder Rückgaben (Liquiditätsrisiko) .....	18
a. Risiko aus der Anlage in Vermögensgegenstände .....	18
b. Risiko durch Kreditaufnahme .....	18
c. Risiken durch vermehrte Rückgaben oder Zeichnungen .....	18
d. Risiko bei Feiertagen in bestimmten Regionen/Ländern .....	18
4. Kontrahentenrisiko inklusive Kredit- und Forderungsrisiko .....	19
a. Adressenausfallrisiko / Gegenpartei-Risiken (außer zentrale Kontrahenten) .....	19
b. Risiko durch zentrale Kontrahenten .....	19
5. Operationelle und sonstige Risiken des Fonds .....	19
a. Risiken durch kriminelle Handlungen, Missstände, Naturkatastrophen oder andere äußere Ereignisse .....	19
b. Länder- oder Transferrisiko .....	19
c. Rechtliche und politische Risiken .....	19
d. Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen, steuerliches Risiko .....	19
e. Schlüsselpersonenrisiko .....	19
f. Verwahrnisiko .....	19
g. Risiko aus der Nichteinhaltung der steuerlichen Regelungen für Investmentfond .....	19
h. Risiken aus Handels- und Clearingmechanismen (Abwicklungsrisiko) .....	20
XI. Besondere Risiken bei Investitionen in Verbriefungen von Konsumentenkrediten .....	20
1. Risiken in Bezug auf das Geschäftsmodell der Verbriefungsgesellschaft .....	20
a. Konzentrationsrisiko .....	20
b. Akquisitions- und Diversifikationsrisiko .....	20
c. Negativzinsrisiko .....	20
d. Reinvestitionsrisiko .....	20
e. Zinsrisiko .....	20
f. Verkaufsrisiko .....	20
g. Risiko regulatorischer Änderungen in Bezug auf die Verbriefungsgesellschaft .....	20
2. Risiken in Bezug auf die Abhängigkeit der Verbriefungsgesellschaft von Kreditplattformen .....	21
a. Risiko der Schlechtleistung bzw. des Ausfalls einer Kreditplattform .....	21
b. Risiko der Interessenkonflikte .....	21
c. Wettbewerbsrisiko .....	21
d. Operationelles Risiko .....	21
e. Kontrahentenrisiko .....	22
f. Risiko von Rechtsstreitigkeiten .....	22
g. Unerwartete Umstände .....	22
h. Risiko des Verstoßes gegen den Datenschutz .....	22
i. Risiko fehlerhafter, unvollständiger Informationen über Kreditnehmer - Betrugsrisiko .....	22
j. Cyber-/IT-Sicherheitsrisiko der Kreditplattformen und Plattform-Servicer .....	22
k. Reputationsrisiko .....	23
l. Risiko der Geldwäsche .....	23
m. Risiko der Änderung der geltenden Gesetzgebung oder Regulierung .....	23
n. Risiken in Bezug auf das Kreditportfolio .....	23
o. Bonitäts-/Insolvenzrisiko der Konsumenten, deren verbrieft Darlehensforderungen das Sondervermögen erwirbt .....	23

p. Risiko unbesicherter Kreditforderungen .....	23
q. Risiko eines Ausfalls auch bei besicherten Kreditforderungen .....	24
r. Risiko mangelhafter Scoringmodelle der Kreditplattformen .....	24
s. Risiken im Zusammenhang mit der Portfoliobewertung .....	24
t. Steuerliche Risiken .....	24
XII. Erläuterung des Risikoprofils des Fonds .....	24
XIII. Erhöhte Volatilität .....	29
XIV. Profil des typischen Anlegers .....	29
XV. Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen .....	30
1. Anlageziel und -strategie .....	30
a. Investmentprozess .....	30
aa. Spezielle Risikohinweise .....	30
bb. Relevante finanzielle Risiken .....	30
cc. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken durch Monega .....	30
dd. Hinweise und Angaben zur EU-Taxonomie-Verordnung und zur EU-Offenlegungsverordnung ..	31
b. Vermögensgegenstände .....	31
c. Wertpapiere .....	31
d. Geldmarktinstrumente .....	32
e. Bankguthaben .....	33
f. Anlagegrenzen für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente auch unter Einsatz von Derivaten sowie Bankguthaben .....	33
g. Weitere Vermögensgegenstände und deren Anlagegrenzen .....	33
aa. Sonstige Anlageinstrumente .....	33
h. Unverbriefte Darlehensforderungen .....	34
i. Anlagegrenze für in Form von Wertpapieren und Sonstigen Anlageinstrumenten erworbenen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften .....	34
j. Derivate .....	34
aa. Terminkontrakte .....	35
bb. Optionsgeschäfte .....	35
cc. Swaps .....	35
dd. Swaptions .....	35
ee. Credit Default Swaps .....	36
ff. Total Return Swaps .....	36
gg. In Wertpapieren verbriefte Finanzinstrumente .....	36
hh. OTC-Derivatgeschäft .....	36
k. Wertpapier-Darlehensgeschäfte .....	36
l. Pensionsgeschäfte .....	36
2. Sicherheitenstrategie .....	36
a. Arten der zulässigen Sicherheiten .....	36
b. Umfang der Besicherung .....	36
c. Sicherheitenbewertung und Strategie für Abschläge der Bewertung (Haircut-Strategie) .....	36
d. Anlage von Barsicherheiten .....	36
e. Sicherheiten im Zusammenhang mit Wertpapier-Darlehensgeschäften .....	36
f. Gewährung von Sicherheiten .....	36
3. Kreditaufnahme .....	37
4. Hebelwirkung (Leverage) .....	37
5. Bewertung .....	37
a. Allgemeine Regeln für die Vermögensbewertung .....	37
aa. An einer Börse zugelassene/an einem organisierten Markt gehandelte Vermögensgegenstände .....	37

bb. Nicht an Börsen notierte oder an organisierten Märkten gehandelte Vermögensgegenstände oder Vermögensgegenstände ohne handelbaren Kurs .....	37
b. Besondere Regeln für die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände .....	37
aa. Nichtnotierte Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen .....	37
bb. Optionsrechte und Terminkontrakte .....	37
cc. Bankguthaben, Festgelder, Anteile an Investmentvermögen und Darlehen .....	37
dd. Verbriefte Konsumentenkredite .....	37
ee. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände .....	37
ff. Unverbriefte Darlehensforderungen .....	38
6. Teilinvestmentvermögen .....	38
XVI. Anteile .....	39
1. Ausgabe und Rücknahme von Anteilen .....	39
a. Ausgabe von Anteilen .....	39
b. Rücknahme von Anteilen .....	39
c. Beschränkung der Anteilrücknahme .....	39
d. Abrechnung bei Anteilausgabe und -rücknahme .....	39
e. Aussetzung der Anteilrücknahme .....	39
2. Liquiditätsmanagement .....	40
3. Börsen und Märkte .....	40
4. Faire Behandlung der Anleger und Anteilklassen .....	41
5. Ausgabe- und Rücknahmepreis .....	41
6. Aussetzung der Errechnung des Ausgabe-/Rücknahmepreises .....	41
7. Ausgabeaufschlag .....	41
8. Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise .....	41
XVII. Kosten .....	41
1. Kosten bei Ausgabe und Rücknahme der Anteile .....	41
2. Verwaltungs- und sonstige Kosten .....	42
a. Vergütungen .....	42
b. Transaktionskosten .....	43
c. Sonstige Kosten .....	43
3. Angabe einer Gesamtkostenquote .....	43
4. Abweichender Kostenausweis durch Vertriebsstellen .....	43
XVIII. Vergütungspolitik .....	43
XIX. Wertentwicklung, Ermittlung und Verwendung der Erträge, Geschäftsjahr .....	44
1. Wertentwicklung .....	44
2. Ermittlung der Erträge, Ertragsausgleichsverfahren .....	44
3. Ertragsverwendung und Geschäftsjahr .....	44
XX. Auflösung, Übertragung und Verschmelzung des Fonds .....	44
1. Voraussetzungen für die Auflösung des Fonds .....	44
2. Verfahren bei Auflösung des Fonds .....	44
3. Übertragung des Fonds .....	45
4. Voraussetzungen für die Verschmelzung des Fonds .....	45
5. Rechte der Anleger bei der Verschmelzung des Fonds .....	45
XXI. Auslagerung .....	45
1. Externer Bewerter .....	45
XXII. Interessenkonflikte .....	46
XXIII. Kurzangaben über steuerrechtliche Vorschriften .....	47
1. Anteile im Privatvermögen (Steuerinländer) .....	47
a. Ausschüttungen .....	47
b. Vorabpauschalen .....	47

c. Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene.....	48
2. Anteile im Betriebsvermögen (Steuerinländer) Erstattung der Körperschaftsteuer des Fonds .....	48
a. Ausschüttungen.....	48
b. Vorabpauschalen.....	48
c. Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene .....	48
d. Negative steuerliche Erträge .....	48
e. Abwicklungsbesteuerung .....	49
XXV. Wirtschaftsprüfer .....	52
XXVI. Dienstleister .....	52
XXVII. Zahlungen an die Anleger / Verbreitung der Berichte und sonstigen Informationen.....	52
XXVIII. Von der Gesellschaft verwaltete Investmentvermögen .....	53
Allgemeine Anlagebedingungen .....	54
§ 1 Grundlagen .....	54
§ 2 Verwahrstelle .....	54
§ 3 Fondsverwaltung.....	54
§ 4 Anlagegrundsätze.....	54
§ 5 Wertpapiere.....	54
§ 6 Geldmarktinstrumente.....	55
§ 7 Bankguthaben .....	55
§ 8 Investmentanteile .....	55
§ 9 Derivate .....	56
§ 10 Sonstige Anlageinstrumente.....	56
§ 11 Anlagegrenzen .....	57
§ 12 Verschmelzung .....	57
§ 13 Wertpapier-Darlehen.....	57
§ 14 Pensionsgeschäfte .....	57
§ 15 Kreditaufnahme.....	58
§ 16 Anteile .....	58
§ 17 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, Rückgabefristen, Beschränkung und Aussetzung der Rücknahme .....	58
§ 18 Ausgabe- und Rücknahmepreise.....	58
§ 19 Kosten.....	58
§ 20 Besondere Informationspflichten gegenüber den Anlegern .....	59
§ 21 Rechnungslegung.....	59
§ 22 Kündigung und Abwicklung des Sondervermögens .....	59
§ 23 Wechsel der Kapitalverwaltungsgesellschaft und der Verwahrstelle.....	59
§ 24 Änderungen der Anlagebedingungen .....	59
§ 25 Erfüllungsort .....	59
§ 25a Streitbeilegungsverfahren.....	59
Besondere Anlagebedingungen .....	61
ANLAGEGRUNDSÄTZE UND ANLAGEGRENZEN.....	61
§ 26 Vermögensgegenstände .....	61
§ 27 Anlagegrundsätze und Anlagegrenzen .....	61
ANLAGEAUSSCHUSS .....	62
§ 28 Anlageausschuss .....	62
ANTEILKLASSEN .....	62
§ 29 Anteilklassen.....	62
ANTEILE, AUSGABEPREIS, RÜCKNAHMEPREIS, RÜCKNAHMEFRISTEN UND RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN .....	62
§ 30 Anteile .....	62

§ 31 Anteilwertermittlung, Ausgabe- und Rücknahmepreis .....	62
§ 32 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen .....	62
§ 33 Sonderregelung der Rückgabefrist und Anteilrücknahme .....	63
§ 34 Kosten.....	63
BESONDERE INFORMATIONSPFLICHTEN GEGENÜBER DEN ANLEGERN .....	64
§ 35 Besondere Informationspflichten .....	64
ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR.....	64
§ 36 Ausschüttung .....	64
§ 37 Thesaurierung .....	64
§ 38 Geschäftsjahr .....	64
XXIX Anteilklassen im Überblick.....	65
■ Wertentwicklung des Fonds.....	66
■ Anlage – Unterverwahrung.....	68
■ Anhang – Zusätzliche Informationen für Anleger in der Republik Österreich .....	70
Anlage – Anhang zur Offenlegungs- und Taxonomieverordnung.....	71



## I. Hinweis zum Verkaufsprospekt

**Der Kauf und Verkauf von Anteilen an dem Sondervermögen nordIX European Consumer Credit Fonds erfolgt auf Basis des Verkaufsprospekts, des Basisinformationsblatts und der Allgemeinen Anlagebedingungen in Verbindung mit den Besonderen Anlagebedingungen in der jeweils geltenden Fassung. Die Allgemeinen Anlagebedingungen und die Besonderen Anlagebedingungen sind im Anschluss an diesen Verkaufsprospekt abgedruckt.**

**Der Verkaufsprospekt ist dem am Erwerb eines Anteils an dem Sondervermögen Interessierten zusammen mit dem Basisinformationsblatt, dem letzten veröffentlichten Jahresbericht sowie dem gegebenenfalls nach dem Jahresbericht veröffentlichtem Halbjahresbericht kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der am Erwerb eines Anteils Interessierte ist zudem über den jüngsten Nettoinventarwert des Sondervermögens zu informieren.**

**Von dem Verkaufsprospekt abweichende Auskünfte oder Erklärungen dürfen nicht abgegeben werden. Jeder Kauf und Verkauf von Anteilen auf der Basis von Auskünften oder Erklärungen, welche nicht in dem Verkaufsprospekt bzw. im Basisinformationsblatt enthalten sind, erfolgt ausschließlich auf Risiko des Käufers.**

**Der Verkaufsprospekt wird ergänzt durch den jeweils letzten Jahresbericht und dem gegebenenfalls nach dem Jahresbericht veröffentlichten Halbjahresbericht.**

## II. Verkaufsbeschränkung

Die ausgegebenen Anteile dieses Sondervermögens dürfen nur in Ländern zum Kauf angeboten werden, in denen ein solches Angebot oder ein solcher Verkauf zulässig ist. Sofern nicht von der Gesellschaft oder einem von ihr beauftragten Dritten eine Erlaubnis zum öffentlichen Vertrieb seitens der örtlichen Aufsichtsbehörden erlangt wurde, handelt es sich bei diesem Verkaufsprospekt nicht um ein öffentliches Angebot zum Erwerb von Investmentanteilen; der Verkaufsprospekt darf dann nicht zum Zwecke eines solchen öffentlichen Angebots angewendet werden.

Zudem sind die hier genannten Informationen und Anteile des Sondervermögens nicht für den Vertrieb in Kanada bestimmt. Die Anteile dürfen von keiner Gesellschaft in Kanada angeboten oder verkauft werden.

Die Verbreitung dieses Verkaufsprospekts und das Angebot der Anteile können auch in anderen Rechtsordnungen Beschränkungen unterworfen sein.

## III. Anlagebeschränkungen für US-Personen

Die Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH und/oder der nordIX European Consumer Credit Fonds sind und werden nicht gemäß dem US-Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften von 1940 (United States Investment Company Act) in seiner gültigen Fassung registriert. Die Anteile des Fonds sind und werden nicht gemäß dem US Wertpapiergesetz von 1933 (United States Securities Act) in seiner gültigen Fassung oder nach den Wertpapiergesetzen eines Bundesstaates der Vereinigten Staaten von Amerika registriert. Die Anteile des nordIX European Consumer Credit Fonds dürfen weder in den Vereinigten Staaten noch einer US-Person oder auf deren Rechnung angeboten oder verkauft werden. An dem Erwerb von Anteilen Interessierte müssen ggf. darlegen, dass sie keine US-Personen sind und Anteile weder im Auftrag von US-Personen erwerben noch an US-Personen weiterveräußern.

US-Personen sind Personen, die Staatsangehörige der USA sind oder dort ihren Wohnsitz haben und/oder dort steuerpflichtig sind. US-Personen können auch Personen- oder Kapitalgesellschaften sein, die gemäß den Gesetzen der USA bzw. eines US-Bundesstaats, Territoriums oder einer US-Besitzung gegründet werden.

In Fällen, in denen die Gesellschaft Kenntnis davon erlangt, dass ein Anteilinhaber eine US-Person ist oder Anteile für Rechnung einer US-Person hält, kann die Gesellschaft die unverzügliche Rückgabe der Anteile an die Gesellschaft zum letzten festgestellten Anteilwert verlangen.

Anleger, die als „Restricted Person“ im Sinne der US-Regelung No. 2790 der „National Association of Security Dealers“ (NASD 2790) anzusehen sind, haben ihre Anlagen in dem Sondervermögen der Gesellschaft unverzüglich anzuzeigen.

## IV. Wichtigste rechtliche Auswirkungen der Vertragsbeziehung

Durch den Erwerb der Anteile wird der Anleger Miteigentümer der vom nordIX European Consumer Credit Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände nach Bruchteilen. Er kann über die Vermögensgegenstände nicht verfügen. Mit den Anteilen sind keine Stimmrechte verbunden.

Sämtliche Veröffentlichungen und Werbeschriften sind in deutscher Sprache abzufassen oder mit einer deutschen Übersetzung zu versehen. Die Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH wird ferner die gesamte Kommunikation mit ihren Anlegern in deutscher Sprache führen.

### Durchsetzung von Rechten

Das Rechtsverhältnis zwischen der Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH und dem Anleger sowie die vorvertraglichen Beziehungen richten sich nach deutschem Recht. Der Sitz der Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH ist Gerichtsstand für Klagen des Anlegers gegen die Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH aus dem Vertragsverhältnis. Anleger, die Verbraucher sind (siehe die folgende Definition) und in einem anderen EU-Staat wohnen, können auch vor einem zuständigen Gericht an ihrem Wohnsitz Klage erheben. Die Vollstreckung von gerichtlichen Urteilen richtet sich nach der Zivilprozessordnung, ggf. dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung bzw. der Insolvenzordnung. Da die Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH inländischem Recht unterliegt, bedarf es keiner Anerkennung inländischer Urteile vor deren Vollstreckung.

Die Adresse der Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH lautet:

Stolkgasse 25-45, 50667 Köln

Zur Durchsetzung ihrer Rechte können Anleger den Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten beschreiten oder, soweit ein solches zur Verfügung steht, auch ein Verfahren für alternative Streitbeilegung anstrengen.

Die Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH hat sich zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle verpflichtet.

Bei Streitigkeiten können Verbraucher die „Ombudsstelle für Investmentfonds“ des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V. als zuständige Verbraucherschlichtungsstelle anrufen. Die Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH nimmt an Streitbeilegungsverfahren vor dieser Schlichtungsstelle teil.

Die Kontaktdaten der „Ombudsstelle für Investmentfonds“ lauten:

**Büro der Ombudsstelle des BVI**  
**Bundesverband Investment und Asset Management e.V.**  
**Unter den Linden 42**  
**10117 Berlin**  
**Telefon: (030) 64490460**  
**Telefax: (030) 644904629**  
**E-Mail: [info@ombudsstelleinvestmentfonds.de](mailto:info@ombudsstelleinvestmentfonds.de)**  
**[www.ombudsstelleinvestmentfonds.de](http://www.ombudsstelleinvestmentfonds.de)**

Die Europäische Kommission hat unter [www.ec.europa.eu/consumers/odr](http://www.ec.europa.eu/consumers/odr) eine europäische Online-Streitbeilegungsplattform eingerichtet. Verbraucher können diese für die außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten aus Online-Kaufverträgen oder Online-Dienstleistungsverträgen nutzen. Die E-Mail-Adresse der Gesellschaft lautet [info@monega.de](mailto:info@monega.de). Die Plattform ist selbst keine Streitbeilegungsstelle, sondern vermittelt den Parteien lediglich den Kontakt zu einer zuständigen nationalen Schlichtungsstelle.

Allerdings wird die europäische Online-Streitbeilegungsplattform nach dem Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2024/3228 zum 20. Juli 2025 eingestellt. Verbraucher können die Plattform bis zum 19. Juli 2025 nutzen, können aber keine neuen Beschwerden mehr einreichen.

Verbraucher sind natürliche Personen, die in den nordIX European Consumer Credit Fonds zu einem Zweck investieren, der überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann, die also zu Privatzwecken handeln.

Das Recht, die Gerichte anzurufen, bleibt von einem Streitbeilegungsverfahren unberührt.

## V. Grundlagen

### 1. Das Sondervermögen (der Fonds)

Das Sondervermögen nordIX European Consumer Credit Fonds (nachfolgend „Fonds“) ist ein Organismus für gemeinsame Anlagen, der von einer Anzahl von Anlegern Kapital einsammelt, um es gemäß einer festgelegten Anlagestrategie zum Nutzen dieser Anleger zu investieren (nachfolgend „Investmentvermögen“). Der Fonds ist ein Alternativer Investmentfonds (nachfolgend „AIF“) im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuchs (nachfolgend „KAGB“). Er wird von der Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH (nachfolgend „Gesellschaft“) verwaltet. Der nordIX European Consumer Credit Fonds wurde am 15. April 2021 für unbestimmte Dauer aufgelegt.

Die Gesellschaft legt das bei ihr eingelegte Kapital im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in den nach dem KAGB zugelassenen Vermögensgegenständen gesondert vom eigenen Vermögen in Form von Sondervermögen an. Der Geschäftszweck des Fonds ist auf die Kapitalanlage gemäß einer festgelegten Anlagestrategie im Rahmen einer kollektiven Vermögensverwaltung mittels der bei ihm eingelegten Mittel beschränkt; eine operative Tätigkeit und eine aktive unternehmerische Bewirtschaftung der gehaltenen Vermögensgegenstände ist ausgeschlossen. In welche Vermögensgegenstände die Gesellschaft die Gelder der Anleger anlegen darf und welche Bestimmungen sie dabei zu beachten hat, ergibt sich aus dem KAGB, den dazugehörigen Verordnungen sowie dem Investmentsteuergesetz (nachfolgend „InvStG“) und den Anlagebedingungen, die das Rechtsverhältnis zwischen den Anlegern und der Gesellschaft regeln. Die Anlagebedingungen umfassen einen Allgemeinen und einen Besonderen Teil („Allgemeine Anlagebedingungen“ und „Besondere Anlagebedingungen“). Anlagebedingungen für ein Publikums-Investmentvermögen müssen vor deren Verwendung von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) genehmigt werden. Der Fonds gehört nicht zur Insolvenzmasse der Gesellschaft.

### 2. Verkaufsunterlagen und Offenlegung von Informationen

Der Verkaufsprospekt, das Basisinformationsblatt, die Anlagebedingungen sowie die aktuellen Jahres- und Halbjahresberichte sind kostenlos bei der Gesellschaft sowie im Internet unter [www.monega.de](http://www.monega.de) erhältlich.

Zusätzliche Informationen über die Anlagegrenzen des Risikomanagements des Fonds, die Risikomanagementmethoden und die jüngsten Entwicklungen bei den Risiken und Renditen der wichtigsten Kategorien von Vermögensgegenständen sind auf Wunsch des Anlegers in schriftlicher Form bei der Gesellschaft erhältlich.

Neben privaten Anlegern sind auch institutionelle Anleger wie Banken und Versicherungen häufig in Investmentvermögen investiert. Diese Investoren benötigen zur Erfüllung ihrer aufsichtsrechtlichen Pflichten Informationen, die über die gesetzlich geforderten Mindestinformationen hinausgehen. Dazu gehören beispielsweise Reports wie VAG-Reporting, Solvency- oder MaRisk-Reportings sowie umfangreiche Portfolioinformationen die z.B. täglich als csv-Dateien versandt werden. Informationen dieser Art fragen institutionelle Anleger bei den Kapitalverwaltungsgesellschaften der Investmentvermögen ab.

Zur Gewährleistung der Gleichbehandlung aller Anleger bietet die Gesellschaft an, ihren privaten Anlegern diese Informationen in gleichem Maße zukommen lassen. Hierzu können Anleger der Gesellschaft per E-Mail an [info@monega.de](mailto:info@monega.de) zusammen mit ihren Personendaten (Kundenstatus: privat oder institutionell, Vor- und Nachname, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) den Informationswunsch mitteilen. Die Gesellschaft wird nach Prüfung, ob ein berechtigtes Interesse an diesen weiteren Informationen besteht, der In-

teressent also Anleger im Fonds ist, dem Anleger eine Übersicht über ggf. vorhandene weitere Informationen zum Fonds übermitteln, woraus dieser dann auswählen kann.

Sofern die Gesellschaft einzelnen Anlegern weitere Informationen zum Fonds zur Verfügung stellt, haben die Anleger die Möglichkeit, diese auf Nachfrage von der Gesellschaft ebenfalls zu erhalten. Die Gesellschaft informiert auf ihrer Website, auf welchem Wege zusätzliche Informationen zum Fonds erhältlich sind, so dass diese dann allen Anlegern auf Nachfrage zeitgleich zur Verfügung gestellt werden können.

### 3. Anlagebedingungen und deren Änderungen

Die Anlagebedingungen sind im Anschluss an diesen Verkaufsprospekt in dieser Unterlage abgedruckt. Die Anlagebedingungen können von der Gesellschaft geändert werden. Änderungen der Anlagebedingungen bedürfen der Genehmigung durch die BaFin. Änderungen der Anlagegrundsätze des Fonds bedürfen zusätzlich der Zustimmung durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft. Änderungen der Anlagegrundsätze des Fonds sind nur unter der Bedingung zulässig, dass die Gesellschaft den Anlegern anbietet, ihre Anteile entweder ohne weitere Kosten vor dem Inkrafttreten der Änderungen zurückzunehmen oder ihre Anteile gegen Anteile an Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen kostenlos umzutauschen, sofern derartige Investmentvermögen von der Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen aus ihrem Konzern verwaltet werden.

Die vorgesehenen Änderungen werden im Bundesanzeiger und darüber hinaus unter [www.monega.de](http://www.monega.de) bekannt gemacht. Betreffen die Änderungen Vergütungen und Aufwandserstattungen, die aus dem Fonds entnommen werden dürfen, oder die Anlagegrundsätze des Fonds oder wesentliche Anlegerrechte, werden die Anleger außerdem über ihre depotführenden Stellen durch ein Medium informiert, auf welchem Informationen für eine den Zwecken der Informationen angemessene Dauer gespeichert, einsehbar und unverändert wiedergegeben werden, etwa in Papierform oder elektronischer Form (sogenannter dauerhafter Datenträger). Diese Information umfasst die wesentlichen Inhalte der geplanten Änderungen, ihre Hintergründe, die Rechte der Anleger in Zusammenhang mit der Änderung sowie einen Hinweis darauf, wo und wie weitere Informationen erlangt werden können.

Die Änderungen treten frühestens am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Änderungen von Regelungen zu den Vergütungen und Aufwendungserstattungen treten frühestens vier Wochen nach ihrer Bekanntmachung in Kraft, wenn nicht mit Zustimmung der BaFin ein früherer Zeitpunkt bestimmt wurde. Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze des Fonds treten ebenfalls frühestens vier Wochen nach Bekanntmachung in Kraft.

## VI. Verwaltungsgesellschaft

### 1. Firma, Rechtsform und Sitz

Die Gesellschaft ist eine am 11. Dezember 1999 gegründete Kapitalverwaltungsgesellschaft im Sinne des KAGB in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Die Firma der Gesellschaft lautet Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Köln.

Die Gesellschaft verfügt derzeit über eine Erlaubnis als OGAW Kapitalverwaltungsgesellschaft (Erlaubnis vom 05.01.2011) und AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft (Erlaubnis vom 18.12.2014) im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB). Sie darf Investmentvermögen nach der OGAW-Richtlinie, Gemischte Investmentvermögen, Sonstige Investmentvermögen und offene inländische Spezial-AIF mit festen Anlagebedingungen (Spezialfonds) verwalten. Weiterhin darf sie geschlossene inländische Publikums-AIF, geschlossene inländische Spezial-AIF und allgemeine offene inländische Spezialfonds einschließlich Hedgefonds verwalten (Erlaubnis vom 03.09.2020). Zudem verfügt sie über eine Erlaubnis zur Finanzport-

folioverwaltung, Anlageberatung und Anlagevermittlung sowie zur grenzüberschreitenden Verwaltung von EU-AIF und EU-OGAW (Erlaubnis vom 13.12.2016). Die Gesellschaft wird von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt und unterliegt den Bestimmungen des KAGB.

## 2. Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Nähere Angaben über die Geschäftsführung, die Zusammensetzung des Aufsichtsrates und den Gesellschafterkreis finden Sie zu Beginn des Verkaufsprospekts.

## 3. Eigenkapital und zusätzliche Eigenmittel

Nähere Angaben über die Höhe des gezeichneten und eingezahlten Kapitals finden Sie zu Beginn des Verkaufsprospekts. Die Gesellschaft hat die Berufshaftungsrisiken, die sich durch die Verwaltung von Investmentvermögen ergeben, die nicht der OGAW-Richtlinie entsprechen, sogenannte alternative Investmentvermögen (nachfolgend „AIF“), und auf berufliche Fahrlässigkeit ihrer Organe oder Mitarbeiter zurückzuführen sind, abgedeckt durch: Eigenmittel in Höhe von wenigstens 0,01 Prozent des Werts der Portfolios der verwalteten AIF, wobei dieser Betrag jährlich überprüft und angepasst wird. Diese Eigenmittel sind von dem angegebenen haftenden Eigenkapital umfasst.

# VII. Verwahrstelle

## 1. Identität der Verwahrstelle

Für den Fonds hat die Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ Bank AG) mit Sitz in 60265 Frankfurt am Main, Platz der Republik die Funktion der Verwahrstelle übernommen. Die Verwahrstelle ist ein Kreditinstitut nach deutschem Recht. Ihre Haupttätigkeit ist das Einlagen- und Wertpapiergeschäft.

## 2. Aufgaben der Verwahrstelle

Das KAGB sieht eine Trennung der Verwaltung und der Verwahrung von Sondervermögen vor. Die Verwahrstelle verwahrt die Vermögensgegenstände in Sperrdepots bzw. auf Sperrkonten. Bei Vermögensgegenständen, die nicht verwahrt werden können, prüft die Verwahrstelle, ob die Verwaltungsgesellschaft Eigentum an diesen Vermögensgegenständen erworben hat. Sie überwacht, ob die Verfügungen der Gesellschaft über die Vermögensgegenstände den Vorschriften des KAGB und den Anlagebedingungen entsprechen.

In Bezug auf zum Sondervermögen gehörende Geldmittel stellt die Verwahrstelle sicher, dass diese auf gesonderten Geldkonten bei der Verwahrstelle selbst oder einem anderen Kreditinstitut angelegt werden. Die Anlage in Bankguthaben bei einem anderen Kreditinstitut sowie Verfügungen über solche Bankguthaben sind nur mit Zustimmung der Verwahrstelle zulässig. Die Verwahrstelle muss ihre Zustimmung erteilen, wenn die Anlage bzw. Verfügung mit den Anlagebedingungen und den Vorschriften des KAGB vereinbar ist. Bei Geschäften, die die Gesellschaft für den Fonds tätigt, überwacht die Verwahrstelle, ob diese den Vorschriften des KAGB und den Anlagebedingungen entsprechen.

Daneben hat die Verwahrstelle insbesondere folgende Aufgaben:

- Ausgabe und Rücknahme der Anteile des Fonds,
- Sicherzustellen, dass die Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Anteilwertermittlung den Vorschriften des KAGB und den Anlagebedingungen des Fonds entsprechen,
- Sicherzustellen, dass bei den für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger getätigten Geschäften der Gegenwart innerhalb der üblichen Fristen in ihre Verwahrung gelangt,
- Sicherzustellen, dass die Erträge des Fonds nach den Vorschriften des KAGB und nach den Anlagebedingungen verwendet werden,
- Überwachung von Kreditaufnahmen durch die Gesellschaft für Rechnung des Fonds sowie gegebenenfalls Zustimmung zur Kre-

ditaufnahme, soweit es sich nicht um kurzfristige Überziehungen handelt, die allein durch verzögerte Gutschriften von Zahlungseingängen zustande kommen.

- Sicherzustellen, dass Sicherheiten für Wertpapierdarlehen rechtswirksam bestellt und jederzeit vorhanden sind.

## 3. Interessenkonflikte

Folgende Interessenkonflikte könnten sich aus der Übernahme der Verwahrstellenfunktion für den Fonds ergeben:

Die Gesellschaft kann die Verwahrstelle mit weiteren Aufgaben, wie zum Beispiel der Ausführung von Wertpapiergeschäften oder der Devisenkonvertierung, beauftragen. Der Konflikt entsteht aus der daraus bestehenden Doppelfunktion der Verwahrstelle.

Der Umgang der Gesellschaft mit Interessenkonflikten ist im Abschnitt „Interessenkonflikte“ dargestellt.

## 4. Unterverwahrung

Für den Fonds ist das im Abschnitt „Firma, Rechtsform und Sitz der Verwahrstelle“ aufgeführte Unternehmen als Verwahrstelle ernannt worden. Die Verwahrstelle kann Verwahrungsaufgaben nach § 81 KAGB auf ein anderes Unternehmen („Unterverwahrer“) auslagern. Die folgenden Informationen hat die Gesellschaft von der Verwahrstelle mitgeteilt bekommen. Die Gesellschaft hat die Informationen auf Plausibilität geprüft. Sie ist jedoch auf Zulieferung der Information durch die Verwahrstelle angewiesen und kann die Richtigkeit und Vollständigkeit im Einzelnen nicht überprüfen.

Die Verwahrstelle hat folgende Verwahrungsaufgaben übertragen:

Von den gesetzlichen Aufgaben der Verwahrstelle darf nur die Verwahrung der Vermögenswerte des Sondervermögens selbst auf Unterverwahrer ausgelagert werden. Diese dürfen mit Zustimmung der Verwahrstelle ihrerseits weitere Unterverwahrer einsetzen. Die Verwahrstelle hat insbesondere die Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main, (dwpbank) mit Aufgaben der Unterverwahrung beauftragt. Zur dwpbank besteht eine enge Verbindung der Verwahrstelle in Form von 50 Prozent der Stimmrechte und des Kapitals. Eine eventuell aktuellere Liste beauftragter Unterverwahrer kann auf Wunsch des Anlegers jederzeit kostenfrei bei der Gesellschaft bezogen werden.

Die in der „Anlage Unterverwahrung“ beigefügte Länderliste stellt sämtliche möglichen Unterverwahrer dar, die von der Verwahrstelle mit der Verwahrung der Vermögensgegenstände beauftragt werden können. Die „Anlage Unterverwahrung“ ist dem Verkaufsprospekt beigefügt.

Die Inanspruchnahme des/der exakten Unterverwahrer/s kann aus der „Anlage Unterverwahrung“ in Verbindung mit den zulässigen Märkten gemäß der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen sowie den Ausführungen im Verkaufsprospekt entnommen werden.

Hinsichtlich der Auswahl weiterer Unterverwahrer hat sich die Verwahrstelle geeignete Kontroll-, Zustimmungs- und Widerspruchsrechte gegenüber ihrem unmittelbaren Unterverwahrer vorbehalten.

Folgende Interessenkonflikte könnten sich aus der Unterverwahrung ergeben:

Die Interessen der Gesellschaft, des Fonds oder Anlegers können mit folgenden Interessen kollidieren:

- Interessen der Verwahrstelle und der mit dieser verbundenen Unternehmen
- Interessen der Mitarbeiter der Verwahrstelle
- Interessen anderer Anleger in diesem oder anderen Fonds
- Interessen eines anderen Kunden der Verwahrstelle



- Interessen von dritten, eventuell gruppenangehörigen Unternehmen, auf die Verwahraufgaben ausgelagert wurden
- Umstände oder Beziehungen, die Interessenkonflikte begründen können, umfassen insbesondere
  - die Wahrnehmung von Aufgaben der Verwahrstellenfunktion oder als Unterverwahrer für weitere Investmentvermögen und / oder weitere Verwaltungsgesellschaften
  - die Auswahl und Überwachung der national und / oder international tätigen Unternehmen, welchen sie in den jeweiligen Ländern Verwahraufgaben für das Sondervermögen überträgt
  - die Erbringung von Bankgeschäft oder Wertpapierdienstleistungen für Privatkunden sowie andere professionelle Kunden und geeignete Gegenparteien, insbesondere andere Kreditinstitute, unter anderem
    - das Einlagengeschäft,
    - das Kreditgeschäft,
    - das Garantiegeschäft,
    - das Finanzkommissionsgeschäft,
    - das Depotgeschäft,
    - der Eigenhandel mit Finanzinstrumenten,
    - die Anlage- und Abschlussvermittlung von Finanzinstrumenten, insbesondere Wertpapieren,
    - die Anlageberatung,
    - die Emission und Platzierung von Wertpapieren und sonstigen Finanzinstrumenten
- die Wahrnehmung von Rechten aus der bestehenden qualifizierten Beteiligung an der Gesellschaft,
- die Ausübung der rechtlichen und/oder tatsächlichen Möglichkeiten aus Beteiligungen an Tochterunternehmen oder sonstigen Beteiligungen, an denen die Verwahrstelle mindestens 20 Prozent der Stimmrechte oder des Kapitals hält.

Zum Umgang mit Interessenkonflikten setzt die Verwahrstelle folgende organisatorische Maßnahmen ein, um Interessenkonflikte zu ermitteln, ihnen vorzubeugen, sie zu steuern, zu beobachten und sie offen zu legen:

- Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen;
- Vorschriften zu Organisation und Verfahren zur Vermeidung von Interessenkonflikten
- Verpflichtung der Mitarbeiter der DZ BANK AG durch Organisations- und Arbeitsanweisungen auf die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben (insbesondere zur Einhaltung des Insiderund Marktmissbrauchsrechts) sowie entsprechende Überwachungsmaßnahmen;
- sorgfältige Auswahl, Schulung, Qualifikation und Weiterbildung der Mitarbeiter der DZ BANK AG;
- Bestehen einer Compliance-Funktion, die die Einhaltung von Gesetzen und Regeln überwacht und an die Interessenkonflikte gemeldet werden müssen;
- Einhaltung der Verbote personeller Verflechtungen zwischen Verwahrstelle und der Gesellschaft bei der Besetzung von Aufsichtsfunktionen und Leitungsorganen;
- Auswahl und Überwachung von Unterverwahrern nach geltenden Vorschriften;
- Beachtung der gesetzlich vorgegebenen Regeln und Verfahren für Vergütungen von Mitarbeitern und Mitgliedern der Geschäftsleitungs- und Aufsichtsorgane;
- Verzicht auf die Erbringung von konkret konfliktbehafteten Dienstleistungen;
- die regelmäßige Information der Gesellschaft über die ergriffenen Vorkehrungen und Veränderungen.

Bei der Überwachung des Auslagerungsunternehmens berücksichtigt

die Verwahrstelle potenzielle Interessenkonflikte des Unterverwahrers im Zusammenhang mit folgenden Tätigkeiten:

- Wahrnehmung von Aufgaben als Unterverwahrer oder Verwahrstelle für weitere Investmentvermögen und / oder weitere Verwaltungsgesellschaften,
- Auswahl und Überwachung weiterer Unterverwahrer,
- angemessene Organisation und Überwachung der ausgelagerten Aufgaben,
- Erbringung des Depotgeschäftes für sonstige Kunden,
- Wahrnehmung seiner Rechte und Einflussmöglichkeiten aus direkten oder indirekten Beteiligungen von mindestens 10 Prozent des Kapitals oder der Stimmrechte, insbesondere bei Beteiligungen an anderen Verwahrstellen,
- Auswahl und Überwachung seiner Dienstleiter, insbesondere im IT-Bereich.

## 5. Haftung der Verwahrstelle

Die Verwahrstelle ist grundsätzlich für alle Vermögensgegenstände verantwortlich, die von ihr oder mit ihrer Zustimmung von einer anderen Stelle verwahrt werden. Im Falle des Verlustes eines solchen Vermögensgegenstandes haftet die Verwahrstelle gegenüber dem Fonds und dessen Anlegern, es sei denn der Verlust ist auf Ereignisse außerhalb des Einflussbereichs der Verwahrstelle zurückzuführen. Für Schäden, die nicht im Verlust eines Vermögensgegenstandes bestehen, haftet die Verwahrstelle grundsätzlich nur, wenn sie ihre Verpflichtungen nach den Vorschriften des KAGB mindestens fahrlässig nicht erfüllt hat.

## 6. Zusätzliche Informationen

Auf Verlangen übermittelt die Gesellschaft den Anlegern Informationen auf dem neuesten Stand zur Verwahrstelle und ihren Pflichten, zu den Unterverwahrern sowie zu möglichen Interessenkonflikten in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Verwahrstelle oder der Unterverwahrer. Ebenfalls auf Verlangen übermittelt die Gesellschaft den Anlegern Informationen zu den Gründen, aus denen sie sich für die Verwahrstelle entschieden hat.

## VIII. Primebroker

Die Gesellschaft verwendet aktuell im Rahmen der Verwaltung des Fonds keinen Primebroker.

## IX. Fondsmanager

Die Gesellschaft hat das Fondsmanagement für das Sondervermögen dieses Verkaufsprospektes im Einklang mit den gesetzlichen Regelungen, insbesondere § 36 KAGB, auf nordIX AG mit Sitz An der Alster 1, 20099 Hamburg, ausgelagert. nordIX AG mit Sitz Ludwig-Erhard-Straße 1 ist ein Institut mit u.a. der Erlaubnis zur Verwaltung einzelner in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum (Finanzportfolioverwaltung). nordIX AG, An der Alster 1, 20099 Hamburg, unterliegt der Finanzdienstleistungsaufsicht.

Der Fondsmanager beobachtet die Wertpapiermärkte, analysiert die Zusammensetzung der Wertpapierbestände und sonstige Anlagen des Fondsvermögens unter Beachtung der Grundsätze der beschriebenen Anlagepolitik und Anlagegrenzen und trifft alleinverantwortlich die Entscheidung über die Anlage des Fondsvermögens. Für seine Tätigkeit erhält der Fondsmanager aus der Verwaltungsvergütung der Gesellschaft eine Vergütung.

## X. Risikohinweise

Vor der Entscheidung über den Kauf von Anteilen an dem Fonds sollten Anleger die nachfolgenden Risikohinweise zusammen mit den anderen in diesem Verkaufsprospekt enthaltenen Informationen sorgfältig lesen und diese bei ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen. Der Eintritt eines oder mehrerer dieser Risiken kann für sich genommen oder zusammen mit anderen Umständen die Wertentwicklung des Fonds bzw. der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände nachteilig beeinflussen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert auswirken.

Veräußert der Anleger Anteile an dem Fonds zu einem Zeitpunkt, in dem die Kurse der in dem Fonds befindlichen Vermögensgegenstände gegenüber dem Zeitpunkt seines Anteilerwerbs gefallen sind, so erhält er das von ihm in den Fonds investierte Kapital nicht oder nicht vollständig zurück. Der Anleger könnte sein in den Fonds investiertes Kapital teilweise oder in Einzelfällen sogar ganz verlieren. Wertzuwächse können nicht garantiert werden. Das Risiko des Anlegers ist auf die angelegte Summe beschränkt. Eine Nachschusspflicht über das vom Anleger investierte Kapital hinaus besteht nicht.

Neben den nachstehend oder an anderer Stelle des Verkaufsprospekts beschriebenen Risiken und Unsicherheiten kann die Wertentwicklung des Fonds durch verschiedene weitere Risiken und Unsicherheiten beeinträchtigt werden, die derzeit nicht bekannt sind. Die Reihenfolge, in der die nachfolgenden Risiken aufgeführt werden, enthält weder eine Aussage über die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts noch über das Ausmaß oder die Bedeutung bei Eintritt einzelner Risiken.

### 1. Risiken einer Fondsanlage

Im Folgenden werden die Risiken dargestellt, die mit einer Anlage in einen AIF typischerweise verbunden sind. Diese Risiken können sich nachteilig auf den Anteilwert, auf das vom Anleger investierte Kapital sowie auf die vom Anleger geplante Haltedauer der Fondsanlage auswirken.

#### a. Schwankung des Fondsanteilwerts

Der Fondsanteilwert berechnet sich aus dem Wert des Fonds, geteilt durch die Anzahl der in den Verkehr gelangten Anteile.

Der Wert des Fonds entspricht dabei der Summe der Marktwerte aller Vermögensgegenstände im Fondsvermögen abzüglich der Summe der Marktwerte aller Verbindlichkeiten des Fonds. Der Fondsanteilwert ist daher von dem Wert der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände und der Höhe der Verbindlichkeiten des Fonds abhängig. Sinkt der Wert dieser Vermögensgegenstände oder steigt der Wert der Verbindlichkeiten, so fällt der Fondsanteilwert.

#### b. Beeinflussung des individuellen Ergebnisses durch steuerliche Aspekte

Die steuerliche Behandlung von Kapitalerträgen hängt von den individuellen Verhältnissen des jeweiligen Anlegers ab und kann künftig Änderungen unterworfen sein. Für Einzelfragen – insbesondere unter Berücksichtigung der individuellen steuerlichen Situation – sollte sich der Anleger an seinen persönlichen Steuerberater wenden.

#### c. Änderung der Anlagepolitik oder der Anlagebedingungen

Die Gesellschaft kann die Anlagebedingungen mit Genehmigung der BaFin ändern. Dadurch können auch Rechte des Anlegers betroffen sein. Die Gesellschaft kann etwa durch eine Änderung der Anlagebedingungen die Anlagepolitik des Fonds ändern oder sie kann die dem Fonds zu belastenden Kosten erhöhen. Die Gesellschaft kann die Anlagepolitik zudem innerhalb des gesetzlich und vertraglich zulässigen Anlagespektrums und damit ohne Änderung der Anlagebe-

dingungen und deren Genehmigung durch die BaFin ändern. Hierdurch kann sich das mit dem Fonds verbundene Risiko verändern.

#### d. Beschränkung der Anteilrücknahme

Die Gesellschaft darf die Rücknahme der Anteile bis zum nächsten Wertermittlungstag beschränken, wenn die Rückgabeverlangen der Anleger am jeweiligen Abrechnungssstichtag einen zuvor festgelegten Schwellenwert überschreiten, ab dem die Rückgabeverlangen aufgrund der Liquiditätssituation des Sondervermögens nicht mehr im Interesse der Gesamtheit der Anleger ausgeführt werden können. Wird der Schwellenwert erreicht oder überschritten, entscheidet die Gesellschaft in pflichtgemäßem Ermessen, ob sie an diesem Abrechnungssstichtag die Rücknahme beschränkt. Entschließt sie sich zur Rücknahmebeschränkung, kann sie diese auf Grundlage ihrer Ermessensentscheidung bis zum nächsten auf den Abrechnungssstichtag folgenden Wertermittlungstag fortsetzen. Hat die Gesellschaft entschieden, die Rücknahme zu beschränken, wird sie Anteile zu dem am Abrechnungssstichtag geltenden Rücknahmepreis lediglich anteilig zurücknehmen; im Übrigen entfällt die Rücknahmepflicht. Dies bedeutet, dass jedes Rücknahmeverlangen nur anteilig auf Basis einer von der Gesellschaft ermittelten Quote ausgeführt wird. Der nicht ausgeführte Teil der Order wird auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt, sondern verfällt. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass seine Order zur Anteilrückgabe nur anteilig ausgeführt wird und die noch offene Restorder erneut platzieren muss.

#### e. Aussetzung der Anteilrücknahme

Die Gesellschaft darf die Rücknahme der Anteile zeitweilig aussetzen, sofern außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Außergewöhnliche Umstände in diesem Sinne können z.B. sein: wirtschaftliche oder politische Krisen, Rücknahmeverlangen in außergewöhnlichem Umfang sowie die Schließung von Börsen oder Märkten, Handelsbeschränkungen oder sonstige Faktoren, die die Ermittlung des Anteilwerts beeinträchtigen. Daneben kann die BaFin anordnen, dass die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile auszusetzen hat, wenn dies im Interesse der Anleger oder der Öffentlichkeit erforderlich ist.

Der Anleger kann seine Anteile während dieses Zeitraums nicht zurückgeben. Auch im Fall einer Aussetzung der Anteilrücknahme kann der Anteilwert sinken; z.B. wenn die Gesellschaft gezwungen ist, Vermögensgegenstände während der Aussetzung der Anteilrücknahme unter Verkehrswert zu veräußern. Der Anteilwert nach Wiederaufnahme der Anteilrücknahme kann niedriger liegen als derjenige vor Aussetzung der Rücknahme. Einer Aussetzung kann ohne erneute Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile direkt eine Auflösung des Sondervermögens folgen, z.B. wenn die Gesellschaft die Verwaltung des Fonds kündigt, um den Fonds dann aufzulösen. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann und dass ihm wesentliche Teile des investierten Kapitals für unbestimmte Zeit nicht zur Verfügung stehen oder insgesamt verloren gehen.

#### f. Auflösung des Fonds

Der Gesellschaft steht das Recht zu, die Verwaltung des Fonds zu kündigen. Die Gesellschaft kann den Fonds nach Kündigung der Verwaltung ganz auflösen. Das Verfügungsrecht über den Fonds geht nach einer Kündigungsfrist von sechs Monaten auf die Verwahrstelle über. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann. Bei dem Übergang des Fonds auf die Verwahrstelle können dem Fonds andere Steuern als deutsche Ertragssteuern belastet werden. Wenn die Fondsanteile nach Beendigung des Liquidationsverfahrens aus dem Depot des Anlegers ausgebucht werden, kann der Anleger mit Ertragssteuern belastet werden.

### **g. Übertragung aller Vermögensgegenstände des Fonds auf ein anderes offenes Publikums-Investmentvermögen (Verschmelzung)**

Die Gesellschaft kann sämtliche Vermögensgegenstände des Fonds auf ein anderes Publikums-Investmentvermögen übertragen. Der Anleger kann seine Anteile in diesem Fall (i) zurückgeben, (ii) oder behalten mit der Folge, dass er Anleger des übernehmenden Investmentvermögens wird, (iii) oder gegen Anteile an einem offenen inländischen Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen umtauschen, sofern die Gesellschaft oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen ein solches Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen verwaltet. Überträgt die Gesellschaft sämtliche Vermögensgegenstände auf einen OGAW, so muss der aufnehmende oder neu zu gründende Fonds ein OGAW sein. Der Anleger muss daher im Rahmen der Übertragung vorzeitig eine erneute Investitionsentscheidung treffen. Bei einer Rückgabe der Anteile können Ertragssteuern anfallen. Bei einem Umtausch der Anteile in Anteile an einem Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen kann der Anleger mit Steuern belastet werden, etwa, wenn der Wert der erhaltenen Anteile höher ist als der Wert der alten Anteile zum Zeitpunkt der Anschaffung.

### **h. Übertragung des Fonds auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft**

Die Gesellschaft kann den Fonds auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen. Der Fonds bleibt dadurch zwar unverändert, wie auch die Stellung des Anlegers. Der Anleger muss aber im Rahmen der Übertragung entscheiden, ob er die neue Kapitalverwaltungsgesellschaft für ebenso geeignet hält wie die bisherige. Wenn er in den Fonds unter neuer Verwaltung nicht investiert bleiben möchte, muss er seine Anteile zurückgeben. Hierbei können Ertragssteuern anfallen.

### **i. Rentabilität und Erfüllung der Anlageziele des Anlegers**

Es kann nicht garantiert werden, dass der Anleger seinen gewünschten Anlageerfolg erreicht. Der Anteilwert des Fonds kann fallen und zu Verlusten beim Anleger führen. Es bestehen keine Garantien oder Zusicherungen der Gesellschaft oder Dritter hinsichtlich einer bestimmten Mindestzahlung bei Rückgabe oder eines bestimmten Anlageerfolgs des Fonds. Anleger könnten somit einen niedrigeren als den ursprünglich angelegten Betrag zurück erhalten. Ein bei Erwerb von Anteilen entrichteter Ausgabeaufschlag bzw. ein bei Veräußerung von Anteilen entrichteter Rücknahmeabschlag kann zudem, insbesondere bei nur kurzer Anlagedauer den Erfolg einer Anlage reduzieren oder sogar aufzehren.

### **j. Nachhaltigkeitsrisiken**

Nachhaltigkeitsrisiken im Sinne der Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor („nachfolgend Offenlegungs-Verordnung“) sind Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, deren Eintreten tatsächlich oder potenziell wesentliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation eines Unternehmens und damit auf den Wert der Investition des Fonds haben könnten. Diese Effekte können sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Fonds sowie auf die Reputation der Gesellschaft auswirken. Nachhaltigkeitsrisiken können auf alle bekannten Risikoarten erheblich einwirken und als Faktor zur Wesentlichkeit dieser Risikoarten beitragen. Beispielhaft sind die in den nachfolgenden Abschnitten beschriebenen Risikoarten Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, Adressenausfallrisiko und operationelles Risiko zu nennen.

Diese Ereignisse beziehen sich unter anderem auf folgende Themen:  
*Umwelt*

- Treibhausgasemissionen
- Energieverbrauch aus nicht erneuerbaren Energiequellen

- Auswirkungen auf Gebiete, die kritisch hinsichtlich der Biodiversität sind
- Wasserbelastung
- Gift- und Sondermüll

### *Soziales und Unternehmensführung*

- Verstöße gegen die Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen und gegen die Leitsätze der Vereinten Nationen und gegen die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) für multinationale Unternehmen
- Keine Prozesse, um die Einhaltung der Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen und der Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen zu überwachen
- Geschlechterspezifischer Vergütungsunterschied
- Geschlechtervielfalt in Vorstand und Aufsichtsrat
- Unternehmen mit Aktivitäten im Bereich der umstrittenen Waffen

### *Staaten und internationale Organisationen*

- Treibhausgasintensität der Länder
- Verstöße gegen soziale Normen

### *Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken durch Monega*

Monega kombiniert die klassische Finanzanalyse mit der Nachhaltigkeitsanalyse. Durch letztgenannte wird überprüft, inwieweit Investitionen negative Auswirkungen auf oben genannte Nachhaltigkeitsfaktoren haben können, unabhängig davon, ob diese als nachhaltig ausgewiesen und vertrieben werden. Die Ergebnisse, welche die ökologische und soziale Leistung eines Wertpapieremittenten so- wie dessen Corporate Governance (sogenannte ESGKriterien für die entsprechende englische Bezeichnung Environmental, Social und Governance) umfassen, werden systematisch im gesamten Investmentprozess berücksichtigt und dokumentiert.

Monega nutzt zu diesem Zwecke die Dienstleistungen eines etablierten ESG -Rating bzw. -Datenanbieters. Auf Basis des gesamten Analyseuniversums des ESG-Datenanbieters wird auf Basis der oben genannten Kriterien eine Liste erstellt und im Risikomanagementsystem für sämtliche Vermögensgegenstände der Monega-Fonds implementiert, anhand derer eine Überprüfung sämtlicher gehaltenen Vermögensgegenstände stattfindet. Die Prüfung erfolgt grundsätzlich auf Basis des unmittelbaren Emittenten, ausgedrückt durch die ISIN des Wertpapiers. Ggf. kann auch noch eine Bewertung auf Basis des Mutterunternehmens hinzugezogen werden. Ergebnis dieses Prozesses ist eine Klassifizierung der Vermögensgegenstände, welche auf monatlicher Basis aktualisiert wird und die eine Bewertung zur Erwerbbarkeit unter ESG Gesichtspunkten als „gegeben“ oder „nicht gegeben“ ausgibt und die dem Fonds- sowie Risikomanagement sodann zur Kenntnis gebracht wird. Sofern Emittenten aufgrund dieser Überwachung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren aufweisen, können sie im Einzelfall weiteren Untersuchungen unterzogen und die Ergebnisse bei Bedarf zur weiteren Entscheidungsfindung an das Markt- und Produktisikokomitee übermittelt werden. Das Spektrum möglicher Maßnahmen umfasst folgende:

- „Investierbar (keine Maßnahmen erforderlich)“
- „Beobachtung (Dialog mit dem Emittenten und weitere Überwachung) oder
- „Ausschluss“ (Emittent wird als ungeeignet kategorisiert und der „Restricted List“ zugefügt).

Um Nachhaltigkeitsrisiken zu verringern, sucht das Fondsmanagement zudem den konstruktiven Dialog mit den Emittenten, u.a. durch Stimmrechtsausübung bei Hauptversammlungen, mit dem Ziel, eine verantwortungsvolle Führung, einen Werterhalt und eine Wertsteigerung der Unternehmen zu fördern, welche insoweit auch den Einfluss auf Emittenten in Bezug auf die Verhinderung und Verringerung von negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren im vorgenannten Sinne umfasst.



### *Auswirkungen von Nachhaltigkeitsrisiken auf die Rendite*

Emittenten, deren Wertpapiere direkt oder indirekt vom Fonds gehalten werden, können wirtschaftlichen Risiken oder Reputationsrisiken ausgesetzt sein, welche durch die Nichteinhaltung von ESG-Standards oder durch physische Risiken des Klimawandels verursacht werden. Die Nachhaltigkeitsrisiken können zu einer wesentlichen Verschlechterung des Finanzprofils, der Liquidität, der Rentabilität oder der Reputation des zugrundeliegenden Investments führen. Sofern die Nachhaltigkeitsrisiken nicht bereits erwartet und in den Bewertungen der Investments berücksichtigt waren, können sich diese erheblich negativ auf den erwarteten bzw. geschätzten Marktpreis sowie die Liquidität der Anlage und somit auf die Rendite des Fonds auswirken.

### *Einfluss von ESG-Ratings auf die Wertentwicklung eines Fonds*

Die Verwendung von ESG-Ratings kann die Wertentwicklung des Fonds beeinflussen, weshalb sich diese von der Wertentwicklung ähnlicher Fonds, bei denen solche Ratings nicht angewendet werden, sowohl in positiver als auch in negativer Weise unterscheiden kann. Wenn für einen Fonds Ausschlusskriterien aufgrund von ökologischen, sozialen und Governance-Kriterien festgelegt werden, kann dies dazu führen, dass der Fonds darauf verzichtet, bestimmte Vermögensgegenstände zu erwerben, auch wenn ein Erwerb vorteilhaft wäre, oder dass der Fonds Vermögensgegenstände verkauft, selbst wenn ein Verkauf nachteilig wäre. Die für den Fonds bestehenden Ausschlusskriterien können nicht direkt mit den eigenen, subjektiven, ethischen Ansichten des Anlegers korrespondieren.

### *Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken bei Auslagerung des Portfoliomanagements*

Weitere Informationen über die Art und Weise wie Nachhaltigkeitsrisiken in den Investmentprozess einbezogen werden sowie über das mögliche Ausmaß der Auswirkungen der Nachhaltigkeitsrisiken auf die Rendite können Sie bei ausgelagerten Portfoliomanagement-Mandaten der Internetseite des jeweiligen Asset Managers entnehmen.

## **2. Risiken der negativen Wertentwicklung des Fonds (Marktrisiko)**

Nachfolgend werden die Risiken dargestellt, die mit der Anlage in einzelne Vermögensgegenstände durch den Fonds einhergehen. Diese Risiken können die Wertentwicklung des Fonds bzw. der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände beeinträchtigen und sich damit nachteilig auf den Anteilwert und auf das vom Anleger investierte Kapital auswirken.

### **a. Wertveränderungsrisiken**

Die Vermögensgegenstände, in die die Gesellschaft für Rechnung des Fonds investiert, unterliegen Risiken. So können Wertverluste auftreten, indem der Marktwert der Vermögensgegenstände gegenüber dem Einstandspreis fällt oder Kassa- und Terminpreise sich unterschiedlich entwickeln.

### **b. Kapitalmarktrisiko**

Die Kurs- oder Marktwertentwicklung von Finanzprodukten hängt insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte ab, die wiederum von der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft sowie den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern beeinflusst wird. Auf die allgemeine Kursentwicklung insbesondere an einer Börse können auch irrationale Faktoren wie Stimmungen, Meinungen und Gerüchte einwirken. Schwankungen der Kurs- und Marktwerte können auch auf Veränderungen der Zinssätze, Wechselkurse oder der Bonität eines Emittenten zurückzuführen sein.

### **c. Kursänderungsrisiko von Aktien**

Aktien unterliegen erfahrungsgemäß starken Kursschwankungen und somit auch dem Risiko von Kursrückgängen. Diese Kursschwankungen werden insbesondere durch die Entwicklung der Ge-

winne des emittierenden Unternehmens sowie die Entwicklungen der Branche und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Das Vertrauen der Marktteilnehmer in das jeweilige Unternehmen kann die Kursentwicklung ebenfalls beeinflussen.

Dies gilt insbesondere bei Unternehmen, deren Aktien erst über einen kürzeren Zeitraum an der Börse oder einem anderen organisierten Markt zugelassen sind; bei diesen können bereits geringe Veränderungen von Prognosen zu starken Kursbewegungen führen. Ist bei einer Aktie der Anteil der frei handelbaren, im Besitz vieler Aktionäre befindlichen Aktien (sogenannter Streubesitz) niedrig, so können bereits kleinere Kauf- und Verkaufsaufträge eine starke Auswirkung auf den Marktpreis haben und damit zu höheren Kursschwankungen führen.

### **d. Zinsänderungsrisiko**

Mit der Investition in festverzinsliche Wertpapiere ist die Möglichkeit verbunden, dass sich das Marktzinsniveau ändert, das im Zeitpunkt der Begebung eines Wertpapiers besteht. Steigen die Marktzinsen gegenüber den Zinsen zum Zeitpunkt der Emission, so fallen i.d.R. die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere. Fällt dagegen der Marktzins, so steigt der Kurs festverzinslicher Wertpapiere. Diese Kursentwicklung führt dazu, dass die aktuelle Rendite des festverzinslichen Wertpapiers in etwa dem aktuellen Marktzins entspricht. Diese Kursschwankungen fallen jedoch jenach (Rest-)Laufzeit der festverzinslichen Wertpapiere unterschiedlich stark aus. Festverzinsliche Wertpapiere mit kürzeren Laufzeiten haben geringere Kursrisiken als festverzinsliche Wertpapiere mit längeren Laufzeiten. Festverzinsliche Wertpapiere mit kürzeren Laufzeiten haben demgegenüber in der Regel geringere Renditen als festverzinsliche Wertpapiere mit längeren Laufzeiten. Geldmarktinstrumente besitzen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit von maximal 397 Tagen tendenziell geringere Kursrisiken. Daneben können sich die Zinssätze verschiedener, auf die gleiche Währung lautender zinsbezogener Finanzinstrumente mit vergleichbarer Restlaufzeit unterschiedlich entwickeln.

### **e. Risiko von negativen Habenzinsen**

Die Gesellschaft legt liquide Mittel des Fonds bei der Verwahrstelle oder anderen Banken für Rechnung des Fonds an. Für diese Bankguthaben ist teilweise ein Zinssatz vereinbart, der sich an offiziellen Referenzzinssätzen abzüglich einer bestimmten Marge orientiert. Sinken diese Referenzzinssätze unter die vereinbarte Marge, so führt dies zu negativen Zinsen auf dem entsprechenden Konto. Abhängig von der Entwicklung der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank können sowohl kurz-, mittel- als auch langfristige Bankguthaben eine negative Verzinsung erzielen.

### **f. Kursänderungsrisiko von Wandel- und Optionsanleihen**

Wandel- und Optionsanleihen verbriefen das Recht, die Anleihe in Aktien umzutauschen oder Aktien zu erwerben. Die Entwicklung des Werts von Wandel- und Optionsanleihen ist daher abhängig von der Kursentwicklung der Aktie als Basiswert. Die Risiken der Wertentwicklung der zugrunde liegenden Aktien können sich daher auch auf die Wertentwicklung der Wandel- und Optionsanleihe auswirken. Optionsanleihen, die dem Emittenten das Recht einräumen dem Anleger statt der Rückzahlung eines Nominalbetrags eine im Vorhinein festgelegte Anzahl von Aktien anzudienen (Reverse Convertibles), sind in verstärktem Maße von dem entsprechenden Aktienkurs abhängig.

### **g. Risiken im Zusammenhang mit Derivatgeschäften**

Die Gesellschaft darf für den Fonds Derivatgeschäfte abschließen. Der Kauf und Verkauf von Optionen sowie der Abschluss von Terminkontrakten oder Swaps sind mit folgenden Risiken verbunden:

- Durch die Verwendung von Derivaten können Verluste entstehen, die nicht vorhersehbar sind und sogar die für das Derivatgeschäft eingesetzten Beträge überschreiten können.



- Kursänderungen des Basiswertes können den Wert eines Optionsrechts oder Terminkontraktes vermindern. Vermindert sich der Wert und wird das Derivat hierdurch wertlos, kann die Gesellschaft gezwungen sein, die erworbenen Rechte verfallen zu lassen. Durch Wertänderungen des einem Swap zugrunde liegenden Vermögenswertes kann der Fonds ebenfalls Verluste erleiden.
- Ein liquider Sekundärmarkt für ein bestimmtes Instrument zu einem gegebenen Zeitpunkt kann fehlen. Eine Position in Derivaten kann dann unter Umständen nicht wirtschaftlich neutralisiert (geschlossen) werden.
- Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert des Fondsvermögens stärker beeinflusst werden, als dies beim unmittelbaren Erwerb der Basiswerte der Fall ist. Das Verlustrisiko kann bei Abschluss des Geschäfts nicht bestimmbar sein.
- Der Kauf von Optionen birgt das Risiko, dass die Option nicht ausgeübt wird, weil sich die Preise der Basiswerte nicht wie erwartet entwickeln, so dass die vom Fonds gezahlte Optionsprämie verfällt. Beim Verkauf von Optionen besteht die Gefahr, dass der Fonds zur Abnahme von Vermögenswerten zu einem höheren als dem aktuellen Marktpreis, oder zur Lieferung von Vermögenswerten zu einem niedrigeren als dem aktuellen Marktpreis verpflichtet ist. Der Fonds erleidet dann einen Verlust in Höhe der Preisdifferenz minus der eingenommenen Optionsprämie.
- Bei Terminkontrakten besteht das Risiko, dass die Gesellschaft für Rechnung des Fonds verpflichtet ist, die Differenz zwischen dem bei Abschluss zugrunde gelegten Kurs und dem Marktkurs zum Zeitpunkt der Glattstellung bzw. Fälligkeit des Geschäftes zu tragen. Damit würde der Fonds Verluste erleiden. Das Risiko des Verlusts ist bei Abschluss des Terminkontrakts nicht bestimmbar.
- Der gegebenenfalls erforderliche Abschluss eines Gegengeschäfts (Glattstellung) ist mit Kosten verbunden.
- Die von der Gesellschaft getroffenen Prognosen über die künftige Entwicklung von zugrunde liegenden Vermögensgegenständen, Zinssätzen, Kursen und Devisenmärkten können sich im Nachhinein als unrichtig erweisen.
- Die den Derivaten zugrunde liegenden Vermögensgegenstände können zu einem an sich günstigen Zeitpunkt nicht gekauft bzw. verkauft werden oder müssen zu einem ungünstigen Zeitpunkt gekauft oder verkauft werden.

Bei außerbörslichen Geschäften, sogenannte over-the-counter (OTC)-Geschäfte, können folgende Risiken auftreten:

- Es kann ein organisierter Markt fehlen, so dass die Gesellschaft die für Rechnung des Fonds am OTC-Markt erworbenen Finanzinstrumente schwer oder gar nicht veräußern kann.
- Der Abschluss eines Gegengeschäfts (Glattstellung) kann aufgrund der individuellen Vereinbarung schwierig, nicht möglich bzw. mit erheblichen Kosten verbunden sein.

#### **h. Risiken im Zusammenhang mit dem Erhalt von Sicherheiten**

Die Gesellschaft kann für Derivatgeschäfte Sicherheiten erhalten. Derivate können im Wert steigen. Die erhaltenen Sicherheiten könnten dann nicht mehr ausreichen, um den Lieferungs- bzw. Rückübertragungsanspruch der Gesellschaft gegenüber dem Kontrahenten in voller Höhe abzudecken.

Die Gesellschaft kann Barsicherheiten auf Sperrkonten anlegen. Das Kreditinstitut, bei dem die Bankgüter verwahrt werden, kann jedoch ausfallen. Bei Beendigung des Geschäfts könnten die angelegten Sicherheiten nicht mehr in voller Höhe verfügbar sein, obwohl sie von der Gesellschaft für den Fonds in der ursprünglich gewährten Höhe wieder zurück gewährt werden müssen. Dann müsste der Fonds die bei den Sicherheiten erlittenen Verluste tragen.

#### **i. Risiko bei Verbriefungspositionen ohne Selbstbehalt gemäß Verordnung (EU) 2017/2402**

Eine Verbriefung im Sinne der Verordnung (EU) 2017/2402 (EU-Verbriefungs-VO) ist eine Transaktion oder Struktur, bei der das mit einer Forderung oder einem Pool von Forderungen verbundene Kreditrisiko in Tranchen unterteilt wird. Die im Rahmen dieser Transaktion oder dieser Struktur getätigten Zahlungen hängen von der Erfüllung der Forderung oder der im Pool enthaltenen Forderungen ab. Die Rangfolge der Tranchen entscheidet über die Verteilung der Verluste während der Laufzeit der Transaktion oder der Struktur.

Bei der Bündelung von Forderungen in neuen Transaktionen oder Strukturen, die am Markt veräußert werden können, werden Risiken aus den ursprünglichen Forderungen vollständig oder zumindest teilweise weitergegeben, was im Hinblick auf die bestehenden Risikostrukturen zu einem Transparenzverlust und hiermit verbunden zu einer Verminderung des Risikobewusstseins führen kann. Ein vollständiger oder teilweiser Ausfall zugrunde liegender Forderungen kann den Marktwert und/oder die Handelbarkeit der Transaktionen oder Strukturen stark beeinträchtigen und zu einem teilweisen oder vollständigen Wertverlust führen.

Die Gesellschaft darf für den Fonds in solche Verbriefungspositionen im Sinne der Verordnung (EU) 2017/2402 investieren. Wertpapiere, die Forderungen in oben genanntem Sinne verbriefen und nach dem 1. Januar 2011 emittiert wurden, dürfen nur noch erworben werden, wenn der Forderungsschuldner gemäß Vorgaben der EU-Verbriefungs-VO mindestens 5 Prozent des Volumens der Verbriefung als sogenannten Selbstbehalt zurückbehält und weitere Vorgaben einhält. Die Gesellschaft ist daher verpflichtet, im Interesse der Anleger Maßnahmen zur Abhilfe einzuleiten, wenn sich Verbriefungen in oben genanntem Sinne im Fondsvermögen befinden, die der EU-Verbriefungs-VO nicht entsprechen. Im Rahmen dieser Abhilfemaßnahmen könnte die Gesellschaft gezwungen sein, solche Verbriefungspositionen zu veräußern. Aufgrund rechtlicher Vorgaben für Banken, Fondsgesellschaften und Versicherungen besteht das Risiko, dass die Gesellschaft solche Verbriefungspositionen nicht oder nur mit starken Preisabschlägen bzw. mit großer zeitlicher Verzögerung verkaufen kann.

**j. Inflationsrisiko**

Die Inflation beinhaltet ein Abwertungsrisiko für alle Vermögensgegenstände. Dies gilt auch für die im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände. Die Inflationsrate kann über dem Wertzuwachs des Fonds liegen.

#### **k. Währungsrisiko**

Vermögenswerte des Fonds können in einer anderen Währung als der Fondswährung angelegt sein. Der Fonds erhält die Erträge, Rückzahlungen und Erlöse aus solchen Anlagen in der anderen Währung. Fällt der Wert dieser Währung gegenüber der Fondswährung, so reduziert sich der Wert solcher Anlagen und somit auch der Wert des Fondsvermögens.

#### **l. Konzentrationsrisiko**

Erfolgt eine Konzentration der Anlage in bestimmte Vermögensgegenstände oder Märkte, dann ist der Fonds von der Entwicklung dieser Vermögensgegenstände oder Märkte besonders stark abhängig.

#### **m. Risiken im Zusammenhang mit der Investition in Investmentanteile**

Die Risiken der Anteile an anderen Investmentvermögen, die für den Fonds erworben werden (sogenannte „Zielfonds“), stehen in engem Zusammenhang mit den Risiken der in diesen Zielfonds enthaltenen Vermögensgegenstände bzw. der von diesen verfolgten Anlagestrategien. Da die Manager der einzelnen Zielfonds voneinander unabhängig handeln, kann es aber auch vorkommen, dass mehrere Zielfonds gleiche oder einander entgegengesetzte Anlagestrategien verfolgen. Hierdurch können bestehende Risiken kumulieren, und eventuelle Chancen können sich gegenseitig aufheben. Es ist der Gesellschaft im Regelfall nicht möglich, das Management der Zielfonds zu kontrollieren. Deren Anlageentscheidungen müssen nicht zwingend mit den Annahmen oder Erwartungen der Gesellschaft übereinstimmen. Der Gesellschaft wird die aktuelle Zusammensetzung der Ziel-

fonds oftmals nicht zeitnah bekannt sein. Entspricht die Zusammensetzung nicht ihren Annahmen oder Erwartungen, so kann sie gegebenenfalls erst deutlich verzögert reagieren, indem sie Zielfondsanteile zurückgibt.

Offene Investmentvermögen, an denen der Fonds Anteile erwirbt, könnten zudem zeitweise die Rücknahme der Anteile beschränken oder aussetzen. Dann ist die Gesellschaft daran gehindert, die Anteile an dem Zielfonds zu veräußern, indem sie diese gegen Auszahlung des Rücknahmepreises bei der Verwaltungsgesellschaft oder Verwahrstelle des Zielfonds zurückgibt.

#### ***n. Mit der Anlage in unverbriefte Darlehensforderungen verbundene Risiken***

Unverbriefte Darlehensforderungen werden überwiegend durch spezialisierte Finanzintermediäre (sog. „Fronting Banks“) angeboten. Diese vergeben die Darlehen als eigene Darlehen und treten dann die so entstandene Darlehensforderung an das Sondervermögen ab. Bei dem Erwerb von unverbrieften Darlehensforderungen stehen hierbei aufgrund des sehr begrenzten Marktumfeldes nur eine sehr begrenzte Zahl an Vertragspartnern zur Verfügung. Das Sondervermögen wird aufgrund des erheblich aufwändigen technischen und rechtlichen Aufsatzes einer Fronting Bank voraussichtlich nur mit einer einzigen Fronting Bank zusammenarbeiten.

Zudem entstehen bei dem Erwerbsvorgang einer unverbrieften Darlehensforderung über eine Fronting Bank operative Risiken im Rahmen der Zahlungsabwicklung, da die Kaufpreise für die Forderungen ggf. auf die Konten der Fronting Bank transferiert werden müssen bevor das Darlehen ausgegeben wird und die Darlehensnehmer die Zinszahlungen nach dem Erwerb durch das Sondervermögen dann auf die Konten des Sondervermögens – und nicht mehr auf die Konten der Fronting Bank leisten muss. Ggf. müssen etwaige anfallende Konten gezahlte Beträge auf die Fondskonten aufwändig weitergeleitet werden, was zu Zeitverzögerungen und Abwicklungsrisiken führen kann. Dies – und die Abwicklung des Kaufpreises der Darlehensforderung – wird dazu führen, dass das Sondervermögen kurzzeitig auch dem Insolvenzrisiko der Fronting Bank ausgesetzt sein kann.

Unverbriefte Darlehensforderungen können mangels eines liquiden Marktes darüber hinaus schwer veräußerbar sein. Aufgrund der fehlenden Verbriefung kann sich der Veräußerungsvorgang zudem aufwendiger und langwieriger gestalten als z. B. bei Wertpapieren. Kauft das Sondervermögen eine Forderung auf und wird der Schuldner anschließend zahlungsunfähig, so können die Erträge aus der Forderung hinter dem dafür gezahlten Kaufpreis zurückbleiben und für das Sondervermögen entsteht ein Verlust. Die Erträge können auch durch unvorhergesehene Kosten für die Beitreibung der Forderung geschmälert werden. Da die Gesellschaft als Gläubiger in einen bereits bestehenden Darlehensvertrag eintritt, kann auch bei sorgfältiger Prüfung nicht ausgeschlossen werden, dass dem Schuldner Kündigungs-, Anfechtungs- oder ähnliche Rechte zustehen, durch die der Darlehensvertrag zum Nachteil des Sondervermögens geändert wird.

#### ***o. Risiken aus dem Anlagespektrum***

Unter Beachtung der durch das Gesetz und die Anlagebedingungen vorgegebenen Anlagegrundsätze und -grenzen, die für den Fonds einen sehr weiten Rahmen vorsehen, kann die tatsächliche Anlagepolitik auch darauf ausgerichtet sein, schwerpunktmäßig Vermögensgegenstände z.B. nur weniger Branchen, Märkte oder Regionen/Länder zu erwerben. Diese Konzentration auf wenige spezielle Anlagesektoren kann mit Risiken (z.B. Markteng, hohe Schwankungsbreite innerhalb bestimmter Konjunkturzyklen) verbunden sein. Über den Inhalt der Anlagepolitik informiert der Jahresbericht nachträglich für das abgelaufene Berichtsjahr.

### **3. Risiken der eingeschränkten oder erhöhten Liquidität des Fonds und Risiken im Zusammenhang mit vermehrten Zeichnungen oder Rückgaben (Liquiditätsrisiko)**

Nachfolgend werden die Risiken dargestellt, die die Liquidität des Fonds beeinträchtigen können. Dies kann dazu führen, dass der Fonds seinen Zahlungsverpflichtungen vorübergehend oder dauerhaft nicht nachkommen kann bzw. dass die Gesellschaft die Rückgabeverlangen von Anlegern vorübergehend oder dauerhaft nicht erfüllen kann. Der Anleger kann gegebenenfalls die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren und ihm kann das investierte Kapital oder Teile hiervon für unbestimmte Zeit nicht zur Verfügung stehen. Durch die Verwirklichung der Liquiditätsrisiken könnte zudem der Wert des Fondsvermögens und damit der Anteilwert sinken, etwa wenn die Gesellschaft gezwungen ist, soweit gesetzlich zulässig, Vermögensgegenstände für den Fonds unter Verkehrswert zu veräußern. Ist die Gesellschaft nicht in der Lage, die Rückgabeverlangen der Anleger zu erfüllen, kann dies außerdem zur Beschränkung oder Aussetzung der Rücknahme und im Extremfall zur anschließenden Auflösung des Fonds führen.

#### ***a. Risiko aus der Anlage in Vermögensgegenstände***

Für den Fonds dürfen auch Vermögensgegenstände erworben werden, die nicht an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind. Diese Vermögensgegenstände können gegebenenfalls nur mit hohen Preisabschlägen, zeitlicher Verzögerung oder gar nicht weiterveräußert werden. Auch an einer Börse zugelassene Vermögensgegenstände können abhängig von der Marktlage, dem Volumen, dem Zeitrahmen und den geplanten Kosten gegebenenfalls nicht oder nur mit hohen Preisabschlägen veräußert werden. Obwohl für den Fonds nur Vermögensgegenstände erworben werden dürfen, die grundsätzlich jederzeit liquidiert werden können, kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese zeitweise oder dauerhaft nur mit Verlust veräußert werden können.

#### ***b. Risiko durch Kreditaufnahme***

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds Kredite aufnehmen. Kredite mit einer variablen Verzinsung können sich durch steigende Zinssätze negativ auf das Fondsvermögen auswirken. Muss die Gesellschaft einen Kredit zurückzahlen und kann ihn nicht durch eine Anschlussfinanzierung oder im Fonds vorhandene Liquidität ausgleichen, ist sie möglicherweise gezwungen, Vermögensgegenstände vorzeitig oder zu schlechteren Konditionen als geplant zu veräußern.

#### ***c. Risiken durch vermehrte Rückgaben oder Zeichnungen***

Durch Kauf- und Verkaufsaufträge von Anlegern fließt dem Fondsvermögen Liquidität zu bzw. aus dem Fondsvermögen Liquidität ab. Die Zu- und Abflüsse können nach Saldierung zu einem Nettozu- oder -abfluss der liquiden Mittel des Fonds führen. Dieser Nettozu- oder -abfluss kann den Fondsmanager veranlassen, Vermögensgegenstände zu kaufen oder zu verkaufen, wodurch Transaktionskosten entstehen. Dies gilt insbesondere, wenn durch die Zu- oder Abflüsse eine von der Gesellschaft für den Fonds vorgesehene Quote liquider Mittel über- bzw. unterschritten wird. Die hierdurch entstehenden Transaktionskosten werden dem Fonds belastet und können die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen. Bei Zuflüssen kann sich eine erhöhte Fondsliquidität belastend auf die Wertentwicklung des Fonds auswirken, wenn die Gesellschaft die Mittel nicht oder nicht zeitnah zu angemessenen Bedingungen anlegen kann.

#### ***d. Risiko bei Feiertagen in bestimmten Regionen/Ländern***

Nach der Anlagestrategie können Investitionen für den Fonds in bestimmten Regionen/Ländern getätigt werden. Aufgrund lokaler Feiertage in diesen Regionen/Ländern kann es zu Abweichungen zwischen den Handelstagen an Börsen dieser Regionen/Länder und Bewertungstagen des Fonds kommen. Der Fonds kann möglicherweise an einem Tag, der kein Bewertungstag ist, auf Marktentwicklungen

in den Regionen/Ländern nicht am selben Tag reagieren oder an einem Bewertungstag, der kein Handelstag in diesen Regionen/Ländern ist, auf dem dortigen Markt nicht handeln. Hierdurch kann der Fonds gehindert sein, Vermögensgegenstände in der erforderlichen Zeit zu veräußern. Dies kann die Fähigkeit des Fonds nachteilig beeinflussen, Rückgabeverlangen oder sonstigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

#### **4. Kontrahentenrisiko inklusive Kredit- und Forderungsrisiko**

Nachfolgend werden die Risiken dargestellt, die sich für den Fonds im Rahmen einer Geschäftsbeziehung mit einer anderen Partei (sogenannte Gegenpartei) ergeben können. Dabei besteht das Risiko, dass der Vertragspartner seinen vereinbarten Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Dies kann die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert und das vom Anleger investierte Kapital auswirken.

##### **a. Adressenausfallrisiko / Gegenpartei-Risiken (außer zentrale Kontrahenten)**

Durch den Ausfall eines Ausstellers (nachfolgend „Emittent“) oder eines Vertragspartners (nachfolgend „Kontrahent“), gegen den der Fonds Ansprüche hat, können für den Fonds Verluste entstehen. Das Emittentenrisiko beschreibt die Auswirkung der besonderen Entwicklungen des jeweiligen Emittenten, die neben den allgemeinen Tendenzen der Kapitalmärkte auf den Kurs eines Wertpapiers einwirken. Auch bei sorgfältiger Auswahl der Wertpapiere kann nicht ausgeschlossen werden, dass Verluste durch Vermögensverfall von Emittenten eintreten. Die Partei eines für Rechnung des Fonds geschlossenen Vertrags kann teilweise oder vollständig ausfallen (Kontrahentenrisiko). Dies gilt für alle Verträge, die für Rechnung des Fonds geschlossen werden.

##### **b. Risiko durch zentrale Kontrahenten**

Ein zentraler Kontrahent (Central Counterparty – „CCP“) tritt als zwischengeschaltete Institution in bestimmte Geschäfte für den Fonds ein, insbesondere in Geschäfte über derivative Finanzinstrumente. In diesem Fall wird er als Käufer gegenüber dem Verkäufer und als Verkäufer gegenüber dem Käufer tätig. Ein CCP sichert sich gegen das Risiko, dass seine Geschäftspartner die vereinbarten Leistungen nicht erbringen können, durch eine Reihe von Schutzmechanismen ab, die es ihm jederzeit ermöglichen, Verluste aus den eingegangenen Geschäften auszugleichen (z.B. durch Besicherungen). Es kann trotz dieser Schutzmechanismen nicht ausgeschlossen werden, dass ein CCP seinerseits überschuldet wird und ausfällt, wodurch auch Ansprüche der Gesellschaft für den Fonds betroffen sein können. Hierdurch können Verluste für den Fonds entstehen.

#### **5. Operationelle und sonstige Risiken des Fonds**

Im Folgenden werden Risiken dargestellt, die sich beispielsweise aus unzureichenden internen Prozessen sowie aus menschlichem oder Systemversagen bei der Gesellschaft oder externen Dritten ergeben können. Diese Risiken können die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert und auf das vom Anleger investierte Kapital auswirken.

##### **a. Risiken durch kriminelle Handlungen, Missstände, Naturkatastrophen oder andere äußere Ereignisse**

Der Fonds kann Opfer von Betrug oder anderen kriminellen Handlungen werden. Er kann Verluste durch Missverständnisse oder Fehler von Mitarbeitern der Gesellschaft oder externer Dritter erleiden oder durch äußere Ereignisse wie z.B. Naturkatastrophen oder Pandemien geschädigt werden.

##### **b. Länder- oder Transferrisiko**

Es besteht das Risiko, dass ein ausländischer Schuldner trotz Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit der Währung,

fehlender Transferbereitschaft seines Sitzlandes oder aus ähnlichen Gründen, Leistungen nicht fristgerecht, überhaupt nicht oder nur in einer anderen Währung erbringen kann. So können z.B. Zahlungen, auf die die Gesellschaft für Rechnung des Fonds Anspruch hat, ausbleiben, in einer Währung erfolgen, die aufgrund von Devisenbeschränkungen nicht (mehr) konvertierbar ist, oder in einer anderen Währung erfolgen. Zahlt der Schuldner in einer anderen Währung, so unterliegt diese Position dem oben dargestellten Währungsrisiko.

##### **c. Rechtliche und politische Risiken**

Für den Fonds dürfen Investitionen in Rechtsordnungen getätigt werden, in denen deutsches Recht keine Anwendung findet bzw. im Fall von Rechtsstreitigkeiten der Gerichtsstand außerhalb Deutschlands ist. Hieraus resultierende Rechte und Pflichten der Gesellschaft für Rechnung des Fonds können von denen in Deutschland zum Nachteil des Fonds bzw. des Anlegers abweichen.

Politische oder rechtliche Entwicklungen einschließlich der Änderungen von rechtlichen Rahmenbedingungen in diesen Rechtsordnungen können von der Gesellschaft nicht oder zu spät erkannt werden oder zu Beschränkungen hinsichtlich erwerbbarer oder bereits erworbener Vermögensgegenstände führen. Diese Folgen können auch entstehen, wenn sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gesellschaft und/oder die Verwaltung des Fonds in Deutschland ändern.

##### **d. Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen, steuerliches Risiko**

Die Kurzangaben über steuerrechtliche Vorschriften in diesem Verkaufsprospekt gehen von der derzeit bekannten Rechtslage aus. Sie richten sich an in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtige oder unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtige Personen. Es kann jedoch keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich die steuerliche Beurteilung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung nicht ändert.

##### **e. Schlüsselpersonenrisiko**

Fällt das Anlageergebnis des Fonds in einem bestimmten Zeitraum sehr positiv aus, hängt dieser Erfolg möglicherweise auch von der Eignung der handelnden Personen und damit den richtigen Entscheidungen des Managements ab. Die personelle Zusammensetzung des Fondsmanagements kann sich jedoch verändern. Neue Entscheidungsträger können dann möglicherweise weniger erfolgreich agieren.

##### **f. Verwahrnisiko**

Mit der Verwahrung von Vermögensgegenständen insbesondere im Ausland ist ein Verlustrisiko verbunden, das aus Insolvenz oder Sorgfaltspflichtverletzungen des Verwahrers bzw. höherer Gewalt resultieren kann.

##### **g. Risiko aus der Nichteinhaltung der steuerlichen Regelungen für Investmentfond**

Das Investmentsteuergesetz schreibt eigenständige Anlagebestimmungen vor, die eingehalten werden müssen, damit eine Besteuerung als Investmentfonds erfolgt. Die Einhaltung der steuerlichen Anlagebestimmungen ist insbesondere davon abhängig, dass der Fonds im Wesentlichen nur Anteile an anderen Fonds hält, die selbst die steuerlichen Anlagebestimmungen einhalten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Gesellschaft für den Fonds gegen die Anlagebestimmungen wesentlich verstößt. Bei einem wesentlichen Verstoß gegen die Anlagebestimmungen ist der Fonds steuerlich als Kapital-Investmentgesellschaft zu qualifizieren mit der Folge, dass auf der Ebene der Kapital-Investmentgesellschaft regelmäßig Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer anfallen und zusätzlich die Ausschüttungen auf der Anleger Ebene der Besteuerung unterliegen. Die Gesamtsteuerbelastung ist im Fall der Besteuerung als Kapital-Investmentgesellschaft typischerweise höher als im Fall der Besteuerung



als Investmentfonds. Für Anleger besteht bei einer Beteiligung an einer Kapital-Investitionsgesellschaft das Risiko eine vergleichsweise niedrigen Nachsteuerrendite.

#### ***h. Risiken aus Handels- und Clearingmechanismen (Abwicklungsrisiko)***

Bei der Abwicklung von Wertpapiergeschäften besteht das Risiko, dass eine der Vertragsparteien verzögert oder nicht vereinbarungsgemäß zahlt oder die Wertpapiere nicht fristgerecht liefert. Dieses Abwicklungsrisiko besteht entsprechend auch beim Handel mit anderen Vermögensgegenständen für den Fonds.

## **XI. Besondere Risiken bei Investitionen in Verbriefungen von Konsumentenkrediten**

Größtenteils wird das Sondervermögen Wertpapiere erwerben, die ihrerseits auf Grundlage verbriefter Konsumentenkredite (Verbriefungen) durch Verbriefungsgesellschaften (Emittenten) begeben werden.

### **1. Risiken in Bezug auf das Geschäftsmodell der Verbriefungsgesellschaft**

#### ***a. Konzentrationsrisiko***

Die Emittentin ist ausschließlich auf den Kauf von Konsumentenkrediten von Kreditplattformen oder von mit Kreditplattformen zusammenarbeitenden Banken / Dienstleistern und die Verwaltung dieser Forderungen fokussiert und wird keine anderen Geschäftstätigkeiten ausüben. Daher können etwaige ungünstige Ergebnisse aus den Erlösen der von der Emittentin gehaltenen Konsumentenkredite nicht mit anderen Ergebnissen aus anderen Geschäftstätigkeiten verrechnet werden. Dieses Konzentrationsrisiko kann sich daher negativ auf die Fähigkeit der Emittentin und somit gegenüber dem Sondervermögen auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen zu zahlen oder gegebenenfalls die Verbriefung zu tilgen.

#### ***b. Akquisitions- und Diversifikationsrisiko***

Die Emittentin der Verbriefung unterliegt einem Akquisitionsrisiko. Dieses bezieht sich auf das mögliche (vorübergehende) Fehlen von auf den Kreditplattformen zum Verkauf angebotenen Konsumentenkrediten, die den von der Emittentin festgelegten Anlagekriterien entsprechen. Dies kann die Emittenten dazu zwingen, die vorgesehene Geldanlage (dauerhaft oder vorübergehend) einzustellen oder zu reduzieren, so dass der Emittent die gewünschte (Risiko-)Diversifikation in dem der Verbriefung zugrunde liegenden Kreditportfolio nicht oder erst nach längerer Zeit erreichen kann. Es kann z.B. der Fall sein, dass es keine Möglichkeit gibt, Konsumentenkredite zu den für den Emittenten akzeptablen Konditionen zu erwerben und/oder dass die zum Kauf angebotenen Konsumentenkredite nicht den Anlagekriterien des Emittenten in Bezug auf die Art des Kreditnehmers oder die Art des Kredits entsprechen. Der Aufbau eines diversifizierten Kreditportfolios, welcher der jeweiligen Verbriefung zugrunde liegt, wird daher voraussichtlich einige Zeit in Anspruch nehmen. Es besteht daher das Risiko, dass während des Aufbaus des Kreditportfolios die investierten Mittel nur zu einem geringeren Teil als erwartet zinstragend investiert werden oder weniger diversifiziert sind, was zu einer Konzentration auf wenige Kreditnehmer oder eine bestimmte Gruppe von Kreditnehmern führt. Dieses Konzentrationsrisiko kann sich daher negativ auf die Fähigkeit der Emittentin und somit gegenüber dem Sondervermögen auswirken, Zinsen auf die Verbriefung zu zahlen oder die Verbriefung gegebenenfalls zurückzuzahlen.

#### ***c. Negativzinsrisiko***

Die Emittentin hält nicht nur angekaufte Konsumentenkredite, sondern hält auch einen Bestand an Barmitteln. Dieser Bargeldbestand ist in der Phase nach dem Ausgabetag der Verbriefungen (wenn die Erlöse noch nicht vollständig investiert sind) und vor dem Fällig-

keitstermin der Verbriefungen, höher. Diese Barguthaben können Kosten verursachen, da die Banken möglicherweise Negativzinsen verlangen. Die Höhe des Negativzinses und die Höhe der verfügbaren Barguthaben kann sich daher negativ auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen zugunsten des Sondervermögens zu zahlen bzw. die Verbriefungen gegebenenfalls zu tilgen.

#### ***d. Reinvestitionsrisiko***

Während der Laufzeit der Verbriefungen werden Amortisations-, Rück- und Zinszahlungen an die Emittentin der Verbriefung bezahlt. Mit den dadurch freiwerdenden Mitteln kann die Emittentin neue Kreditforderungen erwerben oder auch eine vorzeitige Tilgung der Verbriefung durchführen. Sollte dies nicht zeitnah möglich sein, erwirtschaftet die Emittentin der Verbriefung aus den nicht allozierten Mitteln keine Rendite. Dieses Risiko kann die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen zu Gunsten des Sondervermögens auszuführen, nachteilig beeinflussen.

#### ***e. Zinsrisiko***

Die Vermögenswerte der Emittentin bestehen aus Kreditforderungen aus Konsumentenkrediten, die über die Kreditplattform oder Dienstleister erworben wurden. Die Erlöse aus den angekauften Konsumentenkrediten (Zinsen und Kapital) dienen zur Deckung aller Verbindlichkeiten gegenüber den Inhabern der Verbriefung. Die Differenz zwischen den erhaltenen Zinszahlungen aus den Konsumentenkrediten einerseits und den Zinsverpflichtungen aus den Verbriefungen gegenüber den Inhabern andererseits ist die Zinsmarge. Es besteht das Risiko, dass sich die absolute Zinsmarge verringert. Änderungen der Zinsmarge können auf einer Änderung des Marktzinses, aber auch auf geänderten Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung oder der Inflationsentwicklung, einer Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen oder der Wettbewerbssituation für Konsumentenkredite beruhen. Eine negative Veränderung der Zinsmarge kann wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die der Verbriefung zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin haben, die Zinsen auf die Verbriefung bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefung zurückzuzahlen.

#### ***f. Verkaufsrisiko***

Gekaufte, den Verbriefungen zugrunde liegende Kreditforderungen, können eine Laufzeit aufweisen, die sich über das Endfälligkeitsdatum der Verbriefungen hinaus erstreckt. Diese Kreditforderungen, müssen vor Endfälligkeit verkauft werden. Die Kreditplattformen stellen zu diesem Zweck teils einen Sekundärmarkt zur Verfügung. Es besteht die Möglichkeit, dass die gekauften Kreditforderungen nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht zu angemessenen Preisen verkauft werden können, was zu Verzögerungen bei der Rückzahlung der Verbriefungen an das Sondervermögen führen kann.

#### ***g. Risiko regulatorischer Änderungen in Bezug auf die Verbriefungsgesellschaft***

Die Bedingungen der Verbriefung könnten infolge einer Änderung der zum Zeitpunkt der Begebung der Verbriefung anwendbaren nationalen oder internationalen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, letztinstanzlichen Gerichtsentscheidungen oder Verwaltungspraxis ungültig oder rechtswidrig werden, oder nach dem Emissionstag kann die Erfüllung der Verpflichtungen der Emittentin rechtswidrig werden als Folge von: (a) einer anwendbaren Gesetzgebung, Auslegung, Maßnahme oder Reaktion einer Aufsichtsbehörde oder (b) der Verkündung oder Auslegung einer anwendbaren gesetzlichen Bestimmung durch ein zuständiges Gericht, eine zuständige Regierung oder eine Aufsichtsbehörde, jeweils einschließlich eines ihrer Beamten oder Vertreter, die in amtlicher Eigenschaft handeln (eine „Zuständige Behörde“), oder (c) die Erklärung, Maßnahme oder Antwort einer zuständigen Behörde. Da es sich bei den der Verbriefung zugrunde liegenden Konsumentenkrediten um eine illiquide Anlage

handelt, kann es für die Emittentin in einem solchen Fall schwierig sein, die betreffenden Vermögenswerte überhaupt auf eine andere Verbriefungsgesellschaft zu übertragen oder zu einem angemessenen Preis zu veräußern oder abzutreten, wenn sie dazu gezwungen ist, um Liquidität zu generieren. Die Emittentin kann erhebliche Verluste erleiden, wenn sie gezwungen ist, illiquide Vermögenswerte zu verkaufen oder abzutreten. Eine solche Veräußerung der illiquiden Vermögenswerte ist möglicherweise nur zu einem niedrigeren Preis möglich. Dies kann sich nachteilig auf die Verbriefungen und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen und/oder die Verbriefung zugunsten des Sondervermögens zurückzuzahlen.

## **2. Risiken in Bezug auf die Abhängigkeit der Verbriefungsgesellschaft von Kreditplattformen**

### ***a. Risiko der Schlechtleistung bzw. des Ausfalls einer Kreditplattform***

Die Emittenten sind durch den Ankauf der Konsumentenkredite, welche den Verbriefungen zugrunde liegen, in hohem Maße von Kreditplattformen bzw. den mit diesen zusammenarbeitenden Banken bzw. Dienstleistern abhängig. Kreditplattform bezeichnet eine elektronische Plattform, über die die Emittentin Darlehen erwerben oder veräußern kann, die die Aufzeichnungen über solche Transaktionen und etwaige Forderungspositionen sowie die entsprechende Dokumentation führt und die die Abwicklung der Zahlungsströme in Bezug auf die Darlehen sowie das Inkasso ausstehender Forderungen verwaltet.

Die Emittentin schließt dazu Verträge ab, in welchen sich die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer in erster Linie verpflichten, (unter anderem) die folgenden Aufgaben zu erfüllen: a) die Originierung von Konsumentenkrediten und der Verkauf dieser Darlehen, b) die Überwachung und Verwaltung dieser Konsumentenkredite einschließlich der Bereitstellung des Lebenszyklusmanagements und c) die Durchführung bzw. Leitung des Verwertungs- und Vollstreckungsverfahrens in Bezug auf diese Darlehen und diesen ggf. zugrunde liegenden Sicherheiten, wenn der Kreditnehmer in Verzug ist (Verwertung und Einziehung) sowie ggf. d) eine Veräußerung von notleidenden Konsumentenkrediten an Dritte.

Der Verlust der Kreditplattform bzw. des Plattform-Servicers, z.B. infolge einer Insolvenz, hat sehr große Auswirkungen auf die Emittentin und kann sich erheblich nachteilig auf die Einbringlichkeit der den Verbriefungen zugrundeliegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, die Zinsen bei Fälligkeit und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen. Der Verlust von Schlüsselpersonal bei der Kreditplattform bzw. dem Plattform-Servicer kann dazu führen, dass spezifische Kenntnisse und Erfahrungen verloren gehen und die operative Tätigkeit der Plattform vorübergehend eingestellt wird. Infolgedessen könnten die Erlöse aus den von der Emittentin erworbenen Konsumentenkrediten geringer ausfallen als erwartet.

Bei einem Ausfall des Servicers besteht für die Kreditplattformen in der Regel die Möglichkeit des Rückgriffs auf einen Backup Servicer, welcher sämtliche Abwicklungsdienstleistungen des bestehenden Kreditportfolios übernehmen wird und die Verarbeitung der Zahlungen, die Eintreibung von ausstehenden Zahlungen und die Geltendmachung von Sicherheiten sicherstellt. Durch die Umstellung und die Übernahme der Serviceverpflichtungen durch den Backup Servicer, kann es zu Verzögerungen und auch zu einem geringeren Erfolg bei der Geltendmachung und damit auch bei der Auszahlung der Rück- und Zinszahlungen zu Gunsten der Emittentin der Verbriefung kommen.

Dieses Risiko kann die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen zu Gunsten des Sondervermögens auszuführen, nachteilig beeinflussen.

### ***b. Risiko der Interessenkonflikte***

Falls ein Darlehensschuldner der den Verbriefungen zugrunde liegenden Kredite die Zahlung der Zinsen, der monatlichen Rate oder des gesamten Kredits nach der Laufzeit nicht rechtzeitig oder nicht vollständig leisten oder in jeglicher anderen Art und Weise die Bedingungen des entsprechenden Kreditvertrages verletzen, ist die Kreditplattform bzw. ein Plattform-Servicer beauftragt, die gekaufte Kreditforderung in Verzug zu setzen und entweder selbst den offenen Betrag solcher gekauften Kreditforderungen einzutreiben oder Dritte damit zu beauftragen. Wenn die Kreditplattform einen Kredit in Verzug setzt, wird diese rechtliche Schritte gegen den Kreditnehmer einleiten. Die Kreditplattform oder von ihr beauftragte Dritte haben für die Durchsetzung einer in Verzug geratenen und von der Emittentin der Verbriefung gekauften Kreditforderung unter Umständen das Recht auf Vergütung für die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Forderung. Diese Aufwendungen schmälern die Ertragsbasis der Emittentin der Verbriefung und können dazu führen, dass die Emittentin ihrerseits ihren Verpflichtungen gegenüber dem Sondervermögen nicht oder nur mit Einschränkungen mehr nachkommen kann.

Bei der Erfüllung der aus den Plattform-Verträgen resultierenden Pflichten können potenzielle oder tatsächliche Interessenkonflikte mit der Emittentin der Verbriefung und dem Sondervermögen auftreten. Die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer sind frei und berechtigt, jegliche Geschäfte auszuüben und Umsatz oder Gewinne zu erzielen. Sollten die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer ihre oben genannten Leistungen nicht mehr erbringen, kann die Emittentin der Verbriefung unter Umständen nicht sofort einen Ersatz-Dienstleister beauftragen. Selbst wenn ein solcher gefunden werden kann, wird es einige Zeit dauern, bis diese operativ tätig ist und die Funktionen der Kreditplattform bzw. Plattform-Servicers übernehmen kann.

### ***c. Wettbewerbsrisiko***

Die Kreditplattformen sind in einem sehr wettbewerbsintensiven Markt tätig. Dies bedeutet, dass auf dem Markt, in dem sie sich befinden, d.h. dem Markt der Konsumentenkreditvergabe, eine sehr große Anzahl von Marktteilnehmern miteinander konkurrieren. Dieser Wettbewerb kann Folgen für die Emittenten haben, da sie darauf angewiesen ist, dass die Plattformen genügend Investitionsmöglichkeiten im Rahmen des Ankaufs von Konsumentenkrediten bieten. Sollte der Marktanteil der Kreditplattformen sinken (weil sie nicht in der Lage sind, attraktive Konditionen anzubieten), kann sich dies negativ auf das Ergebnis der Emittentin und damit auf ihre Fähigkeit auswirken, Zinsen auf die Verbriefung zugunsten des Sondervermögens zu zahlen oder die Verbriefung ggf. zurückzuzahlen.

### ***d. Operationelles Risiko***

Zu den mit den Kreditplattformen verbundenen operationellen Risiken gehören unter anderem, dass interne oder externe Prozesse oder Verwaltungssysteme ausfallen oder anderweitig versagen, menschliches Versagen, die Nichteinhaltung von Regeln und Vorschriften, Fehlverhalten von Mitarbeitern oder externe Ereignisse wie Betrug. Solche Ereignisse können zu finanziellen Verlusten führen oder den Ruf der Kreditplattformen schädigen und sich auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen. Ein weiteres operationelles Risiko, das eintreten kann, ist das Risiko der Insolvenz und/oder der Zahlungseinstellung der Kreditplattform bzw. des Plattform-Servicers, so dass die jeweilige Kreditplattform nicht in der Lage ist, ihre Verpflichtungen aus dem Plattformvertrag zu erfüllen. In diesem Fall ist die Emittentin gezwungen, die Zahlungen aus den der Verbriefung zugrunde liegenden Konsumentenkrediten direkt gegenüber den Kreditnehmern anzufordern, was innerhalb eines kurzen Zeitraums schwierig oder gar nicht möglich sein kann. Operationelle Risiken sind den von den Kreditplattformen ausgeübten Tätigkeiten inhärent.

Die Manifestation eines oder mehrerer operationeller Risiken kann zu finanziellen Verlusten oder Schäden führen und den Ruf der Kreditplattformen schädigen. Darüber hinaus kann das Ausscheiden von Schlüsselpersonal die Einbringlichkeit und/oder Werthaltigkeit der den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite negativ beeinflussen.

Der Eintritt eines oder mehrerer operationeller Risiken hat nachteilige Auswirkungen auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### ***e. Kontrahentenrisiko***

Schwerwiegende Unruhen auf den Finanzmärkten, Konkurs, mangelnde Liquidität, wirtschaftliche Notlage, Betriebsausfälle oder auch nur Gerüchte darüber können zu Verlusten für die Kreditplattformen bzw. des Plattform-Servicers führen, und es erschweren oder wirtschaftlich weniger attraktiv werden lassen, seine Dienstleistungen gegenüber der Emittentin zu erbringen. Dies kann sich nachteilig auf die Werthaltigkeit und/oder Einbringlichkeit der Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### ***f. Risiko von Rechtsstreitigkeiten***

Die Kreditplattformen können einem Risiko ausgesetzt sein, wenn ein Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet wird. Im Allgemeinen haben Gerichtsverfahren einen ungewissen Ausgang. Die Abwehr eines Anspruchs ist teuer, und selbst wenn die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer obsiegt, kann es sein, dass sie ihre Prozesskosten nur teilweise von der Gegenpartei des Prozesses zurückerhalten. Gerichtsverfahren können die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer in ihrer Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann sich nachteilig auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### ***g. Unerwartete Umstände***

Die Kreditplattformen können mit unerwarteten Umständen konfrontiert werden, die zu bestimmten Risiken führen, die von der Emittentin nicht vorhergesehen wurden und die sich negativ auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken können, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### ***h. Risiko des Verstoßes gegen den Datenschutz***

Die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer verarbeiten im Rahmen des Kreditplattformgeschäftes personenbezogene Kundendaten (einschließlich Name, Adresse und Bankverbindung), bei denen es sich teilweise um sensible personenbezogene Daten handeln kann, und müssen daher strenge Datenschutzgesetze und -vorschriften einhalten. Solche Gesetze schränken die Möglichkeiten der Kreditplattform bzw. des Plattform-Servicer ein, personenbezogene Daten von Kunden und potenziellen Kunden zu erheben und zu nutzen, einschließlich der Nutzung dieser Daten für Marketingzwecke. Die Kreditplattform bzw. die Plattform-Servicer sind auch dem Risiko eines Cyber-Diebstahls oder der Übertragung personenbezogener Kundendaten außerhalb der EU ausgesetzt, wo IT-Systeme Dritter integriert sind. Die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer bemühen sich, sicherzustellen, dass Verfahren vorhanden sind, die die Einhaltung der einschlägigen Datenschutzbestimmungen durch ihre Mitarbeiter und etwaige Drittdienstleister gewährleisten, und implementieren darüber hinaus Sicherheitsmaßnahmen, die dazu beitragen, Cyber-Diebstahl und die unrechtmäßige Übertragung von per-

sonenbezogenen Kundendaten an Dritte oder ins Ausland zu verhindern. Ungeachtet dieser Bemühungen sind die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer dem Risiko ausgesetzt, dass Dritte sich die Daten unrechtmäßig aneignen, Daten verloren gehen oder offengelegt, gestohlen oder unter Verletzung von Datenschutzgesetzen und -vorschriften verarbeitet werden könnten. Wenn die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer oder einer der Drittdienstleister, auf die er sich verlässt, Kundeninformationen nicht sicher speichern oder übertragen oder wenn es anderweitig zu einem Verlust personenbezogener Kundendaten kommt, könnten die Kreditplattform bzw. die Plattform-Servicer Gegenstand von Ermittlungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen der zuständigen Aufsichtsbehörden sein und nach den Gesetzen und Vorschriften zum Datenschutz und zur Privatsphäre haftbar gemacht werden. Jedes dieser Ereignisse könnte auch zum Verlust des Firmenwerts seiner Kunden führen und neue Kunden abschrecken, was sich erheblich nachteilig auf die Kreditplattform bzw. die Fähigkeit des Plattform-Servicers auswirken könnte, seine Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann sich nachteilig auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen und/oder die Verbriefung zugunsten des Sondervermögens zurückzuzahlen.

#### ***i. Risiko fehlerhafter, unvollständiger Informationen über Kreditnehmer - Betrugsrisiko***

Bei der Entscheidung über die Gewährung von Krediten an Antragsteller stützt sich die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer auf Informationen, die ihm vom Antragsteller selbst sowie von Dritten, wie z. B. Kreditauskunfteien, Banken und anderen Datenbanken zur Verfügung gestellt werden insbesondere Angaben zum Familienstand, Unterhaltspflichten, zum Beschäftigungs-, Einkommens- und Vermögensstatus. Die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer verlassen sich auch auf Zusicherungen von Kreditnehmern hinsichtlich der Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Informationen und Erklärungen dazu.

Wenn eine der zur Verfügung gestellten Informationen vorsätzlich oder fahrlässig falsch dargestellt wird und eine solche Falschdarstellung nicht vor der Finanzierung eines Kredits oder der Verlängerung eines Kredits oder eines Zahlungsaufschubs aufgedeckt wird, kann die künftige Werthaltigkeit des Kredits beeinträchtigt werden, was die Fähigkeit der Emittentin, die Zinsen auf die Verbriefung bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefung zurückzuzahlen, erheblich beeinträchtigen könnte.

Darüber hinaus ist Betrug im Finanzdienstleistungssektor eine zunehmende und immer raffinierter werdende Bedrohung für Kreditgeber und Kreditnehmer. Die Kreditplattformen verfügen über Kontrollen und Prozesse zur Aufdeckung von Betrug, die sie bei der Identifizierung falsch dargestellter Informationen in ihren Kreditvergabeprozessen unterstützen, aber es kann nicht garantiert werden, dass die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer diese falschen Informationen in ihren Kreditvergabeprozessen stets erkannt haben oder erkennen werden. Solche falsch dargestellten Informationen könnten sich nachteilig auf die Werthaltigkeit der den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### ***j. Cyber-/IT-Sicherheitsrisiko der Kreditplattformen und Plattform-Servicer***

Die Kreditplattformen und Servicer operieren teilweise mit selbst entwickelter Software und Infrastruktur, nutzen aber auch Dienstleistungen Dritter, u.a. auch für die Wartung des IT-Systems. Die Emittentin der Verbriefung ist auf die Funktionalität solcher Dienstleistungen und Systeme angewiesen. Die Emittentin ist im Zusammenhang mit dem Kauf von Kreditforderungen und der Bewirtschaftung des Kreditverhältnisses auf die Funktionalität der IT-Systeme der Kreditplattformen und Servicer und auf deren korrekte Instand-



haltung sowie Überwachung angewiesen. Jegliches Versagen des IT-Systems oder den damit zusammenhängenden Diensten die von den Kreditplattformen und Servicern verwendet werden – auch im Zusammenhang mit Cyber-Angriffen von außen –, können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftsfähigkeit von Kreditplattformen und Servicern haben und können infolgedessen zu einer Einstellung der Dienstleistungserbringung zugunsten der Emittentin der Verbriefung führen. Bestimmte Vorgänge hängen von IT-Systemen Dritter ab, die außerhalb des Einflussbereiches der Emittentin sind und die Kreditplattformen und Servicer nicht zwingend in der Lage ist, deren Risiken oder Zuverlässigkeit zu prüfen. IT-Ausfälle könnten die Verarbeitung von Kreditanträgen oder die Vergabe von Krediten nachteilig beeinflussen, zu einer fehlerhaften Buchhaltung, fehlerhaften Aufzeichnung oder einer unrichtigen Verarbeitung der Transaktion sowie zu fehlerhaften Berichten führen, welche wiederum die Überwachung des Kreditportfolios beeinträchtigen. Jegliche solche Mängel oder Ausfälle können einen finanziellen Verlust, Betriebsstörungen, regulatorische Ermittlungen oder Reputationsschäden der Emittentin verursachen. Jedes dieser Risiken kann überdies die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen zugunsten des Sondervermögens auszuführen, nachteilig beeinflussen.

#### **k. Reputationsrisiko**

Die Kreditplattformen sind anfällig für negative Publicity, die sie erhalten könnte. Denn ein Teil ihrer Arbeit besteht im Einzug von Forderungen, der Beitreibung von Forderungen und der Vollstreckung in gestellte Sicherheiten, wodurch die Kreditplattform dem Risiko negativer Publizität ausgesetzt sind, was zu einer Schädigung ihres Rufes führen kann. Negative Publicity kann z. B. entstehen, wenn dem Plattform-Servicer (oder einem Bevollmächtigten) bei der Einziehung und Durchsetzung Fehler unterlaufen und der Kreditnehmer benachteiligt wird.

Da Kreditplattform bzw. Plattform-Servicer eng miteinander verbunden sind, können diese durch die Assoziation in Verruf geraten, was negative Folgen haben kann. Dies kann sich wiederum negativ auf die Einbringlichkeit von herausgereichten Krediten auswirken oder höhere Kosten verursachen, was sich negativ auf den Cashflow der den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Emittentin und somit gegenüber dem Sondervermögen auswirken würde.

#### **l. Risiko der Geldwäsche**

Jegliche wesentlichen Versäumnisse von Kreditplattformen bezüglich der Erfüllung der geldwäscherechtlichen Bestimmungen können Bußgelder und Strafen zur Folge haben. Solche Bußgelder oder Strafen können wesentliche nachteilige Beeinträchtigungen auf die Fähigkeit der Kreditplattformen haben, den Pflichten gegenüber der Emittentin und somit gegenüber dem Sondervermögen nachzukommen.

#### **m. Risiko der Änderung der geltenden Gesetzgebung oder Regulierung**

Das Geschäftsmodell der Kreditplattformen sowie die Gesetzgebung und das regulatorische Umfeld in diesem Bereich sind relativ neu. Die Gesetzgebung und das regulatorische Umfeld können sich im Laufe der Zeit ändern. In manchen Bereichen ist die geltende Rechtslage nicht abschließend geklärt. Kreditplattformen sind von nationalen und lokalen Gesetzen und Bestimmungen abhängig und die Emittentin der Verbriefungen ist oder könnte in Zukunft von solchen Gesetzen und Bestimmungen abhängig sein. Jegliche Änderung der Gesetze oder der regulatorischen Rahmenbedingungen kann die Kreditplattformen und die Emittentin der Verbriefungen und somit das Sondervermögen wesentlich nachteilig beeinflussen.

#### **n. Risiken in Bezug auf das Kreditportfolio**

##### **o. Bonitäts-/Insolvenzrisiko der Konsumenten, deren verbrieft Darlehensforderungen das Sondervermögen erwirbt**

Die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite werden durch Kreditplattformen oder mit diesen zusammenarbeitende Banken/Dienstleistern angeboten. Diese vermitteln die Darlehen oder vergeben diese als eigene Darlehen und verkaufen die so entstandene Darlehensforderung an die Emittentin der Verbriefung.

Kauft das Sondervermögen eine Forderung auf und kommt der Schuldner seinen Verpflichtungen nicht oder nur mit Verzögerung nach oder wird zahlungsunfähig, so entsteht eine Leistungsstörung und es können Zins- und Tilgungszahlungen ausbleiben. Wenn die Erträge aus der Forderung hinter dem dafür gezahlten Kaufpreis zurück bleiben, entsteht ein teilweiser oder vollständiger Kreditausfall, der durch die Zinsmarge bzw. die Zins- und Tilgungsleistungen anderer, vertragsgemäß verlaufender Kredite ausgeglichen werden soll. Übersteigen die Ausfälle aus leistungsgestörten Krediten die Erträge aus vertragsgemäß verlaufenden Krediten, entsteht für das Kreditportfolio und damit für die Emittentin ein Verlust. Dieser Verlust kann negative Auswirkungen auf die Fähigkeit der Emittentin haben, die Zinsen auf die Verbriefung bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefung zurückzuzahlen.

Die Erträge können auch durch unvorhergesehene Kosten für die Beitreibung der Forderung geschmälert werden. Da die Emittentin durch Ankauf in einen bereits bestehenden Darlehensvertrag eintritt, kann auch bei sorgfältiger Prüfung nicht ausgeschlossen werden, dass dem Kreditnehmer Kündigungs-, Anfechtungs- oder ähnliche Rechte zustehen, durch die der Kreditvertrag zum Nachteil der Emittentin geändert wird. Solche Rechte können auch nachträglich durch eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen oder eine Änderung der Rechtsprechung entstehen. Auch insoweit kann sich die Realisierung der verbrieften Konsumentenkredite sowohl in tatsächlicher als auch in rechtlicher Hinsicht schwierig gestalten.

Die Fähigkeit der Emittentin der Verbriefungen zur Rückzahlung des Anlagebetrages hängt demzufolge ganz wesentlich von der Zahlungsfähigkeit und -moral der Kreditnehmer der Konsumentenkredite ab, d.h. den Amortisations-, Rück- und Zinszahlungen der Kreditnehmer im Zusammenhang mit den seitens der Emittentin gekauften Kreditforderungen. Erfüllt ein Kreditnehmer seine Amortisations-, Rück- und Zinszahlungspflichten nicht vertragsgemäß, hängt die Emittentin der Verbriefung von den Inkassobemühungen der Kreditplattformen für die Eintreibung von Zahlungen bzw. die Verwertung etwaiger Sicherheiten bezüglich der gekauften Kreditforderungen ab. Es kann daher keine Zusicherung geben werden, dass die Investition in die Verbriefungen durch das Sondervermögen gewinnbringend sein wird.

Durch die Investition in Verbriefungen wird seitens des Sondervermögens kein Rechtsverhältnis zu den der Verbriefung zugrunde liegenden Kreditnehmern begründet. Im Falle eines Verlustes hat das Sondervermögen keinen direkten Rückgriffsanspruch gegen die den Verbriefungen zugrunde liegenden Kreditschuldner. Ein Totalverlust des investierten Betrages durch das Sondervermögen ist möglich.

##### **p. Risiko unbesicherter Kreditforderungen**

Die vom Sondervermögen zu erwerbenden Verbriefungen sind in der Regel unbesichert. Teilweise können die den Verbriefungen zugrunde liegenden Kreditforderungen mit persönlichen Bürgschaften, Pfand, Forderungsabtretungen und dergleichen besichert sein. Bezahlte der Kreditnehmer und, sofern vorhanden, der Bürge die Kreditforderung nicht zurück und bringt das Inkassoverfahren im Falle der Sicherheitenverwertung keinen Erfolg, bedeutet dies, dass der Kredit ausgefallen ist und damit Kapital und Zinsen für die Emittentin der Verbriefung verloren sind. Dies kann dazu führen, dass die Emittentin der Verbriefung ihrerseits ihren Verpflichtungen gegenüber dem Sondervermögen nicht mehr nachkommen kann.

#### q. Risiko eines Ausfalls auch bei besicherten Kreditforderungen

Auch hinsichtlich der von der Emittentin der Verbriefung gekauften Kreditforderungen, die besichert sind, ist es möglich, dass der Erlös aus der Verwertung solcher Sicherheiten nicht ausreichend ist, um die ausstehenden Kreditforderungen vollständig zu decken. Außerdem kann es im Falle einer Verwertung der Sicherheit zu Zahlungsverzögerungen des aus der Liquidierung der Sicherheit resultierenden Erlöses kommen. Die Emittentin der Verbriefung kann Nachteile erfahren, falls im Verfahren der Geltendmachung von Sicherheiten Eingaben verspätet gemacht oder versäumt werden. Dies wiederum kann sich entsprechend nachteilig auf das Sondervermögen auswirken.

#### r. Risiko mangelhafter Scoringmodelle der Kreditplattformen

Die Kreditplattformen geben jedem Kreditnehmer zum Zeitpunkt der Kreditantragsverarbeitung, ein Risikoring. Die Risikobewertung der Kreditplattformen (Scoringmodell) basiert auf mehreren Grundlagen, insbesondere auf Informationen vom Kreditnehmer selbst und aus weiteren Informationsquellen. Diese Daten und die Informationen der Kreditplattformen können veraltet, unvollständig oder fehlerhaft sein. Dementsprechend kann das einem Kreditnehmer zugewiesene Risikoprofil nicht seinem wahren Risikoprofil entsprechen, was zu einer falschen Beurteilung der Bonität bzw. der Wahrscheinlichkeit einer ordnungsgemäßen Rückführung führen kann. Die Kreditplattformen überprüfen die angegebenen Daten der Kreditnehmer. Solche Überprüfungen sind aber nicht immer möglich, können fehlerhaft oder unvollständig sein. Zudem ist es möglich, dass ein Kreditnehmer nach Eingang/Erhalt der Bonitätsinformationen mit einer anderen Schuld in Verzug geraten ist, weitere Schulden gemacht hat oder andere nachteilige finanzielle Ereignisse oder andere Ereignisse eintreten. Das Risikoring der Kreditplattformen in Bezug auf Kreditnehmer dient zur Information und soll die von der Kreditplattform abgegebene Einschätzung des Kreditrisikos möglichst angemessen widerspiegeln. Trotzdem kann die Kreditfähigkeit und -würdigkeit eines Kreditnehmers nicht gewährleistet werden. Die Emittentin der Verbriefung, die Kreditplattformen und die Plattform-Serviceur lehnen jede Verantwortung und Haftung bezüglich jeglicher Informationen und Risikoringangaben, die durch die Kreditplattformen öffentlich gemacht werden, ab. Die Kreditplattformen dürfen von Zeit zu Zeit die Informationen oder das Risikoring der Kreditnehmer aktualisieren oder ändern, sind dazu aber nicht verpflichtet. Aufgrund dieser Faktoren kann das Kreditportfolio gekaufte Kreditforderungen enthalten, die auf fehlerhaften Kreditinformationen der Kreditplattform in Bezug auf den Kreditnehmer basieren. Zudem könnte der Zins einer gekauften Kreditforderung nicht dem tatsächlichen Risikoprofil entsprechen. Ein entsprechender teilweiser oder vollständiger Ausfall eines Kreditnehmers kann dazu führen, dass die Emittentin der Verbriefung ihrerseits ihren Verpflichtungen gegenüber dem Sondervermögen nicht mehr nachkommen kann.

#### s. Risiken im Zusammenhang mit der Portfoliobewertung

Das Portfolio des Sondervermögens unterliegt den gesteigerten Risiken, die für sämtliche Investitionen in Verbriefungen von Konsumentenkrediten gelten. Investitionen in nicht an einem geregelten Markt gehandelte Verbriefungen von Konsumentenkrediten sind spekulativer und risikoreicher als Wertpapieranlagen an etablierten Börsen. Das Fehlen eines aktiven öffentlichen Marktes für diese Verbriefungen macht die Bewertung von Anlagen des Sondervermögens zur Ermittlung seines Nettoinventarwertes schwieriger und subjektiver und birgt das Risiko von ungenauen Preisbestimmungen bzw. Bewertungsspannen. Die Bewertung eines Portfolios von Konsumentenkrediten beruht grundsätzlich auf Prognosen, die anhand von Annahmen hinsichtlich der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kredite erstellt werden. Solche Prognosen können sich als ungeeignet oder unzutreffend erweisen und hierdurch zu einer Bewertung führen, die erheblich von dem tatsächlichen Wert des Portfolios abweicht. Anlagen in illiquiden Vermögenswerten können auch zu Schwierigkeiten bei der Berechnung des Nettoinventarwerts

des Referenzvermögenswertes führen. Dies wiederum kann zu Verzögerungen bei Zahlungen im Zusammenhang mit den Verbriefungen zugunsten des Sondervermögens führen.

#### t. Steuerliche Risiken

Es können sich wesentliche nachteilige Änderungen der zum Zeitpunkt der Begebung der Verbriefung geltenden steuerlichen Behandlung der Emittentin, der Verbriefung oder der dieser zugrunde liegenden Konsumentenkredite ergeben, die entweder auf einer Änderung der Gesetzgebung oder einer Änderung der Praxis der Steuerverwaltung beruhen. Dies kann sich nachteilig auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen und/oder die Verbriefung zugunsten des Sondervermögens zurückzahlen.

## XII. Erläuterung des Risikoprofils des Fonds

Neben den vorstehenden dargestellten besonderen Risiken wird die Wertentwicklung des Fonds des Weiteren durch die folgenden Risiken beeinflusst:

**Währungsrisiko:** Vermögenswerte des Fonds können in einer anderen Währung als der Fondswährung angelegt sein. Der Fonds erhält die Erträge, Rückzahlungen und Erlöse aus solchen Anlagen in der anderen Währung. Fällt der Wert dieser Währung gegenüber der Fondswährung, so reduziert sich der Wert solcher Anlagen und somit auch der Wert des Fondsvermögens.

**Derivaterisiko:** Der Fonds setzt Derivate zu Absicherungszwecken sowie zur effizienten Portfoliosteuerung im Rahmen der Anlagestrategie ein. Aufgrund der möglichen Investition in Derivate könnte das Sondervermögen bei Nutzung dieser Möglichkeiten eine erhöhte Volatilität aufweisen, d. h. die Anteilepreise könnten in diesem Fall auch innerhalb kurzer Zeiträume erheblichen Schwankungen nach oben und nach unten unterworfen sein.

**Zinsänderungsrisiko:** Mit der Investition in festverzinsliche Wertpapiere ist das Risiko verbunden, dass sich das Marktzinsniveau während der Haltezeit der Papiere verändert. Bei steigendem Marktzins fällt der Kurs des Papiers, bei fallendem Marktzins steigt er umgekehrt an.

**Wertveränderungsrisiko:** Durch die Investitionen des Fondsvermögens in Einzeltitel ergibt sich aus der operativen Tätigkeit insbesondere das Risiko von Wertveränderungen der Einzelpositionen. Diese schwanken in ihrem Wert regelmäßig stärker als Wertpapiere, welche Anteile an einer Mehrzahl von Werten verbrieften (zum Beispiel Fondsanteile). Sofern sich das Wertveränderungsrisiko des Fonds für ein oder mehrere in dem Fonds gehaltenen Wertpapiere in negativer Weise materialisiert, bestehen für den Anleger die ebenfalls in oben stehenden Abschnitt „Risikohinweise“ beschriebenen Risiken einer Schwankung des Fondsanteilwerts sowie einer negativen Wertentwicklung des Fonds (Marktrisiko), sofern nicht gleichzeitig eine gegenläufige Wertentwicklung anderer in dem Fonds gehaltenen Wertpapiere die Wertminderungen ausgleichen.

**Kapitalmarktrisiko:** Die Kurs- oder Marktwertentwicklung von Finanzprodukten hängt insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte ab, die wiederum von der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft sowie den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern beeinflusst wird. Auf die allgemeine Kursentwicklung insbesondere an einer Börse können auch irrationale Faktoren wie Stimmungen, Meinungen und Gerüchte einwirken.



ken. Schwankungen der Kurs- und Marktwerte können auch auf Veränderungen der Zinssätze, Wechselkurse oder der Bonität eines Emittenten zurückzuführen sein.

**Adressenausfallrisiko:** Durch den Ausfall eines Ausstellers oder eines Vertragspartners, gegen den der Fonds Ansprüche hat, können für den Fonds Verluste entstehen. Auch bei sorgfältiger Auswahl der Wertpapiere kann nicht ausgeschlossen werden, dass Verluste durch Vermögensverfall eines Ausstellers oder Vertragspartners eintreten. Die Partei eines für Rechnung des Fonds geschlossenen Vertrags kann teilweise oder vollständig ausfallen. Dies gilt für alle Verträge, die für Rechnung des Fonds geschlossen werden.

**Liquiditätsrisiko:** Der Fonds kann einen Teil seines Vermögens in Papieren anlegen, die nicht an einer Börse oder einem ähnlichen Markt gehandelt werden. Es kann schwierig werden, kurzfristig einen Käufer für diese Papiere zu finden. Dadurch kann das Risiko einer Aussetzung der Anteilrücknahme steigen.

#### Risiken im Zusammenhang mit der Investition in ABS/CLO

Sofern Asset Backed Securities (ABS) für das Fondsvermögen erworben werden, stehen gesteigerten Ertragspotenzialen auch entsprechend höhere Kredit- und/oder Liquiditätsrisiken gegenüber, die dadurch entstehen können, dass die Bonität der zugrundeliegenden Forderungen sich verschlechtert bzw. diese ausfallen und der Markt für diese Instrumente dadurch Liquiditätsschwankungen unterliegen kann. Dies gilt entsprechend auch für den Erwerb von CLOs. Der beizulegende Wert einer CLO Anlage könnte unter anderem durch Änderungen des Ratings der Basiswerte des Verbriefungsvehikels, welches die Instrumente begibt, durch die Ratingagenturen, Änderungen des Marktwertes oder des beizulegenden Zeitwerts der Basiswerte, Änderungen hinsichtlich Zahlungen, Ausfällen, Rückflüssen, Kapitalgewinnen und -verlusten, vorzeitiger Rückzahlung und der Verfügbarkeit von Marktkursen und Zinssätzen in Verbindung mit den Basiswerten beeinträchtigt werden. Darüber hinaus können sich Marktentwicklungen allgemein (einschließlich sich eintrübender Konjunkturaussichten, steigender Zahlungsausfälle und Herabstufungen durch Ratingagenturen) auf den beizulegenden Wert einer Sicherheit und/oder deren Basiswerte auswirken.

Besondere Risiken bei Investitionen in Verbriefungen von Konsumentenkrediten

Größtenteils wird das Sondervermögen Wertpapiere erwerben, die ihrerseits auf Grundlage verbriefter Konsumentenkredite (Verbriefungen) durch Verbriefungsgesellschaften (Emittenten) begeben werden.

#### A. Risiken in Bezug auf das Geschäftsmodell der Verbriefungsgesellschaft

##### 1. Konzentrationsrisiko

Die Emittentin ist ausschließlich auf den Kauf von Konsumentenkrediten von Kreditplattformen oder von mit Kreditplattformen zusammenarbeitenden Banken / Dienstleistern und die Verwaltung dieser Forderungen fokussiert und wird keine anderen Geschäftstätigkeiten ausüben. Daher können etwaige ungünstige Ergebnisse aus den Erlösen der von der Emittentin gehaltenen Konsumentenkredite nicht mit anderen Ergebnissen aus anderen Geschäftstätigkeiten verrechnet werden. Dieses Konzentrationsrisiko kann sich daher negativ auf die Fähigkeit der Emittentin und somit gegenüber dem Sondervermögen auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen zu zahlen oder gegebenenfalls die Verbriefung zu tilgen.

##### 2. Akquisitions- und Diversifikationsrisiko

Die Emittentin der Verbriefung unterliegt einem Akquisitionsrisiko. Dieses bezieht sich auf das mögliche (vorübergehende) Fehlen von auf den Kreditplattformen zum Verkauf angebotenen Konsumentenkrediten, die den von der Emittentin festgelegten Anlagekriterien entsprechen. Dies kann die Emittenten dazu zwingen, die vorgesehene Geldanlage (dauerhaft oder vorübergehend) einzustellen oder zu reduzieren, so dass der Emittent die gewünschte (Risiko-)

Diversifikation in dem der Verbriefung zugrunde liegenden Kreditportfolio nicht oder erst nach längerer Zeit erreichen kann. Es kann z.B. der Fall sein, dass es keine Möglichkeit gibt, Konsumentenkredite zu den für den Emittenten akzeptablen Konditionen zu erwerben und/oder dass die zum Kauf angebotenen Konsumentenkredite nicht den Anlagekriterien des Emittenten in Bezug auf die Art des Kreditnehmers oder die Art des Kredits entsprechen. Der Aufbau eines diversifizierten Kreditportfolios, welcher der jeweiligen Verbriefung zugrunde liegt, wird daher voraussichtlich einige Zeit in Anspruch nehmen. Es besteht daher das Risiko, dass während des Aufbaus des Kreditportfolios die investierten Mittel nur zu einem geringeren Teil als erwartet einstragend investiert werden oder weniger diversifiziert sind, was zu einer Konzentration auf wenige Kreditnehmer oder eine bestimmte Gruppe von Kreditnehmern führt. Dieses Konzentrationsrisiko kann sich daher negativ auf die Fähigkeit der Emittentin und somit gegenüber dem Sondervermögen auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen zu zahlen oder die Verbriefung gegebenenfalls zurückzuzahlen.

##### 3. Negativzinsrisiko

Die Emittentin hält nicht nur angekaufte Konsumentenkredite, sondern hält auch einen Bestand an Barmitteln. Dieser Bargeldbestand ist in der Phase nach dem Ausgabebetrag der Verbriefungen (wenn die Erlöse noch nicht vollständig investiert sind) und vor dem Fälligkeitstermin der Verbriefungen, höher. Diese Barguthaben können Kosten verursachen, da die Banken möglicherweise Negativzinsen verlangen. Die Höhe des Negativzinses und die Höhe der verfügbaren Barguthaben kann sich daher negativ auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen zugunsten des Sondervermögens zu zahlen bzw. die Verbriefungen gegebenenfalls zu tilgen.

##### 4. Reinvestitionsrisiko

Während der Laufzeit der Verbriefungen werden Amortisations-, Rück- und Zinszahlungen an die Emittentin der Verbriefung bezahlt. Mit den dadurch freiwerdenden Mitteln kann die Emittentin neue Kreditforderungen erwerben oder auch eine vorzeitige Tilgung der Verbriefung durchführen. Sollte dies nicht zeitnah möglich sein, erwirtschaftet die Emittentin der Verbriefung aus den nicht allozierten Mitteln keine Rendite. Dieses Risiko kann die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen zu Gunsten des Sondervermögens auszuführen, nachteilig beeinflussen.

##### 5. Zinsrisiko

Die Vermögenswerte der Emittentin bestehen aus Kreditforderungen aus Konsumentenkrediten, die über die Kreditplattform oder Dienstleister erworben wurden. Die Erlöse aus den angekauften Konsumentenkrediten (Zinsen und Kapital) dienen zur Deckung aller Verbindlichkeiten gegenüber den Inhabern der Verbriefung. Die Differenz zwischen den erhaltenen Zinszahlungen aus den Konsumentenkrediten einerseits und den Zinsverpflichtungen aus den Verbriefungen gegenüber den Inhabern andererseits ist die Zinsmarge. Es besteht das Risiko, dass sich die absolute Zinsmarge verringert. Änderungen der Zinsmarge können auf einer Änderung des Marktzinses, aber auch auf geänderten Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung oder der Inflationsentwicklung, einer Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen oder der Wettbewerbssituation für Konsumentenkredite beruhen. Eine negative Veränderung der Zinsmarge kann wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die der Verbriefung zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin haben, die Zinsen auf die Verbriefung bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefung zurückzuzahlen.

##### 6. Verkaufsrisiko

Gekaufte, den Verbriefungen zugrunde liegende Kreditforderungen, können eine Laufzeit aufweisen, die sich über das Endfälligkeitsdatum der Verbriefungen hinaus erstreckt. Diese Kreditforderungen, müssen vor Endfälligkeit verkauft werden. Die Kreditplattformen stellen zu diesem Zweck teils einen Sekundärmarkt zur Verfügung. Es besteht die Möglichkeit, dass die gekauften Kreditforderungen nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht zu angemessenen Preisen ver-

kauf werden können, was zu Verzögerungen bei der Rückzahlung der Verbriefungen an das Sondervermögen führen kann.

#### 7. Risiko regulatorischer Änderungen in Bezug auf die Verbriefungsgesellschaft

Die Bedingungen der Verbriefung könnten infolge einer Änderung der zum Zeitpunkt der Begebung der Verbriefung anwendbaren nationalen oder internationalen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, letztinstanzlichen Gerichtsentscheidungen oder Verwaltungspraxis ungültig oder rechtswidrig werden, oder nach dem Emissionstag kann die Erfüllung der Verpflichtungen der Emittentin rechtswidrig werden als Folge von: (a) einer anwendbaren Gesetzgebung, Auslegung, Maßnahme oder Reaktion einer Aufsichtsbehörde oder (b) der Verkündung oder Auslegung einer anwendbaren gesetzlichen Bestimmung durch ein zuständiges Gericht, eine zuständige Regierung oder eine Aufsichtsbehörde, jeweils einschließlich eines ihrer Beamten oder Vertreter, die in amtlicher Eigenschaft handeln (eine "Zuständige Behörde"), oder (c) die Erklärung, Maßnahme oder Antwort einer zuständigen Behörde. Da es sich bei den der Verbriefung zugrunde liegenden Konsumentenkrediten um eine illiquide Anlage handelt, kann es für die Emittentin in einem solchen Fall schwierig sein, die betreffenden Vermögenswerte überhaupt auf eine andere Verbriefungsgesellschaft zu übertragen oder zu einem angemessenen Preis zu veräußern oder abzutreten, wenn sie dazu gezwungen ist, um Liquidität zu generieren. Die Emittentin kann erhebliche Verluste erleiden, wenn sie gezwungen ist, illiquide Vermögenswerte zu verkaufen oder abzutreten. Eine solche Veräußerung der illiquiden Vermögenswerte ist möglicherweise nur zu einem niedrigeren Preis möglich. Dies kann sich nachteilig auf die Verbriefungen und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen und/oder die Verbriefung zugunsten des Sondervermögens zurückzuzahlen.

#### B. Risiken in Bezug auf die Abhängigkeit der Verbriefungsgesellschaft von Kreditplattformen

##### 1. Risiko der Schlechtleistung bzw. des Ausfalls einer Kreditplattform

Die Emittenten sind durch den Ankauf der Konsumentenkredite, welche den Verbriefungen zugrunde liegen, in hohem Maße von Kreditplattformen bzw. den mit diesen zusammenarbeitenden Banken bzw. Dienstleistern abhängig. Kreditplattform bezeichnet eine elektronische Plattform, über die die Emittentin Darlehen erwerben oder veräußern kann, die die Aufzeichnungen über solche Transaktionen und etwaige Forderungspositionen sowie die entsprechende Dokumentation führt und die die Abwicklung der Zahlungsströme in Bezug auf die Darlehen sowie das Inkasso ausstehender Forderungen verwaltet.

Die Emittentin schließt dazu Verträge ab, in welchen sich die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer in erster Linie verpflichten, (unter anderem) die folgenden Aufgaben zu erfüllen: a) die Originierung von Konsumentenkrediten und der Verkauf dieser Darlehen, b) die Überwachung und Verwaltung dieser Konsumentenkredite einschließlich der Bereitstellung des Lebenszyklusmanagements und c) die Durchführung bzw. Leitung des Verwertungs- und Vollstreckungsverfahrens in Bezug auf diese Darlehen und diesen ggf. zugrunde liegenden Sicherheiten, wenn der Kreditnehmer in Verzug ist (Verwertung und Einziehung) sowie ggf. d) eine Veräußerung von notleidenden Konsumentenkrediten an Dritte.

Der Verlust der Kreditplattform bzw. des Plattform-Servicers, z.B. infolge einer Insolvenz, hat sehr große Auswirkungen auf die Emittentin und kann sich erheblich nachteilig auf die Einbringlichkeit der den Verbriefungen zugrundeliegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, die Zinsen bei Fälligkeit und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

Der Verlust von Schlüsselpersonal bei der Kreditplattform bzw. dem Plattform-Servicer kann dazu führen, dass spezifische Kenntnisse und Erfahrungen verloren gehen und die operative Tätigkeit der Plattform vorübergehend eingestellt wird. Infolgedessen könnten die Erlöse aus den von der Emittentin erworbenen Konsumentenkrediten geringer ausfallen als erwartet.

Bei einem Ausfall des Servicers besteht für die Kreditplattformen in

der Regel die Möglichkeit des Rückgriffs auf einen Backup Servicer, welcher sämtliche Abwicklungsdienstleistungen des bestehenden Kreditportfolios übernehmen wird und die Verarbeitung der Zahlungen, die Eintreibung von ausstehenden Zahlungen und die Geltendmachung von Sicherheiten sicherstellt. Durch die Umstellung und die Übernahme der Serviceverpflichtungen durch den Backup Servicer, kann es zu Verzögerungen und auch zu einem geringeren Erfolg bei der Geltendmachung und damit auch bei der Auszahlung der Rück- und Zinszahlungen zu Gunsten der Emittentin der Verbriefung kommen.

Dieses Risiko kann die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen zu Gunsten des Sondervermögens auszuführen, nachteilig beeinflussen.

##### 2. Risiko der Interessenkonflikte

Falls ein Darlehensschuldner der den Verbriefungen zugrunde liegenden Kredite die Zahlung der Zinsen, der monatlichen Rate oder des gesamten Kredits nach der Laufzeit nicht rechtzeitig oder nicht vollständig leisten oder in jeglicher anderen Art und Weise die Bedingungen des entsprechenden Kreditvertrages verletzen, ist die Kreditplattform bzw. ein Plattform-Servicer beauftragt, die gekaufte Kreditforderung in Verzug zu setzen und entweder selbst den offenen Betrag solcher gekauften Kreditforderungen einzutreiben oder Dritte damit zu beauftragen. Wenn die Kreditplattform einen Kredit in Verzug setzt, wird diese rechtliche Schritte gegen den Kreditnehmer einleiten. Die Kreditplattform oder von ihr beauftragte Dritte haben für die Durchsetzung einer in Verzug geratenen und von der Emittentin der Verbriefung gekauften Kreditforderung unter Umständen das Recht auf Vergütung für die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Forderung. Diese Aufwendungen schmälern die Ertragsbasis der Emittentin der Verbriefung und können dazu führen, dass die Emittentin ihrerseits ihren Verpflichtungen gegenüber dem Sondervermögen nicht oder nur mit Einschränkungen mehr nachkommen kann.

Bei der Erfüllung der aus den Plattform-Verträgen resultierenden Pflichten können potenzielle oder tatsächliche Interessenkonflikte mit der Emittentin der Verbriefung und dem Sondervermögen auftreten. Die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer sind frei und berechtigt, jegliche Geschäfte auszuüben und Umsatz oder Gewinne zu erzielen. Sollten die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer ihre oben genannten Leistungen nicht mehr erbringen, kann die Emittentin der Verbriefung unter Umständen nicht sofort einen Ersatz-Dienstleister beauftragen. Selbst wenn ein solcher gefunden werden kann, wird es einige Zeit dauern, bis diese operativ tätig ist und die Funktionen der Kreditplattform bzw. Plattform-Servicers übernehmen kann.

##### 3. Wettbewerbsrisiko

Die Kreditplattformen sind in einem sehr wettbewerbsintensiven Markt tätig. Dies bedeutet, dass auf dem Markt, in dem sie sich befinden, d.h. dem Markt der Konsumentenkreditvergabe, eine sehr große Anzahl von Marktteilnehmern miteinander konkurrieren. Dieser Wettbewerb kann Folgen für die Emittenten haben, da sie darauf angewiesen ist, dass die Plattformen genügend Investitionsmöglichkeiten im Rahmen des Ankaufs von Konsumentenkrediten bieten. Sollte der Marktanteil der Kreditplattformen sinken (weil sie nicht in der Lage sind, attraktive Konditionen anzubieten), kann sich dies negativ auf das Ergebnis der Emittentin und damit auf ihre Fähigkeit auswirken, Zinsen auf die Verbriefung zugunsten des Sondervermögens zu zahlen oder die Verbriefung ggf. zurückzuzahlen.

##### 4. Operationelles Risiko

Zu den mit den Kreditplattformen verbundenen operationellen Risiken gehören unter anderem, dass interne oder externe Prozesse oder Verwaltungssysteme ausfallen oder anderweitig versagen, menschliches Versagen, die Nichteinhaltung von Regeln und Vorschriften, Fehlverhalten von Mitarbeitern oder externe Ereignisse wie Betrug. Solche Ereignisse können zu finanziellen Verlusten führen oder den Ruf der Kreditplattformen schädigen und sich auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

Ein weiteres operationelles Risiko, das eintreten kann, ist das Risiko der Insolvenz und/oder der Zahlungseinstellung der Kreditplattform bzw. des Plattform-Servicers, so dass die jeweilige Kreditplattform nicht in der Lage ist, ihre Verpflichtungen aus dem Plattformvertrag zu erfüllen. In diesem Fall ist die Emittentin gezwungen, die Zahlungen aus den der Verbriefung zugrunde liegenden Konsumentenkrediten direkt gegenüber den Kreditnehmern anzufordern, was innerhalb eines kurzen Zeitraums schwierig oder gar nicht möglich sein kann. Operationelle Risiken sind den von den Kreditplattformen ausgeübten Tätigkeiten inhärent.

Die Manifestation eines oder mehrerer operationeller Risiken kann zu finanziellen Verlusten oder Schäden führen und den Ruf der Kreditplattformen schädigen. Darüber hinaus kann das Ausscheiden von Schlüsselpersonal die Einbringlichkeit und/oder Werthaltigkeit der den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite negativ beeinflussen.

Der Eintritt eines oder mehrerer operationeller Risiken hat nachteilige Auswirkungen auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### 5. Kontrahentenrisiko

Schwerwiegende Unruhen auf den Finanzmärkten, Konkurs, mangelnde Liquidität, wirtschaftliche Notlage, Betriebsausfälle oder auch nur Gerüchte darüber können zu Verlusten für die Kreditplattformen bzw. des Plattform-Servicers führen, und es erschweren oder wirtschaftlich weniger attraktiv werden lassen, seine Dienstleistungen gegenüber der Emittentin zu erbringen. Dies kann sich nachteilig auf die Werthaltigkeit und/oder Einbringlichkeit der Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### 6. Risiko von Rechtsstreitigkeiten

Die Kreditplattformen können einem Risiko ausgesetzt sein, wenn ein Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet wird. Im Allgemeinen haben Gerichtsverfahren einen ungewissen Ausgang. Die Abwehr eines Anspruchs ist teuer, und selbst wenn die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer obsiegen, kann es sein, dass sie ihre Prozesskosten nur teilweise von der Gegenpartei des Prozesses zurückerhalten. Gerichtsverfahren können die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer in ihrer Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann sich nachteilig auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### 7. Unerwartete Umstände

Die Kreditplattformen können mit unerwarteten Umständen konfrontiert werden, die zu bestimmten Risiken führen, die von der Emittentin nicht vorhergesehen wurden und die sich negativ auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken können, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### 8. Risiko des Verstoßes gegen den Datenschutz

Die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer verarbeiten im Rahmen des Kreditplattformgeschäftes personenbezogene Kundendaten (einschließlich Name, Adresse und Bankverbindung), bei denen es sich teilweise um sensible personenbezogene Daten handeln kann, und müssen daher strenge Datenschutzgesetze und -vorschriften einhalten. Solche Gesetze schränken die Möglichkeiten der Kreditplattform bzw. des Plattform-Servicer ein, personenbezogene Daten von Kunden und potenziellen Kunden zu erheben und zu nutzen, einschließlich der Nutzung dieser Daten für Marketingzwecke. Die Kreditplattform bzw. die Plattform-Servicer sind auch dem Risiko eines Cyber-Diebstahls oder der Übertragung personenbezogener

Kundendaten außerhalb der EU ausgesetzt, wo IT-Systeme Dritter integriert sind. Die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer bemühen sich, sicherzustellen, dass Verfahren vorhanden sind, die die Einhaltung der einschlägigen Datenschutzbestimmungen durch ihre Mitarbeiter und etwaige Drittdienstleister gewährleisten, und implementieren darüber hinaus Sicherheitsmaßnahmen, die dazu beitragen, Cyber-Diebstahl und die unrechtmäßige Übertragung von personenbezogenen Kundendaten an Dritte oder ins Ausland zu verhindern. Ungeachtet dieser Bemühungen sind die Kreditplattformen bzw. Plattform-Servicer dem Risiko ausgesetzt, dass Dritte sich die Daten unrechtmäßig aneignen, Daten verloren gehen oder offenlegt, gestohlen oder unter Verletzung von Datenschutzgesetzen und -vorschriften verarbeitet werden könnten. Wenn die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer oder einer der Drittdienstleister, auf die er sich verlässt, Kundeninformationen nicht sicher speichern oder übertragen oder wenn es anderweitig zu einem Verlust personenbezogener Kundendaten kommt, könnten die Kreditplattform bzw. die Plattform-Servicer Gegenstand von Ermittlungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen der zuständigen Aufsichtsbehörden sein und nach den Gesetzen und Vorschriften zum Datenschutz und zur Privatsphäre haftbar gemacht werden. Jedes dieser Ereignisse könnte auch zum Verlust des Firmenwerts seiner Kunden führen und neue Kunden abschrecken, was sich erheblich nachteilig auf die Kreditplattform bzw. die Fähigkeit des Plattform-Servicers auswirken könnte, seine Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann sich nachteilig auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen und/oder die Verbriefung zugunsten des Sondervermögens zurückzuzahlen.

#### 9. Risiko fehlerhafter, unvollständiger Informationen über Kreditnehmer - Betrugsrisiko

Bei der Entscheidung über die Gewährung von Krediten an Antragsteller stützt sich die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer auf Informationen, die ihm vom Antragsteller selbst sowie von Dritten, wie z. B. Kreditauskunfteien, Banken und anderen Datenbanken zur Verfügung gestellt werden insbesondere Angaben zum Familienstand, Unterhaltspflichten, zum Beschäftigungs-, Einkommens- und Vermögensstatus. Die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer verlassen sich auch auf Zusicherungen von Kreditnehmern hinsichtlich der Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Informationen und Erklärungen dazu. Wenn eine der zur Verfügung gestellten Informationen vorsätzlich oder fahrlässig falsch dargestellt wird und eine solche Falschdarstellung nicht vor der Finanzierung eines Kredits oder der Verlängerung eines Kredits oder eines Zahlungsaufschubs aufgedeckt wird, kann die künftige Werthaltigkeit des Kredits beeinträchtigt werden, was die Fähigkeit der Emittentin, die Zinsen auf die Verbriefung bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefung zurückzuzahlen, erheblich beeinträchtigen könnte.

Darüber hinaus ist Betrug im Finanzdienstleistungssektor eine zunehmende und immer raffinierter werdende Bedrohung für Kreditgeber und Kreditnehmer. Die Kreditplattformen verfügen über Kontrollen und Prozesse zur Aufdeckung von Betrug, die sie bei der Identifizierung falsch dargestellter Informationen in ihren Kreditvergabeprozessen unterstützen, aber es kann nicht garantiert werden, dass die Kreditplattform bzw. der Plattform-Servicer diese falschen Informationen in ihren Kreditvergabeprozessen stets erkannt haben oder erkennen werden. Solche falsch dargestellten Informationen könnten sich nachteilig auf die Werthaltigkeit der den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefungen zurückzuzahlen.

#### 10. Cyber-/IT-Sicherheitsrisiko der Kreditplattformen und Plattform-Servicer

Die Kreditplattformen und Servicer operieren teilweise mit selbst entwickelter Software und Infrastruktur, nutzen aber auch Dienstleistungen Dritter, u.a. auch für die Wartung des IT-Systems. Die Emittentin der Verbriefung ist auf die Funktionalität solcher Dienst-



leistungen und Systeme angewiesen. Die Emittentin ist im Zusammenhang mit dem Kauf von Kreditforderungen und der Bewirtschaftung des Kreditverhältnisses auf die Funktionalität der IT-Systeme der Kreditplattformen und Servicer und auf deren korrekte Instandhaltung sowie Überwachung angewiesen. Jegliches Versagen des IT-Systems oder den damit zusammenhängenden Diensten die von den Kreditplattformen und Servicern verwendet werden – auch im Zusammenhang mit Cyber-Angriffen von außen –, können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftsfähigkeit von Kreditplattformen und Servicern haben und können infolgedessen zu einer Einstellung der Dienstleistungserbringung zugunsten der Emittentin der Verbriefung führen. Bestimmte Vorgänge hängen von IT-Systemen Dritter ab, die außerhalb des Einflussbereiches der Emittentin sind und die Kreditplattformen und Servicer nicht zwingend in der Lage ist, deren Risiken oder Zuverlässigkeit zu prüfen. IT-Ausfälle könnten die Verarbeitung von Kreditanträgen oder die Vergabe von Krediten nachteilig beeinflussen, zu einer fehlerhaften Buchhaltung, fehlerhaften Aufzeichnung oder einer unrichtigen Verarbeitung der Transaktion sowie zu fehlerhaften Berichten führen, welche wiederum die Überwachung des Kreditportfolios beeinträchtigen. Jegliche solche Mängel oder Ausfälle können einen finanziellen Verlust, Betriebsstörungen, regulatorische Ermittlungen oder Reputationsschäden der Emittentin verursachen. Jedes dieser Risiken kann überdies die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen zugunsten des Sondervermögens auszuführen, nachteilig beeinflussen.

#### 11. Reputationsrisiko

Die Kreditplattformen sind anfällig für negative Publicity, die sie erhalten könnte. Denn ein Teil ihrer Arbeit besteht im Einzug von Forderungen, der Beitreibung von Forderungen und der Vollstreckung in gestellte Sicherheiten, wodurch die Kreditplattform dem Risiko negativer Publizität ausgesetzt sind, was zu einer Schädigung ihres Rufes führen kann. Negative Publicity kann z. B. entstehen, wenn dem Plattform-Servicer (oder einem Bevollmächtigten) bei der Einziehung und Durchsetzung Fehler unterlaufen und der Kreditnehmer benachteiligt wird.

Da Kreditplattform bzw. Plattform-Servicer eng miteinander verbunden sind, können diese durch die Assoziation in Verruf geraten, was negative Folgen haben kann. Dies kann sich wiederum negativ auf die Einbringlichkeit von herausgereichten Krediten auswirken oder höhere Kosten verursachen, was sich negativ auf den Cashflow der den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Emittentin und somit gegenüber dem Sondervermögen auswirken würde.

#### 12. Risiko der Geldwäsche

Jegliche wesentlichen Versäumnisse von Kreditplattformen bezüglich der Erfüllung der geldwäscherechtlichen Bestimmungen können Bußgelder und Strafen zur Folge haben. Solche Bußgelder oder Strafen können wesentliche nachteilige Beeinträchtigungen auf die Fähigkeit der Kreditplattformen haben, den Pflichten gegenüber der Emittentin und somit gegenüber dem Sondervermögen nachzukommen.

#### 13. Risiko der Änderung der geltenden Gesetzgebung oder Regulierung

Das Geschäftsmodell der Kreditplattformen sowie die Gesetzgebung und das regulatorische Umfeld in diesem Bereich sind relativ neu. Die Gesetzgebung und das regulatorische Umfeld können sich im Laufe der Zeit ändern. In manchen Bereichen ist die geltende Rechtslage nicht abschließend geklärt. Kreditplattformen sind von nationalen und lokalen Gesetzen und Bestimmungen abhängig und die Emittentin der Verbriefungen ist oder könnte in Zukunft von solchen Gesetzen und Bestimmungen abhängig sein. Jegliche Änderung der Gesetze oder der regulatorischen Rahmenbedingungen kann die Kreditplattformen und die Emittentin der Verbriefungen und somit das Sondervermögen wesentlich nachteilig beeinflussen.

#### C. Risiken in Bezug auf das Kreditportfolio

1. Bonitäts-/Insolvenzrisiko der Konsumenten, deren verbrieft Darlehensforderungen das Sondervermögen erwirbt

Die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite werden durch Kreditplattformen oder mit diesen zusammenarbeitende Banken/Dienstleistern angeboten. Diese vermitteln die Darlehen oder vergeben diese als eigene Darlehen und verkaufen die so entstandene Darlehensforderung an die Emittentin der Verbriefung.

Kauft das Sondervermögen eine Forderung auf und kommt der Schuldner seinen Verpflichtungen nicht oder nur mit Verzögerung nach oder wird zahlungsunfähig, so entsteht eine Leistungsstörung und es können Zins- und Tilgungszahlungen ausbleiben. Wenn die Erträge aus der Forderung hinter dem dafür gezahlten Kaufpreis zurück bleiben, entsteht ein teilweiser oder vollständiger Kreditausfall, der durch die Zinsmarge bzw. die Zins- und Tilgungsleistungen anderer, vertragsgemäß verlaufender Kredite ausgeglichen werden soll. Übersteigen die Ausfälle aus leistungsgestörten Krediten die Erträge aus vertragsgemäß verlaufenden Krediten, entsteht für das Kreditportfolio und damit für die Emittentin ein Verlust. Dieser Verlust kann negative Auswirkungen auf die Fähigkeit der Emittentin haben, die Zinsen auf die Verbriefung bei Fälligkeit zugunsten des Sondervermögens zu zahlen und/oder die Verbriefung zurückzuzahlen.

Die Erträge können auch durch unvorhergesehene Kosten für die Beitreibung der Forderung geschmälert werden. Da die Emittentin durch Ankauf in einen bereits bestehenden Darlehensvertrag eintritt, kann auch bei sorgfältiger Prüfung nicht ausgeschlossen werden, dass dem Kreditnehmer Kündigungs-, Anfechtungs- oder ähnliche Rechte zustehen, durch die der Kreditvertrag zum Nachteil der Emittentin geändert wird. Solche Rechte können auch nachträglich durch eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen oder eine Änderung der Rechtsprechung entstehen. Auch insoweit kann sich die Realisierung der verbrieften Konsumentenkredite sowohl in tatsächlicher als auch in rechtlicher Hinsicht schwierig gestalten.

Die Fähigkeit der Emittentin der Verbriefungen zur Rückzahlung des Anlagebetrages hängt demzufolge ganz wesentlich von der Zahlungsfähigkeit und -moral der Kreditnehmer der Konsumentenkredite ab, d.h. den Amortisations-, Rück- und Zinszahlungen der Kreditnehmer im Zusammenhang mit den seitens der Emittentin gekauften Kreditforderungen. Erfüllt ein Kreditnehmer seine Amortisations-, Rück- und Zinszahlungspflichten nicht vertragsgemäß, hängt die Emittentin der Verbriefung von den Inkassobemühungen der Kreditplattformen für die Eintreibung von Zahlungen bzw. die Verwertung etwaiger Sicherheiten bezüglich der gekauften Kreditforderungen ab. Es kann daher keine Zusicherung geben werden, dass die Investition in die Verbriefungen durch das Sondervermögen gewinnbringend sein wird.

Durch die Investition in Verbriefungen wird seitens des Sondervermögens kein Rechtsverhältnis zu den der Verbriefung zugrunde liegenden Kreditnehmern begründet. Im Falle eines Verlustes hat das Sondervermögen keinen direkten Rückgriffsanspruch gegen die den Verbriefungen zugrunde liegenden Kreditschuldner.

Ein Totalverlust des investierten Betrages durch das Sondervermögen ist möglich.

#### 2. Risiko unbesicherter Kreditforderungen

Die vom Sondervermögen zu erwerbenden Verbriefungen sind in der Regel unbesichert. Teilweise können die den Verbriefungen zugrunde liegenden Kreditforderungen mit persönlichen Bürgschaften, Pfand, Forderungsabtretungen und dergleichen besichert sein. Bezahlte der Kreditnehmer und, sofern vorhanden, der Bürge die Kreditforderung nicht zurück und bringt das Inkassoverfahren im Falle der Sicherheitenverwertung keinen Erfolg, bedeutet dies, dass der Kredit ausgefallen ist und damit Kapital und Zinsen für die Emittentin der Verbriefung verloren sind. Dies kann dazu führen, dass die Emittentin der Verbriefung ihrerseits ihren Verpflichtungen gegenüber dem Sondervermögen nicht mehr nachkommen kann.

#### 3. Risiko eines Ausfalls auch bei besicherten Kreditforderungen

Auch hinsichtlich der von der Emittentin der Verbriefung gekauften Kreditforderungen, die besichert sind, ist es möglich, dass der Erlös aus der Verwertung solcher Sicherheiten nicht ausreichend ist, um die ausstehenden Kreditforderungen vollständig zu decken. Außerdem kann es im Falle einer Verwertung der Sicherheit zu Zahlungs-

verzögerungen des aus der Liquidierung der Sicherheit resultierenden Erlöses kommen. Die Emittentin der Verbriefung kann Nachteile erfahren, falls im Verfahren der Geltendmachung von Sicherheiten Eingaben verspätet gemacht oder versäumt werden. Dies wiederum kann sich entsprechend nachteilig auf das Sondervermögen auswirken.

#### 4. Risiko mangelhafter Scoringmodelle der Kreditplattformen

Die Kreditplattformen geben jedem Kreditnehmer zum Zeitpunkt der Kreditantragsverarbeitung, ein Risikoring. Die Risikobewertung der Kreditplattformen (Scoringmodell) basiert auf mehreren Grundlagen, insbesondere auf Informationen vom Kreditnehmer selbst und aus weiteren Informationsquellen. Diese Daten und die Informationen der Kreditplattformen können veraltet, unvollständig oder fehlerhaft sein. Dementsprechend kann das einem Kreditnehmer zugewiesene Risikoprofil nicht seinem wahren Risikoprofil entsprechen, was zu einer falschen Beurteilung der Bonität bzw. der Wahrscheinlichkeit einer ordnungsgemäßen Rückführung führen kann. Die Kreditplattformen überprüfen die angegebenen Daten der Kreditnehmer. Solche Überprüfungen sind aber nicht immer möglich, können fehlerhaft oder unvollständig sein. Zudem ist es möglich, dass ein Kreditnehmer nach Eingang/Erhalt der Bonitätsinformationen mit einer anderen Schuld in Verzug geraten ist, weitere Schulden gemacht hat oder andere nachteilige finanzielle Ereignisse oder andere Ereignisse eintreten. Das Risikoring der Kreditplattformen in Bezug auf Kreditnehmer dient zur Information und soll die von der Kreditplattform abgegebene Einschätzung des Kreditrisikos möglichst angemessen widerspiegeln. Trotzdem kann die Kreditfähigkeit und -würdigkeit eines Kreditnehmers nicht gewährleistet werden.

Die Emittentin der Verbriefung, die Kreditplattformen und die Plattform-Servicer lehnen jede Verantwortung und Haftung bezüglich jeglicher Informationen und Risikoringangaben, die durch die Kreditplattformen öffentlich gemacht werden, ab. Die Kreditplattformen dürfen von Zeit zu Zeit die Informationen oder das Risikoring der Kreditnehmer aktualisieren oder ändern, sind dazu aber nicht verpflichtet. Aufgrund dieser Faktoren kann das Kreditportfolio gekaufte Kreditforderungen enthalten, die auf fehlerhaften Kreditinformationen der Kreditplattform in Bezug auf den Kreditnehmer basieren. Zudem könnte der Zins einer gekauften Kreditforderung nicht dem tatsächlichen Risikoprofil entsprechen. Ein entsprechender teilweiser oder vollständiger Ausfall eines Kreditnehmers kann dazu führen, dass die Emittentin der Verbriefung ihrerseits ihren Verpflichtungen gegenüber dem Sondervermögen nicht mehr nachkommen kann.

#### 5. Risiken im Zusammenhang mit der Portfoliobewertung

Das Portfolio des Sondervermögens unterliegt den gesteigerten Risiken, die für sämtliche Investitionen in Verbriefungen von Konsumentenkrediten gelten. Investitionen in nicht an einem geregelten Markt gehandelte Verbriefungen von Konsumentenkrediten sind spekulativer und risikoreicher als Wertpapieranlagen an etablierten Börsen. Das Fehlen eines aktiven öffentlichen Marktes für diese Verbriefungen macht die Bewertung von Anlagen des Sondervermögens zur Ermittlung seines Nettoinventarwertes schwieriger und subjektiver und birgt das Risiko von ungenauen Preisbestimmungen bzw. Bewertungsspannen. Die Bewertung eines Portfolios von Konsumentenkrediten beruht grundsätzlich auf Prognosen, die anhand von Annahmen hinsichtlich der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kredite erstellt werden. Solche Prognosen können sich als ungeeignet oder unzutreffend erweisen und hierdurch zu einer Bewertung führen, die erheblich von dem tatsächlichen Wert des Portfolios abweicht. Anlagen in illiquiden Vermögenswerten können

auch zu Schwierigkeiten bei der Berechnung des Nettoinventarwertes des Referenzvermögenswertes führen. Dies wiederum kann zu Verzögerungen bei Zahlungen im Zusammenhang mit den Verbriefungen zugunsten des Sondervermögens führen.

#### 6. Steuerliche Risiken

Es können sich wesentliche nachteilige Änderungen der zum Zeitpunkt der Begebung der Verbriefung geltenden steuerlichen Behandlung der Emittentin, der Verbriefung oder der dieser zugrunde liegenden Konsumentenkredite ergeben, die entweder auf einer Änderung der Gesetzgebung oder einer Änderung der Praxis der Steuerverwaltung beruhen. Dies kann sich nachteilig auf die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite und damit auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, Zinsen auf die Verbriefungen und/oder die Verbriefung zugunsten des Sondervermögens zurückzahlen.

In Bezug auf weitere potenzielle Risiken, die sich für den Fonds im Rahmen der Anlagegrundsätze ergeben können, wird auf den Abschnitt „Risikohinweise“ verwiesen.

### XIII. Erhöhte Volatilität

**Der Fonds weist aufgrund seiner Zusammensetzung und des Einsatzes von Derivaten eine erhöhte Volatilität auf, d. h. die Anteilepreise können auch innerhalb kurzer Zeiträume erheblichen Schwankungen nach oben und nach unten unterworfen sein.**

### XIV. Profil des typischen Anlegers

Die Vermögensanlage sollte immer zu den ganz persönlichen Zielen, der Anlagentätigkeit und der jeweiligen Lebenssituation des Anlegers passen. Je kurzfristiger der Anleger Geld benötigt, desto eher sollte er eine konservative Anlagestrategie wählen. Je langfristiger er plant, desto eher kann er von risikobewussten und chancenorientierten Anlagestrategien profitieren.

Der nordIX European Consumer Credit Fonds richtet sich an Anleger mit Basiskenntnissen und/oder Erfahrungen mit Finanzprodukten, die das Ziel der Vermögensbildung bzw. Vermögensoptimierung verfolgen und langfristig investieren wollen. Verluste können nicht ausgeschlossen werden. Der potenzielle Anleger sollte in der Lage sein, Verluste bis zur Höhe des eingesetzten Kapitals zu tragen. Der Gesamtrisikoindikator hilft Ihnen, das mit diesem Produkt verbundene Risiko im Vergleich zu anderen Produkten einzuschätzen. Er zeigt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass Sie bei diesem Produkt Geld verlieren, weil sich die Märkte in einer bestimmten Weise entwickeln oder wir nicht in der Lage sind, Sie auszubezahlen. Wir haben dieses Produkt auf einer Skala von 1 bis 7 in die Risikoklasse 3 eingestuft, wobei 3 einer mittelniedrigen Risikoklasse entspricht.

Der Gesamtrisikoindikator wird für jede Anteilklasse gesondert errechnet. In Ausnahmefällen können einzelne Anteilklassen einen geringeren Gesamtrisikoindikator aufweisen; an dieser Stelle wird der jeweils höchste Gesamtrisikoindikator ausgewiesen. Näheres kann der Rubrik „Anteilklassen im Überblick“ entnommen werden.

Die Einschätzung der Gesellschaft stellt keine Anlageberatung dar, sondern soll dem Anleger einen ersten Anhaltspunkt geben, ob der Fonds seiner Anlageerfahrung, seiner Risikoneigung und seinem Anlagehorizont entspricht.

## XV. Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen

### 1. Anlageziel und -strategie

Die Gesellschaft investiert mindestens 75 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens in Kreditverbriefungen von Konsumtenkrediten. Diese werden von Kreditplattformen jenseits des klassischen Banksektors vergeben, die ausgewählte Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN SDG) unterstützen, insbesondere: "Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern", und: "Die Kapazitäten der nationalen Finanzinstitutionen stärken, um den Zugang zu Bank-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen für alle zu begünstigen und zu erweitern", den. Insofern unterstützt das Sonstige Sondervermögen den "Access to Finance" für europäische Privatpersonen und die "Ungleichheit in und zwischen Ländern zu verringern". Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen des Anlageentscheidungsprozesses Kreditplattformen auf bestehende Maßnahmen zur Einhaltung der vorgenannten Ziele, zur Beachtung von Sanktionen, zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie zum Datenschutz und adäquatem Forderungsmanagement überprüft. Zudem dürfen Kreditplattformen und Verbriefungsgesellschaften ihren Umsatz zu nicht mehr als 10 Prozent aus der Energiegewinnung oder dem sonstigen Einsatz von fossilen Brennstoffen (exklusive Gas) oder Atomstrom, zu nicht mehr als 5 Prozent aus der Förderung von Kohle und Erdöl, sowie nicht aus dem Anbau, der Exploration und aus Dienstleistungen für Ölsand und Ölschiefer generieren.

Insofern sind im Rahmen vorgenannter Ausschlusskriterien Investitionen in Portfoliounternehmen, die ihren Umsatz durch Aktivitäten im Zusammenhang mit der Energiegewinnung oder dem sonstigen Einsatz aus/von Atomenergie und Erdgas sowie Förderung von Uran oder Erdgas generieren, möglich.

Ziel der Anlagepolitik des Fondsmanagements dieses Sondervermögens ist die Vermögensbildung bzw. Vermögensoptimierung.

Hierzu werden je nach Einschätzung der Wirtschafts- und Kapitalmarktlage und der Börsenaussichten im Rahmen der Anlagepolitik die nach dem KAGB und den Anlagebedingungen zugelassenen Vermögensgegenstände erworben und veräußert. Zulässige Vermögensgegenstände sind Wertpapiere (z.B. Aktien, Anleihen, Genussscheine und Zertifikate), Geldmarktinstrumente, Bankguthaben, unverbriefte Darlehensforderungen, Derivate und Sonstige Anlageinstrumente. Derivate dürfen zu Absicherungszwecken sowie zur effizienten Portfoliosteuerung im Rahmen der Anlagestrategie erworben werden.

**Die Anlagestrategie des Fonds kann sich innerhalb der vertraglich und gesetzlich zulässigen Grenzen jederzeit ändern. Es kann keine Zusicherung gegeben werden, dass die Ziele der Anlagepolitik tatsächlich erreicht werden.**

Die mit der Anlagepolitik verbundenen Risiken sind im Abschnitt "Risikohinweise - Erläuterung des Risikoprofils des Fonds" erläutert.

**Der Fonds wird aktiv gemanagt und hat keine Benchmark.**

**Das Fondsmanagement des Sondervermögens bildet im Rahmen der Anlageentscheidung keinen Index oder Referenzwert nach. Die Anlageentscheidungen erfolgen im Rahmen eines aktiven Managements. Dabei erfolgt die Auswahl der Vermögensgegenstände durch den Portfoliomanager zur Verwirklichung der zuvor dargestellten Anlageziele und -strategie.**

#### aa. Investmentprozess

Die Monega hat ihre Investmentprozesse entsprechend ihrem Verständnis von Verantwortlichem Investieren ausgestaltet. Sie handelt im Umgang mit ökologischen, sozialen Belangen und Belangen

der guten Unternehmensführung ausschließlich im Interesse der Anleger und setzt auf freien Wettbewerb, Handlungsfreiheit innerhalb gesetzlicher Vorgaben und Transparenz.

#### aa. Spezielle Risikohinweise

Die Monega kombiniert die klassische Finanzanalyse mit der Nachhaltigkeitsanalyse und bezieht im Rahmen ihres Investmentprozesses (Sorgfaltsprüfungsverfahren) sowohl alle relevanten finanziellen Risiken als auch Nachhaltigkeitsrisiken mit ein.

#### bb. Relevante finanzielle Risiken

Zu den relevanten finanziellen Risiken zählen insbesondere das

- **Marktpreisrisiko:** Das Risiko finanzieller Verluste auf Grund der eingetretenen Änderung von Marktpreisen wie Zinsen oder Wechselkursen. Das Marktrisiko bezieht sich auf die Kursrisiken von Preisschwankungen des Wertpapiers.
- **Adressausfallrisiko (Kreditrisiko):** Das Risiko finanzieller Verluste durch den Ausfall (Insolvenz) eines Emittenten und damit einhergehend einer Zahlungsunfähigkeit.
- **Liquiditätsrisiko:** Das Risiko, Geschäfte wegen nicht ausreichender Marktliquidität nur zu ungünstigen Bedingungen oder gar nicht abschließen zu können und dadurch Verluste zu erleiden (Marktliquiditätsrisiko).

Diese relevanten finanziellen Risiken sowie weitere finanzielle Risiken werden im Rahmen der traditionellen Wertpapieranalyse, die Teil des Investmentprozesses ist, vor der Anlageentscheidung geprüft. Die Prüfung erfolgt anhand von Bilanzkennzahlen, Kennzahlen der Gewinn- und Verlustrechnung oder fundamentaler Bilanz- und Unternehmensanalyse.

#### cc. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken durch Monega

Als Nachhaltigkeitsrisiko wird ein Ereignis oder eine Bedingung im Bereich Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung bezeichnet, dessen beziehungsweise deren Eintreten wesentlich bzw. erheblich negative Auswirkungen auf den Wert der Investition haben könnte.

Im Rahmen der Monega Nachhaltigkeitsanalyse wird überprüft, inwieweit Investitionen negative Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung haben können, unabhängig davon, ob diese als nachhaltig ausgewiesen und vertrieben werden. Die Ergebnisse, welche die ökologische und soziale Leistung eines Wertpapieremittenten sowie dessen Corporate Governance (sogenannte ESG-Kriterien für die entsprechende englische Bezeichnung Environmental, Social and Governance) umfassen, werden systematisch im gesamten Investmentprozess berücksichtigt und dokumentiert.

Monega nutzt zu diesem Zwecke die Dienstleistungen eines etablierten ESG-Rating bzw. -Datenanbieters. Auf Basis des gesamten Analyseuniversums des ESG-Datenanbieters wird anhand der oben genannten Kriterien eine Liste erstellt und im Risikomanagementsystem für sämtliche Vermögensgegenstände der Monega-Fonds implementiert, anhand derer eine Überprüfung sämtlicher gehaltenen Vermögensgegenstände stattfindet. Die Prüfung erfolgt grundsätzlich auf Basis des unmittelbaren Emittenten, ausgedrückt durch die ISIN des Wertpapiers. Ggf. kann auch noch eine Bewertung auf Basis des Mutterunternehmens hinzugezogen werden. Ergebnis dieses Prozesses ist eine Klassifizierung der Vermögensgegenstände, welche auf monatlicher Basis aktualisiert wird und die eine Bewertung zur Erwerbbarkeit unter ESG-Gesichtspunkten als „gegeben“ oder „nicht gegeben“ ausgibt und die dem Fonds- sowie Risikomanagement sodann zur Kenntnis gebracht wird. Sofern Emittenten aufgrund dieser Überwachung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren aufweisen, können sie im Einzelfall weiteren Untersuchungen unterzogen und die Ergebnisse bei Bedarf zur weiteren Entscheidungsfindung an das Markt- und Produktisikokomitee übermittelt werden. Das Spektrum möglicher Maßnahmen umfasst Fol-



gende:

- „Investierbar (keine Maßnahmen erforderlich)“,
- „Beobachtung (Dialog mit dem Emittenten und weitere Überwachung) oder
- „Ausschluss“ (Emittent wird als ungeeignet kategorisiert und der „Restricted List“ zugefügt).

Um Nachhaltigkeitsrisiken zu verringern, sucht das Fondsmanagement zudem den konstruktiven Dialog mit den Emittenten, u.a. durch Stimmrechtsausübung bei Hauptversammlungen, mit dem Ziel, eine verantwortungsvolle Führung, einen Werterhalt und eine Wertsteigerung der Unternehmen zu fördern, welche insoweit auch den Einfluss auf Emittenten in Bezug auf die Verhinderung und Verringerung von negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren im vorgenannten Sinne umfasst.

Nachhaltigkeitsrisiken werden bei der Investitionsentscheidung auf die Einhaltung der jeweils fondsspezifisch relevanten Kriterien hin überprüft und auch für den Bestand fortlaufend kontrolliert. Inwieweit die Bewertungsergebnisse dieses Prozesses im Rahmen der fondsspezifischen Anlagestrategie zur Einschränkung des Anlageuniversums führen können, ist den Besonderen Anlagebedingungen des Fonds zu entnehmen.

Weitere Informationen zum Einbezug von Nachhaltigkeitsrisiken in die Investmentprozesse der Gesellschaft einschließlich der Aspekte der Organisation, u.a. wie die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren - Principal Adverse Impact (PAI) offengelegt werden, wie Monega im Interesse ihrer Anleger den Dialog mit Portfoliounternehmen führt oder mit anderen Anlegern der Portfoliounternehmen im gesetzlich zulässigen Umfang kooperiert, um eine verantwortungsvolle Führung, einen Werterhalt und eine Wertsteigerung des Portfoliounternehmens zu fördern, sowie zum Risikomanagement und der Unternehmensführung solcher Prozesse, können Sie dem Internet unter [www.monega.de/Nachhaltigkeit](http://www.monega.de/Nachhaltigkeit) entnehmen. Näheres zu den Auswirkungen der relevanten Risiken entnehmen Sie dem Verkaufsprospekt unter der Rubrik „Risikohinweise“.

#### *dd. Hinweise und Angaben zur EU-Taxonomie-Verordnung und zur EU-Offenlegungsverordnung*

Es handelt sich um einen Fonds gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) 2019/2088 („Offenlegungsverordnung“), der überwiegend in Vermögensgegenstände investiert, die unter nachhaltigen Gesichtspunkten im Sinne des Artikels 2 Nummer 17 der Offenlegungsverordnung ausgewählt wurden.

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten im Sinne der Taxonomieverordnung.

Informationen über die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen der dem Fonds zugrunde liegenden Investitionen auf Nachhaltigkeitsfaktoren im Sinne der Offenlegungsverordnung sind zudem in den regelmäßigen Jahresberichten verfügbar.

Weitergehende Informationen über die ökologischen oder sozialen Merkmale finden Sie im „Anhang zur Offenlegungs- und Taxonomieverordnung“ am Ende dieses Verkaufsprospektes.

#### **b. Vermögensgegenstände**

Die Gesellschaft kann für Rechnung des Fonds folgende Vermögensgegenstände erwerben:

- Wertpapiere gemäß § 193 KAGB
- Geldmarktinstrumente gemäß § 194 KAGB
- Bankguthaben gemäß § 195 KAGB
- Derivate gemäß § 197 KAGB, ohne dabei die Erwerbsbeschränkungen des § 197 Absatz 1 KAGB beachten zu müssen,

- Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 198 KAGB
- Unverbriefte Darlehensforderungen
- 

Die Gesellschaft darf diese Vermögensgegenstände innerhalb der Anlagegrenzen erwerben. Einzelheiten zu diesen Vermögensgegenständen und den hierfür geltenden Anlagegrenzen sind nachfolgend dargestellt.

#### **c. Wertpapiere**

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds Wertpapiere in- und ausländischer Emittenten erwerben,

1. wenn sie an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union („EU“) oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum („EWR“) zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind,

2. wenn sie ausschließlich an einer Börse außerhalb der Mitgliedstaaten der EU oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den EWR zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes zugelassen hat.

Wertpapiere aus Neuemissionen dürfen erworben werden, wenn nach ihren Ausgabebedingungen die Zulassung an oder Einbeziehung in eine der unter 1. und 2. genannten Börsen oder organisierten Märkte beantragt werden muss, und die Zulassung oder Einbeziehung innerhalb eines Jahres nach Ausgabe erfolgt.

Als Wertpapiere in diesem Sinne gelten auch

- Anteile an geschlossenen Investmentvermögen in Vertrags- oder Gesellschaftsform, die einer Kontrolle durch die Anteilseigner unterliegen (sog. Unternehmenskontrolle), d.h. die Anteilseigner müssen Stimmrechte in Bezug auf wesentliche Entscheidungen haben, sowie das Recht die Anlagepolitik mittels angemessener Mechanismen zu kontrollieren. Das Investmentvermögen muss zudem von einem Rechtsträger verwaltet werden, der den Vorschriften für den Anlegerschutz unterliegt, es sei denn, das Investmentvermögen ist in Gesellschaftsform aufgelegt und die Tätigkeit der Vermögensverwaltung wird nicht von einem anderen Rechtsträger wahrgenommen.
- Finanzinstrumente, die durch andere Vermögenswerte besichert oder an die Entwicklung anderer Vermögenswerte gekoppelt sind. Soweit in solche Finanzinstrumente Komponenten von Derivaten eingebettet sind, gelten weitere Anforderungen, damit die Gesellschaft diese als Wertpapiere erwerben darf.

Die Wertpapiere dürfen nur unter folgenden Voraussetzungen erworben werden:

- Der potentielle Verlust, der dem Fonds entstehen kann, darf den Kaufpreis des Wertpapiers nicht übersteigen. Eine Nachschusspflicht darf nicht bestehen.
- Eine mangelnde Liquidität des vom Fonds erworbenen Wertpapiers darf nicht dazu führen, dass der Fonds den gesetzlichen Vorgaben über die Rücknahme von Anteilen nicht mehr nachkommen kann. Dies gilt unter Berücksichtigung der gesetzlichen Möglichkeit, in besonderen Fällen die Anteilrücknahme aussetzen zu können (vgl. den Abschnitt „Anteile – Ausgabe und Rücknahme von Anteilen sowie – Beschränkung der Anteilrücknahme bzw. – Aussetzung der Anteilrücknahme“).
- Eine verlässliche Bewertung des Wertpapiers durch exakte, verlässliche und gängige Preise muss verfügbar sein; diese müssen entweder Marktpreise sein oder von einem Bewertungssystem gestellt worden sein, das von dem Emittenten des Wertpapiers unabhängig ist.
- Über das Wertpapier müssen angemessene Informationen verfügbar sein, in Form von regelmäßigen, exakten und umfassenden Informationen des Marktes über das Wertpapier oder ein gegeben-

nenfalls dazugehöriges, d.h. in dem Wertpapier verbrieftes Portfolio.

- Das Wertpapier ist handelbar.
- Der Erwerb des Wertpapiers steht im Einklang mit den Anlagezielen bzw. der Anlagestrategie des Fonds.
- Die Risiken des Wertpapiers werden durch das Risikomanagement des Fonds in angemessener Weise erfasst.

Wertpapiere dürfen zudem in folgender Form erworben werden:

- Aktien, die dem Fonds bei einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln zustehen.
- Wertpapiere, die in Ausübung von zum Fonds gehörenden Bezugsrechten erworben werden. Als Wertpapiere in diesem Sinn dürfen für den Fonds auch Bezugsrechte erworben werden, sofern sich die Wertpapiere, aus denen die Bezugsrechte herrühren, im Fonds befinden können.

#### d. Geldmarktinstrumente

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds in Geldmarktinstrumente investieren, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, sowie in verzinsliche Wertpapiere, die alternativ

- zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für den Fonds eine Laufzeit oder Restlaufzeit von höchstens 397 Tagen haben.
- zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für den Fonds eine Laufzeit oder Restlaufzeit haben, die länger als 397 Tage ist, deren Verzinsung aber nach den Emissionsbedingungen regelmäßig, mindestens einmal in 397 Tagen marktgerecht angepasst werden muss.
- deren Risikoprofil dem Risikoprofil von Wertpapieren entspricht, die das Kriterium der Restlaufzeit oder das der Zinsanpassung erfüllen.

Für den Fonds dürfen Geldmarktinstrumente erworben werden, wenn sie

1. an einer Börse in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind,
2. ausschließlich an einer Börse außerhalb der Mitgliedstaaten der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieser Börse oder dieses Marktes zugelassen hat,
3. von der EU, dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, einem anderen Mitgliedstaat oder einer anderen zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats der EU, der Europäischen Zentralbank oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat dieses Bundesstaates oder von einer internationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert werden,
4. von einem Unternehmen begeben werden, dessen Wertpapiere auf den unter den Nummern 1 und 2 bezeichneten Märkten gehandelt werden,
5. von einem Kreditinstitut begeben oder garantiert werden, das nach dem Recht der EU festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Kreditinstitut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der BaFin denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind, unterliegt und diese einhält, oder
6. von anderen Emittenten begeben werden und es sich bei dem jeweiligen Emittenten

- a) um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens 10 Millionen Euro handelt, das seinen Jahresabschluss nach der Europäischen Richtlinie über den Jahresabschluss von Kapitalgesellschaften erstellt und veröffentlicht, oder
- b) um einen Rechtsträger handelt, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder
- c) um einen Rechtsträger handelt, der Geldmarktinstrumente emittiert, die durch Verbindlichkeiten unterlegt sind, durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie. Dies sind Produkte, bei denen Kreditforderungen von Banken in Wertpapieren verbrieft werden (sogenannte Asset Backed Securities).

Sämtliche genannten Geldmarktinstrumente dürfen nur erworben werden, wenn sie liquide sind und sich ihr Wert jederzeit genau bestimmen lässt. Liquide sind Geldmarktinstrumente, die sich innerhalb hinreichend kurzer Zeit mit begrenzten Kosten veräußern lassen. Hierbei ist die Verpflichtung der Gesellschaft zu berücksichtigen, Anteile am Fonds auf Verlangen der Anleger zurückzunehmen und hierfür in der Lage zu sein, solche Geldmarktinstrumente entsprechend kurzfristig veräußern zu können. Für die Geldmarktinstrumente muss zudem ein exaktes und verlässliches Bewertungssystem existieren, das die Ermittlung des Nettobestandswerts des Geldmarktinstruments ermöglicht und auf Marktdaten basiert oder Bewertungsmodellen (einschließlich Systemen, die auf fortgeführten Anschaffungskosten beruhen). Das Merkmal der Liquidität gilt für Geldmarktinstrumente als erfüllt, wenn diese an einem organisierten Markt innerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind oder an einem organisierten Markt außerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieses Marktes zugelassen hat. Dies gilt nicht, wenn der Gesellschaft Hinweise vorliegen, die gegen die hinreichende Liquidität der Geldmarktinstrumente sprechen. Für Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse notiert oder an einem geregelten Markt zum Handel zugelassen sind (siehe oben unter Nr. 3 bis 6), muss zudem die Emission oder der Emittent dieser Instrumente Vorschriften über den Einlagen- und Anlegerschutz unterliegen. So müssen für diese Geldmarktinstrumente angemessene Informationen vorliegen, die eine angemessene Bewertung der mit den Instrumenten verbundenen Kreditrisiken ermöglichen und die Geldmarktinstrumente müssen frei übertragbar sein. Die Kreditrisiken können etwa durch eine Kreditwürdigkeitsprüfung einer Rating-Agentur bewertet werden. Für diese Geldmarktinstrumente gelten weiterhin die folgenden Anforderungen, es sei denn, sie sind von der Europäischen Zentralbank oder der Zentralbank eines Mitgliedstaates der EU begeben oder garantiert worden:

- Werden sie von folgenden (oben unter Nr. 3 genannten) Einrichtungen begeben oder garantiert
  - der EU,
  - dem Bund,
  - einem Sondervermögen des Bundes,
  - einem Land,
  - einem anderen Mitgliedstaat,
  - einer anderen zentralstaatlichen Gebietskörperschaft,
  - der Europäischen Investitionsbank,
  - einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat dieses Bundesstaates,
  - einer internationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört,

müssen angemessene Informationen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm oder über die rechtliche und finanzielle Situation des Emittenten vor der Emission des Geldmarktinstruments vorliegen.



- Werden sie von einem im EWR beaufsichtigten Kreditinstitut begeben oder garantiert (s.o. unter Nr. 5), so müssen angemessene Informationen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm oder über die rechtliche und finanzielle Situation des Emittenten vor der Emission des Geldmarktinstruments vorliegen, die in regelmäßigen Abständen und bei signifikanten Begebenheiten aktualisiert werden. Zudem müssen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm Daten (z.B. Statistiken) vorliegen, die eine angemessene Bewertung der mit der Anlage verbundenen Kreditrisiken ermöglichen.
- Werden sie von einem Kreditinstitut begeben, das außerhalb des EWR einer Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Ansicht der BaFin den Anforderungen innerhalb des EWR an ein Kreditinstitut gleichwertig sind, so ist eine der folgenden Voraussetzungen zu erfüllen:
  - Das Kreditinstitut unterhält einen Sitz in einem zur sogenannten Zehnergruppe (Zusammenschluss der wichtigsten führenden Industrieländer – G10) gehörenden Mitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (nachfolgend „OECD“).
  - Das Kreditinstitut verfügt mindestens über ein Rating mit einer Benotung, die als sogenanntes „Investment-Grade“ qualifiziert. Als „Investment-Grade“ bezeichnet man eine Benotung mit „BBB“ bzw. „Baa“ oder besser im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung durch eine Rating-Agentur.
  - Mittels einer eingehenden Analyse des Emittenten kann nachgewiesen werden, dass die für das Kreditinstitut geltenden Aufsichtsbestimmungen mindestens so streng sind wie die des Rechts der EU.
- Für die übrigen Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse notiert oder einem geregelten Markt zum Handel zugelassen sind (siehe oben unter Nr. 4 und 6 sowie die übrigen unter Nr. 3 genannten), müssen angemessene Informationen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm sowie über die rechtliche und finanzielle Situation des Emittenten vor der Emission des Geldmarktinstruments vorliegen, die in regelmäßigen Abständen und bei signifikanten Begebenheiten aktualisiert und durch qualifizierte, vom Emittenten weisungsunabhängige Dritte geprüft werden. Zudem müssen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm Daten (z.B. Statistiken) vorliegen, die eine angemessene Bewertung der mit der Anlage verbundenen Kreditrisiken ermöglichen.

#### **e. Bankguthaben**

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds nur Bankguthaben halten, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben. Diese Guthaben sind auf Sperrkonten bei Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zu führen. Sie können auch bei Kreditinstituten mit Sitz in einem Drittstaat unterhalten werden, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der BaFin denjenigen des Rechts der EU gleichwertig sind.

Es ist eine Mindestliquidität in Form von Bankguthaben in Höhe von mindestens 5% des Sondervermögens vorzuhalten.

#### **f. Anlagegrenzen für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente auch unter Einsatz von Derivaten sowie Bankguthaben**

Die Gesellschaft muss insgesamt mindestens 75 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens in Kreditverbriefungen, denen Konsumentenkredite zugrunde liegen, investieren, die gemäß den nachfolgend aufgeführten Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Die den Verbriefungen zugrundeliegenden Konsumentenkredite werden von Kreditplattformen jenseits des klassischen Banksektors vergeben, die ausgewählte Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN SDG) unterstützen. Hierbei handelt es sich insbesondere um Ziel 8: „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschen-

würdige Arbeit für alle fördern“, und das Unterziel 8.10: „Die Kapazitäten der nationalen Finanzinstitutionen stärken, um den Zugang zu Bank-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen für alle zu begünstigen und zu erweitern“. Insoweit unterstützt das Sonstige Sondervermögen den „Access to Finance“ für europäische Privatpersonen und die Unterziele 10.2 und 10.3 des UN SDG Zieles 10: „Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern“. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen des Anlageentscheidungsprozesses die Richtlinien der Kreditplattformen in Bezug auf bestehende Maßnahmen zur Einhaltung der vorgenannten UN SDG Ziele, zur Beachtung von Sanktionen der Europäischen Union und der Richtlinie 2015/849 des Europäischen Parlamentes und des Rates in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie von Regelungen zum Datenschutz und adäquatem Forderungsmanagement überprüft. Darüber hinaus wirkt das Fondsmanagement in der Diskussion mit Kreditplattformen darauf hin, neben der Integration von Nachhaltigkeitsfaktoren, d.h. Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung, in den Kreditentscheidungsprozess auch die Offenlegung von Nachhaltigkeitsrisiken in Bezug auf die mit den Krediten finanzierten Sach- bzw. Vermögenswerte weiter zu verbessern.

Zudem dürfen Kreditplattformen und Verbriefungsgesellschaften ihren Umsatz zu nicht mehr als 10 Prozent aus der Energiegewinnung oder dem sonstigen Einsatz von fossilen Brennstoffen (exklusive Gas) oder Atomstrom, zu nicht mehr als 5 Prozent aus der Förderung von Kohle und Erdöl, sowie nicht aus dem Anbau, der Exploration und aus Dienstleistungen für Ölsand und Ölschiefer oder aus der Herstellung oder dem Vertrieb aufgrund von internationalen Konventionen (z.B. Chemiewaffenkonvention) geächteter Waffen generieren.

Unter Berücksichtigung des Anlageschwerpunktes darf der Fonds bis zu 95 Prozent in Wertpapiere und/oder in Geldmarktpapiere angelegt werden.

Der Fonds darf bis zu 25 Prozent in Bankguthaben angelegt werden, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben. Die Gesellschaft darf nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Fonds in Bankguthaben bei je einem Kreditinstitut anlegen.

Das Sonstige Sondervermögen beteiligt sich weder unmittelbar noch mittelbar über eine Personengesellschaft zu 10 Prozent oder mehr am Kapital einer Kapitalgesellschaft. Dies gilt nicht für Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand auf die Erzeugung erneuerbarer Energien nach § 5 Nr. 14 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gerichtet ist.

#### **g. Weitere Vermögensgegenstände und deren Anlagegrenzen**

##### *aa. Sonstige Anlageinstrumente*

Bis zu 20 Prozent des Wertes des Fonds darf die Gesellschaft insgesamt in folgende sonstige Vermögensgegenstände („Sonstige Anlageinstrumente“) anlegen:

- Wertpapiere, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, jedoch grundsätzlich die Kriterien für Wertpapiere erfüllen. Abweichend von den gehandelten bzw. zugelassenen Wertpapieren muss die verlässliche Bewertung für diese Wertpapiere in Form einer in regelmäßigen Abständen durchgeführten Bewertung verfügbar sein, die aus Informationen des Emittenten oder aus einer kompetenten Finanzanalyse abgeleitet wird. Angemessene Information über das nicht zugelassene bzw. nicht einbezogene Wertpapier oder gegebenenfalls das zugehörige, d.h. das in dem Wertpapier verbrieft Portfolio, muss in Form einer regelmäßigen und exakten Information für den Fonds verfügbar sein.
- Geldmarktinstrumente von Emittenten, die nicht den oben genannten Anforderungen genügen, wenn sie liquide sind und sich

ihr Wert jederzeit genau bestimmten lässt. Liquide sind Geldmarktinstrumente, die sich innerhalb hinreichend kurzer Zeit mit begrenzten Kosten veräußern lassen. Hierbei ist die Verpflichtung der Gesellschaft zu berücksichtigen, Anteile am Fonds auf Verlangen der Anleger zurückzunehmen und hierfür in der Lage zu sein, solche Geldmarktinstrumente entsprechend kurzfristig veräußern zu können. Für die Geldmarktinstrumente muss zudem ein exaktes und verlässliches Bewertungssystem existieren, das die Ermittlung des Nettobestandswerts des Geldmarktinstruments ermöglicht und auf Marktdaten basiert oder auf Bewertungsmodellen (einschließlich Systeme, die auf fortgeführten Anschaffungskosten beruhen). Das Merkmal der Liquidität gilt für Geldmarktinstrumente erfüllt, wenn diese an einem organisierten Markt innerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind oder an einem organisierten Markt außerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieses Marktes zugelassen hat.

- Aktien aus Neuemissionen, wenn nach deren Ausgabebedingungen
  - deren Zulassung an einer Börse in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zum Handel oder deren Zulassung an einem organisierten Markt oder deren Einbeziehung in diesen in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zu beantragen ist, oder
  - deren Zulassung an einer Börse zum Handel oder deren Zulassung an einem organisierten Markt oder die Einbeziehung in diesen außerhalb der Mitgliedstaaten der EU oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den EWR zu beantragen ist, sofern die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes von der BaFin zugelassen ist, sofern die Zulassung oder Einbeziehung innerhalb eines Jahres nach der Ausgabe erfolgt.
- Schuldscheindarlehen, die nach dem Erwerb für den Fonds mindestens zweimal abgetreten werden können und von einer der folgenden Einrichtungen gewährt wurden:
  - a) dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, der EU oder einem Mitgliedstaat der OECD,
  - b) einer anderen inländischen Gebietskörperschaft oder einer Regionalregierung oder örtlichen Gebietskörperschaft eines anderen Mitgliedstaats der EU oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den EWR, sofern die Forderung nach der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen in derselben Weise behandelt werden kann wie eine Forderung an den Zentralstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Regionalregierung oder die Gebietskörperschaft ansässig ist,
  - c) sonstigen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts mit Sitz im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR,
  - d) Unternehmen, die Wertpapiere ausgegeben haben, die an einem organisierten Markt innerhalb des EWR zum Handel zugelassen sind oder die an einem sonstigen geregelten Markt, der die wesentlichen Anforderungen an geregelte Märkte im Sinne der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente in der jeweils geltenden Fassung erfüllt, zum Handel zugelassen sind, oder
  - e) anderen Schuldner, sofern eine der in Buchstabe a) bis c) bezeichneten Stellen die Gewährleistung für die Verzinsung und Rückzahlung übernommen hat.

#### **h. Unverbriefte Darlehensforderungen**

Weiterhin dürfen unverbriefte Darlehensforderungen für Rechnung des Fonds erworben werden. Das bedeutet, dass die Gesellschaft

Gläubiger einer bestehenden Darlehensforderung wird und vom Darlehensnehmer für Rechnung des Fonds Zinszahlungen und die Rückzahlung des Darlehensbetrages fordern kann. Unverbriefte Darlehensforderungen sind Darlehensforderungen, über die kein handelbares Wertpapier ausgestellt wurde. Darlehensforderungen, die in einem Wertpapier verbrieft sind, z.B. Anleihen, können nur als Wertpapiere im Rahmen der zulässigen Grenzen erworben werden (siehe Abschnitt „Anlageziel und -strategie, Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen – Vermögensgegenstände – Wertpapiere“). Darlehensforderungen, über die ein Schuldschein ausgestellt wurde, sind nur als Sonstige Anlageinstrumente unter den hierfür vorgegebenen Voraussetzungen erwerbbar (siehe Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen – Weitere Vermögensgegenstände und deren Anlagegrenzen – Sonstige Anlageinstrumente“).

Unter Berücksichtigung des Anlageschwerpunktes darf die Gesellschaft bis zu 20 Prozent des Wertes des Fonds in alle Arten von unverbrieften Darlehensforderungen gemäß § 221 Abs. 1 Nr. 4 KAGB anlegen.

In unverbriefte Darlehensforderungen und bestimmte Derivate dürfen insgesamt nicht mehr als 30 Prozent des Wertes des Fonds angelegt werden. Zu den unter diese Anlagegrenze fallenden Derivaten zählen zum einen Derivate, die nicht von für den Fonds erwerbaren Vermögensgegenständen abgeleitet sind. Weiterhin erfasst sind Derivate, die nicht von einem der folgenden Basiswerte abgeleitet sind:

- Zinssätzen
- Wechselkursen
- Währungen
- Finanzindices, die hinreichend diversifiziert sind, eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellen, auf den sie sich beziehen, sowie in angemessener Weise veröffentlicht werden.

Die Anlagegrenze umfasst daneben auch die für den Fonds als Sonstige Anlageinstrumente erwerbaren Schuldscheindarlehen (siehe Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen – Weitere Vermögensgegenstände und deren Anlagegrenzen – Sonstige Anlageinstrumente“).

#### **i. Anlagegrenze für in Form von Wertpapieren und Sonstigen Anlageinstrumenten erworbenen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften**

Der Erwerb bestimmter Vermögensgegenstände, die als Wertpapiere oder Sonstige Anlageinstrumente für Rechnung des Fonds erworben werden dürfen, hat zur Folge, dass die Gesellschaft Teilhaber in einer Kapitalgesellschaft (wie z.B. einer Aktiengesellschaft oder einer GmbH) wird. Eine solche Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft kann z.B. durch den Erwerb einer börsennotierten Aktie erfolgen. Die Höhe der in Form von Wertpapieren und Sonstigen Anlageinstrumenten erworbenen Beteiligung des Fonds an einer Kapitalgesellschaft muss hierbei unter 10 Prozent des Kapitals des jeweiligen Unternehmens liegen. Das gilt auch für mittelbare Beteiligungen über eine Personengesellschaft. Diese Beschränkung gilt nicht in Bezug auf Beteiligungen an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand auf die Erzeugung erneuerbarer Energien im Sinne des Gesetzes über den Vorrang erneuerbarer Energien gerichtet ist. Hierunter fallen Wasserkraft einschließlich der Wellen-, Gezeiten-, Salzgradienten- und Strömungsenergie, Windenergie, solare Strahlungsenergie, Geothermie, Energie aus Biomasse einschließlich Biogas, Biomethan, Deponiegas und Klärgas sowie aus dem biologisch abbaubaren Anteil von Abfällen aus Haushalten und Industrie.

#### **j. Derivate**

**Die Gesellschaft darf für den Fonds Geschäfte mit Derivaten nur zu Absicherungszwecken und zur effizienten Portfoliosteuerung im Rahmen der Anlagestrategie tätigen.**

Ein Derivat ist ein Instrument, dessen Preis von den Kursschwankungen oder den Preiserwartungen anderer Vermögensgegenstände („Basiswert“) abhängt. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich sowohl auf Derivate als auch auf Finanzinstrumente mit deriva-

tiver Komponente (nachfolgend zusammen „Derivate“).

Durch den Einsatz von Derivaten darf sich das Marktrisiko des Fonds höchstens verdoppeln („Marktrisikogrenze“). Marktrisiko ist das Verlustrisiko, das aus Schwankungen beim Marktwert von im Fonds gehaltenen Vermögensgegenständen resultiert, die auf Veränderungen von variablen Preisen bzw. Kursen des Marktes wie Zinssätzen, Wechselkursen, Aktien- und Rohstoffpreisen oder auf Veränderungen bei der Bonität eines Emittenten zurückzuführen sind. Die Gesellschaft hat die Marktrisikogrenze laufend einzuhalten. Die Auslastung der Marktrisikogrenze hat sie bewertungstäglich nach gesetzlichen Vorgaben zu ermitteln; diese ergeben sich aus der Verordnung über Risikomanagement und Risikomessung beim Einsatz von Derivaten, Wertpapier-Darlehen und Pensionsgeschäften in Investmentvermögen nach dem Kapitalanlagegesetzbuch (nachfolgend „Derivateverordnung“).

Zur Ermittlung der Auslastung der Marktrisikogrenze wendet die Gesellschaft den sogenannten einfachen Ansatz im Sinne der Derivateverordnung an. Sie summiert die Anrechnungsbeträge aller Derivate auf, die zur Steigerung des Investitionsgrades führen. Als Anrechnungsbetrag für Derivate und Finanzinstrumente mit derivativen Komponenten wird grundsätzlich der Marktwert des Basiswerts zugrunde gelegt. Die Summe der Anrechnungsbeträge für das Marktrisiko durch den Einsatz von Derivaten und Finanzinstrumenten mit derivativen Komponenten darf den Wert des Fondsvermögens nicht überschreiten.

Die Gesellschaft darf regelmäßig nur Derivate erwerben, wenn sie für Rechnung des Fonds die Basiswerte dieser Derivate erwerben dürfte oder wenn die Risiken, die diese Basiswerte repräsentieren, auch durch Vermögensgegenstände im Investmentvermögen hätten entstehen können, die die Gesellschaft für Rechnung des Fonds erwerben darf. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds erwerben:

- Grundformen von Derivaten
- Kombinationen aus diesen Derivaten
- Kombinationen aus diesen Derivaten mit anderen Vermögensgegenständen, die für den Fonds erworben werden dürfen

Die Gesellschaft kann alle im Fonds enthaltenen Marktrisiken, die auf dem Einsatz von Derivaten beruhen, hinreichend genau erfassen und messen. Sie kann dabei folgende Anlagestrategien verfolgen: Optionsstrategien, Arbitragestrategien oder Long-/Short- oder marktneutrale Strategien.

Folgende Arten von Derivaten darf die Gesellschaft für Rechnung des Fonds erwerben:

- a) Terminkontrakte auf Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen sowie Finanzindizes, die hinreichend diversifiziert sind, eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellen, auf den sie sich beziehen, sowie in angemessener Weise veröffentlicht werden („Qualifizierte Finanzindizes“).
- b) Optionen oder Optionsscheine auf Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen und auf Terminkontrakte nach Buchstabe a) sowie Qualifizierte Finanzindizes, wenn die Optionen oder Optionsscheine die folgenden Eigenschaften ausweisen:
  - i. eine Ausübung ist entweder während der gesamten Laufzeit oder zum Ende der Laufzeit möglich, und
  - ii. der Optionswert hängt zum Ausübungszeitpunkt linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen Basispreis und Marktpreis des Basiswerts ab und wird null, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat;
- c) Zinsswaps, Währungsswaps oder Zins-Währungsswaps,

- d) Optionen auf Swaps nach Buchstabe c), sofern sie die unter Buchstabe b) beschriebenen Eigenschaften aufweisen (Swaptions),
- e) Credit Default Swaps, die sich auf einen einzelnen Basiswert beziehen (Single Name Credit Default Swaps).

Ein vernachlässigbarer Anteil der Anlagestrategie darf auf einer sogenannten komplexen Strategie basieren. Die Gesellschaft darf außerdem einen vernachlässigbaren Anteil in komplexe Derivate investieren. Von einem vernachlässigbaren Anteil ist auszugehen, wenn dieser unter Zugrundelegung des maximalen Verlustes ein Prozent des Wertes des Fonds nicht übersteigt.

#### aa. Terminkontrakte

Terminkontrakte sind für beide Vertragspartner unbedingt verpflichtende Vereinbarungen, zu einem bestimmten Zeitpunkt, dem Fälligkeitsdatum, oder innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, eine bestimmte Menge eines bestimmten Basiswerts zu einem im Voraus bestimmten Preis zu kaufen bzw. zu verkaufen. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds im Rahmen der Anlagegrundsätze Terminkontrakte auf alle in § 26 Nrn. 1, 2 und 4 bis 6 der Besonderen Anlagebedingungen genannten Vermögensgegenstände, zulässige Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse sowie Währungen abschließen.

#### bb. Optionsgeschäfte

Optionsgeschäfte beinhalten, dass einem Dritten gegen Entgelt (Optionsprämie) das Recht eingeräumt wird, während einer bestimmten Zeit oder am Ende eines bestimmten Zeitraums zu einem von vornherein vereinbarten Preis (Basispreis) die Lieferung oder die Abnahme von Vermögensgegenständen oder die Zahlung eines Differenzbetrags zu verlangen, oder auch entsprechende Optionsrechte zu erwerben.

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds im Rahmen der Anlagegrundsätze Kaufoptionen und Verkaufsoptionen kaufen und verkaufen sowie mit Optionsscheinen handeln. Die Optionsgeschäfte müssen sich auf Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen sowie auf Finanzindizes beziehen, die hinreichend diversifiziert sind, eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellen, auf den sie sich beziehen, sowie in angemessener Weise veröffentlicht werden. Die Optionen oder Optionsscheine müssen eine Ausübung während der gesamten Laufzeit oder zum Ende der Laufzeit vorsehen. Zudem muss der Optionswert zum Ausübungszeitpunkt linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen Basispreis und Marktpreis des Basiswerts abhängen und null werden, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat.

#### cc. Swaps

Swaps sind Tauschverträge, bei denen die dem Geschäft zugrunde liegenden Zahlungsströme oder Risiken zwischen den Vertragspartnern ausgetauscht werden. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds im Rahmen der Anlagegrundsätze Zinsswaps, Währungsswaps, Zins-Währungsswaps abschließen.

Zugrunde liegende Vermögensgegenstände entsprechen den in § 25 Nrn. 1, 2 und 4 bis 6 der Besonderen Anlagebedingungen aufgeführten Vermögensgegenständen oder zulässigen Finanzindizes, Zinssätzen, Wechselkursen oder Währungen.

#### dd. Swaptions

Swaptions sind Optionen auf Swaps. Eine Swaption ist das Recht, nicht aber die Verpflichtung, zu einem bestimmten Zeitpunkt oder innerhalb einer bestimmten Frist in einen hinsichtlich der Konditionen genau spezifizierten Swap einzutreten. Im Übrigen gelten die im Zusammenhang mit Optionsgeschäften dargestellten Grundsätze.

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds nur solche Swaptions abschließen, die sich aus den oben beschriebenen Optionen und



Swaps zusammensetzen.

#### *ee. Credit Default Swaps*

Credit Default Swaps sind Kreditderivate, die es ermöglichen, ein potenzielles Kreditausfallvolumen auf andere zu übertragen. Im Gegenzug zur Übernahme des Kreditausfallrisikos zahlt der Verkäufer des Risikos eine Prämie an seinen Vertragspartner. Im Übrigen gelten die Ausführungen zu Swaps entsprechend.

#### *ff. Total Return Swaps*

Der Abschluss von Total Return Swaps für den Fonds ist aktuell nicht vorgesehen und auch nicht geplant. Sofern sich dies zukünftig ändert, werden vorab die relevanten Informationen, insbesondere aufgrund der EU-Verordnung über Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, in den Verkaufsprospekt aufgenommen.

#### *gg. In Wertpapieren verbriefte Finanzinstrumente*

Die Gesellschaft kann für Rechnung des Fonds die vorstehend beschriebenen Finanzinstrumente auch erwerben, wenn diese in Wertpapieren verbrieft sind. Dabei können die Geschäfte, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben, auch nur teilweise in Wertpapieren enthalten sein (z.B. Optionsanleihen). Die Aussagen zu Chancen und Risiken gelten für solche verbrieften Finanzinstrumente entsprechend, jedoch mit der Maßgabe, dass das Verlustrisiko bei verbrieften Finanzinstrumenten auf den Wert des Wertpapiers beschränkt ist.

#### *hh. OTC-Derivatgeschäft*

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds sowohl Derivatgeschäfte tätigen, die an einer Börse zum Handel zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, als auch außerbörsliche Geschäfte, sogenannte over-the-counter (OTC)-Geschäfte. Derivatgeschäfte, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, darf die Gesellschaft nur mit geeigneten Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten auf der Basis standardisierter Rahmenverträge tätigen. Bei außerbörslich gehandelten Derivaten wird das Kontrahentenrisiko bezüglich eines Vertragspartners auf 5 Prozent des Wertes des Fonds beschränkt. Ist der Vertragspartner ein Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU, in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR oder einem Drittstaat mit vergleichbarem Aufsichtsniveau, so darf das Kontrahentenrisiko bis zu 10 Prozent des Wertes des Fonds betragen. Außerbörslich gehandelte Derivatgeschäfte, die mit einer zentralen Clearingstelle einer Börse oder eines anderen organisierten Marktes als Vertragspartner abgeschlossen werden, werden auf die Grenzen nicht angerechnet, wenn die Derivate einer bewertungstäglichen Bewertung zu Marktkursen mit täglichem Margin-Ausgleich unterliegen. Ansprüche des Fonds gegen einen Zwischenhändler sind jedoch auf die Grenzen anzurechnen, auch wenn das Derivat an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt gehandelt wird.

#### *k. Wertpapier-Darlehensgeschäfte*

Der Abschluss von Wertpapier-Darlehensgeschäften für den Fonds ist aktuell nicht vorgesehen und auch nicht geplant. Sofern sich dies zukünftig ändert, werden vorab die relevanten Informationen, insbesondere aufgrund der EU-Verordnung über Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, in den Verkaufsprospekt aufgenommen.

#### *l. Pensionsgeschäfte*

Der Abschluss von Pensionsgeschäften für den Fonds ist aktuell nicht vorgesehen und auch nicht geplant. Sofern sich dies zukünftig ändert, werden vorab die relevanten Informationen, insbesondere aufgrund der EU-Verordnung über Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, in den Verkaufsprospekt aufgenommen.

## **2. Sicherheitenstrategie**

Im Rahmen von Derivatgeschäften nimmt die Gesellschaft für Rechnung des Fonds Sicherheiten entgegen oder gewährt diese. Die Sicherheiten dienen dazu, das Ausfallrisiko des Vertragspartners dieser Geschäfte ganz oder teilweise zu reduzieren.

### **a. Arten der zulässigen Sicherheiten**

Die Arten der zulässigen Sicherheiten entsprechen den Vorgaben des § 27 Abs. 7 Derivateverordnung. Als Sicherheiten im Rahmen von OTC-Derivatgeschäften akzeptiert und gewährt die Gesellschaft lediglich folgende Sicherheiten:

- Barsicherheiten in EURO, US Dollar und Britischem Pfund

Die von einem Vertragspartner gestellten Sicherheiten müssen u.a. in Bezug auf Emittenten angemessen risikodiversifiziert sein. Stellen mehrere Vertragspartner Sicherheiten desselben Emittenten, sind diese zu aggregieren. Übersteigt der Wert der von einem oder mehreren Vertragspartnern gestellten Sicherheiten desselben Emittenten nicht 20 Prozent des Wertes des Fonds, gilt die Diversifizierung als angemessen.

### **b. Umfang der Besicherung**

Derivatgeschäfte müssen in einem Umfang besichert sein, der sicherstellt, dass der Anrechnungsbetrag für das Ausfallrisiko des jeweiligen Vertragspartners fünf Prozent des Wertes des Fonds nicht überschreitet. Ist der Vertragspartner ein Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR oder in einem Drittstaat, in dem gleichwertige Aufsichtsbestimmungen gelten, so darf der Anrechnungsbetrag für das Ausfallrisiko zehn Prozent des Wertes des Fonds betragen.

### **c. Sicherheitenbewertung und Strategie für Abschläge der Bewertung (Haircut-Strategie)**

Die Gesellschaft wendet im Rahmen der Sicherheitenstellung marktübliche Haircuts an. Maßgebliche Kriterien zur Bestimmung der Haircuts sind die Liquidität der Sicherheiten, das Marktrisiko, sowie ggf. die Bonität des Emittenten und die Restlaufzeit. So wird in der Regel für die von der Gesellschaft akzeptierten Barsicherheiten kein Haircut vereinbart. Die Haircuts können bei sich ändernden Marktgegebenheiten angepasst werden.

### **d. Anlage von Barsicherheiten**

Hereingenommene Barsicherheiten in Form von Bankguthaben dürfen auf Sperrkonten bei der Verwahrstelle des Fonds oder mit ihrer Zustimmung bei einem anderen Kreditinstitut gehalten werden. Die Wiederanlage darf nur in Staatsanleihen von hoher Qualität oder in Geldmarktfonds mit kurzer Laufzeitstruktur erfolgen. Zudem können Barsicherheiten im Wege eines umgekehrten Pensionsgeschäfts mit einem Kreditinstitut angelegt werden, wenn die Rückforderung des aufgelaufenen Guthabens jederzeit gewährleistet ist.

### **e. Sicherheiten im Zusammenhang mit Wertpapier-Darlehensgeschäften**

Der Abschluss von Wertpapier-Darlehensgeschäften für den Fonds ist aktuell nicht vorgesehen und auch nicht geplant. Sofern sich dies zukünftig ändert, werden vorab die relevanten Informationen hinsichtlich der zulässigen Sicherheiten, insbesondere aufgrund der EU-Verordnung über Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, in den Verkaufsprospekt aufgenommen.

### **f. Gewährung von Sicherheiten**

Sofern die Gesellschaft für das Sondervermögen Besicherungen durchführt, erfolgt dies auf Basis standardisierter Besicherungsanträge bzw. Credit Support Annexes. Die Besicherungsparameter

werden in Einklang mit den regulatorischen Vorgaben festgelegt.

### 3. Kreditaufnahme

Die Aufnahme von kurzfristigen Krediten für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger ist bis zu 10 Prozent des Wertes des Fonds zulässig, sofern die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Verwahrstelle der Kreditaufnahme zustimmt.

### 4. Hebelwirkung (Leverage)

Leverage bezeichnet jede Methode, mit der die Gesellschaft den Investitionsgrad des Fonds erhöht (Hebelwirkung). Solche Methoden sind insbesondere Kreditaufnahmen, der Abschluss von Wertpapier-Darlehen oder Pensionsgeschäften sowie der Erwerb von Derivaten mit eingebetteter Hebelfinanzierung. Die Gesellschaft kann solche Methoden für den Fonds in dem in diesem Verkaufsprospekt beschriebenen Umfang nutzen. Die Möglichkeit der Nutzung von Derivaten und des Abschlusses von Wertpapier-Darlehensgeschäften sowie Pensionsgeschäften wird im Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen – Vermögensgegenstände – Derivate bzw. – Wertpapier-Darlehensgeschäfte und - Pensionsgeschäfte“ dargestellt. Die Möglichkeit zur Kreditaufnahme ist im Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und grenzen – Kreditaufnahme“ erläutert.

Der Leverage des Fonds wird aus dem Verhältnis zwischen dem Risiko des Fonds und seinem Nettoinventarwert ermittelt. Die Berechnung des Nettoinventarwertes wird im Abschnitt „Anteile“, Unterabschnitt „Ausgabe- und Rücknahmepreis“ erläutert. Das Risiko des Fonds wird sowohl nach der sogenannten Bruttomethode als auch nach der sogenannten Commitmentmethode berechnet. In beiden Fällen bezeichnet das Risiko des Fonds die Summe der absoluten Werte aller Positionen des Fonds, die entsprechend den gesetzlichen Vorgaben bewertet werden. Dabei ist es bei der Bruttomethode nicht zulässig, einzelne Derivatgeschäfte oder Wertpapierpositionen miteinander zu verrechnen (d. h. keine Berücksichtigung sogenannter Netting- und Hedging-Vereinbarungen). Im Unterschied zur Bruttomethode sind bei der Commitmentmethode einzelne Derivatgeschäfte oder Wertpapierpositionen miteinander zu verrechnen (Berücksichtigung sogenannter Netting- und Hedging-Vereinbarungen).

Die Gesellschaft erwartet, dass das nach der Bruttomethode berechnete Risiko des Fonds seinen Nettoinventarwert höchstens um das 2,00-fache und das nach der Commitmentmethode berechnete Risiko des Fonds seinen Nettoinventarwert höchstens um das 2,00-fache übersteigt. Abhängig von den Marktbedingungen kann der Leverage jedoch schwanken, so dass es trotz der ständigen Überwachung durch die Gesellschaft zu Überschreitungen der angegebenen Höchstmaße kommen kann.

### 5. Bewertung

#### a. Allgemeine Regeln für die Vermögensbewertung

##### aa. An einer Börse zugelassene/an einem organisierten Markt gehandelte Vermögensgegenstände

Vermögensgegenstände, die zum Handel an einer Börse zugelassen sind oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind sowie Bezugsrechte für den Fonds werden zum letzten verfügbaren handelbaren Kurs, der eine verlässliche Bewertung gewährleistet, bewertet, sofern im nachfolgenden Abschnitt „Besondere Regeln für die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände“ nicht anders angegeben.

##### bb. Nicht an Börsen notierte oder an organisierten Märkten gehandelte Vermögensgegenstände oder Vermögensgegenstände ohne handelbaren Kurs

Vermögensgegenstände, die weder zum Handel an Börsen zugelassen sind noch in einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind oder für die kein handelbarer Kurs verfü-

bar ist, werden zu dem aktuellen Verkehrswert bewertet, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, sofern im nachfolgenden Abschnitt „Besondere Regeln für die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände“ nicht anders angegeben.

#### b. Besondere Regeln für die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände

##### aa. Nichtnotierte Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

Für die Bewertung von Schuldverschreibungen, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind (z.B. nicht notierte Anleihen, Commercial Papers und Einlagenzertifikate), und für die Bewertung von Schuldscheindarlehen werden die für vergleichbare Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen vereinbarten Preise und gegebenenfalls die Kurswerte von Anleihen vergleichbarer Emittenten mit entsprechender Laufzeit und Verzinsung herangezogen, erforderlichenfalls mit einem Abschlag zum Ausgleich der geringeren Veräußerbarkeit.

##### bb. Optionsrechte und Terminkontrakte

Die zu dem Fonds gehörenden Optionsrechte und Verbindlichkeiten aus einem Dritten eingeräumten Optionsrechten, die zum Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, werden zu dem jeweils letzten verfügbaren handelbaren Kurs, der eine verlässliche Bewertung gewährleistet, bewertet. Das gleiche gilt für Forderungen und Verbindlichkeiten aus für Rechnung des Fonds verkauften Terminkontrakten. Die zu Lasten des Fonds geleisteten Einschüsse werden unter Einbeziehung der am Wertermittlungstag festgestellten Bewertungsgewinne und Bewertungsverluste zum Wert des Fonds hinzugerechnet.

##### cc. Bankguthaben, Festgelder, Anteile an Investmentvermögen und Darlehen

Bankguthaben werden grundsätzlich zu ihrem Nennwert zuzüglich zugeflossener Zinsen bewertet. Festgelder werden zum Verkehrswert bewertet, sofern das Festgeld jederzeit kündbar ist und die Rückzahlung bei der Kündigung nicht zum Nennwert zuzüglich Zinsen erfolgt. Anteile an Investmentvermögen werden grundsätzlich mit ihrem letzten festgestellten Rücknahmepreis angesetzt oder zum letzten verfügbaren handelbaren Kurs, der eine verlässliche Bewertung gewährleistet. Stehen diese Werte nicht zur Verfügung, werden Anteile an Investmentvermögen zu dem aktuellen Verkehrswert bewertet, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist.

##### dd. Verbriefte Konsumentenkredite

Für die meisten im Fonds enthaltenen Vermögensgegenstände, d.h. Kreditverbriefungen, denen Konsumentenkredite zugrunde liegen, ist kein liquider Markt vorhanden, über den die Bildung eines Marktpreises und dessen Nutzung für die Bewertung möglich wäre. Die Gesellschaft bedient sich einer Kursquelle zur Bewertung dieser Produkte. Diese Bewertung erfolgt zweimal monatlich und wird von der Gesellschaft über diverse Illiquiditätsspannen validiert. Die Gesellschaft kann ggf. im Rahmen des gesellschaftsinternen Gremiums („Pricing Komitee“) eine abweichende Regelung treffen. Die Gesellschaft wird hierbei im Interesse der Anleger die größtmögliche Sorgfalt walten lassen, aufgrund dieser besonderen Bewertungssystematik und den Besonderheiten der entsprechenden Märkte kann es jedoch ggf. zu Fehleinschätzungen im Prozess der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände kommen, die nicht vorhersehbar oder vermeidbar sind.

##### ee. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände werden

unter Zugrundelegung der Devisenkurse (in der Regel 17 Uhr- Fixing, CET) der Währung in Euro umgerechnet. Hierbei werden Devisenkurse der WM Gruppe oder gleichwertige Kurse von Thomson Reuters verwendet.

#### *ff. Unverbriefte Darlehensforderungen*

Für unverbriefte Darlehensforderungen ist kein liquider Markt vorhanden, über den die Bildung eines Marktpreises und dessen Nutzung für die Bewertung möglich wäre. Die Gesellschaft bewertet diese daher grundsätzlich zu 100 Prozent ihres Buchwertes zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen und passt diesen ggf. an. Dabei werden bestimmte Annahmen und Kennzahlen bzw. Risikoszenarien unterstellt und in Abhängigkeit vom Eintritt vordefinierter Leistungsstörungen und weiterer risikorelevanter Indikatoren das betroffene Darlehen in einem mehrstufigen Modell abgewertet. Sofern sich die

Verletzung der risikorelevanten Indikatoren als temporär erweist, ist eine Zuschreibung möglich. Die Gesellschaft kann ggf. im Rahmen des gesellschaftsinternen Gremiums („Pricing Komitee“) eine abweichende Regelung treffen. Die Gesellschaft wird hierbei im Interesse der Anleger die größtmögliche Sorgfalt walten lassen, aufgrund dieser besonderen Bewertungssystematik und den Besonderheiten der entsprechenden Märkte kann es jedoch ggf. zu Fehleinschätzungen im Prozess der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände kommen, die nicht vorhersehbar oder vermeidbar sind. Für Schuldforderungen, die auf einem Sekundärmarkt gehandelt werden, wird der letzte Verkaufspreis angewandt, falls vorhanden.

#### **6. Teilinvestmentvermögen**

Der Fonds ist nicht Teilinvestmentvermögen einer Umbrella-Konstruktion.

## XVI. Anteile

Die Rechte der Anleger werden in Anteilscheinen verbrieft oder als elektronische Anteilscheine begeben. Verbriefte Anteilscheine werden ausschließlich in Sammelurkunden verbrieft. Diese Sammelurkunden werden bei einer Wertpapier-Sammelbank verwahrt. Ein Anspruch des Anlegers auf Auslieferung einzelner Anteilscheine besteht nicht. Der Erwerb von Anteilscheinen ist nur bei Depotverwahrung möglich. Die Anteilsscheine laufen auf den Inhaber.

### 1. Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

#### a. Ausgabe von Anteilen

Die Anzahl der ausgegebenen Anteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Anteile können bei der Verwahrstelle erworben werden. Sie werden von der Verwahrstelle zum Ausgabepreis ausgegeben, der dem Nettoinventarwert pro Anteil („Anteilwert“) zuzüglich eines Ausgabeaufschlags entspricht. Die Berechnung des Nettoinventarwerts wird im Abschnitt „Anteile“, Unterabschnitt „Ausgabe- und Rücknahmepreis“ erläutert. Daneben ist der Erwerb über die Vermittlung Dritter möglich, hierbei können zusätzliche Kosten entstehen. Die Gesellschaft behält sich vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder dauerhaft teilweise oder vollständig einzustellen.

Eine Aufstellung über die Mindestanlagen der einzelnen Anteilklassen – soweit vorhanden – ist dem Abschnitt „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.

#### b. Rücknahme von Anteilen

Sofern der Grenzwert für die Großorders von 3.500.000 EURO nicht überschritten ist, können die Anleger unabhängig von einer ggf. bestehenden Mindestanlagesumme zweimal im Monat die Rücknahme von Anteilen verlangen, sofern die Gesellschaft die Anteilrücknahme nicht vorübergehend ausgesetzt hat (siehe Abschnitt „Anteile – Aussetzung der Rücknahme“). Rücknahmeorders sind bei der Verwahrstelle zu stellen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zu dem am Abrechnungstichtag geltenden Rücknahmepreis zurückzunehmen, der dem an diesem Tag ermittelten Anteilwert entspricht. Die Rücknahme kann auch durch die Vermittlung Dritter erfolgen, hierbei können zusätzliche Kosten entstehen.

Soweit der Gesamtwert einer Rückgabeorder den Betrag von 3.500.000 Euro überschreitet, erfolgt die Rücknahme durch die Gesellschaft lediglich jeweils zum 30.06 und 30.12 eines jeden Jahres (Rücknahmetermin). Aufträge zur Rückgabe von Anteilen für die jeweilige Anteilklasse sind in diesen Fällen spätestens 3 Monate vor dem Rücknahmetermin bis 10:30 Uhr durch eine unwiderrufliche schriftliche Rückgabeerklärung gegenüber der Gesellschaft oder der Verwahrstelle zu erklären („Orderannahmeschluss für Rücknahmeaufträge“) und werden zu dem Rücknahmepreis bzw. Anteilwert des darauffolgenden Rücknahmetermins abgerechnet. Sollte der 30. eines Monats kein Bankgeschäftstag sein, gilt als maßgeblicher Stichtag der darauffolgende Bankgeschäftstag als Rücknahmetermin. Aufträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eines jeweiligen Rücknahmetermins für eine Anteilklasse eingehen, werden für den darauffolgenden Rücknahmetermin dieser Anteilklasse herangezogen. Bei in einem Depot im Inland verwahrten Anteilen hat die Erklärung durch die depotführende Stelle im Namen des Anlegers zu erfolgen. Die Anteile sind von der depotführenden Stelle nach Eingang der Erklärung bis zur tatsächlichen Rückgabe der Anteile zu sperren. Bei nicht im Inland in einem Depot verwahrten Anteilen wird die Erklärung erst wirksam und beginnt die Frist erst zu laufen, wenn von der Verwahrstelle die zurückgegebenen Anteile in ein Sperrdepot übertragen worden sind.

#### c. Beschränkung der Anteilrücknahme

Die Gesellschaft kann die Rücknahme von Anteilen bis zum nächsten Wertermittlungstag beschränken, wenn die

Rücknahmeverlangen der Anleger am jeweiligen Abrechnungstichtag mindestens 10 Prozent des Nettoinventarwertes erreichen (Schwellenwert). Wird der Schwellenwert erreicht oder überschritten, entscheidet die Gesellschaft im pflichtgemäßen Ermessen, ob sie an diesem Abrechnungstichtag die Rücknahme beschränkt. Entschließt sie sich zur Rücknahmebeschränkung, kann sie diese auf Grundlage ihrer Ermessensentscheidung bis zum nächsten auf den Abrechnungstichtag folgenden Wertermittlungstag fortsetzen. Die Entscheidung zur Beschränkung der Rücknahme kann getroffen werden, wenn die Rücknahmeverlangen aufgrund der Liquiditätssituation des Fonds nicht mehr im Interesse der Gesamtheit der Anleger ausgeführt werden können. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn sich die Liquidität der Vermögenswerte des Fonds aufgrund politischer, ökonomischer oder sonstiger Ereignisse an den Märkten verschlechtert und damit nicht mehr ausreicht, um die Rücknahmeverlangen an dem Abrechnungstichtag vollständig zu bedienen. Die Rücknahmebeschränkung ist in diesem Fall im Vergleich zur Aussetzung der Rücknahme als milderes Mittel anzusehen.

Hat die Gesellschaft entschieden, die Rücknahme zu beschränken, wird sie Anteile zu dem am Abrechnungstichtag geltenden Rücknahmepreis lediglich anteilig zurückzunehmen. Im Übrigen entfällt die Rücknahmepflicht. Dies bedeutet, dass jede Rücknahmeorder nur anteilig auf Basis einer von der Gesellschaft zu ermittelnden Quote ausgeführt wird. Die Gesellschaft legt die Quote im Interesse der Anleger auf Basis der verfügbaren Liquidität und des Gesamtdervolumens für den jeweiligen Abrechnungstichtag fest. Der Umfang der verfügbaren Liquidität hängt wesentlich vom aktuellen Marktumfeld ab. Die Quote legt fest, zu welchem prozentualen Anteil die Rücknahmeverlangen an dem Abrechnungstichtag ausgezahlt werden. Der nicht ausgeführte Teil der Order (Restorder) wird von der Gesellschaft auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt, sondern verfällt (Pro-Rata-Ansatz mit Verfall der Restorder).

Die Gesellschaft entscheidet an jedem Wertermittlungstag, ob und auf Basis welcher Quote sie die Rücknahme beschränkt. Die Gesellschaft kann die Rücknahme maximal bis zum nächsten auf den Abrechnungstichtag folgenden Wertermittlungstag beschränken. Die Möglichkeit zur Aussetzung der Rücknahme bleibt unberührt.

Die Gesellschaft veröffentlicht Informationen über die Beschränkung der Rücknahme der Anteile sowie deren Aufhebung unverzüglich auf ihrer Internetseite.

Der Rücknahmepreis entspricht dem an diesem Tag ermittelten Anteilwert gegebenenfalls abzüglich eines Rücknahmeabschlags. Die Rücknahme kann auch durch die Vermittlung Dritter (z.B. die depotführende Stelle) erfolgen, hierbei können dem Anleger zusätzliche Kosten entstehen.

#### d. Abrechnung bei Anteaussgabe und -rücknahme

Die Gesellschaft trägt dem Grundsatz der Anlegergleichbehandlung Rechnung, indem sie sicherstellt, dass sich kein Anleger durch den Kauf oder Verkauf von Anteilen zu bereits bekannten Anteilwerten Vorteile verschaffen kann. Sie setzt deshalb einen bewertungstäglichen Orderannahmeschluss fest. Aufträge zum Kauf von Anteilen einer Anteilklasse sind bis 10:30 Uhr zum 15. eines Monats oder zum letzten Bankgeschäftstag eines Monats eines Monats gegenüber der Gesellschaft oder der Verwahrstelle zu erklären („Orderannahmeschluss für Ausgabeaufträge“) und werden zum Ausgabepreis bzw. Anteilwert des darauf folgenden Ausgabetales abgerechnet (bis zum 15. eines Monats um 10:30 Uhr eingereichte Ausgabeaufträge werden also zum letzten Bankgeschäftstag eines Monats abgerechnet, bis zum letzten Bankgeschäftstag eines Monats um 10:30 Uhr eingereichte Ausgabeaufträge werden also zum 15. des folgenden Monats abgerechnet).

Sollte der 15. des Monats kein Bankgeschäftstag sein, gilt als maßgeblicher Stichtag der darauffolgende Bankgeschäftstag. Aufträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eines jeweiligen Ausgabetales eingehen, werden für den darauffolgenden Orderannahmeschluss dieser Anteilklasse herangezogen.



Aufträge zur Rückgabe von Anteilen für die jeweilige Anteilklasse sind bis 10:30 Uhr zum 15. eines Monats oder zum letzten Bankgeschäftstag eines Monats durch eine unwiderrufliche Rückgabeerklärung gegen über der Gesellschaft oder der Verwahrstelle zu erklären („Orderannahmeschluss für Rücknahmeaufträge“) und werden zu dem Rücknahmepreis bzw. Anteilwert des darauf folgenden Rücknahmetages abgerechnet (bis zum 15. eines Monats um 10:30 Uhr eingereichte Rücknahmeaufträge werden also zum letzten Bankgeschäftstag eines Monats abgerechnet, bis zum letzten Bankgeschäftstag eines Monats um 10:30 Uhr eingereichte Rücknahmeaufträge werden also zum 15. des folgenden Monats abgerechnet).

Sollte der 15. des Monats kein Bankgeschäftstag sein, gilt als maßgeblicher Stichtag der darauffolgende Bankgeschäftstag.

Aufträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eines jeweiligen Rücknahmetages für eine Anteilklasse eingehen, werden für den darauffolgenden Orderannahmeschluss dieser Anteilklasse herangezogen.

Bei in einem Depot im Inland verwahrten Anteilen hat die Erklärung durch die depotführende Stelle im Namen des Anlegers zu erfolgen. Die Anteile sind von der depotführenden Stelle nach Eingang der Erklärung bis zur tatsächlichen Rückgabe der Anteile zu sperren. Bei nicht im Inland in einem Depot verwahrten Anteilen wird die Erklärung erst wirksam und beginnt die Frist erst zu laufen, wenn von der Verwahrstelle die zurückgegebenen Anteile in ein Sperrdepot übertragen worden sind.

Abrechnungstag ist jeweils für Kauf und Rücknahme von Anteilen spätestens der zweite Bankgeschäftstag nach dem Bewertungstag, zu dem der Auftrag ausgeführt wurde. Bei Aufträgen zum Kauf von Anteilen, die gegenüber der Gesellschaft erklärt werden, muss der Anlagebetrag spätestens am Tag des Orderannahmeschlusses auf ein Sperrkonto der Gesellschaft bei der Verwahrstelle gezahlt werden, wofür der Anleger keine Zinsen erhält.

Der Orderannahmeschluss für diesen Fonds ist auf der Homepage der Gesellschaft unter [www.monega.de](http://www.monega.de) veröffentlicht. Er kann von der Gesellschaft jederzeit geändert werden.

Die Wertstellung (Valuta) des Gegenwertes erfolgt in der Regel zwei Tage nach Abrechnung. Darüber hinaus können Dritte die Anteilausgabe bzw. -rücknahme vermitteln, z.B. die depotführende Stelle des Anlegers. Dabei kann es zu längeren Abrechnungszeiten kommen. Auf die unterschiedlichen Abrechnungsmodalitäten der depotführenden Stellen hat die Gesellschaft keinen Einfluss.

### ***e. Aussetzung der Anteilrücknahme***

Die Gesellschaft kann die Rücknahme der Anteile zeitweilig aussetzen, sofern außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Solche außergewöhnlichen Umstände liegen etwa vor, wenn eine Börse, an der ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des Fonds gehandelt wird, außerplanmäßig geschlossen ist, oder wenn die Vermögensgegenstände des Fonds nicht bewertet werden können. Daneben kann die BaFin anordnen, dass die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile auszusetzen hat, wenn dies im Interesse der Anleger oder der Öffentlichkeit erforderlich ist.

Der Gesellschaft bleibt es vorbehalten, die Anteile erst dann zu dem dann gültigen Rücknahmepreis zurückzunehmen oder umzutauschen, wenn sie unverzüglich, jedoch unter Wahrung der Interessen aller Anleger, Vermögensgegenstände des Fonds veräußert hat. Einer vorübergehenden Aussetzung kann ohne erneute Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile direkt eine Auflösung des Fonds folgen (siehe hierzu den Abschnitt „Auflösung, Übertragung und Verschmelzung des Fonds“).

Die Gesellschaft unterrichtet die Anleger durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger und darüber hinaus in den in diesem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien über die Aussetzung und die Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile. Außerdem werden die Anleger über ihre depotführenden Stellen per dauerhaftem Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer

Form informiert.

## **2. Liquiditätsmanagement**

Die Gesellschaft hat für den Fonds schriftliche Grundsätze und Verfahren festgelegt, die es ihr ermöglichen, die Liquiditätsrisiken des Fonds zu überwachen und zu gewährleisten, dass sich das Liquiditätsprofil der Anlagen des Fonds mit den zugrundeliegenden Verbindlichkeiten des Fonds deckt.

Unter Berücksichtigung der unter Abschnitt „Anlageziele, -strategie, -grundsätze und -grenzen“ dargelegten Anlagestrategie ergibt sich folgendes Liquiditätsprofil des Fonds:

Der Fonds darf im Rahmen seiner Anlagestrategie Aktien erwerben. Sofern börsennotiert oder in einen vergleichbaren hinreichend liquiden aktiven Markt einbezogen, besitzt die Instrumentenklasse der Aktien- und aktienähnlichen Investments grundsätzlich eine hohe Liquidität. Bei Handelsaussetzung oder nicht gegebener Börsennotierung bei gleichzeitiger fehlender Einbeziehung in einen anderen hinreichend liquiden aktiven Markt kann der Erwerb dieser Vermögensgegenstände mit der Gefahr verbunden sein, dass es bei einer Weiterveräußerung an Dritte zu Liquiditätsabschlägen kommen kann, die einer Veräußerung entgegenstehen können.

Der Fonds darf im Rahmen seiner Anlagestrategie Renten erwerben. Der Handel dieser Vermögensgegenstände kann über Börsen vollzogen werden, findet aber im Allgemeinen im Over the Counter- Markt statt. Entsprechend hängt die Liquidität der erworbenen Renten und rentenähnlichen Instrumente in der Regel von mehreren Einflussfaktoren ab, zu der u.a. die Art und Bonität des Emittenten, das Volumen und der Zweck der Emission, die Übertragbarkeit des Instruments und die Restlaufzeit gehören. Die Liquidität dieser Vermögensgegenstände kann eine breite Spanne einnehmen und entsprechend hoch sein, der Erwerb kann aber auch mit einer mehr oder minder großen Gefahr verbunden sein, dass es bei einer Weiterveräußerung an Dritte zu Liquiditätsabschlägen kommen kann, die einer Veräußerung entgegenstehen können.

Sofern der Fonds Zertifikate erwerben darf, hängt die Liquidität dieser Instrumente von mehreren Einflussfaktoren ab, zu denen unter anderem das Underlying und die Bonität des Emittenten zählen können.

Sofern der Fonds Zielfonds erwerben darf, hängt die Liquidität dieses Investments von mehreren Einflussfaktoren ab, unter anderem von der Auflegung des Zielfonds als geschlossener oder offener Fonds, der Rückgabefrist der Zielfondsanteile, der Handelsmöglichkeit am Sekundärmarkt und dem Investmentsschwerpunkt des Zielfonds. Grundsätzlich besteht bei Zielfonds die Gefahr einer Aussetzung der Rücknahme von Anteilen.

Sofern der Fonds Derivate erwerben darf, hängt die Liquidität dieser Instrumente von mehreren Einflussfaktoren ab, zu denen insbesondere der Erwerbszweck eines Derivates, seine Börsennotierung, der Grad der Standardisierung, das Underlying, und die Bonität des Kontrahenten gehören. Bei Futures und zu besichernden OTC gehandelten Derivaten ist zudem die Möglichkeit von Margin- und Collateralforderungen Bestandteil des Liquiditätsrisikoprofils.

Die Rücknahmegrundsätze der Gesellschaft ergeben sich direkt aus den Rückgaberechten:

Die Anleger können von der Gesellschaft gemäß dem vorstehenden Abschnitt "Rücknahme von Anteilen" die Rücknahme der Anteile ohne Rückgabeabschlag verlangen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Investmentvermögens zurückzunehmen. Rücknahmestelle ist die Verwahrstelle. Der Gesellschaft bleibt vorbehalten, die Rücknahme der Anteile auszusetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Die Anleger sind über die Aussetzung und Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile unverzüglich mittels eines dauerhaften Datenträgers zu unterrichten.

Die Rückgaberechte unter normalen und außergewöhnlichen Umständen sowie die Beschränkung oder Aussetzung der Rücknahme sind im Abschnitt „Anteile – Ausgabe und Rücknahme von Anteilen – Beschränkung der Anteilrücknahme bzw. Aussetzung der Anteilrücknahme“ dargestellt. Die hiermit verbunden Risiken sind unter „Risikohinweise – Risiko einer Fondsanlage – Beschränkung bzw.



Aussetzung der Anteilrücknahme“ sowie „– Risiken der eingeschränkten oder erhöhten Liquidität des Fonds (Liquiditätsrisiko)“ erläutert.

Die Liquiditätsrisiken, die sich auf Ebene des Investmentvermögens, der Vermögensgegenstände sowie durch erhöhtes Rückgabeverlangen der Anleger ergeben können, überwacht die Gesellschaft wie nachfolgend beschrieben:

Für jeden Vermögensgegenstand wird eine auf Markt- und Stammdaten basierende Liquiditätseinstufung vorgenommen. Darauf aufbauend werden pro Fonds die Anteile liquider und illiquider Vermögensgegenstände bestimmt. Es wird keine dauerhafte Liquiditätsquote vorgegeben, stattdessen werden die Anteile liquider und illiquider Vermögensgegenstände Warnschwellen gegenübergestellt und deren Auslastung in ein Ampelsystem überführt.

Durch Analyse von historischen Nettomittelabflüssen unter Berücksichtigung von verfügbaren Informationen über die Anlegerstruktur werden erwartete und extreme Nettomittelabflüsse prognostiziert. Diese berücksichtigen insbesondere die Auswirkungen von Großabruftrisiken. Diese Prognosen werden dem Anteil liquider Vermögensgegenstände gegenübergestellt und die Ergebnisse in ein Ampelsystem überführt. Darüberhinausgehend erfolgt eine geschäftstägliche Überwachung der Nettomittelabflüsse.

Die Gesellschaft hat für den Fonds adäquate Warnschwellen für die Liquiditätsrisiken festgelegt. Sie überwacht die Einhaltung dieser Warnschwellen und hat Verfahren bei einer Überschreitung festgelegt. Insbesondere erfolgt bei Überschreiten der Warnschwellen eine Meldung an den Risikoausschuss der Gesellschaft. Dieser entscheidet unter Einbeziehung der Geschäftsleitung und nötigenfalls unter Anhörung des Asset Managers über die einzuleitenden Maßnahmen.

Die von der Gesellschaft eingerichteten Verfahren gewährleisten eine Konsistenz zwischen dem Anteil liquider Vermögensgegenstände, den Liquiditätsrisikowarnschwellen und den zu erwartenden Nettomittelveränderungen.

Die Gesellschaft führt Stresstests durch, mit denen sie die Liquiditätsrisiken des Fonds bewerten kann. Bezüglich Nettomittelabflüssen erfolgen diese monatlich, bezüglich der Liquidität der Vermögensgegenstände quartalsweise sowie anlassbezogen. Die Gesellschaft führt die Stresstests auf der Grundlage zuverlässiger und aktueller quantitativer oder, falls dies nicht angemessen ist, qualitativer Informationen durch.

Ein Backtesting der implementierten Modelle erfolgt jährlich sowie anlassbezogen.

Die Grundsätze des Liquiditätsrisikomanagements werden mindestens jährlich und anlassbezogen durch den Risikoausschuss der Gesellschaft überprüft und entsprechend aktualisiert.

### 3. Börsen und Märkte

Die Anteile des Investmentvermögens können bei der Verwahrstelle oder den Vertriebspartnern erworben werden. Seitens der Gesellschaft ist nicht beabsichtigt, für den Fonds die Zulassung zum Handel an einer Börse oder die Einbeziehung in einen organisierten Markt zu beantragen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Anteile ohne Zustimmung der Gesellschaft an Märkten gehandelt werden. Ein Dritter

kann ohne Zustimmung der Gesellschaft veranlassen, dass die Anteile in den Freiverkehr oder einen anderen außerbörslichen Handel einbezogen werden. Derartige Bestrebungen werden von der Gesellschaft weder unterstützt noch wird geprüft, ob solche Zulassungen gegebenenfalls bereits erfolgt sind.

Der dem Börsenhandel oder Handel in sonstigen Märkten zugrundeliegende Marktpreis wird nicht ausschließlich durch den Wert der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände, sondern auch durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Daher kann dieser Marktpreis von dem von der Gesellschaft bzw. der Verwahrstelle ermittelten Anteilpreis abweichen.

#### 4. Faire Behandlung der Anleger und Anteilklassen

Der Fonds kann aus verschiedenen Anteilklassen bestehen. Das bedeutet, die ausgegebenen Anteile verbrieften unterschiedliche Ausgestaltungsmerkmale, je nachdem zu welcher Anteilklasse sie gehören. Die Anteilklassen können sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlages, der Währung des Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme oder einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgestaltung kann das wirtschaftliche Ergebnis, das der Anleger mit seinem Investment in der Fonds erzielt, variieren, je nachdem, zu welcher Anteilklasse die von ihm erworbenen Anteile gehören. Das gilt sowohl für die Rendite, die der Anleger vor Steuern erzielt, als auch für die Rendite nach Steuern. Die Bildung von Anteilklassen ist jederzeit zulässig und liegt im Ermessen der Gesellschaft. Die Rechte der Anleger, die Anteile aus bestehenden Anteilklassen erworben haben, bleiben von der Bildung neuer Anteilklassen unberührt. Mit den Kosten, die anlässlich der Einführung einer neuen Anteilsscheinklasse anfallen, dürfen ausschließlich die Anleger dieser neuen Anteilklasse belastet werden.

Der Erwerb von Vermögensgegenständen ist nur einheitlich für den ganzen Fonds zulässig, er kann nicht für einzelne Anteilklassen oder Gruppen von Anteilklassen erfolgen.

**Eine Beschreibung der Ausgestaltungen ist in diesem Prospekt zum Ende im Abschnitt „Anteilklassen im Überblick“ enthalten.**

Die Gesellschaft hat die Anleger des Fonds fair zu behandeln. Sie darf im Rahmen der Steuerung des Liquiditätsrisikos und der Rücknahme von Anteilen die Interessen eines Anlegers oder einer Gruppe von Anlegern nicht über die Interessen eines anderen Anlegers oder einer anderen Anlegergruppe stellen.

Zu den Verfahren, mit denen die Gesellschaft die faire Behandlung der Anleger sicherstellt, siehe Abschnitt „Anteile – Abrechnung bei Anteilausgabe und -rücknahme“ sowie „Liquiditätsmanagement“.

#### 5. Ausgabe- und Rücknahmepreis

Zur Errechnung des Ausgabepreises und des Rücknahmepreises für die Anteile ermittelt die Gesellschaft unter Kontrolle der Verwahrstelle bewertungstäglich den Wert der zum Fonds gehörenden Vermögensgegenstände abzüglich der Verbindlichkeiten („Nettoinventarwert“). Die Teilung des so ermittelten Nettoinventarwerts durch die Anzahl der ausgegebenen Anteile ergibt den Wert jedes Anteils („Anteilwert“).

Der Anteilwert wird für jede Anteilklasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, die Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Fondsvermögen ggf. abzuführenden Steuern), die Verwaltungsvergütung, die auf eine bestimmte Anteilklasse entfallen, ggf. einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilklasse zugeordnet werden.

Der Anteilwert einer jeden Anteilklasse wird gemäß § 31 Absatz 1 der BABen am 15. sowie an jedem letzten Bankgeschäftstag eines Monats ermittelt („Wertermittlungstag“). Sollte der 15. eines Monats kein Bankgeschäftstag sein, gilt als maßgeblicher Stichtag der darauffolgende Bankgeschäftstag als Bewertungstag.

Die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen erfolgt ausschließlich auf die vorgenannten Wertermittlungstage („Ausgabetag“ bzw. „Rücknahmetag“), und zwar zu dem auf den jeweiligen Wertermittlungstag ermittelten Ausgabe- bzw. Rücknahmepreis.

An gesetzlichen Feiertagen in Deutschland, die Bankgeschäftstage sind, sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres können die Gesellschaft und die Verwahrstelle von einer Ermittlung des Wertes absehen. Von einer Ermittlung des Anteilwerts wird derzeit an Neujahr, Karfreitag, Ostermontag, Maifeiertag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam, Tag der Deutschen Einheit, Allerheiligen, Heiligabend, 1. und 2. Weihnachtsfeiertag sowie Silvester abgesehen.

#### 6. Aussetzung der Errechnung des Ausgabe-/ Rücknahmepreises

Die Gesellschaft kann die Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises zeitweilig unter denselben Voraussetzungen wie die Anteilrücknahme aussetzen. Diese sind im Abschnitt „Anteile – Aussetzung der Anteilrücknahme“ näher erläutert.

#### 7. Ausgabeaufschlag

Bei Festsetzung des Ausgabepreises wird dem Anteilwert - unabhängig ggf. bestehenden Anteilklassen - ein Ausgabeaufschlag hinzurechnet. Der Ausgabeaufschlag beträgt bis zu 3,00 Prozent<sup>1</sup> des Anteilwertes.

Es steht der Gesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen oder von der Berechnung eines Ausgabeaufschlages abzusehen.

Der Ausgabeaufschlag kann insbesondere bei kurzer Anlagedauer die Wertentwicklung des Fonds reduzieren oder sogar ganz aufzehren. Der Ausgabeaufschlag stellt im Wesentlichen eine Vergütung für den Vertrieb der Anteile des Fonds dar. Die Gesellschaft kann den Ausgabeaufschlag zur Abgeltung von Vertriebsleistungen an etwaige vermittelnde Stellen weitergeben.

**Eine Aufstellung über die den einzelnen Anteilklassen aktuell berechneten Ausgabeaufschläge ist dem Abschnitt „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

Darüber hinaus kann die Gesellschaft aus ihrer Verwaltungsvergütung sogenannte Vermittlungsfolgeprovisionen für den Vertrieb der Fondsanteile an Dritte zahlen (siehe Abschnitt „Interessenkonflikte“).

#### 8. Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise

Die Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie der Nettoinventarwert je Anteil werden bewertungstäglich auf der Internetseite der Gesellschaft ([www.monega.de](http://www.monega.de)) veröffentlicht.

### XVII. Kosten

#### 1. Kosten bei Ausgabe und Rücknahme der Anteile

Die Ausgabe und Rücknahme der Anteile durch die Gesellschaft bzw. durch die Verwahrstelle erfolgt zum Ausgabepreis (Anteilwert zuzüglich Ausgabeaufschlag) bzw. Rücknahmepreis (Anteilwert) ohne Berechnung zusätzlicher Kosten.

Erwirbt der Anleger Anteile durch Vermittlung Dritter, können diese höhere Kosten als den Ausgabeaufschlag berechnen. Gibt der Anleger Anteile über Dritte zurück, so können diese bei der Rücknahme der Anteile eigene Kosten berechnen.

<sup>1</sup> effektiver Satz s. Abschnitt „Anteilklassen im Überblick“

## 2. Verwaltungs- und sonstige Kosten

### a. Vergütungen

#### 1. Vergütungen, die an die Gesellschaft zu zahlen sind:

##### a) Verwaltungsvergütung

Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sonstigen Sondervermögens eine tägliche Vergütung in Höhe von 1/365 von bis zu 1,75 Prozent des jeweils am letzten vorangegangenen Wertermittlungstag ermittelten Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens.

##### b) Vergütungen, die an Dritte zu zahlen sind

##### aa. Externe Portfoliomanager oder Berater

Die Gesellschaft kann sich bei der Verwaltung des Sonstigen Sondervermögens durch Dritte beraten lassen oder das Portfoliomanagement des Sonstigen Sondervermögens auslagern. Derzeit zahlt die Gesellschaft für das ausgelagerte Portfoliomanagement des Sonstigen Sondervermögens eine tägliche Vergütung in Höhe von 1/365 von bis zu 0,675 Prozent des jeweils am letzten vorangegangenen Wertermittlungstag ermittelten Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens. Die Kosten hierzu werden durch die Verwaltungsvergütung nach Absatz 1a) abgedeckt. Die Gesellschaft erhält zusätzlich zur Weitergabe an die Verbriefungsplattformen für die Emission, laufende Betreuung und Verwaltung der zugrunde liegenden Konsumentenkredite eine tägliche Vergütung in Höhe von 1/365 von bis zu 0,175 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens, bezogen auf den jeweiligen Durchschnitt des Anteils der Darlehensforderungen im Sonstigen Sondervermögen. Die diesbezüglichen Kosten werden nicht aus der Verwaltungsvergütung nach Absatz 1a) gedeckt.

##### bb. EMIR-Reporting/CCP-Clearing/Collateral Management/Bewertung etc.

Die Gesellschaft kann darüber hinaus aus dem Sonstigen Sondervermögen für die Dienstleistungen im Zusammenhang mit

- i. dem Einsatz und der Abwicklung von Derivaten
  - Reporting an die Aufsichtsbehörden (z.B. EMIR-Reporting),
  - Anbindung an zentrale Gegenparteien (z.B. CCP-Clearing) und
  - Sicherheiten-Management durch Collateral-Manager
- ii. der Bewertung von Vermögensgegenständen
  - Bewertung durch einen externen Bewerter
  - Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit der Bewertung einzelner Vermögensgegenstände (z.B. Kursvalidierung bei ABS-Papieren, Validierung des Bewertungsmodells) eine tägliche

Vergütung von 1/365 von insgesamt bis zu 0,952 Prozent des täglichen Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens des vorangegangenen Bankgeschäftstags an dritte Dienstleister zahlen oder für die Deckung ihrer hiermit verbundenen Kosten verwenden. Diese Vergütung wird nicht durch die Verwaltungsvergütung gem. Ziffer 1.a) abgedeckt.

#### 2. Verwahrstellenvergütung

Die tägliche Vergütung für die Verwahrstelle beträgt 1/365 von bis zu 0,0476 Prozent des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens des vorangegangenen Bankgeschäftstags, mindestens jedoch Euro 17.850,00 pro Geschäftsjahr, dies jedoch unter Beachtung von Absatz 3 (Beschränkung der Vergütung).

#### 3. Beschränkung der Vergütung:

Der Betrag, der jährlich aus dem Sonstigen Sondervermögen nach den vorstehenden Ziffern 1 und 2 als Vergütung entnommen wird, kann insgesamt bis zu 2,9246 Prozent des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den täglichen Werten des Sonstigen Sondervermögens der aktuellen Abrechnungsperiode errechnet wird, betragen.

#### 4. An jedem Tag, der ein Wertermittlungstag ist, werden die Verwaltungsvergütung sowie die übrigen vorstehend bezeichneten Vergütungsbestandteile auf Basis des Nettoinventarwertes des vorangegangenen Wertermittlungstags berechnet und als Verbindlichkeit im Nettoinventarwert des aktuellen Wertermittlungstags mindernd berücksichtigt.

An jedem Tag, der kein Wertermittlungstag ist, werden die Verwaltungsvergütung sowie die übrigen vorstehend bezeichneten Vergütungsbestandteile auf Basis des Nettoinventarwertes des vorangegangenen Wertermittlungstags berechnet und als Verbindlichkeit im Nettoinventarwert des nächsten Bewertungstages mindernd berücksichtigt.

#### 5. Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zulasten des Sonstigen Sondervermögens:

- a) bankübliche Depot- und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- b) Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsunterlagen (Jahres- und Halbjahresberichte, Verkaufsprospekt, Basisinformationsblatt);
- c) Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen oder Thesaurierungen und des Auflösungsberichtes;
- d) Kosten der Erstellung und Verwendung eines vertraglich oder gesetzlich vorgesehenen dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Verschmelzungen von Investmentvermögen und außer im Fall der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;
- e) Kosten für die Prüfung des Sonstigen Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Sonstigen Sondervermögens;
- f) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
- g) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von

Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Sonstigen Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;

- h) Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Sonstige Sondervermögen erhoben werden;
  - i) Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Sonstige Sondervermögen;
  - j) Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/ oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßsta- bes oder Finanzindizes anfallen können;
  - k) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
  - l) Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Sonstigen Sondervermögens durch Dritte;
  - m) Steuern, insbesondere Umsatzsteuern, die anfallen im Zusammenhang mit den vorstehend sowie unter Absatz 6 Satz 1 genannten und vom Sonstigen Sondervermögen zu ersetzenden Aufwendungen.
6. Transaktionskosten: Neben den vorgenannten Vergütungen und Aufwendungen werden dem Sonstigen Sondervermögen die in Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten belastet. Die Gesellschaft ist berechtigt, im Zusammenhang mit diesen Handelsgeschäften für das Sonstige Sondervermögen im Einklang mit § 2 KAVerOV angenommene geldwerte Vorteile von Brokern und Händlern zu behalten, die sie im Interesse der Anteilinhaber bei den Anlageentscheidungen nutzt. Diese Leistungen umfassen zum Beispiel kostenfreie Leistungen wie Research, Finanzanalysen und Markt- und Kursinformationssysteme und können von den Brokern und Händlern selbst oder von Dritten erstellt worden sein.
7. Eine gesonderte Performance Fee wird nicht erhoben.

#### **b. Transaktionskosten**

Die internen Transaktionskosten der Verwahrstelle pro Transaktion ergeben sich aus dem Preisverzeichnis der Verwahrstelle, welches auf Anfrage bei der Gesellschaft erhältlich ist.

Die externen Transaktionskosten (z.B. „Brokerfees“) sind ebenfalls transaktionsabhängig und werden von der Gesellschaft im Rahmen der „Best Execution“ überwacht.

Die Höhe der Transaktionskosten hängt stark von der Anzahl der tatsächlich durchgeführten Transaktionen während des Geschäftsjahres ab. Je nach Strategie des Fonds und je nach Marktlage kann es zu erhöhtem Transaktionsaufkommen und damit verbunden auch erhöhten Transaktionskosten kommen. Je höher diese Kosten sind, desto länger kann es ggf. dauern, bis sich die gesamte Wertentwicklung des Fonds positiv zeigt.

Die voraussichtlichen Transaktionskosten auf Basis der Anlagestrategie, der Erfahrung aus vergleichbaren Strategien und vergleichbaren Fonds sowie auf Basis der bisherigen Transaktionshistorie des Fonds sind im nachfolgenden Abschnitt in der geschätzten Zahl unter „Sonstige Kosten“ enthalten.

Die tatsächlichen in einem Geschäftsjahr angefallenen Transaktionskosten können rückblickend dem jeweiligen Jahresbericht des Sondervermögens entnommen werden, der auf der Homepage der Gesellschaft unter [www.monega.de](http://www.monega.de) veröffentlicht wird.

#### **c. Sonstige Kosten**

Das Sondervermögen kann darüber hinaus mit weiteren Kostenpositionen gemäß vorstehender Ziffer (4) belastet werden.

Hierbei handelt es sich um Kosten, die im Zusammenhang mit der Fondsverwaltung entstehen und dem einzelnen Fonds individuell zugerechnet werden können. Dies sind z.B. auch Registrierungsgebühren bei ausländischen Behörden, Übersetzungskosten für Jahresberichte an ausländische Fondsanleger, Kosten der Veröffentlichung steuerlicher Kennzahlen im Ausland, Gebühren für die rechtliche Prüfung der Verkaufsunterlagen des Fonds (Verkaufsprospekt, Basisinformationsblatt), Lizenzgebühren für die Nutzung von Vergleichsindizes etc.

Die erwarteten sonstigen Kosten betragen voraussichtlich 0,70 Prozent vom Durchschnittswert des Sondervermögens. Dieser Betrag ist eine Schätzung, die tatsächlichen Kosten können ggf. abweichen; der Fonds wird nur die tatsächlichen Kosten tragen, selbst wenn diese den Höchstbetrag unterschreiten oder überschreiten. Die tatsächlich dem Fonds belasteten Kosten werden jeweils rückblickend in den Jahresberichten ausführlich dargestellt.

#### **3. Angabe einer Gesamtkostenquote**

Im Jahresbericht werden die im Geschäftsjahr zu Lasten des Fonds angefallenen Verwaltungskosten offengelegt und als Quote des durchschnittlichen Fondsvolumens ausgewiesen („Gesamtkostenquote“). Die Verwaltungskosten setzen sich zusammen aus der Vergütung für die Verwaltung des Fonds einschließlich der erfolgsabhängigen Vergütung, der Vergütung der Verwahrstelle sowie den Aufwendungen, die dem Fonds zusätzlich belastet werden können (siehe Abschnitt „Kosten – Verwaltungs- und sonstige Kosten“ sowie „Besonderheiten beim Erwerb von Investmentanteilen“). Sofern der Fonds einen erheblichen Anteil seines Vermögens in andere offene Investmentvermögen anlegt, wird darüber hinaus die Gesamtkostenquote dieser Zielfonds berücksichtigt. Die Gesamtkostenquote beinhaltet keine Nebenkosten und Kosten, die beim Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehen (Transaktionskosten) und keine erfolgsabhängige Vergütung. Sofern in den Anlagebedingungen eine erfolgsabhängige Verwaltungsvergütung vereinbart wurde, ist diese darüber hinaus im Jahresbericht gesondert als Prozentsatz des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Investmentvermögens anzugeben. Die Gesamtkostenquote wird in dem Basisinformationsblatt als sogenannte „laufende Kosten“ veröffentlicht.

#### **4. Abweichender Kostenausweis durch Vertriebsstellen**

Wird der Anleger beim Erwerb von Anteilen durch Dritte beraten oder vermitteln diese den Kauf, weisen sie ihm gegebenenfalls Kosten oder Kostenquoten aus, die nicht mit den Kostenangaben in diesem Prospekt und in dem Basisinformationsblatt deckungsgleich sind und die hier beschriebene Gesamtkostenquote übersteigen können. Grund dafür kann insbesondere sein, dass der Dritte die Kosten seiner eigenen Tätigkeit (z.B. Vermittlung, Beratung oder Depotführung) zusätzlich berücksichtigt. Darüber hinaus berücksichtigt er ggf. auch einmalige Kosten wie Ausgabeaufschläge und benutzt in der Regel andere Berechnungsmethoden oder auch Schätzungen für die auf Fondsebene anfallenden Kosten, die insbesondere die Transaktionskosten des Fonds mit umfassen.

Abweichungen im Kostenausweis können sich sowohl bei Informationen vor Vertragsschluss ergeben als auch bei regelmäßigen Kosteninformationen über die bestehende Fondsanlage im Rahmen einer dauerhaften Kundenbeziehung.

### **XVIII. Vergütungspolitik**

Die Vergütungen der Mitarbeiter folgen einer festgelegten Vergütungspolitik, deren Grundsätze als Zusammenfassung auf der Homepage der Gesellschaft veröffentlicht werden. Sie besteht aus einer festen Vergütung, die sich bei Tarifangestellten nach dem Tarifvertrag und bei außertariflichen Mitarbeitern nach dem jeweiligen Arbeitsvertrag richtet. Darüber hinaus ist für alle Mitarbeiter grundsätzlich eine variable Vergütung vorgesehen, die sich an dem Gesamtergebnis des Unternehmens und dem individuellen Leistungs-



beitrag des einzelnen Mitarbeiters orientiert.

Je nach Geschäftsergebnis bzw. individuellem Leistungsbeitrag kann die variable Vergütung jedoch auch komplett entfallen. Der Prozess zur Bestimmung der individuellen variablen Vergütung folgt einem einheitlich vorgegebenen Prozess in einer jährlich stattfindenden Beurteilung mit festen Beurteilungskriterien. Hierauf basierend legt die Geschäftsführung in Abstimmung mit den zuständigen Führungskräften die individuelle variable Vergütung fest, die dann vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft genehmigt wird. Zusätzlich werden allen Mitarbeiter einheitlich Förderungen im Hinblick auf vermögenswirksame Leistungen, Altersvorsorge, Versicherungsschutz, Kantinennutzung, öffentlichen Nahverkehr etc. angeboten. Mitarbeiter ab einer bestimmten Karrierestufe haben zudem einen Anspruch auf Gestellung eines Dienstwagens gemäß der geltenden CarPolicy der Gesellschaft.

Einzelheiten zur aktuellen Vergütungspolitik der Gesellschaft sind im Internet unter [www.monega.de](http://www.monega.de) unter „Über uns > Compliance“ veröffentlicht. Hierzu zählen eine Beschreibung der Berechnungsmethoden für Vergütungen und Zuwendungen an bestimmte Mitarbeitergruppen, sowie die Angabe der für die Zuteilung zuständigen Personen. Auf Verlangen werden die Informationen von der Gesellschaft kostenlos in Papierform zur Verfügung gestellt.

## **XIX. Wertentwicklung, Ermittlung und Verwendung der Erträge, Geschäftsjahr**

### **1. Wertentwicklung**

Die Wertentwicklung des Fonds wird nach der BVI-Methode ermittelt, die wie folgt definiert wird:

Die Berechnung der Wertentwicklung des Fonds besteht im Vergleich der Inventarwerte (Netto-Inventarwerte) zum Beginn und zum Ende eines Berechnungszeitraums. Die während des Berechnungszeitraums erfolgten Ausschüttungen werden am Tag der Ausschüttung stets als zum Inventarwert wieder angelegt betrachtet. Der Kapitalertragsteuer- (Zinsabschlagsteuer-)Betrag und der Solidaritätszuschlag fließen in die Wiederanlage ein. Von der Wiederanlage der Ausschüttung muss auch deshalb ausgegangen werden, weil andernfalls die Wertentwicklung von ausschüttenden und thesaurierenden Fonds nicht miteinander vergleichbar ist.

Die zukünftige Wertentwicklung wird rückblickend in den Jahres- und Halbjahresberichten veröffentlicht werden, die unter [www.monega.de](http://www.monega.de) einsehbar sind.

Die Wertentwicklung des Fonds finden Sie am Ende des Verkaufsprospekts.

**Die historische Wertentwicklung des Fonds ermöglicht keine Prognose für die zukünftige Wertentwicklung.**

### **2. Ermittlung der Erträge, Ertragsausgleichsverfahren**

Der Fonds erzielt Erträge in Form der während des Geschäftsjahres angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und Erträgen aus Investmentanteilen. Weitere Erträge können aus der Veräußerung von für Rechnung des Fonds gehaltenen Vermögensgegenständen resultieren.

Die Gesellschaft wendet für den Fonds ein sog. Ertragsausgleichsverfahren an. Dieses verhindert, dass der Anteil der ausschüttungsfähigen Erträge am Anteilpreis infolge Mittelzu- und -abflüssen schwankt. Anderenfalls würde jeder Mittelzufluss in den Fonds während des Geschäftsjahres dazu führen, dass an den Ausschüttungsterminen pro Anteil weniger Erträge zur Ausschüttung zur Verfügung stehen, als dies bei einer konstanten Anzahl umlaufender Anteile der Fall wäre. Mittelabflüsse hingegen würden dazu führen, dass pro Anteil mehr Erträge zur Ausschüttung zur Verfügung stünden, als

dies bei einer konstanten Anzahl umlaufender Anteile der Fall wäre.

Um das zu verhindern, werden während des Geschäftsjahres die ausschüttungsfähigen Erträge, die der Anteilserwerber als Teil des Ausgabepreises bezahlen muss und der Verkäufer von Anteilen als Teil des Rücknahmepreises vergütet erhält, fortlaufend berechnet und als ausschüttungsfähige Position in der Ertragsrechnung eingestellt. Dabei wird in Kauf genommen, dass Anleger, die beispielsweise kurz vor dem Ausschüttungstermin Anteile erwerben, den auf Erträge entfallenden Teil des Ausgabepreises in Form einer Ausschüttung zurückerhalten, obwohl ihr eingezahltes Kapital an dem Entstehen der Erträge nicht mitgewirkt hat.

### **3. Ertragsverwendung und Geschäftsjahr**

Die Gesellschaft schüttet grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Fonds angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und Erträge aus Investmentanteilen – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – jedes Jahr innerhalb von 4 Monaten nach Geschäftsjahresende an die Anleger aus. Realisierte Veräußerungsgewinne und sonstige Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – können ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.

Soweit die Anteile in einem Depot bei der Verwahrstelle verwahrt werden, schreiben deren Geschäftsstellen die Ausschüttungen kostenfrei gut. Soweit das Depot bei anderen Banken oder Sparkassen geführt wird, können zusätzliche Kosten entstehen.

**Eine Aufstellung über die Ertragsverwendung der einzelnen Anteilskassen ist dem Abschnitt „Anteilklassen im Überblick“ zu entnehmen.**

Das Geschäftsjahr des Fonds endet am 31. März.

## **XX. Auflösung, Übertragung und Verschmelzung des Fonds**

### **1. Voraussetzungen für die Auflösung des Fonds**

Die Anleger sind nicht berechtigt, die Auflösung des Fonds zu verlangen. Die Gesellschaft kann ihr Recht zur Verwaltung des Fonds kündigen unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten durch Bekanntgabe im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht. Über die Kündigung werden die Anleger außerdem über ihre depotführenden Stellen per dauerhaftem Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer Form informiert. Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Gesellschaft, den Fonds zu verwalten. Des Weiteren endet das Verwaltungsrecht der Gesellschaft, wenn das Insolvenzverfahren über ihr Vermögen eröffnet wird oder mit der Rechtskraft des Gerichtsbeschlusses, durch den der Antrag auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen wird.

Mit Erlöschen des Verwaltungsrechts der Gesellschaft geht das Verfügungsrecht über den Fonds auf die Verwahrstelle über, die den Fonds abwickelt und den Erlös an die Anleger verteilt, oder mit Genehmigung der BaFin einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft die Verwaltung überträgt.

### **2. Verfahren bei Auflösung des Fonds**

Mit dem Übergang des Verfügungsrechts über den Fonds auf die Verwahrstelle wird die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen eingestellt und der Fonds abgewickelt. Der Erlös aus der Veräußerung der Vermögenswerte des Fonds abzüglich der noch durch den Fonds zu tragenden Kosten und der durch die Auflösung verursachten Kosten werden an die Anleger verteilt, wobei diese in Höhe ihrer jeweiligen Anteile am Fonds Ansprüche auf Auszahlung des Liquidationserlöses haben. Die Gesellschaft erstellt auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht erlischt, einen Auflösungsbericht, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht. Spätestens drei Monate

nach dem Stichtag der Auflösung des Fonds wird der Auflösungsbericht im Bundesanzeiger bekannt gemacht. Während die Verwahrstelle den Fonds abwickelt, erstellt sie jährlich sowie auf den Tag, an dem die Abwicklung beendet ist, einen Bericht, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht. Diese Berichte sind ebenfalls spätestens drei Monate nach dem Stichtag im Bundesanzeiger bekannt zu machen.

### 3. Übertragung des Fonds

Die Gesellschaft kann das Sondervermögen auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen. Die Übertragung bedarf der vorherigen Genehmigung durch die BaFin. Die genehmigte Übertragung wird im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht des Fonds sowie den in diesem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht. Über die geplante Übertragung werden die Anleger außerdem über ihre depotführenden Stellen per dauerhaften Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer Form informiert. Der Zeitpunkt, zu dem die Übertragung wirksam wird, bestimmt sich nach den vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Gesellschaft und der aufnehmenden Kapitalverwaltungsgesellschaft. Die Übertragung darf jedoch frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung im Bundesanzeiger wirksam werden. Sämtliche Rechte und Pflichten der Gesellschaft in Bezug auf den Fonds gehen dann auf die aufnehmende Kapitalverwaltungsgesellschaft über.

### 4. Voraussetzungen für die Verschmelzung des Fonds

Alle Vermögensgegenstände dieses Fonds dürfen mit Genehmigung der BaFin auf ein anderes bestehendes oder durch die Verschmelzung neu gegründetes Investmentvermögen übertragen werden. Ist das andere Investmentvermögen ein OGAW, muss es auch nach der Übertragung die Anforderungen an einen OGAW erfüllen, der in Deutschland oder in einem anderen EU- oder EWR-Staat aufgelegt wurde.

Die Übertragung wird zum Geschäftsjahresende des übertragenden Fonds (Übertragungsstichtag) wirksam, sofern kein anderer Übertragungsstichtag bestimmt wird.

### 5. Rechte der Anleger bei der Verschmelzung des Fonds

Die Anleger haben bis fünf Arbeitstage vor dem geplanten Übertragungsstichtag entweder die Möglichkeit, ihre Anteile ohne weitere Kosten zurückzugeben, mit Ausnahme der Kosten zur Deckung der Auflösung des Fonds, oder ihre Anteile gegen Anteile eines anderen offenen Publikums-Investmentvermögens umzutauschen, das ebenfalls von der Gesellschaft oder einem Unternehmen desselben Konzerns verwaltet wird und dessen Anlagegrundsätze mit denen des Fonds vergleichbar sind.

Die Gesellschaft hat die Anleger des Fonds vor dem geplanten Übertragungsstichtag per dauerhaftem Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer Form über die Gründe für die Verschmelzung, die potentiellen Auswirkungen für die Anleger, deren Rechte in Zusammenhang mit der Verschmelzung sowie über maßgebliche Verfahrensasperte zu informieren. Den Anlegern ist zudem das Basisinformationsblatt für das Investmentvermögen zu übermitteln, auf das die Vermögensgegenstände des Fonds übertragen werden. Der Anleger muss die vorgenannten Informationen mindestens 30 Tage vor Ablauf der Frist zur Rückgabe oder Umtausch seiner Anteile erhalten.

ten.

Am Übertragungsstichtag werden die Nettoinventarwerte des Fonds und des übernehmenden Investmentvermögens berechnet, das Umtauschverhältnis wird festgelegt und der gesamte Umtauschvorgang wird vom Abschlussprüfer geprüft. Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte je Anteil des Fonds und des übernehmenden Investmentvermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Der Anleger erhält die Anzahl von Anteilen an dem übernehmenden Investmentvermögen, die dem Wert seiner Anteile an dem Fonds entspricht.

Sofern die Anleger von ihrem Rückgabe- oder Umtauschrecht keinen Gebrauch machen, werden sie am Übertragungsstichtag Anleger des übernehmenden Investmentvermögens. Die Gesellschaft kann gegebenenfalls auch mit der Verwaltungsgesellschaft des übernehmenden Investmentvermögens festlegen, dass den Anlegern des Fonds bis zu 10 Prozent des Wertes ihrer Anteile in bar ausgezahlt werden. Mit der Übertragung aller Vermögenswerte erlischt der Fonds. Findet die Übertragung während des laufenden Geschäftsjahres des Fonds statt, muss die Gesellschaft auf den Übertragungsstichtag einen Bericht erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht. Die Gesellschaft macht im Bundesanzeiger und darüber hinaus in den in diesem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt, wenn der Fonds auf ein anderes von der Gesellschaft verwaltetes Investmentvermögen verschmolzen wurde und die Verschmelzung wirksam geworden ist. Sollte der Fonds auf ein anderes Investmentvermögen verschmolzen werden, das nicht von der Gesellschaft verwaltet wird, so übernimmt die Verwaltungsgesellschaft die Bekanntmachung des Wirksamwerdens der Verschmelzung, die das übernehmende oder neu gegründete Investmentvermögen verwaltet.

## XXI. Auslagerung

Die Gesellschaft hat die folgenden Tätigkeiten ausgelagert:

- Portfoliomanagement an die nordIX AG, Hamburg
- Datenschutz an DZ CompliancePartner GmbH, Neu-Isenburg
- Revision an PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf
- IT-Infrastruktur an CANCOM Managed Services GmbH, Köln
- Fondsadministration, z.B.:
  - Fondsbuchhaltung, Fondsberichte
  - Unterstützungsleistungen im Bereich Marktrisikoprüfung und Liquiditätsrisikoprüfung
  - Kundenreporting an Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

Die Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH hat einzelne Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Fondsadministration auf verbundene Unternehmen weiterverlagert.

### 1. Externer Bewerter

Die Gesellschaft hat darüber hinaus für Teile des Sondervermögens als externen Bewerter die Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH bestellt. Der Bewerter ist mit der regelmäßigen Bewertung der liquiden Vermögensgegenstände beauftragt. Weitere Informationen können dem Abschnitt „Bewertung“ entnommen werden.

## XXII. Interessenkonflikte

Bei der Gesellschaft können folgende Interessenkonflikte entstehen:

Die Interessen des Anlegers können mit folgenden Interessen kollidieren:

- Interessen der Gesellschaft und der mit dieser verbundenen Unternehmen,
- Interessen der Mitarbeiter der Gesellschaft oder
- Interessen anderer Anleger in diesem oder anderen Fonds.

Umstände oder Beziehungen, die Interessenkonflikte begründen können, umfassen insbesondere:

- Anreizsysteme für Mitarbeiter der Gesellschaft,
- Mitarbeitergeschäfte,
- Zuwendungen an Mitarbeiter der Gesellschaft,
- Umschichtungen im Fonds,
- stichtagsbezogene Aufbesserung der Fondsperformance („window dressing“),
- Geschäfte zwischen der Gesellschaft und den von ihr verwalteten Investmentvermögen oder Individualportfolios bzw.
- Geschäfte zwischen von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen und/oder Individualportfolios,
- Zusammenfassung mehrerer Orders („block trades“),
- Beauftragung von verbundenen Unternehmen und Personen,
- Einzelanlagen von erheblichem Umfang,
- wenn nach einer Überzeichnung im Rahmen einer Aktienemission die Gesellschaft die Papiere für mehrere Investmentvermögen oder Individualportfolios gezeichnet hat („IPO-Zuteilungen“),
- Transaktionen nach Handelsschluss zum bereits bekannten absehbaren Schlusskurs des laufenden Tages, sogenanntes Late Trading.

Der Gesellschaft können im Zusammenhang mit Geschäften für Rechnung des Fonds geldwerte Vorteile (Broker-Research, Finanzanalysen, Markt- und Kursinformationssysteme, Schulungen etc.) entstehen, die im Interesse der Anleger bei den Anlageentscheidungen verwendet werden.

Darüber hinaus kann auch die Gesellschaft ihren Geschäftspartnern gegenüber Zuwendungen in Form von nicht-monetären Unterstützungsleistungen (z.B. Schulungen sowie Seminare im Rahmen von Investmentkonferenzen, Anlegersymposien, Partnertagen und Investmentfrühstücken) gewähren, welche darauf ausgelegt sind, die Zusammenarbeit zu fördern und damit die Qualität der kollektiven Vermögensverwaltung aufrechtzuerhalten bzw. weiter zu verbessern.

Derartige Annahme oder Gewährung von nicht-monetären Zuwendungen werden durch die Compliance-Funktion der Gesellschaft überwacht und dürfen die Gesellschaft insbesondere nicht daran hindern, pflichtgemäß im besten Interesse der von ihr verwalteten Investmentvermögen zu handeln.

Der Gesellschaft fließen grundsätzlich keine Rückvergütungen der aus dem Fonds an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwandserstattungen zu. Sofern abweichend vom Vorstehenden Rückvergütungen an die Gesellschaft geleistet werden, werden diese dem Fonds gutgeschrieben.

Anteile von Investmentfonds der Gesellschaft werden i.d.R. unter Einschaltung Dritter, d.h. von Banken, Finanzdienstleistern, Maklern und anderen befugten dritten Personen, vertrieben. Der Zusammenarbeit mit diesen Dritten liegt zumeist eine vertragliche Vereinbarung zugrunde, die festlegt, dass die Gesellschaft den Dritten für die Vermittlung der Fondsanteile eine bestandsabhängige Vermittlungsfolgeprovision zahlt und den Dritten der Ausgabeaufschlag ganz oder teilweise zusteht. Die bestandsabhängige Vermittlungsfolgeprovision zahlt die Gesellschaft aus den ihr zustehenden Verwaltungsvergütungen, d.h. aus ihrem eigenen Vermögen.

Zum Umgang mit Interessenkonflikten setzt die Gesellschaft folgende organisatorische Maßnahmen ein, um Interessenkonflikte zu ermitteln, ihnen vorzubeugen, sie zu steuern, zu beobachten und sie offenzulegen:

- Bestehen einer Compliance-Abteilung, die die Einhaltung von Gesetzen und Regeln überwacht und an die Interessenkonflikte gemeldet werden müssen
- Pflichten zur Offenlegung
- Organisatorische Maßnahmen wie
  - die Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen für einzelne Abteilungen, um dem Missbrauch von vertraulichen Informationen vorzubeugen
  - Zuordnung von Zuständigkeiten, um unsachgemäße Einflussnahme zu verhindern
  - die Trennung von Eigenhandel und Kundenhandel
- Verhaltensregeln für Mitarbeiter in Bezug auf Mitarbeitergeschäfte, Verpflichtungen zur Einhaltung des Insiderrechts
- Einrichtung von geeigneten Vergütungssystemen
- Grundsätze zur Berücksichtigung von Kundeninteressen und zur anleger- und anlegergerechten Beratung bzw. Beachtung der vereinbarten Anlagerichtlinien
- Grundsätze zur bestmöglichen Ausführung beim Erwerb bzw. Veräußerung von Finanzinstrumenten
- Einrichten von Orderannahmezeiten (Cut-off Zeiten)

## XXIII. Kurzzangaben über steuerrechtliche Vorschriften

Die Aussagen zu den steuerlichen Vorschriften gelten nur für Anleger, die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind. Unbeschränkt steuerpflichtige Anleger werden nachfolgend auch als Steuerinländer bezeichnet. Dem ausländischen Anleger empfehlen wir, sich vor Erwerb von Anteilen an dem in diesem Verkaufsprospekt beschriebenen Fonds mit seinem Steuerberater in Verbindung zu setzen und mögliche steuerliche Konsequenzen aus dem Anteilserwerb in seinem Heimatland individuell zu klären. Ausländische Anleger sind Anleger, die nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind. Diese werden nachfolgend auch als Steuerausländer bezeichnet.

Der Fonds ist als Zweckvermögen grundsätzlich von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Er ist jedoch partiell körperschaftsteuerpflichtig mit seinen inländischen Beteiligungseinnahmen und sonstigen inländischen Einkünften im Sinne der beschränkten Einkommensteuerpflicht mit Ausnahme von Gewinnen aus dem Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften. Der Steuersatz beträgt 15 Prozent. Soweit die steuerpflichtigen Einkünfte im Wege des Kapitalertragsteuerabzugs erhoben werden, umfasst der Steuersatz von 15 Prozent bereits den Solidaritätszuschlag.

Die Investorserträge werden jedoch beim Privatanleger als Einkünfte aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer unterworfen, soweit diese zusammen mit sonstigen Kapitalerträgen den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag<sup>1</sup> übersteigen.

Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen grundsätzlich einem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer). Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören auch die Erträge aus Investmentfonds (Investmenterträge), d.h. die Ausschüttungen des Fonds, die Vorabpauschalen und die Gewinne aus der Veräußerung der Anteile.

Unter bestimmten Voraussetzungen können die Anleger einen pauschalen Teil dieser Investorserträge steuerfrei erhalten (sog. Teilfreistellung).

Der Steuerabzug hat für den Privatanleger grundsätzlich Abgeltungswirkung (sog. Abgeltungsteuer), so dass die Einkünfte aus Kapitalvermögen regelmäßig nicht in der Einkommensteuererklärung anzugeben sind. Bei der Vornahme des Steuerabzugs werden durch die depotführende Stelle grundsätzlich bereits Verlustverrechnungen vorgenommen und aus der Direktanlage stammende ausländische Quellensteuern angerechnet.

Der Steuerabzug hat u.a. aber dann keine Abgeltungswirkung, wenn der persönliche Steuersatz geringer ist als der Abgeltungssatz von 25 Prozent. In diesem Fall können die Einkünfte aus Kapitalvermögen in der Einkommensteuererklärung angegeben werden. Das Finanzamt setzt dann den niedrigeren persönlichen Steuersatz an und rechnet auf die persönliche Steuerschuld den vorgenommenen Steuerabzug an (sog. Günstigerprüfung).

Sofern Einkünfte aus Kapitalvermögen keinem Steuerabzug unterliegen haben (weil z.B. ein Gewinn aus der Veräußerung von Fondsanteilen in einem ausländischen Depot erzielt wird), sind diese in der Steuererklärung anzugeben. Im Rahmen der Veranlagung unterliegen die Einkünfte aus Kapitalvermögen dann ebenfalls dem Abgeltungssatz von 25 Prozent oder dem niedrigeren persönlichen Steuersatz. Sofern sich die Anteile im Betriebsvermögen befinden, werden die Erträge als Betriebseinnahmen steuerlich erfasst.

## 1. Anteile im Privatvermögen (Steuerinländer)

### a. Ausschüttungen

Ausschüttungen des Fonds sind grundsätzlich steuerpflichtig.

Die steuerpflichtigen Ausschüttungen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer).

Vom Steuerabzug kann Abstand genommen werden, wenn der Anleger Steuerinländer ist und einen Freistellungsauftrag vorlegt, sofern die steuerpflichtigen Ertragsteile den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag<sup>2</sup> nicht überschreiten.

Entsprechendes gilt auch bei Vorlage einer Bescheinigung für Personen, die voraussichtlich nicht zur Einkommenssteuer veranlagt werden (sogenannte Nichtveranlagungsbescheinigung, nachfolgend „NV-Bescheinigung“).

Verwahrt der inländische Anleger die Anteile in einem inländischen Depot, so nimmt die depotführende Stelle als Zahlstelle vom Steuerabzug Abstand, wenn ihr vor dem festgelegten Ausschüttungstermin ein in ausreichender Höhe ausgestellter Freistellungsauftrag nach amtlichem Muster oder eine NV-Bescheinigung, die vom Finanzamt für die Dauer von maximal drei Jahren erteilt wird, vorgelegt wird. In diesem Fall erhält der Anleger die gesamte Ausschüttung ungekürzt gutgeschrieben.

### b. Vorabpauschalen

Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen des Fonds innerhalb eines Kalenderjahrs den Basisertrag für dieses Kalenderjahr unterschreiten. Der Basisertrag wird durch Multiplikation des Rücknahmepreises des Anteils zu Beginn eines Kalenderjahrs mit 70 Prozent des Basiszinses, der aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen abgeleitet wird, ermittelt. Der Basisertrag ist auf den Mehrbetrag begrenzt, der sich zwischen dem ersten und dem letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis zuzüglich der Ausschüttungen innerhalb des Kalenderjahrs ergibt. Im Jahr des Erwerbs der Anteile vermindert sich die Vorabpauschale um ein Zwölftel für jeden vollen Monat, der dem Monat des Erwerbs vorangeht. Die Vorabpauschale gilt am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen.

Vorabpauschalen sind grundsätzlich steuerpflichtig.

Die steuerpflichtigen Vorabpauschalen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer).

Vom Steuerabzug kann Abstand genommen werden, wenn der Anleger Steuerinländer ist und einen Freistellungsauftrag vorlegt, sofern die steuerpflichtigen Ertragsteile den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag<sup>3</sup> nicht überschreiten.

Entsprechendes gilt auch bei Vorlage einer Bescheinigung für Personen, die voraussichtlich nicht zur Einkommenssteuer veranlagt werden (sogenannte Nichtveranlagungsbescheinigung, nachfolgend „NV-Bescheinigung“).

Verwahrt der inländische Anleger die Anteile in einem inländischen Depot, so nimmt die depotführende Stelle als Zahlstelle vom Steuerabzug Abstand, wenn ihr vor dem Zuflusszeitpunkt ein in ausreichender Höhe ausgestellter Freistellungsauftrag nach amtlichem Muster oder eine NV-Bescheinigung, die vom Finanzamt für die Dauer von maximal drei Jahren erteilt wird, vorgelegt wird. In diesem Fall wird keine Steuer abgeführt. Andernfalls hat der Anleger der inländischen depotführenden Stelle den Betrag der abzuführen-

<sup>1</sup> Der Sparer-Pauschbetrag beträgt ab dem 01.01.2023 bei Einzelveranlagung 1.000,- Euro und bei Zusammenveranlagung 2.000,- Euro.

<sup>2</sup> Der Sparer-Pauschbetrag beträgt ab dem 01.01.2023 bei Einzelveranlagung 1.000,- Euro und bei Zusammenveranlagung 2.000,- Euro.

<sup>3</sup> Der Sparer-Pauschbetrag beträgt ab dem 01.01.2023 bei Einzelveranlagung 1.000,- Euro und bei Zusammenveranlagung 2.000,- Euro.



den Steuer zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck darf die depotführende Stelle den Betrag der abzuführenden Steuer von einem bei ihr unterhaltenen und auf den Namen des Anlegers lautenden Kontos ohne Einwilligung des Anlegers einziehen. Soweit der Anleger nicht vor Zufluss der Vorabpauschale widerspricht, darf die depotführende Stelle auch insoweit den Betrag der abzuführenden Steuer von einem auf den Namen des Anlegers lautenden Konto einziehen, wie ein mit dem Anleger vereinbarter Kontokorrentkredit für dieses Konto nicht in Anspruch genommen wurde. Soweit der Anleger seiner Verpflichtung, den Betrag der abzuführenden Steuer der inländischen depotführenden Stelle zur Verfügung zu stellen, nicht nachkommt, hat die depotführende Stelle dies dem für sie zuständigen Finanzamt anzuzeigen. Der Anleger muss in diesem Fall die Vorabpauschale insoweit in seiner Einkommensteuererklärung angeben.

### **c. Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene**

Werden Anteile an dem Fonds veräußert, unterliegt der Veräußerungsgewinn dem Abgeltungssatz von 25 Prozent.

Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden, nimmt die depotführende Stelle den Steuerabzug unter Berücksichtigung etwaiger Teilfreistellungen vor. Der Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer) kann durch die Vorlage eines ausreichenden Freistellungsauftrags bzw. einer NV-Bescheinigung vermieden werden. Werden solche Anteile von einem Privatanleger mit Verlust veräußert, dann ist der Verlust – ggf. reduziert aufgrund einer Teilfreistellung – mit anderen positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechenbar. Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden und bei derselben depotführenden Stelle im selben Kalenderjahr positive Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielt wurden, nimmt die depotführende Stelle die Verlustverrechnung vor.

Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns ist der Gewinn um die während der Besitzzeit angesetzten Vorabpauschalen zu mindern.

## **2. Anteile im Betriebsvermögen (Steuerinländer) Erstattung der Körperschaftsteuer des Fonds**

Die auf Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer kann dem Fonds zur Weiterleitung an einen Anleger erstattet werden, soweit dieser Anleger eine inländische Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse ist, die nach der Satzung, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Verfassung und nach der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dient oder eine Stiftung des öffentlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dient, oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist, die ausschließlich und unmittelbar kirchlichen Zwecken dient; dies gilt nicht, wenn die Anteile in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gehalten werden. Dasselbe gilt für vergleichbare ausländische Anleger mit Sitz und Geschäftsleitung in einem Amts- und Beitreibungshilfe leistenden ausländischen Staat.

Voraussetzung hierfür ist, dass ein solcher Anleger einen entsprechenden Antrag stellt und die angefallene Körperschaftsteuer anteilig auf seine Besitzzeit entfällt. Zudem muss der Anleger seit mindestens drei Monaten vor dem Zufluss der körperschaftsteuerpflichtigen Erträge des Fonds zivilrechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der Anteile sein, ohne dass eine Verpflichtung zur Übertragung der Anteile auf eine andere Person besteht. Ferner setzt die Erstattung im Hinblick auf die auf der Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer auf deutsche Dividenden und Erträge aus deutschen eigenkapitalähnlichen Genussrechten im Wesentlichen voraus, dass deutsche Aktien und deutsche eigenkapitalähnliche Genussrechte vom Fonds als wirtschaftlichem Eigentümer ununterbrochen 45 Tage innerhalb von 45 Tagen vor und nach dem Fälligkeitszeitpunkt der Kapitalerträge gehalten wurden und in diesen 45 Tagen ununterbrochen Mindestwertänderungsrisiken i.H.v. 70 Prozent bestanden (sog. 45-Tage-Regelung).

Dem Antrag sind Nachweise über die Steuerbefreiung und ein von der depotführenden Stelle ausgestellter Investmentanteil-Bestandsnachweis beizufügen. Der Investmentanteil-Bestandsnachweis ist eine nach amtlichem Muster erstellte Bescheinigung über den Umfang der durchgehend während des Kalenderjahres vom Anleger gehaltenen Anteile sowie den Zeitpunkt und Umfang des Erwerbs und der Veräußerung von Anteilen während des Kalenderjahres.

Die auf Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer kann dem Fonds ebenfalls zur Weiterleitung an einen Anleger erstattet werden, soweit die Anteile an dem Fonds im Rahmen von Altersvorsorge- oder Basisrentenverträgen gehalten werden, die nach dem Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz zertifiziert wurden. Dies setzt voraus, dass der Anbieter eines Altersvorsorge- oder Basisrentenvertrags dem Fonds innerhalb eines Monats nach dessen Geschäftsjahresende mitteilt, zu welchen Zeitpunkten und in welchem Umfang Anteile erworben oder veräußert wurden. Zudem ist die o.g. 45-Tage-Regelung zu berücksichtigen.

Eine Verpflichtung des Fonds bzw. der Gesellschaft, sich die entsprechende Körperschaftsteuer zur Weiterleitung an den Anleger erstatten zu lassen, besteht nicht.

Aufgrund der hohen Komplexität der Regelung erscheint die Hinzuziehung eines steuerlichen Beraters sinnvoll.

### **a. Ausschüttungen**

Ausschüttungen des Fonds sind grundsätzlich einkommen- bzw. körperschaftsteuer- und gewerbsteuerpflichtig.

Die Ausschüttungen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag).

### **b. Vorabpauschalen**

Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen des Fonds innerhalb eines Kalenderjahrs den Basisertrag für dieses Kalenderjahr unterschreiten. Der Basisertrag wird durch Multiplikation des Rücknahmepreises des Anteils zu Beginn eines Kalenderjahrs mit 70 Prozent des Basiszinses, der aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen abgeleitet wird, ermittelt. Der Basisertrag ist auf den Mehrbetrag begrenzt, der sich zwischen dem ersten und dem letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis zuzüglich der Ausschüttungen innerhalb des Kalenderjahrs ergibt. Im Jahr des Erwerbs der Anteile vermindert sich die Vorabpauschale um ein Zwölftel für jeden vollen Monat, der dem Monat des Erwerbs vorangeht. Die Vorabpauschale gilt am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen.

Vorabpauschalen sind grundsätzlich einkommen- bzw. körperschaftsteuer- und gewerbsteuerpflichtig.

Die Vorabpauschalen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag).

### **c. Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene**

Gewinne aus der Veräußerung der Anteile unterliegen grundsätzlich der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer. Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns ist der Gewinn um die während der Besitzzeit angesetzten Vorabpauschalen zu mindern.

Der Gewinn aus der fiktiven Veräußerung ist für Anteile, die dem Betriebsvermögen eines Anlegers zuzurechnen sind, gesondert festzustellen.

Die Gewinne aus der Veräußerung der Anteile unterliegen i.d.R. keinem Kapitalertragsteuerabzug.

### **d. Negative steuerliche Erträge**

Eine Zurechnung negativer steuerlicher Erträge des Fonds an den Anleger ist nicht möglich.

***e. Abwicklungsbesteuerung***

Während der Abwicklung des Fonds gelten Ausschüttungen eines

Kalenderjahres insoweit als steuerfreie Kapitalrückzahlung, wie der letzte in diesem Kalenderjahr festgesetzte Rücknahmepreis die fortgeführten Anschaffungskosten unterschreitet.

## XXIV. Zusammenfassende Übersicht für die Besteuerung bei üblichen betrieblichen Anlegergruppen

	Ausschüttungen	Vorabpauschalen	Veräußerungsgewinne
<b>Inländische Anleger</b>			
Einzelunternehmer	<u>Kapitalertragsteuer:</u> 25 % (die Teilfreistellung für Aktienfonds i.H.v. 30 % bzw. für Mischfonds i.H.v. 15 % wird berücksichtigt)		<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme
	<u>Materielle Besteuerung:</u> Einkommensteuer und Gewerbesteuer ggf. unter Berücksichtigung von Teilfreistellungen (Aktienfonds 60 % für Einkommensteuer / 30 % für Gewerbesteuer; Mischfonds 30 % für Einkommensteuer / 15 % für Gewerbesteuer)		
Regelbesteuerte Körperschaften (typischerweise Industrieunternehmen; Banken, sofern Anteile nicht im Handelsbestand gehalten werden; Sachversicherer)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme bei Banken, ansonsten 25 % (die Teilfreistellung für Aktienfonds i.H.v. 30 % bzw. für Mischfonds i.H.v. 15 % wird berücksichtigt)		<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme
	<u>Materielle Besteuerung:</u> Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ggf. unter Berücksichtigung von Teilfreistellungen (Aktienfonds 80 % für Körperschaftsteuer / 40 % für Gewerbesteuer; Mischfonds 40 % für Körperschaftsteuer / 20 % für Gewerbesteuer)		
Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds, bei denen die Fondsanteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme		
	<u>Materielle Besteuerung:</u> Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, soweit handelsbilanziell keine Rückstellung für Beitragsrückerstattungen (RfB) aufgebaut wird, die auch steuerlich anzuerkennen ist ggf. unter Berücksichtigung von Teilfreistellungen (Aktienfonds 30 % für Körperschaftsteuer / 15 % für Gewerbesteuer; Mischfonds 15 % für Körperschaftsteuer / 7,5 % für Gewerbesteuer)		
Banken, die die Fondsanteile im Handelsbestand halten	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme		
	<u>Materielle Besteuerung:</u> Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ggf. unter Berücksichtigung von Teilfreistellungen (Aktienfonds 30 % für Körperschaftsteuer / 15 % für Gewerbesteuer; Mischfonds 15 % für Körperschaftsteuer / 7,5 % für Gewerbesteuer)		
Steuerbefreite gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Anleger (insb. Kirchen, gemeinnützige Stiftungen)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme		
	<u>Materielle Besteuerung:</u> Steuerfrei – zusätzlich kann die auf der Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer auf Antrag erstattet werden		
Andere steuerbefreite Anleger (insb. Pensionskassen, Sterbekassen und Unterstützungskassen, sofern die im Körperschaftsteuergesetz geregelten Voraussetzungen erfüllt sind)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme		
	<u>Materielle Besteuerung:</u> Steuerfrei		

Unterstellt ist eine inländische Depotverwahrung. Auf die Kapitalertragsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer wird ein Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe erhoben. Für die Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug kann es erforderlich sein, dass Bescheinigungen rechtzeitig der depotführenden Stelle vorgelegt werden.

## 1. Steuerausländer

Verwahrt ein Steuerausländer die Fondsanteile im Depot bei einer inländischen depotführenden Stelle, wird vom Steuerabzug auf Ausschüttungen, Vorabpauschalen und Gewinne aus der Veräußerung der Anteile Abstand genommen, sofern er seine steuerliche Ausländereigenschaft nachweist. Sofern die Ausländereigenschaft der depotführenden Stelle nicht bekannt bzw. nicht rechtzeitig nachgewiesen wird, ist der ausländische Anleger gezwungen, die Erstattung des Steuerabzugs entsprechend der Abgabenordnung<sup>1</sup> zu beantragen. Zuständig ist das für die depotführende Stelle zuständige Finanzamt.

## 2. Solidaritätszuschlag

Auf den auf Ausschüttungen, Vorabpauschalen und Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen abzuführenden Steuerabzug ist ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent zu erheben.

## 3. Kirchensteuer

Soweit die Einkommensteuer bereits von einer inländischen depotführenden Stelle (Abzugsverpflichteter) durch den Steuerabzug erhoben wird, wird die darauf entfallende Kirchensteuer nach dem Kirchensteuersatz der Religionsgemeinschaft, der der Kirchensteuerpflichtige angehört, regelmäßig als Zuschlag zum Steuerabzug erhoben. Die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe wird bereits beim Steuerabzug mindernd berücksichtigt.

## 4. Ausländische Quellensteuer

Auf die ausländischen Erträge des Fonds wird teilweise in den Herkunftsländern Quellensteuer einbehalten. Diese Quellensteuer kann bei den Anlegern nicht steuermindernd berücksichtigt werden.

## 5. Folgen der Verschmelzung von Investmentfonds

In den Fällen der Verschmelzung eines inländischen Investmentfonds auf einen anderen inländischen Investmentfonds, bei denen derselbe Teilfreistellungssatz zur Anwendung kommt, kommt es weder auf der Ebene der Anleger noch auf der Ebene der beteiligten Investmentfonds zu einer Aufdeckung von stillen Reserven, d.h. dieser Vorgang ist steuerneutral. Das Gleiche gilt für die Übertragung aller Vermögensgegenstände eines inländischen Investmentfonds auf eine inländische Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital oder ein Teilgesellschaftsvermögen einer inländischen Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital. Erhalten die Anleger des übertragenden Sondervermögens eine im Verschmelzungsplan vorgesehene Barzahlung<sup>2</sup>, ist diese wie eine Ausschüttung zu behandeln. Weicht der anzuwendende Teilfreistellungssatz des übertragenden von demjenigen des übernehmenden Investmentfonds ab, dann gilt der Investmentanteil des übertragenden Investmentfonds als veräußert und der Investmentanteil des übernehmenden Investmentfonds als angeschafft. Der Gewinn aus der fiktiven Veräußerung gilt erst als zugeflossen, sobald der Investmentanteil des übernehmenden Investmentfonds tatsächlich veräußert wird.

## 6. Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen

Die Bedeutung des automatischen Austauschs von Informationen

<sup>1</sup> § 37 Abs. 2 AO.

<sup>2</sup> § 190 Abs. 2 Nr. 2 KAGB.

zur Bekämpfung von grenzüberschreitendem Steuerbetrug und grenzüberschreitender Steuerhinterziehung hat auf internationaler Ebene in den letzten Jahren stark zugenommen.

Die OECD hat hierfür unter anderem einen globalen Standard für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten in Steuersachen veröffentlicht (Common Reporting Standard, im Folgenden „CRS“). Der CRS wurde Ende 2014 mit der Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 9. Dezember 2014 in die Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung integriert. Die teilnehmenden Staaten (alle Mitgliedstaaten der EU sowie etliche Drittstaaten) wenden den CRS mittlerweile an. Deutschland hat den CRS mit dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz vom 21. Dezember 2015 in deutsches Recht umgesetzt.

Mit dem CRS werden meldende Finanzinstitute (im Wesentlichen Kreditinstitute) dazu verpflichtet, bestimmte Informationen über ihre Kunden einzuholen. Handelt es sich bei den Kunden (natürliche Personen oder Rechtsträger) um in anderen teilnehmenden Staaten ansässige meldepflichtige Personen (dazu zählen nicht z.B. börsennotierte Kapitalgesellschaften oder Finanzinstitute), werden deren Konten und Depots als meldepflichtige Konten eingestuft. Die meldenden Finanzinstitute werden dann für jedes meldepflichtige Konto bestimmte Informationen an ihre Heimatsteuerbehörde übermitteln. Diese übermittelt die Informationen dann an die Heimatsteuerbehörde des Kunden.

Bei den zu übermittelnden Informationen handelt es sich im Wesentlichen um die persönlichen Daten des meldepflichtigen Kunden (Name; Anschrift; Steueridentifikationsnummer; Geburtsdatum und Geburtsort (bei natürlichen Personen); Ansässigkeitsstaat) sowie um Informationen zu den Konten und Depots (z.B. Kontonummer; Kontosaldo oder Kontowert; Gesamtbruttobetrag der Erträge wie Zinsen, Dividenden oder Ausschüttungen von Investmentfonds); Gesamtruttoerlöse aus der Veräußerung oder Rückgabe von Finanzvermögen (einschließlich Fondsanteilen)).

Konkret betroffen sind folglich meldepflichtige Anleger, die ein Konto und/oder Depot bei einem Kreditinstitut unterhalten, das in einem teilnehmenden Staat ansässig ist. Daher werden deutsche Kreditinstitute Informationen über Anleger, die in anderen teilnehmenden Staaten ansässig sind, an das Bundeszentralamt für Steuern melden, das die Informationen an die jeweiligen Steuerbehörden der Ansässigkeitsstaaten der Anleger weiterleitet. Entsprechend werden Kreditinstitute in anderen teilnehmenden Staaten Informationen über Anleger, die in Deutschland ansässig sind, an ihre jeweilige Heimatsteuerbehörde melden, die die Informationen an das Bundeszentralamt für Steuern weiterleitet. Zuletzt ist es denkbar, dass in anderen teilnehmenden Staaten ansässige Kreditinstitute Informationen über Anleger, die in wiederum anderen teilnehmenden Staaten ansässig sind, an ihre jeweilige Heimatsteuerbehörde melden, die die Informationen an die jeweiligen Steuerbehörden der Ansässigkeitsstaaten der Anleger weiterleitet.

## 7. Allgemeiner Hinweis

Die steuerlichen Ausführungen gehen von der derzeit bekannten Rechtslage aus. Sie richten sich an in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtige oder unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtige Personen. Es kann jedoch keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich die steuerliche Beurteilung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung nicht ändert.



## XXV. Wirtschaftsprüfer

Mit der Prüfung des Fonds und des Jahresberichts ist die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, beauftragt.

Der Wirtschaftsprüfer prüft den Jahresbericht des Fonds. Das Ergebnis der Prüfung hat der Wirtschaftsprüfer in einem besonderen Vermerk zusammenzufassen; der Vermerk ist in vollem Wortlaut im Jahresbericht wiederzugeben. Bei der Prüfung hat der Wirtschaftsprüfer auch festzustellen, ob bei der Verwaltung des Fonds die Vorschriften des KAGB sowie die Bestimmungen der Anlagebedingungen beachtet worden sind. Der Wirtschaftsprüfer hat den Bericht über die Prüfung des Fonds bei der BaFin einzureichen.

## XXVI. Dienstleister

Unternehmen, die von der Gesellschaft ausgelagerte Funktionen übernehmen, sind im Abschnitt „Auslagerung“ dargestellt. Darüber hinaus hat die Gesellschaft folgende Dienstleister beauftragt:

- Berechnung der Performance: Deutsche Performancemessungsgesellschaft für Wertpapierportfolios mbH, Frankfurt
- Steuerrechtliche Beratung im Hinblick auf die Fondsverwaltung: KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf
- Provisionsabrechnung/-zahlung an Vertriebspartner: FFB, Kronberg im Taunus

- Betriebs- und Hosting- und Cloud-Storage-Leistungen für den Webaufritt der Gesellschaft: cleversoft GmbH, München / WebhostOne mbH, Bad Säckingen / Google Ireland Limited, IRL-Dublin
- Delegation der Reportingverpflichtungen im Kontext der EMIR Verordnungen: Kreissparkasse Köln, Köln; HSBC Continental Europe S.A., Germany, Düsseldorf; DZ Bank AG, Frankfurt am Main.
- Software as a Service (SaaS-)Dienstleistungen im Hinblick auf die Erstellung gesetzlicher Verkaufsunterlagen: Content Software GmbH, Bad Homburg

Rechte der Anleger sind mit diesen Dienstleistungen nicht verbunden. Soweit die Gesellschaft weitere Dienstleister beauftragt hat, sind diese für die Verwaltung des Fonds nicht wesentlich.

## XXVII. Zahlungen an die Anleger / Verbreitung der Berichte und sonstigen Informationen

Durch die Beauftragung der Verwahrstelle ist sichergestellt, dass die Anleger ggf. die Ausschüttungen erhalten und dass Anteile zurückgenommen werden. Die in diesem Verkaufsprospekt erwähnten Anlegerinformationen können auf dem im Abschnitt „Grundlagen – Verkaufsunterlagen und Offenlegung von Informationen“ angegebenen Wege bezogen werden.

Informationen über das Abstimmungsverhalten und die Abstimmungspolitik der Gesellschaft finden Sie auf der Homepage [www.monega.de](http://www.monega.de).

## XXVIII. Von der Gesellschaft verwaltete Investmentvermögen

### 1. Von der Gesellschaft werden insgesamt folgende Investmentvermögen<sup>1</sup> verwaltet:

<sup>1</sup> Soweit es nicht das auf dem Deckblatt genannte Investmentvermögen betrifft, sind die weiteren Investmentvermögen nicht Gegenstand dieses Verkaufsprospektes.

- |   |  |
|---|--|
| <p>a) Investmentvermögen nach der OGAW-Richtlinie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Active Mining</li> <li>AI Leaders</li> <li>Aktienflex Protect US</li> <li>Applied Science Equity Fund</li> <li>Ars Vivendi Select</li> <li>Barmenia Nachhaltigkeit Balanced</li> <li>Barmenia Nachhaltigkeit Dynamic</li> <li>Bernhardt Capital Global Fund</li> <li>Boerse.de-Aktienfonds</li> <li>Boerse.de-Dividendenfonds</li> <li>Boerse.de-Technologiefonds</li> <li>Boerse.de-Weltfonds</li> <li>Bueno Global Strategy</li> <li>Corporate M Sustainable</li> <li>CSR Aktien Deutschland Plus</li> <li>CSR Bond Focus SDG Fonds</li> <li>CSR Bond Plus</li> <li>CSR Ertrag Plus</li> <li>DEVK-Anlagekonzept Rendite</li> <li>DEVK-Anlagekonzept RenditeMax</li> <li>DEVK-Anlagekonzept RenditePro</li> <li>Diversified Risk and Return</li> <li>Diversified Risk and Return alpha+</li> <li>Dividende und Sentiment Aktien Europa</li> <li>Equity for Life</li> <li>FAM Credit Select</li> <li>FO Core plus</li> <li>FutureVest Equity Sustainable Development Goals</li> <li>Global Outliers</li> <li>Guliver Demografie Invest</li> <li>Guliver Demografie Sicherheit</li> <li>Guliver Demografie Wachstum</li> <li>Infinigon Investment Grade CLO Fonds</li> <li>KirAc Stiftungsfonds alpha</li> <li>Kölner Nachhaltigkeitsfonds</li> <li>L&amp;P Value EM Small Cap</li> <li>Lupus Alpha Return</li> <li>Monega ARIAD Innovation</li> <li>Monega BestInvest Europa</li> <li>Monega Chance</li> <li>Monega Dänische Covered Bonds</li> <li>Monega Dänische Covered Bonds LD</li> <li>Monega Dänische Covered Bonds SLD</li> <li>Monega Ertrag</li> <li>Monega Euro-Bond</li> <li>Monega Euroland</li> <li>Monega FairInvest Aktien</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>Monega Germany Monega</li> <li>Global Bond Monega Short</li> <li>Track SGB Multi-Asset Global</li> <li>5</li> <li>Murphy&amp;Spitz – Umweltfonds Deutschland</li> <li>Murphy&amp;Spitz Green Bond Fund</li> <li>Peacock European Best Value ESG Fonds</li> <li>PRIVACON Aktien EM</li> <li>PRIVACON Anleihenfonds</li> <li>PRIVACON Multi-Strategie-Fonds</li> <li>PRIVACON Weltaktienfonds</li> <li>SALytic Active Equity</li> <li>SALytic Bond Opportunities</li> <li>SALytic Strategy</li> <li>SDG Evolution Flexibel</li> <li>Steyler Fair Invest – Balanced</li> <li>Steyler Fair Invest – Bonds</li> <li>Steyler Fair Invest – Equities</li> <li>Top Dividend</li> <li>Top Global Brands</li> <li>VM European Small and MidCaps</li> <li>VM Income Plus</li> <li>VM Nachhaltig Aktien</li> <li>VM Sterntaler</li> <li>VM Sterntaler II</li> <li>VM Vermögensverwaltungsfonds</li> </ul> <p>b) Alternative Publikums-Investmentvermögen (Publikums-AIF)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>◦ Gemischte Investmentvermögen</li> <li>ASVK Substanz &amp; Wachstum</li> <li>DEVK-Anlagekonzept Rendite Nachhaltig</li> <li>DEVK-Anlagekonzept RenditeMax Nachhaltig</li> <li>DEVK-Anlagekonzept RenditePro Nachhaltig</li> <li>Fontanus Balanced</li> <li>LaRoute Absolute Return Balanced</li> <li>Monega Rohstoffe</li> <li>◦ Sonstige Investmentvermögen</li> <li>Compound Interest</li> <li>Falkenstein Fonds</li> <li>Intrinsic</li> <li>Monega Mikrofinanz &amp; Impact Fonds</li> <li>nordIX European Consumer Credit Fonds</li> <li>Partners Fund</li> <li>Rubicon Stockpicker Fund</li> <li>Truffle</li> </ul> <p>c) Alternative Spezial-Investmentvermögen (Spezial-AIF)</p> <p>Die Gesellschaft verwaltet zudem 25 Spezial-Investmentvermögen.</p> |
|---|--|

## Allgemeine Anlagebedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH, Köln, (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für die von der Gesellschaft verwalteten Sonstigen Sondervermögen, die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sonstige Sondervermögen aufgestellten „Besonderen Anlagebedingungen“ gelten.

### § 1 Grundlagen

1. Die Gesellschaft ist eine AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft und unterliegt den Vorschriften des Kapitalanlagegesetzbuchs („KAGB“).
2. Die Gesellschaft legt das bei ihr eingelegte Geld im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in den nach dem KAGB zugelassenen Vermögensgegenständen gesondert vom eigenen Vermögen eines sonstigen Sondervermögens an. Über die sich hieraus ergebenden Rechte der Anleger werden Sammelurkunden ausgestellt.
3. Der Geschäftszweck des Sonstigen Sondervermögens ist auf die Kapitalanlage gemäß einer festgelegten Anlagestrategie im Rahmen einer kollektiven Vermögensverwaltung mittels der bei ihm eingelegten Mittel beschränkt; eine operative Tätigkeit und eine aktive unternehmerische Bewirtschaftung der gehaltenen Vermögensgegenstände ist ausgeschlossen.
4. Das Rechtsverhältnis zwischen der Gesellschaft und dem Anleger richtet sich nach den Allgemeinen Anlagebedingungen („AABen“) und den Besonderen Anlagebedingungen („BABen“) des Sonstigen Sondervermögens und dem KAGB.

### § 2 Verwahrstelle

1. Die Gesellschaft bestellt für das Sonstige Sondervermögen eine Einrichtung i.S.d. § 80 Absatz 2 KAGB als Verwahrstelle; die Verwahrstelle handelt unabhängig von der Gesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anleger.
2. Die Aufgaben und Pflichten der Verwahrstelle richten sich nach dem mit der Gesellschaft geschlossenen Verwahrstellenvertrag, dem KAGB und den Anlagebedingungen.
3. Die Verwahrstelle kann Verwahrungsaufgaben nach Maßgabe des § 82 KAGB und unter Beachtung des § 36 Absatz 3 Nr. 1 KAGB auf ein anderes Unternehmen (Unterverwahrer) auslagern. Näheres hierzu enthält der Verkaufsprospekt.
4. Die Verwahrstelle haftet gegenüber dem Sonstigen Sondervermögen oder gegenüber den Anlegern für das Abhandenkommen eines verwahrten Finanzinstrumentes im Sinne des § 81 Absatz 1 Nr. 1 KAGB durch die Verwahrstelle oder durch einen Unterverwahrer, dem die Verwahrung von Finanzinstrumenten nach § 82 Absatz 1 KAGB übertragen wurde. Die Verwahrstelle haftet nicht, wenn sie nachweisen kann, dass das Abhandenkommen auf äußere Ereignisse zurückzuführen ist, deren Konsequenzen trotz aller angemessenen Gegenmaßnahmen unabwendbar waren. Weitergehende Ansprüche, die sich aus den Vorschriften des bürgerlichen Rechts auf Grund von Verträgen oder unerlaubten Handlungen ergeben, bleiben unberührt. Die Verwahrstelle haftet auch gegenüber dem Sonstigen Sondervermögen oder den Anlegern für sämtliche sonstigen Verluste, die diese dadurch erleiden, dass die Verwahrstelle fahrlässig oder vorsätzlich ihre Verpflichtungen nach den Vorschriften des KAGB nicht erfüllt. Die Haftung der Verwahrstelle bleibt von einer etwaigen Übertragung der Verwahrungsaufgaben nach Absatz 3 Satz 1 unberührt.

### § 3 Fondsverwaltung

1. Die Gesellschaft erwirbt und verwaltet die Vermögensgegenstände im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger mit der gebotenen Sachkenntnis, Redlichkeit, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit. Sie handelt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Verwahrstelle und ausschließlich im Interesse der Anleger.
2. Die Gesellschaft ist berechtigt, mit dem von den Anlegern eingelegten Geld die Vermögensgegenstände zu erwerben, diese wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen. Sie ist ferner ermächtigt, alle sich aus der Verwaltung der Vermögensgegenstände ergebenden sonstigen Rechtshandlungen vorzunehmen.
3. Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger weder Gelddarlehen gewähren noch Verpflichtungen aus einem Bürgschafts- oder einem Garantievertrag eingehen; sie darf keine Vermögensgegenstände nach Maßgabe der §§ 193, 194 und 196 KAGB verkaufen, die im Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht zum Sonstigen Sondervermögen gehören. § 197 KAGB bleibt unberührt.

### § 4 Anlagegrundsätze

Das Sonstige Sondervermögen wird unmittelbar oder mittelbar nach dem Grundsatz der Risikomischung angelegt. Die Gesellschaft soll für das Sonstige Sondervermögen nur solche Vermögensgegenstände erwerben, die Ertrag und/oder Wachstum erwarten lassen. Sie bestimmt in den BABen, welche Vermögensgegenstände für das Sonstige Sondervermögen erworben werden dürfen.

### § 5 Wertpapiere

Sofern die BABen keine weiteren Einschränkungen vorsehen, darf die Gesellschaft vorbehaltlich des § 198 KAGB für Rechnung des Sondervermögens Wertpapiere nur erwerben, wenn

- a. sie an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind,
- b. sie ausschließlich an einer Börse außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („Bundesanstalt“) zugelassen ist<sup>1</sup>,
- c. ihre Zulassung an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel oder ihre Zulassung an einem organisierten Markt oder ihre Einbeziehung in diesen Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum nach den Ausgäbebedingungen zu beantragen ist, sofern die Zulassung oder Einbeziehung dieser Wertpapiere innerhalb eines Jahres nach ihrer Ausgabe erfolgt,
- d. ihre Zulassung an einer Börse zum Handel oder ihre Zulassung an einem organisierten Markt oder die Einbe-

<sup>1</sup> Die Börsenliste („Liste der zugelassenen Börsen und der anderen organisierten Märkte gemäß § 193 Abs. 1 Nr. 2 und 4 KAGB“) wird auf der Homepage der Bundesanstalt veröffentlicht (<http://www.bafin.de>).

- ziehung in diesen Markt außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum nach den Ausgabebedingungen zu beantragen ist, sofern die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes von der Bundesanstalt zugelassen ist und die Zulassung oder Einbeziehung dieser Wertpapiere innerhalb eines Jahres nach ihrer Ausgabe erfolgt,
- e. sie Aktien sind, die dem Sonstigen Sondervermögen bei einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln zustehen,
  - f. sie in Ausübung von Bezugsrechten, die zum Sonstigen Sondervermögen gehören, erworben wurden,
  - g. sie Anteile an geschlossenen Fonds sind, die die in § 193 Absatz 1 Satz 1 Nr. 7 KAGB genannten Kriterien erfüllen,
  - h. sie Finanzinstrumente sind, die die in § 193 Absatz 1 Satz 1 Nr. 8 KAGB genannten Kriterien erfüllen.

Der Erwerb von Wertpapieren nach Satz 1 lit. a) bis d) darf nur erfolgen, wenn zusätzlich die Voraussetzungen des § 193 Absatz 1 Satz 2 KAGB erfüllt sind. Erwerbbar sind auch Bezugsrechte, die aus Wertpapieren herrühren, welche ihrerseits nach diesem § 5 erwerbbar sind.

## § 6 Geldmarktinstrumente

1. Sofern die BABen keine weiteren Einschränkungen vorsehen, darf die Gesellschaft vorbehaltlich des § 198 KAGB für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens Instrumente, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, sowie verzinsliche Wertpapiere, die zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für das Sonstige Sondervermögen eine restliche Laufzeit von höchstens 397 Tagen haben, deren Verzinsung nach den Ausgabebedingungen während ihrer gesamten Laufzeit regelmäßig, mindestens aber einmal in 397 Tagen, marktgerecht angepasst wird oder deren Risikoprofil dem Risikoprofil solcher Wertpapiere entspricht („Geldmarktinstrumente“), erwerben.

Geldmarktinstrumente dürfen für das Sonstige Sondervermögen nur erworben werden, wenn sie

- a. an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder dort an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind,
- b. ausschließlich an einer Börse außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder dort an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes von der Bundesanstalt zugelassen ist<sup>1</sup>,
- c. von der Europäischen Union, dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, einem anderen Mitgliedstaat oder einer anderen zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat dieses Bundesstaates oder von einer internationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der mindestens ein Mitgliedstaat der

Europäischen Union angehört, begeben oder garantiert werden,

- d. von einem Unternehmen begeben werden, dessen Wertpapiere auf den unter den lit. a) und b) bezeichneten Märkten gehandelt werden,
  - e. von einem Kreditinstitut, das nach den im Recht der Europäischen Union festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Kreditinstitut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der Bundesanstalt denjenigen des Rechts der Europäischen Union gleichwertig sind, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert werden, oder
  - f. von anderen Emittenten begeben werden und diese den Anforderungen des § 194 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 KAGB entsprechen.
2. Geldmarktinstrumente im Sinne des Absatzes 1 dürfen nur erworben werden, wenn sie die jeweiligen Voraussetzungen des § 194 Absatz 2 und 3 KAGB erfüllen.

## § 7 Bankguthaben

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens Bankguthaben halten, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben. Die auf Sperrkonten zu führenden Guthaben können bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum unterhalten werden; die Guthaben können auch bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der Bundesanstalt denjenigen des Rechts der Europäischen Union gleichwertig sind, gehalten werden. Sofern in den BABen nichts anderes bestimmt ist, können die Bankguthaben auch auf Fremdwährung laufen.

## § 8 Investmentanteile

1. Sofern in den BABen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens Anteile an Investmentvermögen gemäß der Richtlinie 2009/65/EG (OGAW-Richtlinie) erwerben. Anteile an anderen inländischen Sondervermögen und Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital sowie Anteile an offenen EU-AIF und

ausländischen offenen AIF, können erworben werden, sofern sie die Anforderungen des § 196 Absatz 1 Satz 2 KAGB erfüllen.

2. Sofern in den BABen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft darüber hinaus Anteile an Publikums-Sondervermögen nach Maßgabe der §§ 218 und 219 KAGB (Gemischte Sondervermögen), Aktien von Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital, deren Satzung eine einem Gemischten Sondervermögen vergleichbare Anlageform vorsieht, sowie Anteile oder Aktien an entsprechenden EU-Investmentvermögen oder ausländischen AIF erwerben.
3. Anteile an Investmentvermögen gemäß Absatz 1 und 2 darf die Gesellschaft nur erwerben, wenn diese nach den Anlagebedingungen oder der Satzung der Kapitalverwaltungsgesellschaft, der Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital, des EU-Investmentvermögens, der EU-Verwaltungsgesellschaft, des ausländischen AIF oder der ausländischen AIF-Verwaltungsgesellschaft insgesamt höchstens 10 Prozent des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen inländischen Sondervermögen, Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen AIF anlegen.
4. Sofern in den BABen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft zusätzlich Anteile an Publikums-Sondervermögen nach Maßgabe der §§ 220 bis 224 KAGB (Sonstige Sonder-

<sup>1</sup> siehe Fußnote 1



vermögen), Aktien von Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital, deren Satzung eine einem Sonstigen Sondervermögen vergleichbare Anlageform vorsieht, sowie Anteile oder Aktien an vergleichbaren EU- oder ausländischen AIF erwerben.

5. Anteile oder Aktien an Investmentvermögen gemäß Absatz 4 dürfen nur erworben werden, wenn deren Vermögensgegenstände von einer Verwahrstelle verwahrt werden oder die Funktionen der Verwahrstelle von einer anderen vergleichbaren Einrichtung

wahrgenommen werden und soweit diese Investmentvermögen ihre Mittel nicht ihrerseits in Anteile oder Aktien an anderen Sonstigen Sondervermögen sowie an entsprechenden EU-AIF oder ausländischen AIF investieren. Die Gesellschaft darf nicht in Anteile an ausländischen offenen Investmentvermögen aus Staaten anlegen, die bei der Bekämpfung der Geldwäsche nicht im Sinne internationaler Vereinbarungen kooperieren.

6. Darüber hinaus darf das Sonstige Sondervermögen Anteile oder Aktien an folgenden Investmentvermögen weiter halten, soweit diese zulässig vor dem 22. Juli 2013 nach den untenstehenden Regelungen erworben wurden:

- a. Immobilien-Sondervermögen gemäß § 66 des Investmentgesetzes in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung (InvG) (auch nach deren Umstellung auf das KAGB) sowie mit solchen Sondervermögen vergleichbaren EU- oder ausländischen Investmentvermögen, und
- b. Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken nach § 112 InvG und/oder Aktien von Investmentaktiengesellschaften, deren Satzung eine dem § 112 InvG vergleichbare Anlageform vorsieht (auch nach deren Umstellung auf das KAGB) sowie mit solchen Investmentvermögen vergleichbaren EU- oder ausländischen Investmentvermögen.

## § 9 Derivate

1. Sofern in den BABen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft im Rahmen der Verwaltung des Sonstigen Sondervermögens Derivate und Finanzinstrumente mit derivativer Komponente einsetzen. Sie darf - der Art und dem Umfang der eingesetzten Derivate und Finanzinstrumente mit derivativer Komponente entsprechend - zur Ermittlung der Auslastung der nach § 197 Absatz 2 KAGB festgesetzten Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten und Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente entweder den einfachen oder den qualifizierten Ansatz im Sinne der gemäß § 197 Absatz 3 KAGB erlassenen „Verordnung über Risikomanagement und Risikomessung beim Einsatz von Derivaten, Wertpapier-Darlehen und Pensionsgeschäften in Investmentvermögen nach dem Kapitalanlagegesetzbuch“ („DerivateV“) nutzen; Erläuterungen hierzu enthält der Verkaufsprospekt.
2. Sofern die Gesellschaft den einfachen Ansatz nutzt, darf sie regelmäßig nur Grundformen von Derivaten, Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente oder Kombinationen aus diesen Derivaten und Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente sowie gemäß § 197 Absatz 1 Satz 1 KAGB zulässigen Basiswerten im Sonstigen Sondervermögen einsetzen. Komplexe Derivate mit gemäß § 197 Absatz 1 Satz 1 KAGB zulässigen Basiswerten dürfen nur zu einem vernachlässigbaren Anteil eingesetzt werden. Der nach Maßgabe von § 16 DerivateV zu ermittelnde Anrechnungsbetrag des Sonstigen Sondervermögens für das Marktrisiko darf zu keinem Zeitpunkt den Wert des Sonstigen Sondervermögens übersteigen.

Grundformen von Derivaten sind:

- a. Terminkontrakte auf die Basiswerte nach § 197 Absatz 1 KAGB mit der Ausnahme von Investmentanteilen nach § 196 KAGB;
- b. Optionen oder Optionsscheine auf die Basiswerte nach § 197 Absatz 1 KAGB mit der Ausnahme von Investmentanteilen nach § 196 KAGB und auf Terminkontrakten nach lit. a), wenn sie die folgenden Eigenschaften aufweisen:
  - aa. eine Ausübung ist entweder während der gesamten Laufzeit oder zum Ende der Laufzeit möglich und
  - bb. der Optionswert hängt zum Ausübungszeitpunkt linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen Basispreis und Marktpreis des Basiswerts ab und wird null, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat;
- c. Zins-Swaps, Währungs-Swaps oder Zins-Währungs-swaps;
- d. Optionen auf Swaps nach lit. c), sofern sie die in lit. b) unter lit. aa) und bb) beschriebenen Eigenschaften aufweisen (Swaptions);
- e. Credit Default Swaps, die sich auf einen einzelnen Basiswert beziehen (Single Name Credit Default Swaps).

3. Sofern die Gesellschaft den qualifizierten Ansatz nutzt, darf sie - vorbehaltlich eines geeigneten Risikomanagementsystems - in jegliche Finanzinstrumente mit derivativer Komponente oder Derivate investieren.

Hierbei darf der dem Sonstigen Sondervermögen zuzuordnende potenzielle Risikobetrag für das Marktrisiko („Risikobetrag“) zu keinem Zeitpunkt das Zweifache des potenziellen Risikobetrags für das Marktrisiko des zugehörigen Vergleichsvermögens gemäß § 9 der DerivateV übersteigen. Alternativ darf der Risikobetrag zu keinem Zeitpunkt 20 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens übersteigen.

4. Unter keinen Umständen darf die Gesellschaft bei diesen Geschäften von den in den Anlagebedingungen oder von den im Verkaufsprospekt genannten Anlagegrundsätzen und -grenzen abweichen.
5. Die Gesellschaft wird Derivate und Finanzinstrumente mit derivativer Komponente zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfoliosteuerung und der Erzielung von Zusatzerträgen einsetzen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anleger für geboten hält.
6. Bei der Ermittlung der Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten und Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente darf die Gesellschaft jederzeit gemäß § 6 Satz 3 der DerivateV zwischen dem einfachen und dem qualifizierten Ansatz wechseln. Der Wechsel bedarf nicht der Genehmigung durch die Bundesanstalt, die Gesellschaft hat den Wechsel jedoch unverzüglich der Bundesanstalt anzuzeigen und im nächstfolgenden Halbjahres- oder Jahresbericht bekannt zu machen.
7. Beim Einsatz von Derivaten und Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente wird die Gesellschaft die DerivateV beachten.

## § 10 Sonstige Anlageinstrumente

1. Sofern in den BABen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft für das Sonstige Sondervermögen anlegen in

- a. Unternehmensbeteiligungen, soweit diese zulässig vor dem 22.07.2013 erworben wurden und der Verkehrswert der Beteiligungen ermittelt werden kann, und
  - b. Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 198 KAGB.
2. Sofern in den BABen nichts Anderweitiges bestimmt ist, darf die Gesellschaft für das Sonstige Sondervermögen Edelmetalle gemäß § 221 Absatz 1 Nr. 3 KAGB, unverbrieft Darlehensforderungen gemäß § 221 Absatz 1 Nr. 4 KAGB sowie Kryptowerte gemäß § 221 Absatz 1 Nr. 5 KAGB erwerben.

## § 11 Anlagegrenzen

1. Bei der Verwaltung hat die Gesellschaft die im KAGB, in der DerivateV und in den Anlagebedingungen festgelegten Grenzen und Beschränkungen zu beachten.
2. Die Gesellschaft darf in Anteile oder Aktien gemäß § 8 Absatz 4 nur bis zu 30 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens anlegen. Auf diese Grenze sind Anteile oder Aktien, die das Sonstige Sondervermögen gemäß § 8 Absatz 6 b) hält, anzurechnen. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens nicht in mehr als zwei Investmentvermögen gemäß § 8 Absatz 4 vom gleichen Emittenten oder Fondsmanager investieren.
3. Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass der Anteil der für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens gehaltenen Edelmetalle, Derivate und unverbrieften Darlehensforderungen einschließlich solcher, die als sonstige Anlageinstrumente im Sinne des § 198 KAGB erwerbbar sind, 30 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens nicht übersteigt. Derivate im Sinne des § 197 Absatz 1 KAGB werden auf diese Grenze nicht angerechnet. Zudem muss die Gesellschaft sicherstellen, dass der Anteil der für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens gehaltenen Kryptowerte 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens nicht übersteigt.
4. Anlagen gemäß § 10 Abs. 1 dürfen 20 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens nicht übersteigen.
5. Die Gesellschaft darf die in Absätzen 2 bis 4 sowie § 15 bestimmten Grenzen in den ersten sechs Monaten seit Errichtung des Sonstigen Investmentvermögens sowie nach vollzogener Verschmelzung durch das übernehmende Sonstige Investmentvermögen jeweils unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung überschreiten.

## § 12 Verschmelzung

1. Die Gesellschaft darf nach Maßgabe der §§ 181 bis 191 KAGB
  - a. sämtliche Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten des Sonstigen Sondervermögens auf ein anderes bestehendes oder ein neues, dadurch gegründetes Sondervermögen oder eine Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital übertragen;
  - b. sämtliche Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten eines anderen offenen Investmentvermögens oder einer Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital in das Sonstige Sondervermögen aufnehmen.
2. Die Verschmelzung bedarf der Genehmigung der Bundesanstalt. Die Einzelheiten des Verfahrens ergeben sich aus den §§ 182 bis 191 KAGB.

## § 13 Wertpapier-Darlehen

1. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens einem Wertpapier-Darlehensnehmer gegen ein marktge-

rechtes Entgelt nach Übertragung ausreichender Sicherheiten gemäß § 200 Absatz 2 KAGB ein Wertpapier-Darlehen auf unbestimmte oder bestimmte Zeit gewähren. Der Kurswert der zu übertragenden Wertpapiere darf zusammen mit dem Kurswert der für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens demselben Wertpapier-Darlehensnehmer einschließlich konzernangehöriger Unternehmen im Sinne des § 290 Handelsgesetzbuch bereits als Wertpapier-Darlehen übertragene Wertpapiere 10 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens nicht übersteigen. Sofern für die Rückerstattung des Wertpapierdarlehens eine Zeit bestimmt ist, muss die Rückerstattung spätestens 30 Tage nach der Übertragung der Wertpapiere fällig sein. Der Kurswert der für eine bestimmte Zeit zu übertragende Wertpapiere darf zusammen mit dem Kurswert der für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens bereits als Wertpapier-Darlehen für eine bestimmte Zeit übertragene Wertpapiere 15 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens nicht übersteigen.

2. Werden die Sicherheiten für die übertragenen Wertpapiere vom Wertpapier-Darlehensnehmer in Guthaben erbracht, müssen die Guthaben auf Sperrkonten gemäß § 200 Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 KAGB unterhalten werden. Alternativ darf die Gesellschaft von der Möglichkeit Gebrauch machen, diese Guthaben in der Währung des Guthabens in folgende Vermögensgegenstände anzulegen:
  - a. In Schuldverschreibungen, die eine hohe Qualität aufweisen und die vom Bund, einem Land, der Europäischen Union, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder seinen Gebietskörperschaften, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder einem Drittstaat ausgegeben worden sind,
  - b. In Geldmarktfonds mit kurzer Laufzeitstruktur entsprechend den von der Bundesanstalt auf Grundlage des § 4 Absatz 2 KAGB erlassenen Richtlinien, oder
  - c. im Wege eines umgekehrten Pensionsgeschäfts mit einem Kreditinstitut, das die jederzeitige Rückforderung des aufgelaufenen Guthabens gewährleistet.

Die Erträge aus der Anlage der Sicherheiten stehen dem Sondervermögen zu.

3. Die Gesellschaft kann sich auch eines von einer Wertpapiersammelbank organisierten Systems zur Vermittlung und Abwicklung der Wertpapier-Darlehen bedienen, welches von den Anforderungen nach § 200 Absatz 1 Satz 3 KAGB abweicht.
4. Sofern in den BABen nichts Anderweitiges bestimmt ist, darf die Gesellschaft Wertpapier-Darlehen auch in Bezug auf Geldmarktinstrumente und Investmentanteile gewähren, sofern diese Vermögensgegenstände für das Sonstige Sondervermögen erwerbbar sind. Die Regelungen der Absätze 1 bis 3 gelten hierfür sinngemäß.

## § 14 Pensionsgeschäfte

1. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens Wertpapier-Pensionsgeschäfte im Sinne von § 340b Absatz 2 Handelsgesetzbuch gegen Entgelt mit Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten auf der Grundlage standardisierter Rahmenverträge abschließen.
2. Die Pensionsgeschäfte müssen Wertpapiere zum Gegenstand haben, die nach den Anlagebedingungen für das Sonstige Sondervermögen erworben werden dürfen.
3. Die Pensionsgeschäfte dürfen höchstens eine Laufzeit von 12 Monaten haben.
4. Sofern in den BABen nichts Anderweitiges bestimmt ist, darf die

Gesellschaft Pensionsgeschäfte auch in Bezug auf Geldmarktinstrumente und Investmentanteile abschließen, sofern diese Vermögensgegenstände für das Sonstige Sondervermögen erwerbbar sind. Die Regelungen der Absätze 1 bis 3 gelten hierfür sinngemäß.

## § 15 Kreditaufnahme

Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 20 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens aufnehmen, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Verwahrstelle der Kreditaufnahme zustimmt.

## § 16 Anteile

1. Die Anteile am Sonstigen Sondervermögen lauten auf den Inhaber und werden in Anteilscheinen verbrieft oder als elektronische Anteilscheine begeben.
2. Verbriefte Anteilscheine werden in einer Sammelurkunde verbrieft; die Ausgabe von Einzelurkunden ist ausgeschlossen. Mit dem Erwerb eines Anteils am Sonstigen Sondervermögen erwirbt der Anleger einen Miteigentumsanteil an der Sammelurkunde. Dieser ist übertragbar, soweit in den BABen nichts Abweichendes geregelt ist. Mit der Übertragung eines Anteils gehen die in ihm verbrieften Rechte über. Der Gesellschaft gegenüber gilt in jedem Falle der Inhaber des Anteils als der Berechtigte.
3. Die Anteile können verschiedene Ausgestaltungsmerkmale, insbesondere hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlages, des Rücknahmeabschlages, der Währung des Anteilwertes, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme oder einer Kombination dieser Merkmale (Anteilklassen) haben. Die Einzelheiten sind in den BABen festgelegt.

## § 17 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, Rückgabefristen, Beschränkung und Aussetzung der Rücknahme

1. Die Anzahl der ausgegebenen Anteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Gesellschaft behält sich vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen.
2. Die Anteile können bei der Gesellschaft, der Verwahrstelle oder durch Vermittlung Dritter erworben werden. Die BABen können vorsehen, dass Anteile nur von bestimmten Anlegern erworben und gehalten werden dürfen.
3. Die Anleger können von der Gesellschaft jederzeit die Rücknahme der Anteile verlangen, soweit die BABen keine abweichende Regelung vorsehen. Die Besonderen Anlagebedingungen können Rückgabefristen vorsehen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens zurückzunehmen. Rücknahmestelle ist die Verwahrstelle.
4. Soweit in den BABen nichts Abweichendes geregelt ist, bleibt der Gesellschaft jedoch vorbehalten, die Rücknahme von Anteilen für bis zu 15 Arbeitstage zu beschränken, wenn die Rückgabeverlangen der Anleger einen Schwellenwert erreichen, ab dem die Rückgabeverlangen aufgrund der Liquiditätssituation der Vermögensgegenstände des Sondervermögens nicht mehr im Interesse der Gesamtheit der Anleger ausgeführt werden können. Der Schwellenwert ist in den BABen festgelegt. Er beschreibt das Rückgabeverlangen prozentual zum Nettoinventarwert des Sondervermögens.

In diesem Fall wird die Gesellschaft dem Rückgabeverlangen je Anleger nur anteilig entsprechen, im Übrigen entfällt die Rücknahmepflicht. Dies bedeutet, dass jede Rücknahmeorder nur anteilig ausgeführt wird. Der nicht ausgeführte Teil der Order

(Restorder) wird von der Gesellschaft auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt, sondern verfällt (Pro-Rata-Ansatz mit Verfall der Restorder).

Weitere Einzelheiten zum Verfahrensablauf der Rücknahmebeschränkung sind dem Verkaufsprospekt zu entnehmen. Die Gesellschaft hat die Beschränkung der Rücknahme der Anteile sowie deren Aufhebung unverzüglich auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen.

5. Der Gesellschaft bleibt zudem vorbehalten, die Rücknahme der Anteile gemäß § 98 Absatz 2 KAGB auszusetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen.
6. Die Gesellschaft hat die Anleger durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den in dem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien über die Aussetzung gemäß Absatz 5 und die Wiederaufnahme der Rücknahme zu unterrichten. Die Anleger sind über die Aussetzung und Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile unverzüglich nach der Bekanntmachung im Bundesanzeiger mittels eines dauerhaften Datenträgers zu unterrichten.

## § 18 Ausgabe- und Rücknahmepreise

1. Soweit in den BABen nichts Abweichendes geregelt ist, wird zur Ermittlung des Ausgabe- und Rücknahmepreises der Anteile die Summe der Verkehrswerte der zu dem Sonstigen Sondervermögen gehörenden Vermögensgegenstände abzüglich der aufgenommenen Kredite und sonstigen Verbindlichkeiten („Nettoinventarwert“) ermittelt und durch die Zahl der umlaufenden Anteile geteilt („Anteilwert“). Werden gemäß § 16 Absatz 3 unterschiedliche Anteilklassen für das Sonstige Sondervermögen eingeführt, ist der Anteilwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis für jede Anteilklasse gesondert zu ermitteln.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt gemäß §§ 168 und 169 KAGB und der Kapitalanlage-Rechnungslegungs- und Bewertungsverordnung („KARBV“).

2. Der Ausgabepreis entspricht dem Anteilwert am Sonstigen Sondervermögen gegebenenfalls zuzüglich eines in den BABen festzusetzenden Ausgabeaufschlages gemäß § 165 Absatz 2 Nr. 8 KAGB. Der Rücknahmepreis entspricht dem Anteilwert am Sonstigen Sondervermögen gegebenenfalls abzüglich eines in den BABen festzusetzenden Rücknahmeabschlages gemäß § 165 Absatz 2 Nr. 8 KAGB.
3. Der Abrechnungsstichtag für Anteilerwerbs- und Rücknahmeaufträge ist spätestens der auf den Eingang des Anteilerwerbs- bzw. Rücknahmeauftrags folgende Wertermittlungstag, soweit in den BABen nichts anderes bestimmt ist.
4. Der Nettoinventarwert, der Anteilwert sowie die Ausgabe- und Rücknahmepreise werden bei jeder Ausgabe und Rücknahme von Anteilen ermittelt (Wertermittlungstag). Grundsätzlich sind dies die Bankgeschäftstage, also Montag bis Freitag, außer an gesetzlichen Feiertagen am Sitz der Gesellschaft und außer am 24. und 31. Dezember, soweit in den BABen nichts Abweichendes geregelt ist. Gesetzliche Feiertage am Sitz der Gesellschaft sind: Neujahr (1. Januar), Karfreitag, Ostermontag, Maifeiertag (1. Mai), Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam, Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober), 1. und 2. Weihnachtsfeiertag. Zusätzlich können in den BABen weitere Tage angegeben sein, an denen eine Wertermittlung unterbleibt.

## § 19 Kosten

In den BABen werden die Aufwendungen und die der Gesellschaft, der Verwahrstelle und Dritten zustehenden Vergütungen, die dem

Sonstigen Sondervermögen belastet werden können, genannt. Es erfolgt eine Abgrenzung der Kosten, so dass bis zu deren Entnahme eine Verbindlichkeit beim Sondervermögen entsteht und der tatsächliche Entnahmepunkt keinen Einfluss auf den Nettoinventarwert hat. Für Vergütungen im Sinne von Satz 1 ist in den BABen darüber hinaus anzugeben, nach welcher Methode, in welcher Höhe und aufgrund welcher Berechnung sie zu leisten sind.

## § 20 Besondere Informationspflichten gegenüber den Anlegern

Die Gesellschaft wird den Anleger gemäß den §§ 300, 308 Absatz 4 KAGB informieren. Die Einzelheiten sind in den BABen festgelegt.

## § 21 Rechnungslegung

1. Spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres des Sonstigen Sondervermögens macht die Gesellschaft einen Jahresbericht einschließlich Ertrags- und Aufwandsrechnung gemäß § 101 Absatz 1 bis 3 KAGB bekannt.
2. Spätestens zwei Monate nach der Mitte des Geschäftsjahres macht die Gesellschaft einen Halbjahresbericht gemäß § 103 KAGB bekannt.
3. Wird das Recht zur Verwaltung des Sonstigen Sondervermögens während des Geschäftsjahres auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen oder das Sonstige Sondervermögen während des Geschäftsjahres auf ein anderes Investmentvermögen verschmolzen, so hat die Gesellschaft auf den Übertragungstichtag einen Zwischenbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht gemäß Absatz 1 entspricht.
4. Wird das Sonstige Sondervermögen abgewickelt, hat die Verwahrstelle jährlich sowie auf den Tag, an dem die Abwicklung beendet ist, einen Abwicklungsbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht gemäß Absatz 1 entspricht.
5. Die Berichte sind bei der Gesellschaft und der Verwahrstelle und weiteren Stellen, die im Verkaufsprospekt und im Basisinformationsblatt anzugeben sind, erhältlich; sie werden ferner im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

## § 22 Kündigung und Abwicklung des Sondervermögens

1. Die Gesellschaft kann die Verwaltung des Sonstigen Sondervermögens mit einer Frist von mindestens sechs Monaten durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht kündigen. Die Anleger sind über eine nach Satz 1 bekannt gemachte Kündigung mittels eines dauerhaften Datenträgers unverzüglich zu unterrichten.
2. Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Gesellschaft, das Sonstige Sondervermögen zu verwalten. In diesem Falle geht das Sonstige Sondervermögen bzw. das Verfügungsrecht über das Sonstige Sondervermögen auf die Verwahrstelle über, die es abzuwickeln und an die Anleger zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung hat die Verwahrstelle einen Anspruch auf Vergütung ihrer Abwicklungstätigkeit, sowie auf Ersatz ihrer Aufwendungen, die für die Abwicklung erforderlich sind. Mit Genehmigung der Bundesanstalt kann die Verwahrstelle von der Abwicklung und Verteilung absehen und einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft die Verwaltung des Sonstigen Sondervermögens nach Maßgabe der bisherigen Anlagebedingungen übertragen.
3. Die Gesellschaft hat auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht nach Maßgabe des § 99 KAGB erlischt, einen Auflösungsbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht nach § 21 Absatz 1 entspricht.

## § 23 Wechsel der Kapitalverwaltungsgesellschaft und der Verwahrstelle

1. Die Gesellschaft kann das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über das Sonstige Sondervermögen auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen. Die Übertragung bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Bundesanstalt.
2. Die genehmigte Übertragung wird im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht bekannt gemacht. Die Anleger sind über eine nach Satz 1 bekannt gemachte Übertragung unverzüglich mittels eines dauerhaften Datenträgers zu unterrichten. Die Übertragung wird frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung im Bundesanzeiger wirksam.
3. Die Gesellschaft kann die Verwahrstelle für das Sonstige Sondervermögen wechseln. Der Wechsel bedarf der Genehmigung der Bundesanstalt.

## § 24 Änderungen der Anlagebedingungen

1. Die Gesellschaft kann die Anlagebedingungen ändern.
2. Änderungen der Anlagebedingungen bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Bundesanstalt. Soweit die Änderungen nach Satz 1 Anlagegrundsätze des Sonstigen Sondervermögens betreffen, bedürfen sie der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft.
3. Sämtliche vorgesehenen Änderungen werden im Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den im Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht. In einer Veröffentlichung nach Satz 1 ist auf die vorgesehenen Änderungen und ihr Inkrafttreten hinzuweisen. Im Falle von anlegerbenachteiligenden Kostenänderungen im Sinne des § 162 Absatz 2 Nr. 11 KAGB, oder anlegerbenachteiligenden Änderungen in Bezug auf wesentliche Anlegerrechte sowie im Falle von Änderungen der Anlagegrundsätze des Sonstigen Sondervermögens im Sinne des § 163 Absatz 3 KAGB sind den Anlegern zeitgleich mit der Bekanntmachung nach Satz 1 die wesentlichen Inhalte der vorgesehenen Änderungen der Anlagebedingungen und ihre Hintergründe sowie eine Information über ihre Rechte nach § 163 Absatz 3 KAGB in einer verständlichen Art und Weise mittels eines dauerhaften Datenträgers gemäß § 163 Absatz 4 KAGB zu übermitteln. Im Falle von Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze sind die Anleger zusätzlich über ihre Rechte nach § 163 Absatz 3 KAGB zu informieren.
4. Die Änderungen treten frühestens am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Bundesanzeiger in Kraft, im Falle von Änderungen der Kosten und der Anlagegrundsätze jedoch nicht vor Ablauf von vier Wochen nach der entsprechenden Bekanntmachung.

## § 25 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist der Sitz der Gesellschaft.

## § 25a Streitbeilegungsverfahren

Die Gesellschaft hat sich zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle verpflichtet.

Bei Streitigkeiten können Verbraucher die „Ombudsstelle für Investmentfonds des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.“ als zuständige Verbraucherschlichtungsstelle anrufen. Die Gesellschaft nimmt an Streitbeilegungsverfahren vor dieser Schlichtungsstelle teil.

Die Kontaktdaten der „Ombudsstelle für Investmentfonds“ lauten:

Büro der Ombudsstelle des BVI  
Bundesverband Investment und Asset Management e.V.



Unter den Linden 42  
10117 Berlin  
[www.ombudsstelle-investmentfonds.de](http://www.ombudsstelle-investmentfonds.de)

Die Europäische Kommission hat unter [www.ec.europa.eu/consumers/odr](http://www.ec.europa.eu/consumers/odr) eine europäische Online-Streitbelegungsplattform eingerichtet. Verbraucher können diese für die außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten aus Online-Kaufverträgen oder Online-Dienstleistungsverträgen nutzen. Die E-Mail-Adresse der Gesellschaft lautet: [info@monega.de](mailto:info@monega.de).

## Besondere Anlagebedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für das von der Gesellschaft verwaltete Sonstige Sondervermögen

### nordIX European Consumer Credit Fonds,

die nur in Verbindung mit den von der Gesellschaft aufgestellten Allgemeinen Anlagebedingungen für Sonstige Sondervermögen ("AABen") gelten.

## ANLAGEGRUNDSÄTZE UND ANLAGEGRENZEN

### § 26 Vermögensgegenstände

1. Die Gesellschaft darf für das Sonstige Sondervermögen folgende Vermögensgegenstände in- und ausländischer Emittenten erwerben:
  1. Wertpapiere gemäß § 5 der AABen,
  2. Geldmarktinstrumente gemäß § 6 der AABen,
  3. Bankguthaben gemäß § 7 der AABen,
  4. Derivate gemäß § 9 der AABen, ohne dabei die Erwerbsbeschränkungen des § 197 Absatz 1 KAGB beachten zu müssen,
  5. sonstige Anlageinstrumente gemäß § 10 Absatz 1 der AABen,
  6. unverbriefte Darlehensforderungen gemäß § 10 Absatz 2 der AABen.
2. Wertpapier-Darlehens- oder Pensionsgeschäfte gemäß den §§ 13 und 14 der AABen werden nicht abgeschlossen. Anteile oder Aktien an Investmentvermögen gemäß § 8 der AABen, Edelmetalle im Sinne des § 10 Absatz 2 Alt. 1 der AABen sowie Kryptowerte im Sinne des § 10 Absatz 2 Alt. 3 der AABen dürfen nicht erworben werden.

### § 27 Anlagegrundsätze und Anlagegrenzen

#### (1) Anlagegrundsätze / Anlageschwerpunkt

Die Gesellschaft muss insgesamt mindestens 75 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens in Kreditverbriefungen, denen Konsumentenkredite zugrunde liegen, investieren, die gemäß den nachfolgend aufgeführten Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Die den Verbriefungen zugrundeliegenden Konsumentenkredite werden von Kreditplattformen jenseits des klassischen Banksektors vergeben, die ausgewählte Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN SDG) unterstützen. Hierbei handelt es sich insbesondere um Ziel 8: „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“, und das Unterziel 8.10: „Die Kapazitäten der nationalen Finanzinstitutionen stärken, um den Zugang zu Bank-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen für alle zu begünstigen und zu erweitern“. Insoweit unterstützt das Sonstige Sondervermögen den „Access to Finance“ für europäische Privatpersonen und die Unterziele 10.2 und 10.3 des UN SDG Zieles 10: „Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern“. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen des Anlageentscheidungsprozesses die Richtlinien der Kreditplattformen in Bezug auf bestehende Maßnahmen zur Einhaltung der vorgenannten UN SDG Ziele, zur Beachtung von Sanktionen der Europäischen Union und der Richtlinie 2015/849 des Europäischen Parlamentes und des Rates in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie von Regelungen zum Datenschutz und adäquatem Forderungsmanagement überprüft. Darüber hinaus wirkt das Fondsmanagement in der Diskussion mit

Kreditplattformen darauf hin, neben der Integration von Nachhaltigkeitsfaktoren, d.h. Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung, in den Kreditentscheidungsprozess auch die Offenlegung von Nachhaltigkeitsrisiken in Bezug auf die mit den Krediten finanzierten Sach- bzw. Vermögenswerte weiter zu verbessern.

Zudem dürfen Kreditplattformen und Verbriefungsgesellschaften ihren Umsatz zu nicht mehr als 10 Prozent aus der Energiegewinnung oder dem sonstigen Einsatz von fossilen Brennstoffen (exklusive Gas) oder Atomstrom, zu nicht mehr als 5 Prozent aus der Förderung von Kohle und Erdöl, sowie nicht aus dem Anbau, der Exploration und aus Dienstleistungen für Ölsand und Ölschiefer oder aus der Herstellung oder dem Vertrieb aufgrund von internationalen Konventionen (z.B. Chemiewaffenkonvention) geächteter Waffen generieren.

#### (2) Wertpapiere

Unter Berücksichtigung der Anlagegrundsätze nach Absatz 1 darf die Gesellschaft das Vermögen des Sonstigen Sondervermögens bis zu 95 Prozent in Wertpapiere nach Maßgabe des § 5 der AABen anlegen.

#### (3) Geldmarktinstrumente

Unter Berücksichtigung der Anlagegrundsätze nach Absatz 1 darf die Gesellschaft das Vermögen des Sonstigen Sondervermögens bis zu 95 Prozent in Geldmarktinstrumente nach Maßgabe des § 6 der AABen anlegen.

#### (4) Bankguthaben

Unter Berücksichtigung der Anlagegrundsätze nach Absatz 1 darf die Gesellschaft bis zu 25 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens in Bankguthaben nach Maßgabe des § 7 der AABen halten.

#### (5) Ausstellergrenze bei Kapitalgesellschaften

Das Sonstige Sondervermögen beteiligt sich weder unmittelbar noch mittelbar über eine Personengesellschaft zu 10 Prozent oder mehr am Kapital einer Kapitalgesellschaft. Dies gilt nicht für Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand auf die Erzeugung erneuerbarer Energien nach § 5 Nr. 14 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gerichtet ist.

#### (6) Mindestliquidität

Es ist eine Mindestliquidität gemäß § 224 Abs. 2 Nr. 3 KAGB in Form von Bankguthaben in Höhe von mindestens 5 Prozent des Sondervermögens vorzuhalten.

#### (7) Derivate und Finanzinstrumente mit derivativer Komponente

Die Gesellschaft darf für das Sonstige Sondervermögen Derivate und Finanzinstrumente mit derivativer Komponente nach Maßgabe des § 9 der AABen erwerben, die zum Zwecke der Absicherung und der effizienten Portfoliosteuerung im Rahmen der Anlagestrategie eingesetzt werden können.

#### (8) Sonstige Anlageinstrumente

Unter Berücksichtigung der Anlagegrundsätze nach Absatz 1 darf die Gesellschaft für bis zu 20 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens sonstige Anlageinstrumente nach Maßgabe des § 10 Absatz 1 der AABen halten.

#### (9) Unverbriefte Darlehensforderungen

Unter Berücksichtigung der Anlagegrundsätze nach Absatz 1 darf die Gesellschaft für bis zu 20 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens unverbriefte Darlehensforderungen erwerben. Hierbei werden unverbriefte Darlehensforderungen, die als sonstige Anlage-

instrumente im Sinne des vorstehenden Absatzes 8 erwerbbar sind, angerechnet.

#### (10) Kreditaufnahmen

Die Gesellschaft darf gemäß § 15 der AABen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger kurzfristige Kredite nur bis zur Höhe von 20 Prozent des Sonstigen Sondervermögens aufnehmen.

### ANLAGEAUSSCHUSS

#### § 28 Anlageausschuss

Die Gesellschaft kann sich bei der Auswahl der für das Sonstige Sondervermögen anzuschaffenden oder zu veräußernden Vermögensgegenstände des Rates eines Anlageausschusses bedienen. Die Aufgaben und Befugnisse des Anlageausschusses werden ggf. in dessen Geschäftsordnung bestimmt.

### ANTEILKLASSEN

#### § 29 Anteilklassen

1. Für das Sonstige Sondervermögen können Anteilklassen im Sinne von § 16 Absatz 2 der AABen gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlags, der Währung des Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlage-summe oder einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden. Die Bildung von Anteilklassen ist jederzeit zulässig und liegt im Ermessen der Gesellschaft.
2. Der Abschluss von Währungskurssicherungsgeschäften ausschließlich zugunsten einer einzigen Währungsanteilkasse ist zulässig. Für Währungsanteilklassen mit einer Währungsabsicherung zugunsten der Währung dieser Anteilklasse (Referenzwährung) darf die Gesellschaft auch unabhängig von § 9 der AABen Derivate im Sinne des § 197 Absatz 1 KAGB auf Wechselkurse oder Währungen mit dem Ziel einsetzen, Anteilwertverluste durch Wechselkursverluste von nicht auf die Referenzwährung der Anteilklasse lautenden Vermögensgegenständen des Sonstigen Sondervermögens zu vermeiden.
3. Der Anteilwert wird für jede Anteilklasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, die Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Fondsvermögen ggf. abzuführenden Steuern), die Verwaltungsvergütung und ggf. die Ergebnisse aus Währungskurssicherungsgeschäften, die auf eine bestimmte Anteilklasse entfallen, ggf. einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilklasse zugeordnet werden.
4. Die bestehenden Anteilklassen werden sowohl im Verkaufsprospekt als auch im Jahres- und Halbjahresbericht einzeln aufgezählt. Die die Anteilklassen kennzeichnenden Ausgestaltungsmerkmale (Ertragsverwendung, Ausgabeaufschlag, Währung des Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, Verwaltungsvergütung, der Mindestanlage-summe oder Kombination dieser Merkmale) werden im Verkaufsprospekt und im Jahres- und Halbjahresbericht im Einzelnen beschrieben.

### ANTEILE, AUSGABEPREIS, RÜCKNAHMEPREIS, RÜCKNAHMEFRISTEN UND RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN

#### § 30 Anteile

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Sonstigen Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt. Die Anteile sind in Globalurkunden verbrieft.

#### § 31 Anteilwertermittlung, Ausgabe- und Rücknahmepreis

1. Der Anteilwert, der Nettoinventarwert sowie die Ausgabe und Rücknahmepreise einer jeden Anteilklasse werden gemäß § 18 Absatz 4 der AABen an jedem Wertermittlungstag ermittelt.

Wertermittlungstage sind der 15. sowie der jeweils letzte Bankgeschäftstag eines jeden Monats. Sollte der 15. eines Monats kein Bankgeschäftstag sein, gilt als maßgeblicher Stichtag für die Anteilwertberechnung der nächste darauffolgende Bankgeschäftstag.

2. Abweichend hiervon werden die Anteilwerte einmalig im Rahmen der Auflegung des Sondervermögens zum Auflegungstermin ermittelt.
3. Der Ausgabe- und Rücknahmepreis einer jeden Anteilklasse wird an jedem Wertermittlungstag bekanntgegeben.
4. Der Ausgabeaufschlag beträgt – unabhängig von ggf. bestehenden Anteilklassen – bis zu 3,00 Prozent des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, für eine oder mehrere Anteilklassen einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen oder von der Berechnung eines Ausgabeaufschlages abzusehen.
5. Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben. Die Rücknahme erfolgt zum Anteilwert.

#### § 32 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

1. Die Ausgabe von Anteilen erfolgt ausschließlich auf die in § 31 Absatz 1 genannten Wertermittlungstage („Ausgabetag“), vorbehaltlich einer Aussetzung der Ausgabe von Anteilen gemäß § 17 Absatz 1 der AABen.
2. Aufträge zum Kauf von Anteilen einer Anteilklasse sind bis 10:30 Uhr eines jeden Wertermittlungstages Monats gegenüber der Gesellschaft oder der Verwahrstelle zu erklären („Orderannahmeschluss für Ausgabeaufträge“) und werden zum Ausgabe- bzw. Anteilwert dieses Wertermittlungstages abgerechnet. Aufträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eines jeweiligen Ausgabetafes eingehen, werden für den darauffolgenden Orderannahmeschluss dieser Anteilklasse herangezogen.
3. Die Rücknahme von Anteilen erfolgt – sofern der Gesamtwert einer Rückgabeorder den Betrag von 3.500.000 Euro nicht überschreitet – ausschließlich auf die in § 31 Abs. 1 genannten Wertermittlungstage („Rücknahmetag“). Im Übrigen gelten die Regelungen gemäß § 33.
4. Aufträge zur Rückgabe von Anteilen für die jeweilige Anteilklasse sind am jeweiligen Rücknahmetag bis 10:30 Uhr durch eine unwiderrufliche Rückgabeerklärung gegenüber der Gesellschaft oder der Verwahrstelle zu erklären („Orderannahmeschluss für Rücknahmeaufträge“) und werden zu dem Rücknahmepreis bzw. Anteilwert dieses Rücknahmetages abgerechnet. Aufträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eines jeweiligen Rücknahmetages für eine Anteilklasse eingehen, werden für den darauffolgenden Orderannahmeschluss dieser Anteilklasse herangezogen. Bei in einem Depot im Inland verwahrten Anteilen hat die Erklärung durch die depotführende Stelle im Namen des Anlegers zu erfolgen. Die Anteile sind von der depotführenden Stelle nach Eingang der Erklärung bis zur tatsächlichen Rückgabe der Anteile zu sperren. Bei nicht im Inland in einem Depot verwahrten Anteilen wird die Erklärung erst wirksam und beginnt die Frist erst zu laufen, wenn von der Verwahrstelle die zurückgegebenen Anteile in ein Sperrdepot übertragen worden sind.
5. Abrechnungstag ist jeweils für Kauf und Rücknahme von Anteilen spätestens der zweite Bankgeschäftstag nach dem Bewertungstag, zu dem der Auftrag ausgeführt wurde. Bei Aufträgen

zum Kauf von Anteilen, die gegenüber der Gesellschaft erklärt werden, muss der Anlagebetrag spätestens am Tag des Orderannahmeschlusses auf ein Sperrkonto der Gesellschaft bei der Verwahrstelle gezahlt werden, wofür der Anleger keine Zinsen erhält.

6. Die Gesellschaft kann die Rücknahme nach § 17 Absatz 4 der AABen beschränken, wenn die Rückgabeverlangen der Anleger mindestens 10 Prozent des Nettoinventarwertes erreichen (Schwellenwert).

### § 33 Sonderregelung der Rückgabefrist und Anteilrücknahme

1. Soweit der Gesamtwert einer Rückgabeorder den Betrag von 3.500.000 Euro überschreitet, erfolgt die Rücknahme durch die Gesellschaft abweichend von § 32 Abs. 3 der Besonderen Anlagebedingungen, lediglich jeweils zum 30.06 und 30.12 eines jeden Jahres (Rücknahmetermin). Aufträge zur Rückgabe von Anteilen für die jeweilige Anteilklasse sind in diesen Fällen spätestens 3 Monate vor dem Rücknahmetermin bis 10:30 Uhr durch eine unwiderrufliche schriftliche Rückgabeerklärung gegenüber der Gesellschaft oder der Verwahrstelle zu erklären („Orderan-

nahmeschluss für Rücknahmeaufträge“) und werden zu dem Rücknahmepreis bzw. Anteilwert des darauffolgenden Rücknahmetermins abgerechnet. Sollte der 30. eines Monats kein Bankgeschäftstag sein, gilt als maßgeblicher Stichtag der darauffolgende Bankgeschäftstag als Rücknahmetermin. Aufträge, die nach dem maßgeblichen Orderannahmeschluss eines jeweiligen Rücknahmetermins für eine Anteilklasse eingehen, werden für den darauffolgenden Rücknahmetermin dieser Anteilklasse herangezogen. Bei in einem Depot im Inland verwahrten Anteilen hat die Erklärung durch die depotführende Stelle im Namen des Anlegers zu erfolgen. Die Anteile sind von der depotführenden Stelle nach Eingang der Erklärung bis zur tatsächlichen Rückgabe der Anteile zu sperren. Bei nicht im Inland in einem Depot verwahrten Anteilen wird die Erklärung erst wirksam und beginnt die Frist erst zu laufen, wenn von der Verwahrstelle die zurückgegebenen Anteile in ein Sperrdepot übertragen worden sind.

2. Abrechnungstag ist für die Rücknahme von Anteilen zum Rück-

nahmetermin spätestens der zweite Bankgeschäftstag nach dem Rücknahmetermin, zu dem der Auftrag ausgeführt wurde.

### § 34 Kosten

1. Vergütungen, die an die Gesellschaft zu zahlen sind:

#### a) Verwaltungsvergütung

Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sonstigen Sondervermögens eine tägliche Vergütung in Höhe von 1/365 von bis zu 1,75 Prozent des jeweils am letzten vorangegangenen Wertermittlungstag ermittelten Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens.

#### b) Vergütungen, die an Dritte zu zahlen sind

##### aa. Externe Portfoliomanager oder Berater

Die Gesellschaft kann sich bei der Verwaltung des Sonstigen Sondervermögens durch Dritte beraten lassen oder das Portfoliomanagement des Sonstigen Sondervermögens auslagern. Derzeit zahlt die Gesellschaft für das ausgelagerte Portfoliomanagement des Sonstigen Sondervermögens eine tägliche Vergütung in Höhe von 1/365 von bis zu 0,675 Prozent des jeweils am letzten vorangegangenen Wertermittlungstag ermittelten Nettoinventarwertes des Sonstigen Sonder-

vermögens. Die Kosten hierzu werden durch die Verwaltungsvergütung nach Absatz 1a) abgedeckt. Die Gesellschaft erhält zusätzlich zur Weitergabe an die Verbriefungsplattformen für die Emission, laufende Betreuung und Verwaltung der zugrunde liegenden Konsumentenkredite eine tägliche Vergütung in Höhe von 1/365 von bis zu 0,175 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens, bezogen auf den jeweiligen Durchschnitt des Anteils der Darlehensforderungen im Sonstigen Sondervermögen. Die diesbezüglichen Kosten werden nicht aus der Verwaltungsvergütung nach Absatz 1a) gedeckt.

#### bb. EMIR-Reporting/CCP-Clearing/Collateral Management/Bewertung etc.

Die Gesellschaft kann darüber hinaus aus dem Sonstigen Sondervermögen für die Dienstleistungen im Zusammenhang mit

- i. dem Einsatz und der Abwicklung von Derivaten
  - Reporting an die Aufsichtsbehörden (z.B. EMIR-Reporting),
  - Anbindung an zentrale Gegenparteien (z.B. CCP-Clearing) und
  - Sicherheiten-Management durch Collateral-Manager
- ii. der Bewertung von Vermögensgegenständen
  - Bewertung durch einen externen Bewerter
  - Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit der Bewertung einzelner Vermögensgegenstände (z.B. Kursvalidierung bei ABS-Papieren, Validierung des Bewertungsmodells)

eine tägliche Vergütung von 1/365 von insgesamt bis zu 0,952 Prozent des täglichen Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens des vorangegangenen Bankgeschäftstags an dritte Dienstleister zahlen oder für die Deckung ihrer hiermit verbundenen Kosten verwenden. Diese Vergütung wird nicht durch die Verwaltungsvergütung gem. Ziffer 1.a) abgedeckt.

#### 2. Verwahrstellenvergütung

Die tägliche Vergütung für die Verwahrstelle beträgt 1/365 von bis zu 0,0476 Prozent des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens des vorangegangenen Bankgeschäftstags, mindestens jedoch Euro 17.850,00 pro Geschäftsjahr, dies jedoch unter Beachtung von Absatz 3 (Beschränkung der Vergütung).

#### 3. Beschränkung der Vergütung:

Der Betrag, der jährlich aus dem Sonstigen Sondervermögen nach den vorstehenden Ziffern 1 und 2 als Vergütung entnommen wird, kann insgesamt bis zu 2,9246 Prozent des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sonstigen Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den täglichen Werten des Sonstigen Sondervermögens der aktuellen Abrechnungsperiode errechnet wird, betragen.

4. An jedem Tag, der ein Wertermittlungstag ist, werden die Verwaltungsvergütung sowie die übrigen vorstehend bezeichneten Vergütungsbestandteile auf Basis des Nettoinventarwertes des vorangegangenen Wertermittlungstags berechnet und als Ver-



bindlichkeit im Nettoinventarwert des aktuellen Wertermittlungstags mindernd berücksichtigt.

An jedem Tag, der kein Wertermittlungstag ist, werden die Verwaltungsvergütung sowie die übrigen vorstehend bezeichneten Vergütungsbestandteile auf Basis des Nettoinventarwertes des vorangegangenen Wertermittlungstags berechnet und als Verbindlichkeit im Nettoinventarwert des nächsten Bewertungstages mindernd berücksichtigt.

5. Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zulasten des Sonstigen Sondervermögens:

- a) bankübliche Depot- und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- b) Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsunterlagen (Jahres- und Halbjahresberichte, Verkaufsprospekt, Basisinformationsblatt);
- c) Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen oder Thesaurierungen und des Auflösungsberichtes;
- d) Kosten der Erstellung und Verwendung eines vertraglich oder gesetzlich vorgesehenen dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Verschmelzungen von Investmentvermögen und außer im Fall der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;
- e) Kosten für die Prüfung des Sonstigen Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Sonstigen Sondervermögens;
- f) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
- g) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Sonstigen Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;
- h) Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Sonstige Sondervermögen erhoben werden;
- i) Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Sonstige Sondervermögen;
- j) Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/ oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen können;
- k) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
- l) Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Sonstigen Sondervermögens durch Dritte;
- m) Steuern, insbesondere Umsatzsteuern, die anfallen im Zusammenhang mit den vorstehend sowie unter Absatz 6 Satz 1 genannten und vom Sonstigen Sondervermögen zu ersetzenden Aufwendungen.

6. Transaktionskosten: Neben den vorgenannten Vergütungen und Aufwendungen werden dem Sonstigen Sondervermögen die in Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten belastet. Die Gesell-

schaft ist berechtigt, im Zusammenhang mit diesen Handelsgeschäften für das Sonstige Sondervermögen im Einklang mit § 2 KAVerOV angenommene geldwerte Vorteile von Brokern und Händlern zu behalten, die sie im Interesse der Anteilinhaber bei den Anlageentscheidungen nutzt. Diese Leistungen umfassen zum Beispiel kostenfreie Leistungen wie Research, Finanzanalysen und Markt- und Kursinformationssysteme und können von den Brokern und Händlern selbst oder von Dritten erstellt worden sein.

7. Eine gesonderte Performance Fee wird nicht erhoben.

## BESONDERE INFORMATIONSPFLICHTEN GEGENÜBER DEN ANLEGERN

### § 35 Besondere Informationspflichten

Die Informationen gemäß § 300 Absatz 1 und 2 KAGB sind im Anhang zum Jahresbericht enthalten. Die Informationen gemäß § 300 Absatz 4 sowie § 308 Absatz 4 KAGB werden den Anlegern per dauerhaftem Datenträger übermittelt. Die Informationen gemäß § 300 Absatz 4 KAGB sind daneben in einem weiteren im Verkaufsprospekt zu benennenden Informationsmedium zu veröffentlichen.

## ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR

### § 36 Ausschüttung

1. Für die ausschüttenden Anteilklassen schüttet die Gesellschaft grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten anteiligen Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – aus. Realisierte Veräußerungsgewinne – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – können anteilig ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.
2. Ausschüttbare anteilige Erträge gemäß Absatz 1 können zur Ausschüttung in späteren Geschäftsjahren insoweit vorgetragen werden, als die Summe der vorgetragenen Erträge 15 Prozent des jeweiligen Wertes des Sonstigen Sondervermögens zum Ende des Geschäftsjahres nicht übersteigt. Erträge aus Rumpfgeschäftsjahren können vollständig vorgetragen werden.
3. Im Interesse der Substanzerhaltung können Erträge teilweise, in Sonderfällen auch vollständig zur Wiederanlage im Sonstigen Sondervermögen bestimmt werden.
4. Die Ausschüttung erfolgt jährlich innerhalb von vier Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres.
5. Zwischenausschüttungen sind jederzeit zulässig. Über bereits geplante Zwischenausschüttungen wird im Halbjahres- oder Jahresbericht informiert.

### § 37 Thesaurierung

Für die thesaurierenden Anteilklassen legt die Gesellschaft die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sonstigen Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten anteiligen Dividenden, Zinsen und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – sowie die Veräußerungsgewinne der thesaurierenden Anteilklassen im Sonstigen Sondervermögen anteilig wieder an.

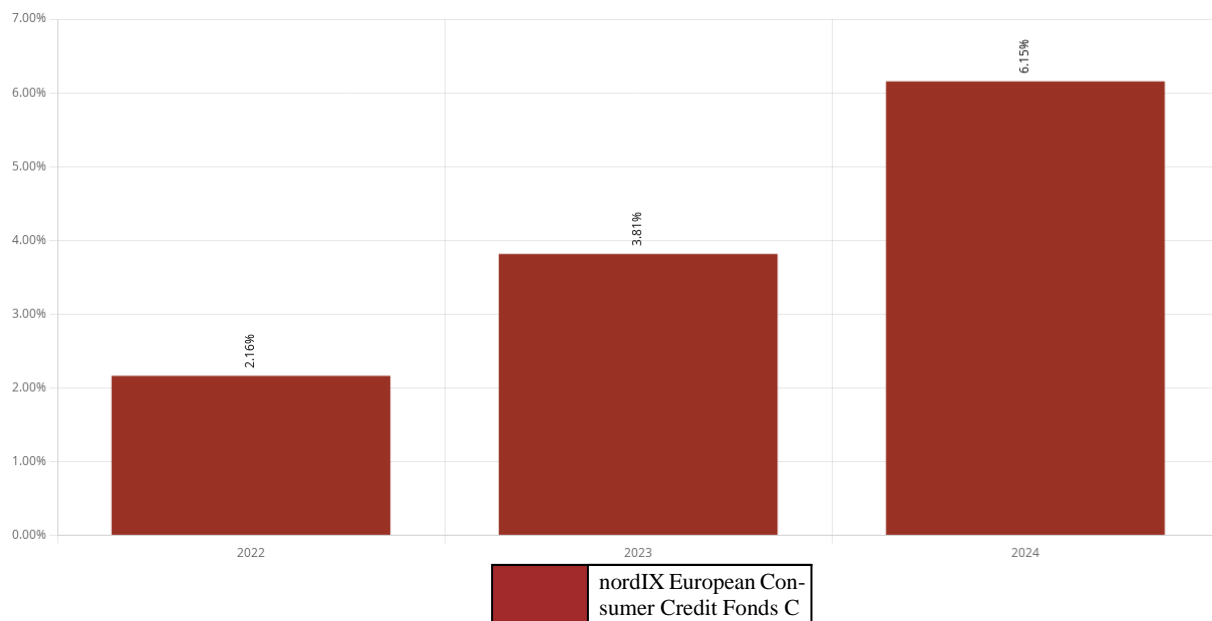
### § 38 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Sonstigen Sondervermögens beginnt am 01. April eines jeden Jahres und endet am 31. März des jeweils folgenden Jahres.

**XXIX. Anteilklassen im Überblick**

nordIX European Consumer Credit Fonds C	
Wertpapierkennnr:	A2P37M
ISIN:	DE000A2P37M1
Erstausgabedatum:	15. April 2021
Mindestanlagesumme:	250.000,00 EUR
Ausgabeaufschlag:	bis zu 3,00 % derzeit effektiv 0,00 %
Verwaltungsvergütung:	bis zu 1,75 % p.a. derzeit effektiv 0,80 % p.a.
Performancefee:	keine
Verwahrstellenvergütung:	bis zu 0,0476 % p.a. derzeit effektiv 0,0476 % p.a. (mindestens 17.850,00 EUR p.a. auf Gesamtfondsebene)
Ertragsverwendung:	ausschüttend
Risikoindikator:	3
nordIX European Consumer Credit Fonds V	
Wertpapierkennnr:	A3CQVV
ISIN:	DE000A3CQVV6
Erstausgabedatum:	16. Januar 2023
Mindestanlagesumme:	0,00 EUR
Ausgabeaufschlag:	bis zu 3,00 % derzeit effektiv 3,00 %
Verwaltungsvergütung:	bis zu 1,75 % p.a. derzeit effektiv 1,10 % p.a.
Performancefee:	keine
Verwahrstellenvergütung:	bis zu 0,0476 % p.a. derzeit effektiv 0,0476 % p.a. (mindestens 17.850,00 EUR p.a. auf Gesamtfondsebene)
Ertragsverwendung:	ausschüttend
Risikoindikator:	3

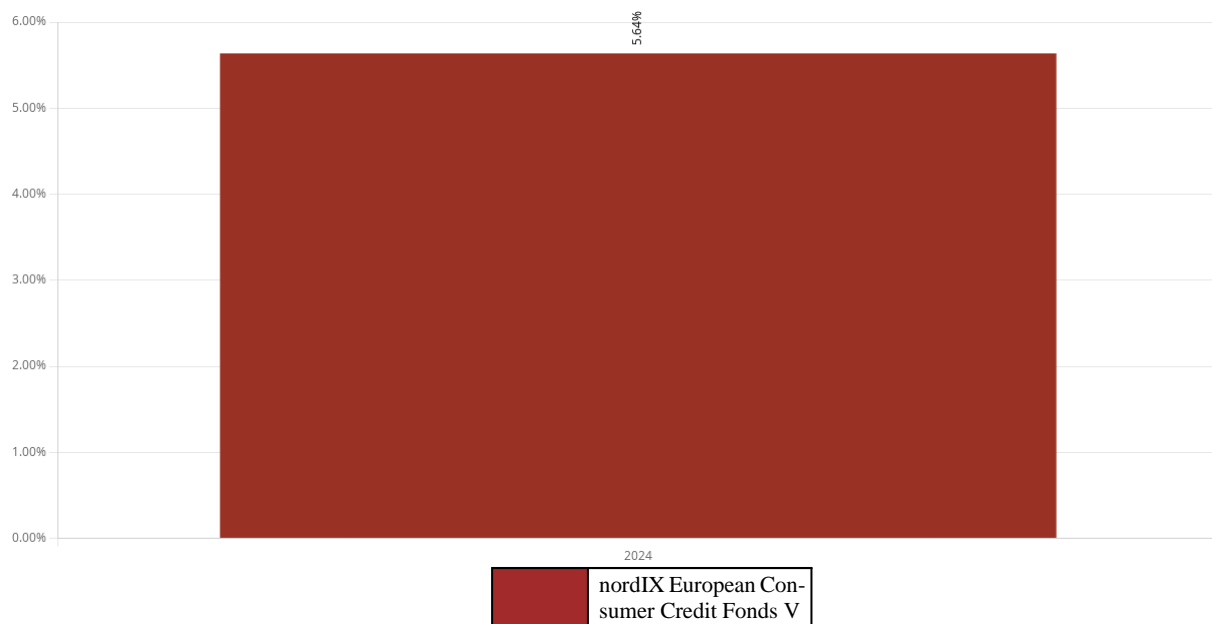
## ■ Wertentwicklung des Fonds



Durchschnittliche kalenderjährliche Wertentwicklung per 31.12.2023:

3 Jahre	4.03 % p.a.
5 Jahre	- % p.a.
10 Jahre	- % p.a.

Die historische Wertentwicklung des Fonds ermöglicht keine Prognose für die zukünftige Wertentwicklung.



Durchschnittliche kalenderjährliche Wertentwicklung per 31.12.2023:

3 Jahre	- % p.a.
5 Jahre	- % p.a.
10 Jahre	- % p.a.

Die historische Wertentwicklung des Fonds ermöglicht keine Prognose für die zukünftige Wertentwicklung.

## ■ Anlage – Unterverwahrung

Von den gesetzlichen Aufgaben der Verwahrstelle darf nur die Verwahrung der Vermögenswerte des Sondervermögens selbst auf Unterverwahrer ausgelagert werden. Diese dürfen mit Zustimmung der Verwahrstelle ihrerseits weitere Unterverwahrer einsetzen. Die Verwahrstelle hat insbesondere die Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main, (dwpbank) mit Aufgaben der Unterverwahrung beauftragt. Zur dwpbank besteht eine enge Verbindung der Verwahrstelle in Form von 50 Prozent der Stimmrechte und des Kapitals.

Hinsichtlich der Auswahl weiterer Unterverwahrer hat sich die Verwahrstelle geeignete Kontroll-, Zustimmungs- und Widerspruchsrechte gegenüber ihrem unmittelbaren Unterverwahrer vorbehalten.

Die nachfolgend aufgeführte Liste stellt Unterverwahrer dar, die von der Verwahrstelle direkt oder von der dwpbank in Anspruch genommen werden können:

AE	VAE (Dubai)	Clearstream Banking SA Luxembourg
AT	Österreich	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
AU	Australien	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
BE	Belgien	BNP Paribas S.A., France, Paris Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
CA	Kanada	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
CH	Schweiz	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
CZ	Tschechien	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
DK	Dänemark	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
EE	Estland	Clearstream Banking SA Luxembourg Raiffeisen Bank International AG, Wien
ES	Spanien	Clearstream Banking SA Luxembourg BNP Paribas S.A., Sucursal en Espana, Madrid Euroclear Bank S.A., Brüssel
FI	Finnland	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
FR	Frankreich	Clearstream Banking SA Luxembourg BNP Paribas S.A., France, Paris Euroclear Bank S.A., Brüssel
GB	Großbritannien	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
GR	Griechenland	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
HK	Hongkong	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
HU	Ungarn	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
ID	Indonesien	Clearstream Banking SA Luxembourg
IE	Irland	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
IL	Israel	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
IS	Island	Clearstream Banking SA Luxembourg
IT	Italien	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
JP	Japan	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
LT	Litauen	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
LU	Luxemburg	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel Attrax S.A.
LV	Lettland	Clearstream Banking SA Luxembourg



		Raiffeisen Bank International AG, Wien
MT	Malta	Clearstream Banking SA Luxembourg
MX	Mexiko	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
MY	Malaysia	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
NL	Niederlande	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
NO	Norwegen	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
NZ	Neuseeland	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
PL	Polen	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
PT	Portugal	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
RO	Rumänien	Clearstream Banking SA Luxembourg
RU	Russland	Clearstream Banking SA Luxembourg Raiffeisen Bank International AG, Wien Euroclear Bank S.A., Brüssel
SE	Schweden	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
SG	Singapur	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
SI	Slowenien	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel Raiffeisen Bank International AG, Wien
SK	Slowakei	Clearstream Banking SA Luxembourg Raiffeisen Bank International AG, Wien Euroclear Bank S.A., Brüssel
TH	Thailand	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
US	USA	The Bank of New York Mellon SA/NV, Brüssel Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel
ZA	Südafrika	Clearstream Banking SA Luxembourg Euroclear Bank S.A., Brüssel

## ■ Anhang – Zusätzliche Informationen für Anleger in der Republik Österreich

Der Vertrieb der Anteile des Investmentfonds

### **nordIX European Consumer Credit Fonds**

in der Republik Österreich ist gemäß der gültigen Fassung des Investmentfondsgesetzes 2011 (InvFG 2011) der Finanzmarktaufsicht (FMA) in Wien angezeigt worden. Nach Abschluss des Notifizierungsverfahrens gemäß § 31 AIFMG dürfen die Anteile des AIF an **professionelle Anleger** im Sinne des § 2 Abs. 1 Ziff. 33 AIFMG vertrieben werden. **Vertriebsaktivitäten an andere Anlegergruppen (z.B. Privatanleger) sind untersagt.**

Die Gesellschaft hat ausschließlich die Anteile der nachfolgenden Anteilklasse in den öffentlichen Vertrieb in Österreich aufgenommen:

### **nordIX European Consumer Credit Fonds C**

**ISIN: DE000A2P37M1**

#### **Kontakt- und Informationsstelle**

Kontakt- und Informationsstelle in der Republik Österreich ist gemäß den Bestimmungen von Artikel 92 (1) b) - f) der EU- Richtlinie 2009/65 (angepasst durch Artikel 1 der EU-Richtlinie 2019/1160) die

Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH  
Stolkgasse 25-45  
D-50667 Köln

Bei der Kontakt- und Informationsstelle sind alle erforderlichen Informationen für die Anleger kostenlos erhältlich, wie z.B.

- die Vertragsbedingungen (=
- Fondsbestimmungen) der Verkaufsprospekt
- das Basisinformationsblatt
- die Jahres- und Halbjahresberichte
- die Ausgabe- und Rücknahmepreise.

Sämtliche vorgenannten Unterlagen sowie die bewertungstäglich aktualisierten Ausgabe- und Rücknahmepreise sind auf der Internetseite der Gesellschaft ([www.monega.de](http://www.monega.de)) abrufbar.

#### **Transferstelle**

Hinsichtlich der Tätigkeiten gemäß Artikel 92 (1) a) der EU-Richtlinie 2009/65 (angepasst durch Artikel 1 der EU-Richtlinie 2019/1160) gilt Folgendes:

Die Anteile können bei der Verwahrstelle oder durch Vermittlung Dritter erworben werden. Rücknahmeorders können bei der Verwahrstelle aufgegeben werden. Anteile an dem Sondervermögen können in Depots bei Kreditinstituten oder Fondsplattformen erworben werden, wo die Verwahrung und Verwaltung der Anteile vorgenommen wird. Einzelheiten werden jeweils über die depotführende Stelle geregelt. Wesentliche Änderungen der Fondsbestimmungen sowie weitere Informationen zu den Anlegerrechten werden von der Gesellschaft anlassbezogen per dauerhaftem Datenträger, unter Einbeziehung der depotführenden Stellen, unmittelbar an die Anleger versandt.

#### **Steuerlicher Vertreter**

Als steuerlicher Vertreter im Sinne des § 186 Abs. 2 Z.2 InvFG wurde die folgende Kanzlei bestellt:

Dr. Helmut Moritz LLM, Steuerberater  
Schottenbastei 6/8  
A-1010 Wien.

## Anlage – Anhang zur Offenlegungs- und Taxonomieverordnung

Eine **nachhaltige Investition** ist eine Investition in eine Wirtschaftstätigkeit, die zur Erreichung eines Umweltziels oder sozialen Ziels beiträgt, vorausgesetzt, dass diese Investition keine Umweltziele oder sozialen Ziele erheblich beeinträchtigt und die Unternehmen, in die investiert wird, Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung anwenden.

Die **EU-Taxonomie** ist ein Klassifikationssystem, das in der Verordnung (EU) 2020/852 festgelegt ist und ein Verzeichnis von **ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten** enthält. Diese Verordnung umfasst kein Verzeichnis der sozial nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten. Nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel könnten taxonomiekonform sein oder nicht.

<b>Name des Produkts:</b> nordIX European Consumer Credit Fonds		<b>Unternehmenskennung (LEI-Code):</b> 529900JRFZPRCHYH6C84	
<h3 style="color: green;">Ökologische und/oder soziale Merkmale</h3>			
<b>Werden mit diesem Finanzprodukt nachhaltige Investitionen angestrebt?</b>			
<b>Ja</b>		<b>Nein</b>	
<input type="checkbox"/> Es wird damit ein Mindestanteil an nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel getätigt: % <input type="checkbox"/> in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind		<input type="checkbox"/> Es werden damit ökologische/soziale Merkmale beworben und obwohl keine nachhaltigen Investitionen angestrebt werden, enthält es einen Mindestanteil von 0% an nachhaltigen Investitionen. <input type="checkbox"/> mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind <input type="checkbox"/> mit einem sozialen Ziel	
<input type="checkbox"/> Es wird damit ein Mindestanteil an nachhaltigen Investitionen mit einem sozialen Ziel getätigt: %		<input checked="" type="checkbox"/> Es werden damit ökologische/soziale Merkmale beworben, aber keine nachhaltigen Investitionen getätigt.	



### Welche ökologischen und/oder sozialen Merkmale werden mit diesem Finanzprodukt beworben?

Dieses Finanzprodukt tätigt im Rahmen seiner Anlagestrategie zu 75 Prozent nachhaltigkeitsbezogene Investitionen in Vermögensgegenstände, welche den nachfolgend näher beschriebenen Merkmalen entsprechen. Soweit es sich bei einem Teil dieser Anlagen um „nachhaltige Investitionen im Sinne der Taxonomie- und Offenlegungsverordnung“ handelt, wird deren prozentualer Mindestanteil in dieser Anlage entsprechend ausgewiesen. Im Einzelnen werden folgende ökologische bzw. soziale Merkmale beworben: Die Gesellschaft muss insgesamt mindestens 75 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens in Kreditverbriefungen, denen Konsumentenkredite zugrunde liegen, investieren, die gemäß den nachfolgend aufgeführten Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite werden von Kreditplattformen jenseits des klassischen Banksektors vergeben, die ausgewählte Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN SDG) unterstützen. Hierbei handelt es sich insbesondere um Ziel 8: „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“, und das Unterziel 8.10: „Die Kapazitäten der nationalen Finanzinstitutionen stärken, um den Zugang zu Bank-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen für alle zu begünstigen und zu erweitern“. Insoweit unterstützt das Sonstige Sondervermögen den „Access to Finance“ für europäische Privatpersonen und die Unterziele 10.2 und 10.3 des UN SDG Zieles 10: „Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern“. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen des Anlageentscheidungsprozesses die Richtlinien der Kreditplattformen in Bezug auf bestehende Maßnahmen zur Einhaltung der vorgenannten UN SDG Ziele, zur Beachtung von Sanktionen der Europäischen Union und der Richtlinie 2015/849 des Europäischen Parlamentes und des Rates in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie von Regelungen zum Datenschutz und adäquatem Forderungsmanagement überprüft. Darüber hinaus wirkt das Fondsmanagement in der Diskussion mit Kreditplattformen darauf hin, neben der Integration von Nachhaltigkeitsfaktoren, d.h. Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, die Achtung

der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung, in den Kreditentscheidungsprozess auch die Offenlegung von Nachhaltigkeitsrisiken in Bezug auf die mit den Krediten finanzierten Sach- bzw. Vermögenswerte weiter zu verbessern. Zudem dürfen Kreditplattformen und Verbriefungsgesellschaften ihren Umsatz zu nicht mehr als 10 Prozent aus der Energiegewinnung oder dem sonstigen Einsatz von fossilen Brennstoffen (exklusive Gas) oder Atomstrom, zu nicht mehr als 5 Prozent aus der Förderung von Kohle und Erdöl, sowie nicht aus dem Anbau, der Exploration und aus Dienstleistungen für Ölsand und Ölschiefer generieren.

Mit **Nachhaltigkeitsindikatoren** wird gemessen, inwieweit die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht werden.

- ***Welche Nachhaltigkeitsindikatoren werden zur Messung der Erreichung der einzelnen ökologischen oder sozialen Merkmale, die durch dieses Finanzprodukt beworben werden, herangezogen?***

Zur Messung der Erreichung der ökologischen und sozialen Merkmale wird geprüft, ob es sich bei den über die Kreditplattformen erworbene Kredite ausschließlich um Konsumentenkredite an Privatpersonen handelt. Zudem werden alle Kreditplattformen einem Due Diligence hinsichtlich der internen Prozesse unterworfen, hierbei werden insbesondere die Kommunikation mit Schuldern und das Forderungsmanagement geprüft. Das Forderungsmanagement hat im Rahmen eines Standards zu erfolgen, der dem Verhaltenskodex für faires Forderungsmanagement des Bundesverbandes Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. entspricht.

- ***Welches sind die Ziele der nachhaltigen Investitionen, die mit dem Finanzprodukt teilweise getätigt werden sollen, und wie trägt die nachhaltige Investition zu diesen Zielen bei?***

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen streben keine nachhaltigen Investitionen im Sinne der Taxonomie- und Offenlegungsverordnung an.

Bei den **wichtigsten nachteiligen Auswirkungen** handelt es sich um die bedeutendsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren in den Bereichen Umwelt, Soziales und Beschäftigung, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

- ***Inwiefern werden die nachhaltigen Investitionen, die mit dem Finanzprodukt teilweise getätigt werden sollen, keinem der ökologischen oder sozialen nachhaltigen Anlageziele erheblich schaden?***

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen streben keine nachhaltigen Investitionen im Sinne der Taxonomie- und Offenlegungsverordnung an.

- ***Wie wurden die Indikatoren für nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?***

die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsfaktoren (Principal Adverse Impact (PAI)) werden durch eine Nachhaltigkeitsanalyse berücksichtigt. Dabei wird überprüft, inwieweit Investitionen negative Auswirkungen auf die PAI haben können. Eine Beschreibung, wie die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt werden, ist im Abschnitt „Wie wurden die Indikatoren für nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt“ zu finden. Die Ergebnisse, welche die ökologische und soziale Leistung eines Wertpapieremittenten sowie dessen Corporate Governance (sogenannte ESG-Kriterien für die entsprechende englische Bezeichnung Environmental, Social and Governance) umfassen, werden systematisch im gesamten Investmentprozess berücksichtigt und dokumentiert. Diese ESG-Analyse basiert sowohl auf umfangreichen Nachhaltigkeitsdaten marktführender, externer ESG-Datenanbieter, allgemeinen Screeningkriterien sowie einer Überwachung der Verletzung globaler Normen (z.B. UNGC, ILO) als auch weiteren Screeningkriterien (z.B. Jahresberichte, Nachhaltigkeitsberichte, Ad-Hoc-Mitteilungen etc.) von Normverletzungen. Die Ergebnisse der Prüfung werden jährlich im Rahmen des Jahresberichts des Fonds (erstmalig in 2023) im „Anhang weitere Angaben zu ökologischen und/oder sozialen Merkmalen“ unter der Rubrik „Regelmäßige Informationen zu den in Artikel 8 Absätze 1, 2 und 2a der Verordnung (EU) 2019/2088 und Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2020/852 genannten Finanzprodukten“ veröffentlicht und sind unter [www.monega.de](http://www.monega.de) einsehbar.

- ***Wie stehen die nachhaltigen Investitionen mit den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte in Einklang? Nähere Angaben:***

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen streben keine nachhaltigen Investitionen im Sinne der Taxonomie- und Offenlegungsverordnung an. Trotzdem kann der Fonds nachhaltige Investitionen enthalten. Diese stehen in Einklang mit den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte. Die Einhaltung wird laufend über entsprechende Positiv- bzw. Negativlisten durch das Fonds- und Risikomanagement überwacht. Ausführliche Informationen zu dem Investitionsprozess finden Sie unter [www.monega.de/nachhaltigkeit](http://www.monega.de/nachhaltigkeit).



In der EU-Taxonomie ist der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ festgelegt, nach dem taxonomiekonforme Investitionen die Ziele der EU-Taxonomie nicht erheblich beeinträchtigen dürfen, und es sind spezifische EU-Kriterien beigefügt.

Der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ findet nur bei denjenigen dem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen Anwendung, die die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten berücksichtigen. Die dem verbleibenden Teil dieses Finanzprodukts zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Alle anderen nachhaltigen Investitionen dürfen ökologische oder soziale Ziele ebenfalls nicht erheblich beeinträchtigen.



### Werden bei diesem Finanzprodukt die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt?

☒ Ja, die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsfaktoren (Principal Adverse Impact (PAI)) werden durch eine Nachhaltigkeitsanalyse berücksichtigt. Dabei wird überprüft, inwieweit Investitionen negative Auswirkungen auf die PAI haben können. Die Ergebnisse, welche die ökologische und soziale Leistung eines Wertpapieremittenten sowie dessen Corporate Governance (sogenannte ESG-Kriterien für die entsprechende englische Bezeichnung Environmental, Social und Governance) umfassen, werden systematisch im gesamten Investmentprozess berücksichtigt und dokumentiert. Diese ESG-Analyse basiert sowohl auf umfangreichen Nachhaltigkeitsdaten marktführender, externer ESG-Datenanbieter, allgemeinen Screeningkriterien sowie einer Überwachung der Verletzung globaler Normen (z.B. UNGC, ILO) als auch weiteren Screeningkriterien (z.B. Jahresberichte, Nachhaltigkeitsberichte, Ad-Hoc-Mitteilungen etc.) von Normverletzungen. Die Ergebnisse der Prüfung werden jährlich im Rahmen des Jahresberichts des Fonds unter "Anhang - weitere Angaben zu ökologischen und/oder sozialen Merkmalen" veröffentlicht und sind unter [www.monega.de](http://www.monega.de) einsehbar.

☐ Nein



### Welche Anlagestrategie wird mit diesem Finanzprodukt verfolgt?

Das Sondervermögen investiert insbesondere in Vermögenswerte aus dem Konsumentenbereich. Bei einer Liquiditätsquote von nicht weniger als 5 Prozent werden mindestens 51 Prozent in europäische verzinsliche Wertpapiere angelegt, die einen Bezug zu Konsumentenkrediten haben. Bei den Wertpapieren im Bestand handelt es sich ausschließlich um Verbriefungen von Konsumentenkrediten, die von Kredit-Plattformen, jenseits des klassischen Banksektors vergeben werden. Diese Plattformen unterstützen ausgewählte Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UN SDG). Hierbei handelt es sich insbesondere um Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern., und das Unterziel 8.10: „Die Kapazitäten der nationalen Finanzinstitutionen stärken, um den Zugang zu Bank-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen für alle zu begünstigen und zu erweitern“. Der nordIX European Consumer Credit Fonds refinanziert ebendiese Kredite, die von Kreditplattformen vergeben werden und unterstützt somit den „Access to Finance“ für europäische Privatpersonen und die Unterziele 10.2 und 10.3 des UN SDG Zieles 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern. Die Gesellschaft bezieht im Rahmen ihres Investmentprozesses alle relevanten finanziellen Risiken in ihre Anlageentscheidungen für dieses Sondervermögen mit ein und bewertet diese fortlaufend. Dabei werden auch alle relevanten Nachhaltigkeitsrisiken berücksichtigt, die wesentliche negative Auswirkungen auf die Rendite einer Investition haben können, sowie die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen einer Anlageentscheidung auf Nachhaltigkeitsfaktoren. Durch die Ausschlusskriterien wird ein ökologischer und sozialer Mindestschutz erreicht.

### ● *Worin bestehen die verbindlichen Elemente der Anlagestrategie, die für die Auswahl der Investitionen zur Erfüllung der beworbenen ökologischen oder sozialen Ziele verwendet werden?*

Mindestens 75 Prozent des Wertes des Sonstigen Sondervermögens werden in Kreditverbriefungen investiert, denen Konsumentenkredite zugrunde liegen, die gemäß den o.a. Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Die den Verbriefungen zugrunde liegenden Konsumentenkredite werden von Kreditplattformen jenseits des klassischen Banksektors vergeben, die ausgewählte Ziele für nachhaltige Entwicklung der Ver-

einten Nationen (UN SDG) unterstützen. Zudem dürfen Kreditplattformen und Verbriefungsgesellschaften ihren Umsatz zu nicht mehr als 10 Prozent aus der Energiegewinnung oder dem sonstigen Einsatz von fossilen Brennstoffen (exklusive Gas) oder Atomstrom, zu nicht mehr als 5 Prozent aus der Förderung von Kohle und Erdöl, sowie nicht aus dem Anbau, der Exploration und aus Dienstleistungen für Ölsand und Ölschiefer generieren.

● ***Um welchen Mindestsatz wird der Umfang der vor der Anwendung dieser Anlagestrategie in Betracht gezogenen Investitionen reduziert?***

Es liegt keine Reduktion der Investitionen vor diesem Hintergrund vor.

● ***Wie werden die Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung der Unternehmen, in die investiert wird, bewertet?***

Bei der aktiven Auswahl der Plattformen wird ein hoher Wert auf den verantwortungsvollen Umgang mit den Kreditnehmern und deren Daten gelegt. Ein faires Forderungsmanagement, Schutzmechanismen gegen Überschuldung und marktgerechte Zins- und Gebührenmodelle sind Voraussetzung für die Anbindung einer Kreditplattform. Gültige Richtlinien im Rahmen der nationalen Gesetzgebung in Hinblick auf Datenschutz, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung müssen ebenso implementiert sein. Ein verantwortungsvolles Investieren in Konsumentenkredite setzt einen verantwortungsvollen Umgang mit den Kreditnehmern voraus. Da weder der Fonds noch die nordIX direkt mit den Schuldner der angekauften Darlehen in Kontakt stehen, gilt es dies durch die Auswahl qualifizierter Plattformen sicherzustellen. Bereits im Auswahlprozess einer Plattform werden im Rahmen eines umfangreichen Fragebogens (Due Diligence Questionnaire – DDQ) umfassende Angaben zu den internen Prozessen und Praktiken eingeholt. Hier sind Schutzmechanismen gegen Überschuldung der Kreditnehmer, die Kommunikation mit dem Kunden und die Ausgestaltung der Zins- und Gebührenmodelle zu beschreiben. Ebenso ist von den Plattformen der Prozess zur Einziehung fälliger Forderungen zu beschreiben und das verantwortliche Inkassounternehmen zu benennen. Das Forderungsmanagement hat im Rahmen eines Standards zu erfolgen, der dem Verhaltenskodex für faires Forderungsmanagement des Bundesverbandes Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. entspricht. Genügen die Angaben der Plattform nicht den Ansprüchen des Fondsmanagement, so wird der Geschäftsanbahnungsprozess nicht weiterverfolgt. Die Angaben der Plattformen werden in einem nächsten Schritt bei einem Audit vor Ort durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer bestätigt. Zudem verpflichtet sich jede Plattform mit qualifizierter Unterschrift zu einem Agieren im Einklang mit dem Wohlverhaltenskodex des NordIX European Consumer Credit Fonds. Sämtliche Angaben werden im Rahmen eines jährlichen Re-Audits wiederholt einer Überprüfung unterzogen. Jede Plattform muss über Richtlinien und Methoden zur Identifizierung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verfügen und diese in DDQ und Audit darlegen. Das lokale Aufsichtsregime hält diesbezüglich auch Richtlinien bereit. Der Verwendungszweck jedes Konsumentenkredits ist offenzulegen und zu übermitteln. Die tatsächliche Verwendung der finanziellen Mittel, etwa bei einer Umschuldung, ist gegebenenfalls nicht mit letzter Sicherheit festzustellen. Das Fondsmanagement behält sich vor, im Rahmen des Kriterienkatalogs für anzukaufende Darlehen Negativlisten bezüglich des Verwendungszwecks oder des Onlineshops (bei Buy now – Pay later) vorzugeben. Kredite, die den Vorgaben nicht entsprechen, werden an die Plattform zurückverkauft.

Die Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung umfassen solide Managementstrukturen, die Beziehungen zu den Arbeitnehmern, die Vergütung von Mitarbeitern sowie die Einhaltung der Steuervorschriften

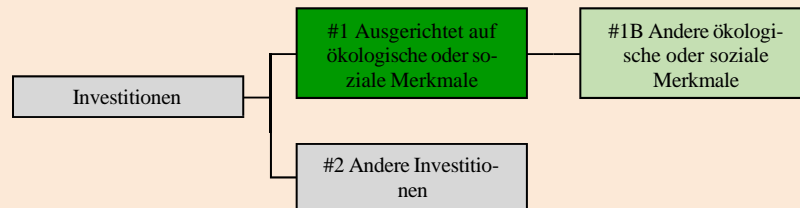


## Welche Vermögensallokation ist für dieses Finanzprodukt geplant?

Die **Vermögensallokation** gibt den jeweiligen Anteil der Investitionen in bestimmte Vermögenswerte an.

Taxonomiekonforme Tätigkeiten, ausgedrückt durch den Anteil der:

- **Umsatzerlöse**, die den Anteil der Einnahmen aus umweltfreundlichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln
- **Investitionsausgaben** (CapEx), die die umweltfreundlichen Investitionen der Unternehmen, in die investiert wird, aufzeigen, z. B. für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft
- **Betriebsausgaben** (OpEx), die die umweltfreundlichen betrieblichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln



**#1 Ausgerichtet auf ökologische oder soziale Merkmale** umfasst Investitionen des Finanzprodukts, die zur Erreichung der beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale getätigt wurden.

**#2 Andere Investitionen** umfasst die übrigen Investitionen des Finanzprodukts, die weder auf ökologische oder soziale Merkmale ausgerichtet sind noch als nachhaltige Investitionen eingestuft werden.

Die Kategorie **#1 Ausgerichtet auf ökologische oder soziale Merkmale** umfasst folgende Unterkategorien:

- Die Unterkategorie **#1A Nachhaltige Investitionen** umfasst nachhaltige Investitionen mit ökologischen oder sozialen Zielen.
- Die Unterkategorie **#1B Andere ökologische oder soziale Merkmale** umfasst Investitionen, die auf ökologische oder soziale Merkmale ausgerichtet sind, aber nicht als nachhaltige Investitionen

### **Inwiefern werden durch den Einsatz von Derivaten die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht?**

In diesem Fonds werden keine ökologischen oder sozialen Merkmale durch den Einsatz von Derivaten erreicht.



### **In welchem Mindestmaß sind nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel mit der EU-Taxonomie konform?**

Der Fonds tätigt Investitionen in ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten von mindestens 0 Prozent im Sinne der Verordnung (EU) 2020/852 („Taxonomieverordnung“).

Da der Umfang der Investitionen in Staatsanleihen im Fonds in den Anlagebedingungen nicht begrenzt ist und damit Veränderungen unterliegt, ist es nicht möglich, einen Mindestprozentsatz für Taxonomie-konforme Investitionen ohne Staatsanleihen anzugeben.

Der Umfang der Taxonomie-konformen Investitionen wird bei Investition in Nicht-Finanzunternehmen an den Umsatzerlösen gemessen.

Zur Berechnung des Anteils der Taxonomie-konformen Investitionen werden (auch) Daten herangezogen, die direkt von den Emittenten oder von externen Datenanbietern zur Verfügung gestellt werden.

Die Angaben in Übereinstimmung mit der Taxonomie wurden nicht durch einen unabhängigen Dritten geprüft.

- **Wird mit dem Finanzprodukt in EU-taxonomiekonforme Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie<sup>1</sup> investiert?**

☐ Ja:

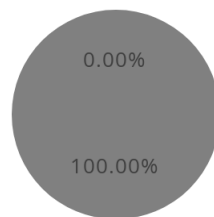
☐ In fossiles Gas ☐ In Kernenergie

☒ Nein

*In den beiden nachstehenden Diagrammen ist in Grün der Mindestprozentsatz der Investitionen zu sehen, die mit der EU-Taxonomie konform sind. Da es keine geeignete Methode zur Bestimmung der Taxonomie-Konformität von Staatsanleihen\* gibt, zeigt die erste Grafik die Taxonomie-Konformität in Bezug auf alle Investitionen des Finanzprodukts einschließlich der Staatsanleihen, während die zweite Grafik die Taxonomie-Konformität nur in Bezug auf die Investitionen des Finanzprodukts zeigt, die keine Staatsanleihen umfassen.*

1. Taxonomie-Konformität der Investitionen einschließlich Staatsanleihen\*

● Taxonomie-konform  
● Andere Investitionen



2. Taxonomie-Konformität der Investitionen ohne Staatsanleihen

● Taxonomie-konform  
● Andere Investitionen



\* Für die Zwecke dieser Diagramme umfasst der Begriff „Staatsanleihen“ alle Risikopositionen gegenüber Staaten.

- **Wie hoch ist der Mindestanteil der Investitionen in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten?**

Für diesen Fonds wurde ein Mindestanteil von 0 Prozent an Investitionen in Übergangstätigkeiten und ermöglichenden Tätigkeiten festgelegt.

**Ermöglichende Tätigkeiten** wirken unmittelbar ermöglichend darauf hin, dass andere Tätigkeiten einen wesentlichen Beitrag zu den Umweltzielen leisten.

**Übergangstätigkeiten** sind Tätigkeiten, für die es noch keine CO<sub>2</sub>-armen Alternativen gibt und die unter anderem Treibhausgasemissionen zu senken helfen, die den besten Leistungen entsprechen.

<sup>1</sup> Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie sind nur dann EU-taxonomiekonform, wenn sie zur Eindämmung des Klimawandels („Klimaschutz“) beitragen und kein Ziel der EU-Taxonomie erheblich beeinträchtigen – siehe Erläuterung am linken Rand. Die vollständigen Kriterien für EU-taxonomiekonforme Wirtschaftstätigkeiten im Bereich fossiles Gas und Kernenergie sind in der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1214 der Kommission festgelegt.





sind nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel, die **die Kriterien** für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten gemäß der EU-Taxonomie **nicht berücksichtigen**.



### Wie hoch ist der Mindestanteil nachhaltiger Investitionen mit einem Umweltziel, die nicht mit der EU-Taxonomie konform sind?

Für diesen Fonds wurde ein Mindestanteil von 0 Prozent an nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel, das nicht mit der EU-Taxonomie konform ist, festgelegt.



### Wie hoch ist der Mindestanteil der sozial nachhaltigen Investitionen?

Für diesen Fonds wurde ein Mindestanteil von 0 Prozent an sozial nachhaltigen Investitionen festgelegt.



### Welche Investitionen fallen unter „#2 Andere Investitionen“, welcher Anlagezweck wird mit ihnen verfolgt und gibt es einen ökologischen oder sozialen Mindestschutz?

Unter '2 Andere Investitionen' können Investitionen fallen, für die nicht ausreichend Daten zur Bewertung vorliegen sowie Barmittel zur Liquiditätssteuerung. Es ist nicht ausgeschlossen, dass hier auch Investitionen getätigt werden, die zum Investitionszeitpunkt negative ESG-Merkmale aufweisen, aber erwarten lassen, dass innerhalb eines definierten Zeitraums ab Investitionszeitpunkt die Anlageziele des Fonds erfüllt werden. Durch die Ausschlusskriterien wird ein ökologischer und sozialer Mindestschutz erreicht.



Bei den **Referenzwerten** handelt es sich um Indizes, mit denen gemessen wird, ob das Finanzprodukt die beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht.

### Wurde ein Index als Referenzwert bestimmt, um festzustellen, ob dieses Finanzprodukt auf die beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale ausgerichtet ist?

Für dieses Finanzprodukt wurde kein Index als Referenzwert für die beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmale bestimmt.



### Wo kann ich im Internet weitere produktspezifische Informationen finden?

Weitere produktspezifische Informationen sind abrufbar unter [www.monega.de/nachhaltigkeit](http://www.monega.de/nachhaltigkeit) sowie unter [www.monega.de/fondsueberblick](http://www.monega.de/fondsueberblick).

